Heft 5 Mai 2001 8,- DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

05

4 391202 708006

MILOSEVIC
EINE WELT JAGT EINEN MÖRDER

in konkret Mai 2001

von konkret

an konkret

Amerika, dich haßt sich's besser von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Politische Justiz von Oliver Tolmein
Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis Slobodan Milosevic vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag wird auftreten müssen. Erst dieser Auftritt nämlich schafft dem Tribunal einen Anschein von Legitimität

Ein Volk jagt einen Mörder von Rosa Fava
Mit der Rache an Milosevic macht Deutschland die eigene Vergangenheit wieder gut – die jüngere und jüngste

Generalplan Südost von Jürgen Elsässer
Gefahr für Mazedonien und Jugoslawien: Deutschland will den Balkan schon wieder neu aufteilen

Der Pakt von Matthias Küntzel
Die aktuelle deutsche Unterstützung für die UCK hat ein historisches Vorbild: Großalbanien gab es bisher nur von 1941 bis 1944

hier konkret von Ilka Schröder
Ilka Schröder, 1978 in Westberlin-Neukölln geboren, Enfant terrible der grünen Fraktion im Europaparlament, Traum schlafloser Nächte für ihre gesichtslosen Kollegen und Haßobjekt ihrer völlig unbekannten Kolleginnen, autonom bis zum Anschlag und alles andere als grün hinter den Ohren, hat immerhin geschafft, was zuletzt Ebermann und Ditfurth mit Schily gelungen ist: zwei grüne Promis zu den Sozis wegzuekeln. Für KONKRET äußert sie sich über Schröders Kampf gegen Arbeitslose und das Projekt der Entsolidarisierung

»Ich muß das sehr behutsam machen« von Shimon Stein, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer
KONKRET sprach mit dem neuen israelischen Botschafter in der Bundesrepublik, Shimon Stein, über die deutsche Nationalstolz-Debatte, Israels Stellung in der neuen Weltordnung und die Situation der Juden hierzulande

»Wir haben uns selbst betrogen« von Yoram Kaniuk, Sylke Tempel, Thomas von der Osten-Sacken
Ein Gespräch mit Yoram Kaniuk, Schriftsteller (»Das Verlangen«, München 2001) und prominentes Mitglied der israelischen Friedensbewegung, über das Scheitern des Friedensprozesses im Nahen Osten

Feiner Geschmack von Ralf Schröder
Die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn hat eine ganz eigene Variante grüner Realpolitik entwickelt

Hand aufs Geld von Conrad Schuhler
Die deutsche Wirtschaft hat das Abkommen über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter längst gebrochen – jetzt will sie gar nichts mehr zahlen

Das Fenster ist offen von Otto Köhler

Norman G. Finkelsteins Buch über die »Holocaust-Industrie« ist zu einem den Deutschen äußerst gelegenen Zeitpunkt erschienen. Sie könnten nämlich, wenn sie denn wollten, unverzüglich mit der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter beginnen

Verbrechen an der Wehrmacht von Günther Jacob
Vorbild Österreich: ÖVP und FPÖ machen vor, wovon auch deutsche Geschichtsrevisionisten schon lange träumen

Vom Evergreen zum Nebengeräusch von Erwin Riess
Über den wechselhaften Stellenwert der österreichischen Neutralität

Ten Years After von Alexej Pavlov
Zehn Jahre nach dem Ende der Sowjetunion zieht KONKRET Bilanz: Was Kapitalismus aus und mit den Menschen macht, untersucht unser Autor Alexej Pavlov am Beispiel der Millionenstadt Nishnij Nowgorod. Die Serie behandelt das Alltagsleben von der Wiege bis zur Bahre, im ersten Teil die Situation der Neugeborenen und Schwangeren

Wenn die Luft ausgeht von Robert Kurz
Beeinflußt der rasante Rückgang der Börsenkurse die Realökonomie?

Börse macht böse von Hermann L. Gremliza
Fragen Sie Ihren Analytiker, nicht Ihren Analysten: Das folgende Stück wurde bereits im September 2000 für die DGB-Funktionärszeitschrift »Einblick« geschrieben

Mitte und Rand von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 5. Folge: Der Wahlausgang

In diesem Sinne - Von Stern- und Röhrenguckern von Gert Ockert

In diesem Sinne - Sieg im Öko-Jihad von Justus Wertmüller

In diesem Sinne - Sinnbild unserer Zeit von Rayk Wieland

Kunst & Gewerbe

Selbsthistorisierung von Günther Jacob
Kulturkolumne

Heutzutag ein Linker sein von Michael Scharang
Links zu sein ist wesentlich mehr, als eine politische Meinung zu haben. Ein Essay

Buch des Monats von Peter O. Chotjewitz
Klaus Schönberger (Hg.): Va banque. Bankraub – Theorie, Praxis, Geschichte. Libertäre Assoziation, Hamburg 2000, 328 Seiten, 34 Mark

Bejahen, was ist von Gerhard Scheit
Wie der slowenische Philosoph Slavoj Zizek das christliche Erbe verteidigt

Gemeinschaftskunde von Jan Pehrke
Für den US-Philosophen Richard Rorty gibt es nach dem Ende der großen utopischen Erzählungen keinen archimedischen Punkt jenseits der realexistierenden Gesellschaft mehr. Deshalb macht er die Gemeinschaft zur Bezugsgröße seines Denkens. Ohne Chauvinismus geht das natürlich nicht ab

Buch & Deckel von Martin Büsser
Eric Hobsbawm: Ungewöhnliche Menschen. Über Widerstand, Rebellion und Jazz. Hanser, München 2001, 424 Seiten, 42,80 Mark Michel Foucault: Das Leben der

infamen Menschen. Merve Verlag, Berlin 2001, 76 Seiten, 15 Mark

Buch & Deckel von Marc Fabian Erdl

Wolfgang Kraushaar: 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur. Hamburger Edition, Hamburg 2000, 370 Seiten, 48 MarkWolfgang Kraushaar: Linke Geisterfahrer. Denkanstöße für eine antitotalitäre Linke. Neue Kritik, Frankfurt/Main 2001, 284 Seiten, 38 Mark

Eine Kunst der Konflikte von Ludwig Seyfarth

Zweierlei Avantgarde: Ausstellungen in Hannover und Hamburg beschäftigen sich mit dem italienischen Futurismus und der russischen Avantgarde

Jenseits von Eisenman von Jens Hoffmann

Über drei Bücher zur Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden – Literatur, die sich die neudeutsche »Erinnerungskultur« nicht so leicht einverleiben wird

Wie das Fernsehen einmal schwarz sah von Georg Seeßlen

In »Bamboozled« zeigt Spike Lee den Rassismus als mörderisches und offenes System

Melodie & Rhythmus von Philip Hogh

Superpunk: Wasser marsch!; L´age d´or/Zomba

Melodie & Rhythmus von René Martens

Diverse: Clicks & Cuts 2; Mille Plateaux/Efa

Melodie & Rhythmus von Klaus Smit

Mouse On Mars: Idiology; Sonig/Our Choice/Zomba

FilmTheater von Marit Hofmann

Rosetta

FilmTheater von René Martens

Almost Famous

FilmTheater von Jan Pehrke

Zusammen

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 05/01, S. 4

von konkret

Linke an die Macht! Sieg im Hessischen Kommunalwahlkrieg! Die PDS/Linke Liste erreichte bei der Wahl für den Kreistag Marburg/Biedenkopf 2,4 Prozent und damit ein Mandat für Georg Fülberth. In Frankfurt kam die Liste Ökolinx auf 0,9 Prozent; ihre Abgeordnete in der Stadtverordnetenversammlung: Jutta Ditfurth. »Und das ist erst der Anfang!« sagt Tomayer.

Auch wenn der »AK« sich nicht mehr erinnern wird, daß sein Name, den er heute in »Analyse und Kritik« übersetzt, vor der großen Konterrevolution »Arbeiterkampf« hieß, so kann er bei all seinem Rückwärts doch nicht vergessen, daß Gremliza vor zwanzig Jahren bezüglich der RAF einmal dazu aufgerufen hatte, »jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Paßdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen«. Im Herbst 1997 forderte der »AK« zum zwanzigsten Jahrestag des peinlichen Appells von Gremliza »ein Wort der Selbstkritik und des Bedauerns«, das er postwendend bekam (KONKRET 11/97), doch auch das hat er vier Jahre später wieder vergessen. »Anneliese und Klaus« präsentierten also ihren Fund jetzt, zu Beginn des Jahres 2001, noch einmal und geben so Gremliza die günstige Gelegenheit, ein weiteres Mal, dem Vorbild unseres Außenministers folgend, sich für eine 1977 begangene Untat zu entschuldigen: bei allen Mitgliedern der RAF und anderen linken Staatsfeinden, denen sein Aufruf zur Denunziation Schaden zugefügt haben könnte.

Auf einer Sondersitzung am 21. März hat die Berliner Wochenzeitung »Jungle World« Jürgen Elsässer, Mitbegründer und -herausgeber des Blattes und jetziger KONKRET-Redakteur, aus dem Kreis ihrer Herausgeber ausgeschlossen. Begründung: Elsässers »öffentliche Distanzierung ... schadet der Glaubwürdigkeit der ›Jungle World‹«. Elsässer hatte die Zeitung wegen ihrer Indifferenz im Jugoslawien-Krieg als »Wochen-Taz« kritisiert und, besonders verwerflich, dem Konkurrenzblatt »Junge Welt« einen KONKRET-Artikel zum Nachdruck überlassen.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Winni Nachtwei macht sich Sorgen um die Wirkung des ARD-Features »Es begann mit einer Lüge« (vgl. Dokumentation in KONKRET 3/2001) auf die eigene Klientel: »Der WDR-Film ist der vorläufige Höhepunkt einer Serie von Publikationen von Kritikern des Nato-Krieges ..., die angesichts der allgemeinen Verdrängung des Themas in der breiten Presse weniger zur Sprache kommen, aber die kritische Diskussion um den Kosovo-Krieg dominieren und Gegner des Nato-Krieges reichlich mit Argumentationsmaterial ausstatten. Demgegenüber sind die meisten Unterstützer des Regierungskurses bei Detailauseinandersetzungen in der Regel überfordert.« Weiter behauptet Nachtwei in seiner elfseitigen Expertise: »›Vorlage‹ des (Film-)Beitrages von Jo Angerer und Matthias Werth ist offenkundig die faktenorientierte Polemik *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* von Jürgen Elsässer (KONKRET Verlag, Hamburg 2000).« Das ist nun wirklich zuviel der Ehre – die Kollegen Angerer/Werth hatten weit bessere Möglichkeiten zur Recherche als der KONKRET-Redakteur. Eher stellt sich die Frage, warum sich Nachtwei mit seinen Gegenargumenten nicht aus dem Internet (www.nachtwei.de) heraustraut. Er könnte ja undercover eine von Elsässers Lesungen besuchen, die nächste findet nicht weit von seinem Wahlkreis Münster statt: am 7. Mai in Herne (20 Uhr, Volkshochschule, Kulturzentrum am Berliner Platz).

Am 9. Mai wurde in der Sowjetunion traditionell der Tag des Sieges über Nazi-Deutschland gefeiert. Der Berliner Verein »Bedingungslose Kapitulation 8. Mai« organisiert an diesem Datum seit zwei Jahren ein deutsch-russisches Open-Air-Fest. Dieses Jahr wird die Veranstaltung, an der auch Hermann L. Gremliza teilnehmen wird, vom Bund der Antifaschisten und KONKRET unterstützt: Sie findet am 9. Mai, von 16 bis 22 Uhr, am Hafen in Berlin-Treptow, unweit des sowjetischen Ehrenmals statt.

Ende April/Anfang Mai erscheinen zwei neue Bände der **konkret-texte**-Reihe: der von Hermann L. Gremliza herausgegebene Band *Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung* (wegen des um 50 Prozent erweiterten Umfangs – 240 Seiten – mußte sein Preis auf 29,90 DM angehoben werden; der Abo-Preis allerdings bleibt bei 18,80 DM) und der von Oliver Tolmein herausgegebene Band *Besonderes Kennzeichen D. Wahre Deutsche, Staatsbürger zweiter Klasse und die unsichtbaren Dritten*. Beide Bücher können ab sofort beim Verlag bestellt werden (siehe Seite 23).

Termine: Am 6. Mai um 18 Uhr diskutiert Hermann L. Gremliza zum Thema »Die Gewalt in der Geschichte – Joschka Fischer, der 1. Mai und das Kapitalverhältnis« mit Johannes Agnoli und Christoph Türcke. Ort: Kinossal der Humboldt-Uni (Unter den Linden 6). Am 8. Mai diskutiert KONKRET-Autor Karl Selent zum Thema »Israel, die Palästinenser und die deutsche Linke« (Ort und Zeit unter www.free.de/antifa/kok oder unter kok@free.de bzw. Tel. 0172/2111311). Am 11. Mai um 20 Uhr präsentiert das Gemischte Doppel Gremliza/Tomayer auf der Kulturschiene des Hauptbahnhofs Münster »Gereimtes und Scharfgedachtes zur Schieflage der Nation«. Am 18. Mai um 20 Uhr stellt Hermann L. Gremliza das Buch *Hat Israel noch ein Chance?* in Innsbruck vor: ÖGB-Saal, S.-Tyroler-Platz 14-16, 7. Stock.

Korrektur: Bei der Erfassung des Krenz-Digestes von Peter Hacks ist ein sinnentstellender Fehler unterlaufen (KONKRET 4/2001): Statt »Ideen des Oktober« muß es auf Seite 52 natürlich »Iden des Oktober« heißen. Die Redaktion bedauert das Versehen.

Konkret 05/01, S. 6

an konkret

Bullshit

KONKRET 3/2001: »Was tun mit ›Was tun‹?« von Antonio Negri

Ich freue mich, daß Sie sich in Ihrer Zeitschrift der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit nicht verschließen und auch Randgruppen wie politischen Häftlingen eine Möglichkeit des Publizierens einräumen. Häftling Antonio Negri, dessen unbestrittene linke Verdienste ich hier ungewürdigt lassen möchte, schreibt sehr interessante Sachen, die man sonst nur woanders lesen kann. So zum Beispiel folgendes: »Diktatur ist nicht gleich Diktatur, die faschistische ist nicht dieselbe wie die kommunistische; wir meinen allerdings nicht, daß letztere besser sei als die zuerst genannte.«

Was hätten wohl Lenin und Luxemburg mit so einem Geschmiere getan? Ich glaube es zu wissen ... Genosse Fülberth, der von KONKRET um einen Kommentar zum Negri-Text gebeten wurde, fragt recht hilflos danach, »um welchen Bereich des menschlichen Denkens oder Fühlens es sich überhaupt« bei Negris »Lenin hinter Lenin«-Text handele. Nun, »von Machiavelli über Spinoza zu Marx und schließlich von Nietzsche und Heidegger bis Focault und Deleuze« ist alles dabei, wie Negri selbst freizügig an anderer Stelle einräumt. Von den westlichen Akademien bis zur Autonomenpostille »Interim« ist das seit den Neunzigern der Warenkorb der Pluralität, dessen Inhalt man mit dem Äquivalent der Postmodernität erwerben kann.

Sollten Sie sich schuldig bekennen, bitte ich um die Selbstverpflichtung, in mindestens drei Ausgaben von KONKRET den Terminus »Diskurs« durch »Bullshit« zu ersetzen.

Ralf Kosel

Leipzig

Sollte ich Herrn Negri richtig verstanden haben, dann glaubt er ernsthaft, daß es ein »immaterielle(s) ... Proletariat« gibt, sozusagen freischwebend im Äther. Dieses Proletariat hat trotz Körperlosigkeit zu einem Bewußtsein gefunden, denn N. redet von einem »Wille(n) des Proletariats«. Dieses Proletariat muß jetzt auf jemanden wie »Lenin« warten, der die wundersame »Erfindung eines Körpers« zu vollbringen hat, damit das Proletariat dort hineinfahre wie der Teufel ins unbefleckte Kind. Aber nicht nur das Erfinden ist vonnöten, auch magische Kräfte sind gefragt, denn eine »äußere Führungsinstanz« muß erst noch »Fleisch in ... Körper verwandeln«. Erst dann läßt sich die Diktatur errichten, »aber Diktatur ist nicht gleich Diktatur, die faschistische ist nicht dieselbe wie die kommunistische; wir meinen allerdings nicht, daß letztere besser sei als die zuerst genannte«. Mmmhh, bei so viel Unsicherheit sollte man sich vielleicht dann doch lieber für die faschistische Variante entscheiden, oder wie?! Dieser ganze Artikel ist Blödsinn. Man könnte Seiten füllen, um den Quatsch zu kommentieren. Ich belasse es bei einer Bitte an die KONKRET-Redaktion, offensichtlich idiotische Texte einfach nicht abzudrucken.

Thilo Sommer

Bochum

Propaganda

KONKRET 4/2001: »Umfassender Beitrag« von Otto Köhler

Wenn Winfried Wolf mit seiner Hypothese von der Möglichkeit einer Weltwirtschaftskrise recht haben sollte, dann entspricht der von Otto Köhler beschriebene deutsch-sozialliberale Plan, die südosteuropäischen Volkswirtschaften kompatibel zu dem zu machen, was in der EU geschieht, ebenfalls einer deutschen Wirtschaftskonzeption, wie sie Ende der zwanziger Jahre propagiert wurde: »Das durch die politische Neuordnung vergrößerte Mitteleuropa schließt raumwirtschaftliche Ausgleichsgebiete in sich, die imstande sind, die wichtigsten Bedürfnisse aller Völker zu befriedigen. In der Arbeitsteilung der mitteleuropäischen Volkswirtschaften haben Deutschland, Österreich und Böhmen ihre altbewährten Industrien zu behaupten, Ungarn und Polen eine großzügige landwirtschaftliche Industrie zu entwickeln, während der agrare Organismus der unteren Donauländer dieselben als Randstaaten des mitteleuropäischen Wirtschaftskörpers in den ersten Thünenschen Ring stellt. Das eigentliche Rückgrat des mitteleuropäischen Wirtschaftskörpers ist die Nordwest-Südost-Achse ... mit fruchtbarer Ackererde um so gesegneteren und klimatisch

begünstigten Bauernländer des Ostens und Südostens, die mehr erzeugen, als sie verbrauchen, die für die Ernährung der Menschenmasse jener anderen Gebiete von der allergrößten Bedeutung, dafür aber auch der industriellen Produkte jener bedürftig sind. ... natürliches Ergänzungsverhältnis ... Da die Überschußländer Mitteleuropas um weitaus höhere Beträge Industrieprodukte kaufen, als sie nach Deutschland Lebensmittel liefern, wäre die Umstellung der deutschen Nahrungsmitteleinfuhr vom Westen nach dem Osten schon deshalb rationeller, weil sie die Kaufkraft jener Volkswirtschaften heben würde, die ihren industriellen Bedarf vorwiegend in Deutschland decken ... Deutschland, Österreich sind zur Deckung ihres Fleischbedarfs auf Einfuhr angewiesen, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Ungarn haben dagegen an Schweinen und Rindern einen Ausfuhrüberschuß, der den Bedarf der ersteren vollauf decken könnte ... die Produktionsgrundlagen Mitteleuropas reichen hin, ein gegenseitig abgestimmtes Wirtschaftsgebiet zu ermöglichen.« Vgl. Hantos/Elemer: »Die geopolitischen Grundlagen eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Mitteleuropa II«, in: »Zeitschrift für Geopolitik« 12/1928

Michael Wißmiller

Leipzig

Irrtum

KONKRET 4/2001: »Erkenntnisse aus Pullach« von Philip Hogh

Wenn Pullach »ausgewählte Journalisten« zu einer Informationsveranstaltung über das irakische Rüstungsprogramm lädt, dann geht es sicher nicht um den Austausch von Wissen, das alle teilen, sondern lediglich darum, welcher Teil davon zur Veröffentlichung autorisiert wird. Die direkte Beteiligung des bundesdeutschen Nachrichtendienstes an der chemischen und biologischen Aufrüstung des Irak, inklusive der Anstellung eines BND-Mitarbeiters im Vorstand der Hamburger Firma Water Engineering Trading, einer der Hauptbeschuldigten in den sogenannten Giftgasprozessen vor dem Darmstädter Landgericht, ist nur zu gut bekannt. Das Gericht selbst rügte in seinem Urteil ausdrücklich den BND wegen mangelnder Kooperation. Interessant an der BND-Veranstaltung ist lediglich die Tatsache, daß Pullach erstmals überhaupt anerkennt, daß chemische Waffen im Irak existieren. Bis heute hat keine der deutschen Bundesbehörden jemals auch nur wenigstens die Folgen deutscher Irakpolitik offiziell anerkannt – noch in seinem aktuellen Länderbericht weiß das Außenamt nichts vom Giftgaseinsatz gegen Kurden zu berichten. Der zu Recht gehegte Verdacht, der BND könne zum Irak gar nicht anders als lügen, bewahrheitet sich also anders, als der Autor vermutet. Sein Fehler liegt im falschen Kronzeugen begründet, Hans von Spohneck, der im übrigen nicht »UN-Koordinator«, sondern lediglich Koordinator des humanitären Programmes von Unicef war und mit den Waffeninspektionen gar nichts zu tun hatte. Seit seinem Rücktritt aus dem Amt wirbt er aktiv für die Aufhebung des Embargos und für die Rehabilitation des Hussein-Regimes. Der Klüngel, den er dabei um sich geschart hat, vereint Deutschnationale, Antiimperialisten, notorische Antisemiten und baathistische Irakfreunde, darunter auch seine ehemalige UN-Kollegin Jutta Burghard, die am Jahrestag der Gründung der irakischen Baathpartei mit Vertretern der Hussein-Regierung über die Perspektiven einer gemeinsamen Anti-Embargo-Politik diskutieren wollte. Saddams deutsche Freunde werden nicht müde nachzuweisen, daß der Irak alle Auflagen längst erfüllt hat und der Fortbestand der Sanktionen ein von den USA »sanktionierter Massenmord« sei. Phillip Hoghs Verdacht, es gehe bei der Auseinandersetzung um den Irak nicht eigentlich um dessen Waffensysteme, mag richtig sein, der Rückschluß, der Irak sei ausreichend abgerüstet, ist falsch. Nicht die nukleare Waffentechnik, sondern in erster Linie chemische Kampfstoffe stellen das größte Gefahrenpotential dar, Kampfstoffe, die der Irak nachweislich produzieren kann und auch bereits eingesetzt hat – gegen die eigene kurdische Zivilbevölkerung und gegen den Iran. Warum der BND dann lügt? Weil er nicht mit einem Wort erwähnt, wer die Giftgasfabriken in Samarah und Faluja aufgebaut hat.

Thomas Uwer

Lüge

KONKRET 4/2001: hier KONKRET: Interview mit Antje Radcke

Verschont uns mit diesen verlogenen linksgrünen Luschen und Tüten! Eine, die den nationalen »Irrweg« mit der aktiven Unterstützung eines Krieges bis zum siegreichen Ende gegangen ist, warnt davor, diesen zu benutzen!

Elly Schmidt

Berlin

Konkret 05/01, S. 9

Hermann L. Gremliza

Amerika, dich haßt sich's besser

Milosevic hinter einem Zellenfenster, das Gitter ein Dollarzeichen. Was uns der Künstler sagen will: Das Recht ist gekauft, Justitia schafft auf dem Balkanstrich an, der Ami ist ihr Freier. Die Zeichnung der »Rheinischen Post« macht ihren Abonnenten Laurenz Meyer beim Frühstück noch ein bißchen stolzer, ein Deutscher zu sein. Nicht nur ihn. Wir finden die Karikatur wieder, beifällig nachgedruckt, in »Unsere Zeit«, dem Wochenblatt der Deutschen Kommunistischen Partei.

In Springers »Welt« lesen wir die Zuschrift eines Stadtrats aus Villingen/Schwenningen, der von der Bundeswehr die »Verteidigung des Rechtes und der Freiheit des deutschen Volkes und nicht die hilfswillige Durchsetzung amerikanischer Großmachtinteressen« verlangt. Wir können des Lokalpolitikers Parteizugehörigkeit, die er verschweigt, nicht erraten. Es könnte eine jede sein.

Das »Hamburger Abendblatt« tadelt, daß die »neue harte Außenpolitik« der USA »nicht auf gegenseitigem Respekt und Verständnis zwischen den Ländern beruhen soll, sondern einzig und allein auf der Stärke der letzten Supermacht, die am liebsten den Rest der Welt zu Bittstellern degradieren würde«. Und nicht einmal die »Frankfurter Allgemeine« kann die deutschen Frühlingsgefühle, vor denen sie eigentlich warnen wollte, ohne wildwachsendes Behagen aufzählen: »... fertig ist das Bild, das man sich hierzulande von der neuen amerikanischen Regierung macht oder gerne machen will: eine Regierung, die geführt wird als Marionette der luftverschmutzenden Grundstoffindustrie, deren Personal sich hochmütig an der amerikanischen Machtvollkommenheit berauscht und sich einen Spaß daraus macht, andere Länder kleinzuhalten.«

Der Kalte Krieg II., der in den Jahren 1989/90 begonnen hat, wird wärmer. Selbst Großbritannien, das letzte Schimmer einstiger Großmacht zu bewahren sucht, indem es auf Europa von unten herabzuschauen und gegenüber den USA eine *special relationship* zu behaupten versucht, weiß, welches *castle* sein künftiges *home* ist: Eine Fronde im britischen Kabinett, angeführt vom Vizepremier John Prescott, wirbt im »Guardian« für Castro (»Sicher muß man sich um die Menschenrechte in Kuba sorgen, aber Castro läßt nicht wie Bush routinemäßig Menschen, die die geistige Verfassung eines Siebenjährigen haben, hinrichten«) und ermahnt ihren Außenminister, Großbritannien nicht »noch weiter ins Rektum der USA zu treiben«.

Schorschi allein zu Haus. Einsamer als George W. Bush in diesen Wochen hat sich noch keiner seiner Vorgänger fühlen müssen. Als China das Spionageflugzeug vom Himmel geholt und den Präsidenten der USA zu Kniebeugen gezwungen hatte, erwiesen die Freunde und Helfer von gestern sich als eine Bande stiller Genießer. Der Export der BRD in die Volksrepublik China, im vergangenen Jahr um 35 Prozent angestiegen, könnte sich in diesem leicht verdoppeln. Mit dem Airbus, wurde in der Woche der amerikanischen Demütigung gemeldet, wollen die Europäer Boeing vom chinesischen Markt verdrängen.

»Kein Land profitiert von der gegenwärtigen globalen Ordnung mehr als die USA«, schreibt zur selben Zeit einer der klügeren Beobachter internationaler Politik (Matthias Küntzel), und beschreibt doch nur eine Vergangenheit und einen unschönen Schein. In Wahrheit profitieren die USA von der gegenwärtigen globalen Ordnung auf ähnliche Weise wie die Kleinaktionäre vom Neuen Markt: spektakulär und ruinös.

Bis 1990, zur Zeit der alten Ordnung, gehörte den USA die halbe Welt, die aber sicher und ganz. Ihrer war die Macht, die Temperatur des Kalten Krieg zu regulieren. Die furchtsamen Kapitalisten aller Länder suchten Schutz an ihrer Seite. Ihr Dollar war nicht nur der Ersten und der Dritten, sondern am Ende sogar der Zweiten Welt Leitwährung, deren Kurs zu bestimmen soviel bedeutete wie das Recht, Geld zu drucken: Man nehme, sagte die Weltmacht, einen Auslandskredit im Wert von, beispielsweise, einer Milliarde Dollar, senke den Dollarkurs um 20 Prozent, zahle den Kredit zurück und behalte, abzüglich Zinsen und Spesen, eine Rendite von 100 oder 150 Millionen Dollar. Eine Milchmädchenrechnung. Für das Mädchen, das alle Milch hat, geht sie auf.

Das waren die zwei Säulen ihrer Macht: die Rüstung, insonders die atomare, und der Dollar, der aber nicht zu verwechseln ist mit einer US-Wirtschaft, die zur selben Zeit unter der unendlichen Leichtigkeit anderweitiger Geldbeschaffung verkam. Die meisten US-Produkte, etwa Automobile oder Kühlschränke, waren und sind auf dem Weltmarkt nicht absetzbar oder doch nur als ein Angebot, das man nicht ablehnen kann. Man darf gern des neuen Präsidenten Weigerung, das Klimaprotokoll von Kyoto zu exekutieren, als Rotzlöffelei kriminellen Ausmaßes verstehen. Solange man nicht übersieht, daß sie auch Notwehr ist. Wer die US-Ökonomie zwingt, für Energie den Preis zu zahlen, den die Menschheit zahlt, knipst ihr das Licht aus.

Man muß kein Umweltschützer sein, um einzusehen, daß der intelligente, nämlich der sparsame Umgang mit Ressourcen aller Art die Wirtschaftsweise des Jahrhunderts sein wird, ein Geschäft, das sich freilich nicht mit einer Nation qualifizierter Pizzaboten betreiben läßt. Wer heute kein Dreiliter-Auto bauen kann und morgen keins ohne Verbrauch

fossiler Brennstoffe, verfällt dem Daimler, jenem ersten Hersteller von Automobilen, der alle Chancen hat, irgendwann der letzte zu sein.

Mit der Rüstung, der zweiten Säule ihrer Macht, aber verhält es sich so, daß die USA das, was sie im Krieg gegen Jugoslawien gezeigt haben, besser können als alle ihre Konkurrenten zusammen: aufklären, bombardieren, abhauen. Und dann? Wenn der Sieg gewonnen werden muß? Dann geht Holbrooke, und es kommt Hombach, die Deutsche Mark und, weil man ja nicht alles selber machen kann und also Vertrauensleute braucht, die deutsch-albanische Freundschaft.

Die Entscheidung für ein Raketenabwehrsystem, das die Festung USA unverwundbar machen soll, hat in Berlin nach anfänglicher Kritik Beifall gefunden. Das ist zu verstehen. Sie bedeutet, daß die USA sich künftig aufs Drauf- und Abhauen konzentrieren werden, eine Strategie also, die ihnen überall auf der Welt viele neue Freunde machen wird. Und so blöde wie die Sowjetunion, die sich hat totrüsten lassen, sind die Deutschen und ihre Verbündeten nicht. Drei Viertel der Rüstung, denen die USA ihr Machtgefühl verdanken, sind unnützes Zeug, gut gerade noch, Eindruck auf linksliberale Freizeitstrategen zu machen. Was man für die Kleinkriege der nächsten Jahre und Jahrzehnte wirklich braucht, werden die Europäer sich besorgen: eine satellitengestützte Aufklärung, unverwundbare Flugzeuge nach Art der US-Bomber über Belgrad und gut ausgebildete »Krisenreaktionskräfte«.

Aus den europäischen Verbündeten des Ersten Kalten Kriegs sind die Gegner des Zweiten geworden, mit einem einheitlichen, den USA schon heute in Quantität, mehr noch in Qualität überlegenen Wirtschaftsraum, einer eigenen, gegen den Dollar operierenden Leitwährung, mit einem effektiveren Gesellschaftssystem. Wirtschaftsminister Werner Müller, der in Schröders Kabinett das deutsche Kapital vertritt, hat deutlich zu verstehen gegeben, daß die von wadenbeißenden Lobbyisten des Typs Olaf Henkel geforderte Privatisierung des Sozialen, die Pauperisierung und Analphabetisierung nach US-Vorbild, dumm wäre. Die Intelligenz der herrschenden Klasse scheint an der fernöstlichen Pleite das Glück kennengelernt zu haben, das es bedeutet, daß der ideelle Gesamtkapitalist sich in den achtziger Jahren nicht das von Lambsdorff und anderen Dividendendenkern angepriesene Japan zum Vorbild genommen hatte.

Auch einen eigenen, dem südamerikanischen der USA entsprechenden Hinterhof hat Euro-Deutschland jetzt. Rußlands Präsident ist stolz, den deutschen Bundeskanzler duzen zu dürfen, und nennt Deutschland einen »verläßlichen und vertrauenswürdigen Partner Rußlands«. Schröder nennt Rußland den »für die EU wichtigsten Partner«. »Wichtiger als die USA?« fragte ein Leitartikler. Ja. Es war nach Partnern gefragt, nicht nach Gegnern.

Konkret 05/01, S. 10

Herrschaftszeiten

Tarnfarbe braun

12. März, »Tageszeitung«:

Die Truppe liegt im rechten Trend/ 196 rechtsextremistische Vorfälle bei der Bundeswehr – deutlich mehr als im Vorjahr. Ein Sprecher der Hardthöhe versicherte am Wochenende, die Bundeswehr befinde sich »nicht auf dem Weg nach rechts«. Nach einer vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegebenen Umfrage vom Februar neigen allerdings 16 Prozent der potentiellen Freiwilligen rechtsextremen Parteien zu – deutlich mehr als 1999 (12 Prozent).

Ich freue mich, daß ich wieder hier in Moskau sein kann

Nato-Generalsekretär George Robertson bei seiner Ankunft in Warschau

Polnische Wirtschaft

22. März, »Frankfurter Rundschau«:

Mit General Jaruzelski auf du und du – Die Verhängung des Kriegszustands über Polen und das Verbot der Gewerkschaft Solidarnosc lagen bereits zwei Jahre zurück, als Adam Michnik, Solidarnosc-Berater, Schriftsteller und Bürgerrechtler in einer Zelle des Warschauer Rakowiecka-Gefängnisses saß ... Das ist lange her. Nach dem Runden Tisch wandelte sich Michnik vom antikommunistischen Falken zur Friedenstaube. Seither propagiert er die Versöhnung. Inzwischen bereist er mit General Jaruzelski die Welt und macht die polnisch-polnische Versöhnung zum Vorbild ...

Stolz auf Honecker?

25. März, »Welt am Sonntag«-Interview mit Peter Struck (SPD):

WamS: Lieben Sie Deutschland?

Struck: Ich bin viel unterwegs und kann sagen: Deutschland ist schön. Wir leben in der freiheitlichsten Demokratie, die es je auf deutschem Boden gab. Darauf können wir stolz sein. Ich bin auch stolz, wenn Borussia Dortmund Bayern München besiegt.

WamS: Das kommt aber selten vor.

Struck: Um so mehr kann ich dann stolz darauf sein. Aber zur Politik: Was in Deutschland in der jüngeren Geschichte geleistet wurde, darauf können wir schon stolz sein: Mit Kerzen wurde ein kommunistisches Regime hinweggefegt, ohne daß ein Schuß fiel.

Stolz auf Struck

25. März, »Welt am Sonntag«:

Die deutschen Parteien registrieren einen dramatischen Rückgang der Wahlbereitschaft junger Leute und einen beachtlichen Schwund an Mitgliedern. Noch nie sind so wenig junge Leute zur Wahl gegangen wie jetzt. Zwischen 1983 und 1990 verringerte sich bei Bundestagswahlen der Anteil der Jungwähler um 21,6 Prozentpunkte auf 62,9 Prozent, bei den Landtagswahlen zwischen 1972 und 2000 im Durchschnitt von 70,6 auf 48,2 Prozent. 1990 waren noch fast 950.000 Bürger in der deutschen Sozialdemokratie organisiert, heute sind es nur noch 737.000. Ähnlich sieht es bei der CDU aus. Sie verlor seit 1990 mehr als 140.000 Mitglieder.

Onkel Tom

25. März, AFP:

US-Präsident George W. Bush hat sich für eine zweite Amtszeit von UN-Generalsekretär Kofi Annan ausgesprochen. Annan habe »exzellente Arbeit« geleistet.

Der Bundesgrenzschutz tut vollständig das, was in seinen Pflichten steht, und jegliche Kritik verbitte ich mir

Otto Schily (SPD), ehemaliger Anwalt der Roten Armee Fraktion

Äpfel, Birnen, Kompott

25. März, »Welt am Sonntag«:

Eigentlich hätte Rußlands Präsident Wladimir Putin der gefeierte Ehrengast beim EU-Gipfel in Stockholm sein sollen. Es kam aber anders. Vor eintausend Journalisten erklärte der Gast: »Wenn die albanischen UCK-Terroristen nicht entwaffnet werden können, müssen sie eben eliminiert werden.« Und weiter: »In Mazedonien erleben wir jetzt haargenau das, was wir in Tschetschenien erlebt haben« ... Beim nächtlichen Kamingespräch meinte der Kanzler, Putin habe einen der schwersten Jobs, die man haben könne. Doch er halte den Tschetschenien-Mazedonien-Vergleich nicht für zulässig, weil man »Äpfel nicht mit Birnen vergleichen« könne. »Dann hätten wir Milosevic unterstützen müssen.«

Kleine Freuden

3. April, »Bild«:

Jürgen Rüttgers (49, CDU-Parteivize) bekam eine späte Quittung für seine »Kinder statt Inder«-Kampagne. Das Berliner Restaurant »Goa« weigerte sich, für Rüttgers einen Tisch zu reservieren (»... das ist doch der mit dem Spruch!«).

Neues von der Zonengrenze

4. April, »Hamburger Abendblatt«:

Allein in den vergangenen beiden Jahren erwischten Grenzschützer 62.274 Menschen bei der illegalen Einreise nach Deutschland ... Klar, daß es ohne ausgefeilte Technik keine sinnvolle Abschirmung gibt. Hightech ist Trumpf. Dazu zählen auf polnischer Seite Infrarot-Anlagen, die in zwanzig und achtzig Zentimeter Höhe installiert sind und in Verbindung mit Drucksensoren reagieren, plus Funkmessungen im maritimen Bereich. Der BGS mobilisiert Hubschrauber, Radar auf der Ostsee und Wärmebildgeräte, die auch in fünf Kilometern Entfernung die Nacht zum Tage machen. Im Vergleich wirken traditionelle Abschreckungs- und Abwehrmaßnahmen hausbacken. So wie fünf Zweimannstreifen, die an 365 Tagen im Jahr auf Patrouille gehen, die komplette Grenze ablaufen, von einem Rottweiler oder Schäferhund unterstützt.

Allah im Tiefflug

5. April, »Die Zeit«:

Saudi-Arabien hat sämtliche Pokemon-Produkte verboten, alle bereits eingeführten Spiele und Figuren sollen beschlagnahmt werden. Der saudische Großmufti erließ das Fatwa, weil Pokemon-Karten Symbole wie den Davidstern enthielten.

Schröder und die Schädlinge (1)

6. April, »Bild«-Interview mit dem Bundeskanzler:

Schröder: Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft! Das bedeutet konkret: »Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden.«

Die nationale Würde steht über einer Handvoll Dollars

Vojislav Kostunica, Präsident Jugoslawiens

Selbstmord eines Säuglings

6. April, »Unsere Zeit«, Zeitung der DKP:

Die israelische Propaganda nutzt dieser Tage den schrecklichen Tod eines 10 Monate alten Kindes. Tatsache ist, daß (die) kleine Shalhevet Paß, Tochter von Siedlern inmitten der palästinensischen Stadt El-Khalil (Hebron), auch ein Opfer dieser Siedlergesellschaft und der friedenssabotierenden Regierung Israels geworden ist ... Wir konnten sogar in den offiziellen israelischen Fernsehkanälen mit Abscheu beobachten, wie orthodoxe Siedlerfrauen und -männer ihre Kleinkinder in Hebron oder bei Nablus in der Feuerlinie der aufständischen Palästinenser provokativ »spazieren« tragen.

Aus dem Beichtstuhl

6. April, »Hamburger Abendblatt«:

Bill Clinton tut es. Und Ulrich Wickert auch: Gestehen ist angesagt. Der freundliche Mann, der spätabends die neuesten Geschehnisse moderiert, hat zugegeben: Vor mehr als 30 Jahren hat er Haschtee getrunken, verriet er jetzt der Illustrierten »Max«. In einem von ihm autorisierten Gespräch erzählt der NDR-Anchorman von seinem Trip.

Stolz auf Schröder (1)

7. April, »Frankfurter Allgemeine«:

Die Forderung von Bundeskanzler Schröder (SPD), härter gegen Arbeitslose vorzugehen, die eine angebotene Beschäftigung ablehnen, hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Während FDP-Generalsekretär Westerwelle von einem »ebenso erstaunlichen wie begrüßenswerten Sinneswandel« des Kanzlers sprach, wehrte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund dagegen, »den Druck auf Arbeitslose nochmals zu erhöhen«. Schon jetzt gelte nach sechs Monaten Arbeitslosigkeit jede Arbeit als zumutbar, die in Höhe der Arbeitslosenunterstützung entlohnt werde. Schon dadurch könne auf problematische Weise Lohndumping gefördert werden.

Mit Engels' Zunge

7. April, »Süddeutsche Zeitung«, Interview mit Burkhard Hirsch (FDP) über Kanzler Kohls verschwundene Akten:

Hirsch: Es ist offensichtlich eine außerordentliche Nähe entstanden zwischen politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Interessenlagen. Das ist ein Vorgang, den man nicht nur beim Sichten geflederter Aktenbestände feststellen kann. Private wirtschaftliche Interessen und politisches Handeln sind nur noch durch eine osmotisch dünne Wand getrennt. Heute bekommt Kohl, wenn er sagt, er habe sein Ehrenwort gegeben, die Verfassung nicht einzuhalten, den Beifall der Kaufmannschaft. Oder: Wenn ein Politiker eine Reise macht und eine ganze Equipe von Wirtschaftsführern mitnimmt, wird die Antwort auf die Frage, ob diese Reise ein Erfolg war oder nicht, davon abhängig gemacht, ob Türen geöffnet worden und Abschlüsse zustande gekommen sind.

Wer den Ausstieg will, muß Transporte in Kauf nehmen

Renate Kühnast über grüne Atomlogik

Deutscher Stolz (1)

9. April, »Der Spiegel«:

Todesanzeigen sorgten in der Verlags- und Redaktionszentrale der »Frankfurter Allgemeinen« schon öfter für Streß: »Manche empörte Leser fragten an, ob wir hier eine neue Wehrsportgruppe ausmachen«, erinnert man sich dort an die Reaktionen auf eine Reihe von Gedenkanzeigen, in denen offensichtlich kaum geläuterte Hitler-Anhänger vor einiger Zeit die Tapferkeit toter Frontkämpfer rühmten. Leserproteste gab es auch, als Mitte März eine Anzeige den Tod von Jutta Rüdiger kundtat. Die 1910 Geborene war, so der Text, »Ehem. Reichsreferentin des Bundes Deutscher Mädel« – und sei, so wurde da behauptet, »unerschrocken für die Wahrheit« eingetreten. Tatsächlich hatte Rüdiger, die weitgehend eigenverantwortliche Leiterin der Nazi-Mädchenorganisation, bis zuletzt »die Propagandalügen des NS-Regimes als Tatsachen referiert« (»Frankfurter Rundschau«). Die Inserenten – darunter Klaus von Schirach, Sohn des 1946 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilten ehemaligen Reichsjugendführers Baldur von Schirach – priesen die Tote: »Das Vaterland und die geliebte Heimat verlieren in ihr eine der großen Frauenpersönlichkeiten, deren Vermächtnis wir bewahren werden.«

Schröder und die Schädlinge (2)

10. April, »Bild«:

In über 270.000 Fällen haben Arbeitsämter vergangenes Jahr die Unterstützung zeitweise gekürzt oder gestrichen. Grund: Die Arbeitslosen hatten sich geweigert, einen zumutbaren Job anzunehmen, Umschulungen abgebrochen oder waren bei Vorstellungsgesprächen nicht erschienen, sagt das Bundesarbeitsministerium.

Stolz auf Schröder (2)

10. April, »Bild«:

CSU-Generalsekretär Thomas Goppel will den Druck auf Arbeitsunwillige erhöhen, aber Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger mit Extra-Zahlungen belohnen, wenn sie sich intensiv um einen Job bemühen, Billigjobs oder weite Anfahrten akzeptieren.

Deutscher Stolz (2)

10. April, »Bild«:

Alle in Deutschland lebenden Türken sollen zu Deutschkursen verpflichtet werden. Das schlägt Nordrhein-Westfalens Innenminister Fritz Behrens (SPD) vor. Wer nicht lernen wolle, müsse finanzielle Einbußen oder sogar die Ausreise in Kauf nehmen. Als Druckmittel könne die Kürzung von sozialen Hilfen (wie z.B. Wohngeld) erwogen werden.

Führerpizza

11. April, AP:

Backmischungen, Müslis, Fertigdesserts und vor allem Tiefkühlpizzen haben beim Nahrungsmittelhersteller Oetker im Geschäftsjahr 2000 zu einem Umsatzwachstum von 8,6 Prozent auf 1,8 Milliarden Mark geführt. Bei Tiefkühlpizzen konnte der Konzern seinen Marktanteil auf 40 Prozent steigern. Ziel sei es, in jedem Land in Europa, in dem Oetker Pizzen zu kaufen seien, Marktführer zu werden, sagte August Oetker, der Vorsitzende der Geschäftsführung.

Peter der Große II

11. April, »Bild«:

Großer Beifall für Springer-Aufsichtsrat Peter Boenisch, als die Direktorin der Universität von St. Petersburg, Ludmila Verbitzkaja, am Ende des 1. Petersburger Dialogs sagte: »Peter soll unser Vorsitzender bleiben.«

Konkret 05/01, S. 12

Oliver Tolmein

Politische Justiz

Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, bis Slobodan Milosevic vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag wird auftreten müssen. Erst dieser Auftritt nämlich schafft dem Tribunal einen Anschein von Legitimität

Wie soll ein internationaler Strafgerichtshof sich durchsetzen, der keine Polizei zur Verfügung hat und auch sonst keine eigenen Möglichkeiten, Repressalien anzuwenden? Wie kann er gewährleisten, daß seine Jurisdiktion nicht Makulatur wird? Auf diese Fragen, die in der Diskussion um die neue internationale Strafgerichtsbarkeit eine gewichtige Rolle spielen, haben die USA jetzt eine Antwort gegeben: Ökonomischer Druck beziehungsweise die Zusage von Wirtschaftshilfen für Staaten, die das Tribunal unterstützen, kann genauso wirksam sein wie der Einsatz bewaffneter Organe. Die Verhaftung des abgewählten jugoslawischen Präsidenten Milosevic hat der Bundesrepublik Jugoslawien nicht nur die Freigabe von 50 Millionen Dollar bis dahin gesperrter Sofort-Wirtschaftshilfe aus den USA beschert. Sie war auch Voraussetzung für die weitaus wichtigere Aufnahme des Balkanstaates in die Weltbank und für eine Übereinkunft mit dem Internationalen Währungsfonds, der die Umschuldung der elf Milliarden Dollar internationaler Verbindlichkeiten ermöglichen soll, die in den letzten Jahren aufgelaufen sind.

In dieser Antwort auf die Frage nach den Durchsetzungsmöglichkeiten des internationalen Strafrechts ist, nicht ganz so offen, eine weitere Aussage enthalten: Gegenüber Staaten, die für solcherart wirtschaftlichen Druck nicht empfänglich sind oder auf die solcher Druck aus anderen Gründen nicht ausgeübt wird, hat ein internationales Strafgericht wenig in der Hand. Bezogen auf das Internationale Kriegsverbrechertribunal für das frühere Jugoslawien in Den Haag (ICTY: International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia) heißt das: Hier stehen die Chancen gut, daß – kommt Zeit, kommt Geld – diejenigen, die die Anklagebehörde vor den Schranken des Gerichts sehen will, dort auch irgendwann erscheinen müssen. Kroatien hat seine Blockadepolitik letztes Jahr aufgegeben und einige Generäle ausgeliefert, die kroatische Teilrepublik in Bosnien-Herzegowina sträubt sich noch, wird dem internationalen Druck aber wohl bald nachgeben müssen. Wenn Milosevic dereinst überstellt sein wird – es spielt kaum eine Rolle, ob das in einem Monat oder in einem Jahr der Fall ist – , werden auch andere Angeklagte aus der Bundesrepublik Jugoslawien an das Tribunal ausgeliefert werden. Und schließlich bleibt dann auch der Republik Srpska wenig übrig, als zu handeln, wie die Staatengemeinschaft, die in diesem Fall mit wenigen Ausnahmen tatsächlich als Gemeinschaft auftritt, es will.

Vielleicht ist damit acht Jahre nachdem das Kriegsverbrechertribunal ins Leben gerufen wurde, ein entscheidender Durchbruch vollzogen, um nun tatsächlich die Befehlshaber und politisch Verantwortlichen in den Gerichtssaal zu bekommen, die zu verfolgen das Tribunal 1993 gegründet worden war. Bislang ist die Bilanz dieser Institution, die mehr als zehn Mitarbeiter pro Angeklagten hat, nämlich etwa 1.100 bei 99 Angeklagten, in dieser Hinsicht eher trist: Das UN-Organ, das anfangs mit einem Jahresetat von 276.000 Dollar auskommen mußte und mittlerweile 97 Millionen Dollar jährlich verwalten kann, hat in den acht Jahren mehr Menschen zu verzeichnen gehabt, die in Haft oder bei der Festnahme ums Leben kamen, als Verurteilungen. Das Verhältnis steht neun zu vier. Die vier Verurteilten sind allesamt einfache Soldaten oder Offiziere der mittleren Befehlsebene: Der Serbe Dusko Tadic, der wegen Kriegsverbrechen und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« (wie man hierzulande das »Crime against Humanity« noch immer falsch übersetzt) zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde, die er in Deutschland verbüßt; der bosnische Kroate Drazen Erdemovic, den Belgard ans ICTY ausgeliefert hatte (Erdemovic war als Angehöriger einer serbischen Einheit an Kriegsverbrechen beteiligt, für die er zu fünf Jahren Haft verurteilt worden ist, die er nun in Norwegen absitzt); der Kroate Zlatko Aleksovski, Ex-Kommandant des Gefängnisses in Kaonik und verantwortlich für die unmenschliche Behandlung der dort gefangenen bosnischen Muslime, wofür er zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde, die er in finnischen Gefängnissen verbringen muß; auch der Kroate Anto Furundzija, der als Kommandant einer als »Joker« bekannten Spezialeinheit der kroatischen Miliz HVO zu verantworten hatte, daß eine gefangene bosnische Muslimin während des Verhörs vergewaltigt wurde, hat die zehn Jahre Haft, zu denen er verurteilt wurde, in Finnland abzusitzen.

Auch wenn Den Haag seit einiger Zeit auf die höheren Chargen und politisch Verantwortlichen zielt – eine Entwicklung, die im Prozeß gegen Milosevic gipfeln wird – , sind damit wesentliche Einwände gegen das Kriegsverbrechertribunal als solches nicht aus der Welt geschafft. Im zu erwartenden Verfahren gegen Slobodan Milosevic lassen sich die Schwierigkeiten fokussieren.

Milosevic ist, zusammen mit anderen, angeklagt wegen Mord an und Deportation von Kosovo-Albanern, was als »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« gewertet wird, weitere Morde im Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Zentralgewalt, Milizen und aufständischen bewaffneten kosovarischen Gruppen werden als Verstoß gegen das Kriegsrecht, wie es die Genfer Konvention festlegt, verfolgt. Außerdem soll sich Milosevic persönlich oder als verantwortlicher Befehlshaber der Verfolgung einer nationalen Minderheit schuldig gemacht haben, was ebenfalls ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« darstellt. Die Informationen über die Verbrechen, die Milosevic begangen haben soll, hat die Chefanklägerin Carla del Ponte größtenteils von den Geheimdiensten und Militärs der Nato-Staaten erhalten. Dazu gehören

Informationen über das Massaker von Racak, das in der Auseinandersetzung um den Kosovo-Krieg der Nato eine große Rolle spielt, das aber nach Auffassung internationaler Experten so, wie lange Zeit behauptet worden ist, wohl gar nicht stattgefunden hat. Die Nato ist allerdings keine unabhängige Instanz, sondern selbst Partei: Sie hat mehrere Monate einen Kampfeinsatz gegen Jugoslawien geführt, der nach Meinung zahlreicher Staats- und Völkerrechtler selbst völkerrechtswidrig war und in dessen Verlauf mit massiven Bombardierungen ziviler Ziele und durch den Gebrauch uranhaltiger Waffen gegen die Zusatzprotokolle der Genfer Konvention verstoßen wurde. Daß die Verbrechen, deren Milosevic beschuldigt wurde, so begangen und von ihm verantwortet wurden, ist für die Nato-Staaten eine wichtige Legitimation ihres eigenen Vorgehens.

Allerdings hat das Büro der Chefanklägerin in Den Haag im Kosovo mittlerweile auch eigene Ermittlungen angestellt, deren Ergebnisse in die am 22. Mai 1999 veröffentlichte Anklage noch nicht einfließen konnten. Der Haftbefehl ist auf Grundlage dieser Anklage ergangen. Immerhin ist aus dem Büro der Chefanklägerin zu hören, daß Milosevic nun auch Vorwürfe wegen seines Verhaltens angesichts der Kämpfe in Bosnien-Herzegowina gemacht werden. In diesem Kontext ist sogar die Rede davon, daß er wegen Völkermordes angeklagt werden soll, des schwersten Verbrechens, das das Statut des ICTY enthält. Bislang ist keiner der elf vor dem ICTY wegen dieses Delikts Angeklagten rechtskräftig wegen Völkermordes verurteilt – auch das übt einen gewissen Druck auf die Anklagebehörde aus, denn gerade die Behauptung, daß im Jugoslawien-Konflikt beispiellos schwere Verbrechen begangen worden sind, hat die Einsetzung des Tribunals auf völkerrechtlich fragwürdiger Grundlage, nämlich durch einen Beschluß des UN-Sicherheitsrates, statt durch einen völkerrechtlichen Vertrag, überhaupt erst ermöglicht. Ein Verfahren gegen Milosevic wegen Völkermordes, das sich, wie die Erfahrung in anderen Verfahren zeigt und angesichts der absehbar enormen Mengen an Beweismitteln, über Jahre erstrecken könnte, käme der Anklagebehörde deswegen wahrscheinlich sehr gelegen.

Auch bei ihren eigenen Ermittlungen war die Chefanklägerin del Ponte auf die Kooperation der Nato-Truppen angewiesen, die derzeit faktisch die Staatsgewalt im Kosovo bilden. Auch die Auslieferung Milosevics, das wußte del Ponte, wäre ohne die Kooperation mit den Nato-Staaten nicht zu erreichen. Diese Rahmenbedingungen sagen über die Verbrechen, derer sich Milosevic möglicherweise schuldig gemacht hat, nichts aus – sie zeigen aber, in welchem stark politisierten Kontext hier versucht wird, eine juristische Aufarbeitung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht im früheren Jugoslawien zu leisten.

In diesem Zusammenhang spielt eine Rolle, daß seitens des Internationalen Kriegsverbrechertribunals gegen die Nato-Staaten nicht einmal Ermittlungen eingeleitet worden sind – obwohl nicht nur bekannt ist, daß ihr militärischer Angriff vom UN-Sicherheitsrat nicht genehmigt worden war, sondern auch, daß die Nato-Staaten im Verlauf dieses Krieges zahlreiche zivile Ziele auf serbischem Territorium gezielt oder bewußt fahrlässig attackiert haben. Weder die Aufforderung einer internationalen Gruppe von Rechtswissenschaftlern noch die Vorstöße Rußlands noch die Bemühungen etlicher Nichtregierungsorganisationen wie vor allem amnesty international konnten die Staatsanwaltschaft am ICTY motivieren, wenigstens Ermittlungen aufzunehmen. Angesichts der engen Kooperation von ICTY und Nato-Staaten auf der einen, der gezielten Nichtverfolgung von Verdachtsmomenten gegen Nato-Staaten auf der anderen Seite sind Zweifel an der Unabhängigkeit zumindest der Anklageinstanz des Tribunals begründet. Allerdings ist die Frage, welche Konsequenzen daraus erwachsen.

Auf der Hand liegt die Gefahr, daß das Fehlverhalten einer Seite, hier der Serben, öfter und unnachgiebiger verfolgt wird als das anderer Beteiligter am Konflikt. Betrachtet man die Anklagestatistik, ist zumindest ein Ungleichgewicht offensichtlich: Bosnische Muslime und Kroaten stellen nicht einmal ein Viertel der Angeklagten. Allerdings könnte diese Zahl sinnvoll nur gewichtet werden, wenn bekannt wäre, welche Seite wie viele Verbrechen, für die das ICTY zuständig ist, verübte.

Auswirkungen kann das Engagement der Anklagebehörde auch auf die Beweislage in den jeweiligen Verfahren haben. Anders als die Verteidigung verfügt die Staatsanwaltschaft nämlich als Institution über erhebliche Ressourcen zur Erhebung und Sicherung von Beweisen. Da das Verfahren vor dem ICTY dem Parteiprozeß des angloamerikanisch-britischen common law ähnelt, der Staatsanwalt also nicht verpflichtet ist, auch entlastende Beweise zu suchen, können sich erhebliche Probleme für die Verteidigung ergeben. Immerhin berichten Verteidiger am ICTY aber, daß trotz dieses strukturellen Problems in den Verfahren selbst Lösungen gefunden wurden, die sie zumindest für akzeptabel hielten. Auch die Urteile, die gesprochen wurden, mögen im einzelnen zwar zu kritisieren sein, die Probleme hier liegen allerdings weniger darin, daß Angeklagte, die auf serbischer Seite gekämpft haben, geringere Chancen auf ein faires Verfahren hätten als andere. Konflikte erwachsen mehr aus dem Zusammentreffen von common-law-Tradition und Rechtsordnungen, die sich am römischen Recht orientieren. Auch die Kollision von strafrechtlichen Prinzipien und Grundsätzen des internationalen Rechts sorgt für Schwierigkeiten in den Verfahren, die sich leicht zum Nachteil der Angeklagten auswirken können.

Hier liegt auch eine grundlegende Schwierigkeit der Verfahren vor dem ICTY. Internationales Recht ist traditionell Staatenrecht. Staaten sind auch die Subjekte des Völkerrechts, sie können handeln, sie werden sanktioniert. Strafrecht ist

dagegen ein Recht, das Normgeltung gegenüber einzelnen einfordert, das also Individuen für individuelles Fehlverhalten zur Rechenschaft zieht. Internationales Strafrecht, wie es die Kriegsverbrechertribunale praktizieren, beinhaltet insofern einen paradoxen Kern. Hier haben Staaten, nämlich die Mitglieder des UN-Sicherheitsrates beschlossen, daß in bestimmten Fällen, in denen Staaten oder zumindest staatenähnliche Gruppen gegeneinander antreten, Individuen zur Verantwortung gezogen werden sollen. Wie selektiv diese Zuweisung von Verantwortlichkeit ist, wird deutlich, wenn man sieht, welche Rechte, die Individuen in vielen Strafverfahren haben, im internationalen Strafrecht nicht gewährleistet sind: Es ist etwa nicht geregelt, daß Individuen Anzeige erstatten können; sie haben als Opfer eines Verbrechens auch kein Recht, als Nebenkläger im Verfahren präsent zu sein.

In besonderem Maße augenfällig wird die verkehrte Gewichtung, die man da plötzlich vornimmt, wenn ein und derselbe Komplex von Ereignissen zwei Jurisdiktionen beschäftigt. So ist es im Fall der Anklage gegen Milosevic. Im Zentrum stehen die Ereignisse im Kosovo zwischen Januar und Mai 1999. Wegen der Nato-Luftangriffe, die in diesen Zeitraum fielen, sind mehrere Verfahren, die Jugoslawien wegen der Völkerrechtswidrigkeit dieses Vorgehens angestrengt hat, anhängig. Zuständiger Gerichtshof ist der im UN-Statut als Organ der Uno bezeichnete Internationale Gerichtshof. Um der Souveränität der Staaten Rechnung zu tragen, ist die Unterwerfung unter dessen Rechtsprechung nicht obligatorisch und wird in der Regel von Fall zu Fall vorgenommen – die Staaten möchten also selbst entscheiden können, wann sie sich welchem Recht unterwerfen. Die Klärung der Zuständigkeitsfrage wird sich noch einige Zeit hinziehen, und viel spricht dafür, daß die Staaten im Kosovo-Krieg kein juristisches Nachspiel erleben müssen. Milosevic dagegen kann sich nicht aussuchen, ob er sich der Jurisdiktion des ICTY unterwirft. Das internationale Strafrecht ist zwingendes Recht. Er wird als Individuum also zur Verantwortung gezogen werden.

Das Argument, das die entschiedenen Befürworter dieses Strafrechts in die Waagschale werfen, wiegt schwer: Rechtsverstöße werden immer von Individuen begangen, sie haben, gerade wenn sie in der Hierarchie weit oben stehen, die Möglichkeit, sich anders zu entscheiden, und müssen deswegen für den schweren Bruch des Rechts auch sanktioniert werden. Die Angeklagten in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen sind dafür das wichtigste Beispiel. Allerdings unterscheiden sich die Nürnberger Prozesse in vielerlei Hinsicht von denen vor dem ICTY – vor allem hatten die Taten der in Nürnberg angeklagten deutschen Hauptkriegsverbrecher eine andere Dimension. Auch wenn sich, was die vor dem ICTY Angeklagten getan haben, als schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts erweist, fügt es sich doch ein in ein Gesamtgeschehen. Das ICTY verhandelt über Handlungen, die einen Bruch des Völkerrechts darstellen, aber keinen Bruch der Grundlagen unserer Zivilisation.

Ein weiterer Unterschied ist, daß vor dem ICTY bislang nicht in erster Linie Hauptkriegsverantwortliche beschuldigt sind, sondern Angeklagte wie Drazen Erdemovic – ihm haben die Richter zugebilligt, er habe im Nötigungsnotstand gehandelt, weil er sich an Erschießungen nur beteiligt habe, um selbst nicht erschossen zu werden; dennoch wurde er verurteilt. Ein Angeklagter wie Slobodan Milosevic dagegen trägt tatsächlich in großem Maßstab Verantwortung für das Geschehen. Die Anklage gegen ihn ist insofern plausibler, wirkt weniger beliebig als die gegen viele andere vor dem Tribunal. Aber auch Milosevic hat, bezogen auf das Geschehen im Kosovo, in einem politischen Kontext gehandelt, der nur schwer angemessen berücksichtigt werden kann, wenn er als individueller Angeklagter vor das ICTY gestellt wird. Zwar gibt es im Strafrecht keine Gleichheit im Unrecht. Ein Mensch, der gestohlen oder getötet hat, kann sich also nicht gegen seine Verurteilung wenden, weil andere, die das gleiche gemacht haben, der Staatsgewalt entkommen sind. Im Fall des Jugoslawien-Krieges stellt sich diese Problematik aber anders dar: Hier ist, zumindest in groben Zügen, bekannt, wer welche Handlungen begangen oder zu verantworten hat, nur die Ansichten darüber, wie sie zu bewerten sind, driften auseinander. Problematisch dabei ist aber, daß die Qualität des einen Verhaltens juristisch, die des anderen lediglich politisch überprüft wird.

Damit bekommt die internationale Strafgerichtsbarkeit einen Doppelcharakter: Selbst wenn sie im Einzelfall Recht sprechen und einen Normkonflikt zutreffend lösen kann, gerät sie doch insgesamt zu einem politischen Instrument, dessen sich nur eine Seite bedienen kann. Es könnte also gut sein, daß auch in einem fairen Verfahren sich erweist, daß Milosevic schwere Straftaten nach dem Statut des ICTY begangen hat und deswegen richtigerweise verurteilt wird, daß diese Verurteilung im Ergebnis aber weniger der Gerechtigkeit dient, als daß sie Teil eines umfassenden politischen Projekts zur Neuordnung der Balkanregion ist. Nichtregierungsorganisationen wie amnesty international und Human Rights Watch, die seit vielen Jahren die Entwicklung auf dem Balkan kritisch beobachten und kommentieren, nehmen dieses Risiko hin. Sie haben die Verhaftung Milosevics ausdrücklich begrüßt und dessen sofortige Überstellung nach Den Haag gefordert. In ihren Augen führt ein solches Verfahren zur Stärkung des internationalen Strafrechts und macht es damit mittel- und langfristig unabhängiger, auch vom Einfluß der westlichen Großmächte.

Mehr als eine Hoffnung ist das nicht. Die nach dem Wunsch des Westens starke Stellung, die der UN-Sicherheitsrat bezüglich des zu schaffenden Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) haben wird, sowie das engagierte und über weite Strecken erfolgreiche Bemühen der USA, zu verhindern, daß dieser ICC auch über amerikanische Truppen und deren Befehlshaber urteilen kann, zeigen, daß sich das Interesse der Großmächte nicht auf eine unabhängige internationale Strafjustiz richtet, sondern auf eine Justiz, die als Ergänzung sonstiger politischer Maßnahmen funktioniert.

Im Nomos Verlag ist gerade der Band *Humanitäres Völkerrecht* erschienen, dessen Beiträge sich kritisch mit der Konzeption und Praxis der internationalen Strafgerichtsbarkeit auseinandersetzen. Der Band enthält auch einen Beitrag zur Praxis des ICTY aus serbischer Sicht sowie einen Beitrag von Oliver Tolmein über »Strafrecht als Instrument zur Schaffung von Frieden«. Hasse/Müller/Schneider (Hg): *Humanitäres Völkerrecht – politische, rechtliche und strafgerichtliche Dimension*. Nomos Verlag, Baden-Baden 2001, 598 Seiten, 78 Mark

---

Oliver Tolmein hat das Buch »Welt Macht Recht – Konflikte im Internationalen System nach dem Kosovo-Krieg« veröffentlicht (Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2000). Weitere Texte von ihm zum internationalen Strafrecht finden sich auf http://www.tolmein.de

Konkret 05/01, S. 15

Rosa Fava

Ein Volk jagt einen Mörder

Mit der Rache an Milosevic macht Deutschland die eigene Vergangenheit wieder gut – die jüngere und jüngste

Wenn der Rapport »Zum Stichtag Vollzug gemeldet« nicht mehr die Überschrift einer antiimperialistischen Analyse werden kann, weil schon im Deutschlandfunk mit diesen Worten ein Bericht über die Verhaftung des ehemaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic eingeleitet worden ist, bleibt nicht mehr viel aufzuklären über die Ereignisse in Belgrad in der Nacht zum Sonntag, den 1. April: Das Ultimatum der USA, in dem die Auslieferung Milosevics an das Tribunal in Den Haag zur Bedingung für die Freigabe zugesagter Gelder gemacht worden war, lief zu diesem Zeitpunkt aus.

Vielmehr stellt sich die Frage, warum im öffentlich-rechtlichen Rundfunk das Gewaltverhältnis innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft zum Gegenstand der Kritik wird. Die Anwort findet sich in einem Interview des Deutschlandradios mit Michael Steiner, dem außenpolitischen Koordinator im Kanzleramt. Auf die einleitende Bemerkung des Moderators, daß »ohne die Drohung der USA, finanzielle Hilfe zu verweigern, ... Milosevic sicherlich noch auf freiem Fuß« wäre, antwortete Steiner: »Ich glaube nicht, daß man das so sehen kann. Der serbische Premierminister war ja vor kurzem in Berlin. Dort hat er genau dieselbe Nachricht erhalten. Ich glaube, das ist auch verstanden worden.« Und auf die Zusatzfrage »Ist es trotzdem richtig, daß sich Jugoslawien in erster Linie der Drohung der USA gebeugt hat, finanzielle Hilfen zu verweigern?« erwiderte der deutsche Außenpolitiker: »Das glaube ich deswegen nicht, weil die Botschaften, die nach Jugoslawien gegangen sind, auch von der Europäischen Union genau in dieselbe Richtung gingen.«

Die deutsche Kritik gilt also nicht der Erpressung, sondern höchstens dem Erpresser: Der »Reutlinger General-Anzeiger« etwa monierte das amerikanische »Wedeln mit den Dollars«: »Es wäre ... fatal, künftig auf diese Weise Balkanpolitik zu betreiben. Das leistet der verbreiteten Korruption und Bakschisch-Mentalität in Südosteuropa nur Vorschub. So darf sich dann niemand wundern, wenn Politiker dort auf Moral pfeifen und nur noch auf den Wink mit dem Geldschein reagieren.« Deutschland winkt nicht mit Geldscheinen, sondern bringt sie persönlich vorbei, wie bei der Einführung der Deutschen Mark in Montenegro.

Die Festnahme Milosevics bot auch Gelegenheit für Rachegelüste: »Kleine Zelle für Großserben« faßte die »Taz« post festum den Triumph in eine als Wortspiel getarnte Gewaltphantasie. Als gewöhnlicher Verbrecher auf zwölf Quadratmetern mit Waschbecken und ohne Fernseher könne der Mann, der ausgezogen sei, ein großserbisches Reich zu gründen, jetzt nicht einmal die nackte Glühlampe in seiner Zelle selber ein- und ausschalten. »Serbien in die Knie gezwungen!« könnte die Meldung der Anhängerinnen und Anhänger keiner grünen, sondern einer deutschen Außenpolitik an den früheren Außenminister Kinkel lauten.

Was die »Taz« erst im Verlauf des Krieges in Bosnien lernte, kündigte die »FAZ« schon 1991 an: »Deutschland wird sich nicht übertreffen lassen, wenn es darum geht, die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Minderheitenrechte zu wahren.« Heute ärgert sich das Frankfurter Blatt, daß es immer noch Menschen in Jugoslawien gibt, die nicht erkennen, daß der Krieg 1999 zur Durchsetzung dieser Ziele notwendig war. Präsident Vojislav Kostunica etwa sei »als serbischer Nationalist« befangen. Nur deshalb sehe er »die Nato-Aktion« als völkerrechtswidrig an.

Als Jurist alter Schule versteht Kostunica vielleicht wirklich nicht, daß das wiedervereinigte Deutschland damit begonnen hat, aus dem internationalen Völkerrecht ein Volksgruppenrecht zu machen. Milosevic gilt hingegen der besondere deutsche Haß, weil er sich dem von Deutschland inspirierten Völkerfrühling als einer der ersten entgegengestellt hat, wenn auch eher unbewußt: 1989 versprach er als Anwort auf die völkischen Separatismen in Slowenien, Kroatien, im Kosovo und anderswo, »Jugoslawien (als) eine multinationale Gemeinschaft« zu erhalten. »Die nationale Struktur ändert sich in diese Richtung (Vermischung nationaler Gruppen) in allen Ländern ... speziell in entwickelten Ländern ... Sozialismus, insbesondere als eine progressive und demokratische Gesellschaft, würde es nicht wagen, den Menschen zu erlauben, getrennt nach Nationalität und Religion zu leben.« Mit dieser Rede hat Milosevic »Feuer an das balkanische Pulverfaß gelegt«, formulierte die »FAZ« den Common sense in Deutschland. Als links begreift sich, wer die Verbrecherlaufbahn bereits vorher beginnen läßt: »Bereits 1987« sei es gewesen, erinnerte die »Jungle World«, daß Milosevic »im Kosovo randalierenden serbischen Demonstranten zurief: ›In Zukunft wir euch keiner mehr schlagen!‹«

Ein Schauprozeß in Den Haag ist die Zeremonie, mit der der gemeinschaftsstiftende Mythos vom serbischen Nationalismus als Ursprung der jüngeren Geschichte Wirklichkeit werden soll. Die Totalisierung der Schuld wird es gerade unmöglich machen, die konkrete Schuld, die Milosevic möglicherweise mit mordenden Paramilitärs verbindet, zu ermitteln. Die Nato braucht ein »Alibi für einen sinnlosen Krieg«, Deutschland will »Strafen, um der eigenen Bestrafung zu entgehen« (»Vecernje Novosti«): Je mehr über den serbischen Nationalismus als Zentrum allen Übels phantasiert wird, um so mehr verschwinden der deutsche Nationalismus und seine ganz realen Verbrechen gegen die Menschheit.

Ein Beispiel: »Dem Mandanten geistesverwandt« ist laut »FR« der Anwalt Milosevics, Toma Fila. Die Verwandtschaft zeige sich darin, daß Fila gute Verbindungen zum Geheimdienst unter Tito wie unter Milosevic gehabt habe, mit dem »bosnischen Serbenführer« Radovan Karadzic befreundet sei und die Witwe Titos als Klientin habe. Über den mehrmals erwähnten Vater des Anwalts wird eines verschwiegen: daß er unter den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Mauthausen verschleppt wurde. Deutschland spricht viel vom Nationalsozialismus, aber nie im Konkreten. Einer Erwähnung dieser Tatsache müßte die Erinnerung folgen, daß Hunderttausende im besetzten Jugoslawien und in Ustascha-Kroatien ermordet wurden. Der Partisanenaufstand galt den deutschen Okkupanten als von Juden angezettelt, dadurch verschmolzen die Feindbilder »Jude«, »Kommunist« und »Serbe«.

Was in der Goldhagen-Debatte geleugnet wurde, daß fast alle Deutschen »Hitlers willige Vollstrecker« waren, soll heute auf die Serben zutreffen. Es »haben allzu viele Hurra geschrien, als zum Kampf um das altjugoslawische Erbe geblasen wurde«, erinnert sich die »Schwäbische Zeitung«. Aus »volkspädagogischen« (»FAZ«) Gründen muß der Prozeß gegen Milosevic also – zumindest zunächst – in Belgrad geführt werden, »denn es wäre für die Serben ein allzu bequemer, letztlich ein unverdienter Ausweg, den ehemaligen Herrscher, beladen mit allen Verbrechen der jüngsten Vergangenheit, zur Aburteilung an eine ferne Instanz abzuschieben und sich selbst entlastet zu fühlen« (»Berliner Zeitung«). Schließlich haben es sich die Deutschen selbst auch nicht leicht gemacht mit der »Katharsis« (ebenda), sondern zur Selbstbefreiung aus einem seelischen Konflikt 1991 die Zerschlagung Jugoslawiens begonnen, 1995 gegen die bosnischen Serben mitgebombt und 1999 über ganz Serbien gesiegt. Milosevics »Blutspur auf dem Balkan« führt in die Wastelands, die Deutschland auf seinem Weg zur Großmacht hinterlassen hat.

Rosa Fava schrieb in KONKRET 3/2001 über Carla del Pontes Besuch in Belgrad

Konkret 05/01, S. 16

Jürgen Elsässer

Generalplan Südost

Gefahr für Mazedonien und Jugoslawien: Deutschland will den Balkan schon wieder neu aufteilen

Mit deutscher Hilfe scheinen die albanischen Separatisten auf dem diplomatischen Parkett die Erfolge erringen zu können, die ihnen – zumindest fürs erste – im militärischen Kampf gegen Mazedonien versagt geblieben sind. Am 21. März, als sich die Niederlage der UCK-Terroristen in den Bergen um Tetovo abzuzeichnen begann, verkündete Bundesaußenminister Fischer, was tags darauf der »FAZ« eine Titelschlagzeile wert war: »Die albanische Frage ist offen.« Die Formulierung ist eine Reprise aus dem Gruselkabinett der Weltgeschichte. »Die deutsche Frage ist offen«, lautete jahrzehntelang der Schlachtruf all jener, denen es nicht um eine Reform der DDR oder um menschliche Erleichterungen gegangen war. »Die deutsche Frage ist so lange offen, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist« – das erforderte die Beseitigung der DDR und die sogenannte Wiedervereinigung der Deutschen.

Droht nach Fischers Diktum die Beseitigung Mazedoniens und die Wiedervereinigung der Skipetaren, also ein Großalbanien? Notorische Optimisten könnten sich durch einen Nachsatz des Außenministers beruhigen lassen: »Einer gewaltsamen Veränderung der Grenzen wird die Staatengemeinschaft nicht zustimmen.« Doch man lese genau: Nicht die Grenzrevision an sich, sondern nur die »gewaltsame« wird von Fischer abgelehnt. Was aber, wenn die Grenzrevision nicht durch manifeste Gewalt, sondern nur durch die Androhung von Gewalt erzwungen wird – wie 1938 die Zerschlagung der Tschechoslowakei infolge des Münchner Abkommens?

Fischer selbst empfiehlt den Albanern die Methode Kohl. »Die internationale Gemeinschaft ist im Kosovo und auf dem Balkan, um zu zeigen, daß die ›albanische Frage‹ nach dem Vorbild der ›deutschen Frage‹ im Jahr 1990 nicht ohne Zustimmung der Nachbarn geregelt werden kann.« Wie es sich damals mit der »Zustimmung der Nachbarn« verhalten hat, dürfte man in Prag und Warschau nicht vergessen haben – sie waren bei den 4+2-Verhandlungen nämlich ausgeschlossen. Und wie selbst Paris und London über den Tisch gezogen wurden, kann man in den Memoiren von Mar- garet Thatcher und des Mitterrand-Beraters Jacques Attali nachlesen. Was Fischer den Albanern empfiehlt, das deutsche Vorbild 1990, ist das Verschieben von Grenzen und das Auslöschen eines Staates.

Doch nicht nur Mazedonien ist in Gefahr. Man müsse »darüber nachdenken, eine Gesamtlösung zu erreichen – in der Tat sind die Fragen um Bosnien-Herzegowina, um Montenegro, um das Presevo-Tal in Südserbien oder um Mazedonien noch nicht gelöst«, erläuterte Fischer am 30. März vor dem Bundestag.

Fischers »Gesamtlösung«

Die US-Amerikaner mögen den Krieg gewonnen haben – die Deutschen diktieren den Frieden. Der im Juli 1999 auf einer internationalen Konferenz in Sarajevo verabschiedete »Stabilitätspakt« war in seinen Grundzügen von der deutschen Regierung ausgearbeitet und zunächst als »Fischer-Plan« gehandelt worden. In der deutschen Ursprungsfassung wurden »ungelöste territoriale und Minderheitenfragen« als erster Punkt eines solchen Planes genannt. Weiter wurde darin für ein »Zusammenwachsen der Stabilitätsinseln in der (Balkan)-Region« plädiert. Beide Formulierungen fehlen in der in Sarajevo verabschiedeten Endfassung – offensichtlich waren sie selbst innerhalb der Nato nicht durchsetzbar. »Ungelöste territoriale Fragen« tauchen in dem Dokument gar nicht auf, und statt von »Minderheitenrechten«, also Volksgruppenrechten, ist von »Rechten für Personen, die nationalen Minderheiten angehören«, also von individuellen Rechten, die Rede.

Doch der »Fischer-Plan« ist nicht vom Tisch. Die Diskussion um weitere Grenzkorrekturen auf dem Balkan begann in Deutschland bereits während des Krieges. So schrieb im April 1999 der Frankfurter Soziologieprofessor Otto Hondrich einen Essay in der »FAZ« unter dem Titel »Der Westen irrt«. Er plädierte dafür, »kulturelle und staatliche Grenzen in der Grauzone zwischen Albanien und Serbien zur Deckung zu bringen«. Er beklagte: »Dieser Art von Nationsbildung stemmt sich die Nato mit ihrem Konzept eines multi-ethnischen Kosovo entgegen.« In einer Bundestagsdebatte im selben Monat griff der außenpolitische Sprecher der CDU, Karl Lamers, Hondrichs Gedanken auf und plädierte für eine Teilung des Kosovos: Der größte Teil sollte an die Albaner gehen, die Nordregion um Mitrovica an die Serben. Dieser Gedanke erschien auf den ersten Blick moderat, da er der totalen Albanisierung des Kosovos, die in der Folge begann, eine territoriale Schranke gesetzt hätte. In der Konsequenz läuft er aber auf eine weitere Zerstückelung (nicht nur) des übrigen Jugoslawiens entlang ethnischer Grenzen hinaus.

Dies sollte die weitere Diskussion in den Denkfabriken der deutschen Außenpolitik zeigen. Daß die UCK in der deutschen Besatzungszone des Kosovos in der Folge noch mehr hofiert werden sollte als in den übrigen Kfor-Sektoren (vgl. dazu den folgenden Artikel von Matthias Küntzel), war in den zugrunde liegenden Analysen der Spin-Doctors frühzeitig erkennbar, etwa in einem Aufsatz in »Politik und Zeitgeschichte«, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung. In diesem Heft, erschienen zehn Wochen nach Einmarsch der Kfor ins Kosovo, polemisierte der Autor Klaus Lange gegen die

kritische Betrachtung der UCK durch den Balkanexperten Chris Hedges in der renommierten US-amerikanischen Strategiezeitschrift »Foreign Affairs«. »Die Vorstellung von der UCK als eine in einen rechtsradikalen und einen linksradikalen beziehungsweise stalinistischen Flügel gespaltene Organisation, wie sie Chris Hedges zu vermitteln versucht, geht, zumindest in der heutigen Situation, völlig an der Realität vorbei.« Überschwenglich wird der UCK attestiert: »Der ehemalige Kämpfer, der damit beginnt, erste Verwaltungsstrukturen aufzubauen oder die Müllabfuhr zu organisieren, ist heute schon keine Seltenheit mehr. Optimistisch stimmt auch die Tatsache, daß die UCK mit den übrigen politischen Parteien immer intensiver kommuniziert und darüber hinaus auch versucht, politische Fachleute in den Aufbauprozeß einzubeziehen. Dem langjährigen Beobachter der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Kosovo erscheint es als sehr plausibel, daß die UCK ... einen konstruktiven Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten kann.«

Daß Lange, Mitarbeiter der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, keineswegs eine bayrisch-folkloristische Marotte vertrat, sondern im Mainstream der Politikberater lag, verdeutlichte die gleichzeitig erschienene Schwerpunktausgabe von »Das Parlament«, der Publikumszeitung des Deutschen Bundestages, über »Nationale Minderheiten in Europa«. Bereits im Aufmacher der Zeitung heißt es – kurz nach der Einrichtung des Kfor-Protektorats! – prophetisch: »Aller Tage Abend ist aber weder im Kosovo noch in Mazedonien.« Dem Modell, im Zusammenspiel mit völkischen Terroristen wie der UCK eine territoriale Neuordnung zu erzwingen, wird in einem Aufsatz des Völkerrechtlers Dieter Blumenwitz generelle Gültigkeit zuerkannt: »Verstößt die von der Mehrheit im Staat gebildete Regierung gegen die ... verbürgten Rechte der Minderheit, wird diese also diskriminiert oder gar aus der angestammten Heimat vertrieben, verwirkt der Staat seinen Anspruch auf territoriale Integrität. Die geschlossen siedelnde Minderheit kann dann ihr Sezessionsrecht verwirklichen ... Auswärtige Staaten dürfen den Loslösungsprozeß unterstützen, z. B. durch vorzeitige Anerkennung (so im Falle Sloweniens und Kroatiens) oder auch durch Waffengewalt.«

Schon im September 1999 wurde in einer Expertise der »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik« (DGAP), des einflußreichsten Think Tanks der Bundesregierung, die operative Phase für die weitere Zerstückelung des Balkanraumes eingeläutet. Unter dem Titel »Regulierung ethnischer Konflikte in Südosteuropa« werden unter anderem »territoriale Lösungen« vorgeschlagen, »die den ethnischen Gruppen die Möglichkeit einräumen, in ihrem Siedlungsgebiet politische, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten weitgehend selbst zu bestimmen ... Die Konflikte werden dadurch entschärft, daß der Bedarf an Kooperation zwischen Mehrheit und Minderheit(en) auf ein Mindestmaß beschränkt bleibt.« Im Konkreten schwebt dem Autor Ulrich Schreckener eine Art Großalbanien vor: »So könnten beispielsweise Kosovo-Albaner, mazedonische Albaner und Albanien gemeinsame Gremien gründen, die – unter Duldung der jeweiligen Wohnstaaten – gesamtalbanische Aufgaben wahrnehmen.« Die »Wohnstaaten« hätten in diesem Modell wohl nur noch die Aufgabe, die Stationierung von Nato-Einheiten abzusegnen und für die dementsprechende Infrastruktur zu sorgen.

Zerstückelung von Kostunica-Jugoslawien

Die blutige Politik der albanischen Nationalisten im Kosovo in den folgenden eineinhalb Jahren hat diese Vorstellungen nicht im mindesten verändert. Die aktuelle Ausgabe des DGAP-Organs »Internationale Politik«, des Zentralorgans der deutschen Außenpolitik, widmet sich dem Schwerpunktthema »Der Balkan auf dem Prüfstand«. Im Aufmacher wirbt der ehemalige »FAZ«-Balkanexperte Viktor Meier für die Wiederholung der traditionellen Konfrontationspolitik gegen Serbien. »Der neue Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien, Vojislav Kostunica, repräsentiert eher die Kontinuität des serbischen nationalen Denkens als den Wechsel.« Die westlichen Verbündeten werden wegen ihrer zaghaften Ansätze zum Kompromiß mit Kostunica scharf kritisiert: »Die kritik- und bedingungslose Euphorie, mit der unter maßgebender Führung der französischen Außenpolitik und des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, dem ›neuen‹ Serbien die Tür zurück in die internationale Gemeinschaft geöffnet wurde, war in der Nachkriegsgeschichte Europas wohl ohne Beispiel.« Selbst mit Kosovo-Gouverneur Bernard Kouchner geht Meier hart ins Gericht: »Das Prinzip Kouchners war es, möglichst wenig zu unternehmen, was die Selbständigkeit Kosovos hätte fördern können, auf eine Beteiligung des albanischen Elements völlig zu verzichten und irgendwelche eigenen Strukturen des Kosovos möglichst nicht zuzulassen.« Wer so formuliert, nachdem Kouchner im Kosovo die Deutschmark eingeführt, eine von UCK-Chef Hashim Thaci geführte Übergangsregierung installiert und die Umwandlung der UCK zum Kosovo-Schutzkorps ermöglicht hat, ist entweder geistesgestört – oder er verfolgt Pläne, die die bisherige Nato-Politik an Aggressivität weit übertreffen. In der Tat hält Meier die »Blockade, mit der die westliche Politik eine europäisch geprägte Bevölkerung seit zwei Jahren in Schach hält«, für einen »Schandfleck«. Nota bene: Die derart drangsalierte »europäisch geprägte Bevölkerung« des Kosovos ist für Meier nicht die serbische, sondern die albanische.

· Kosovo: »Letzten Endes wird man Kosovo die Unabhängigkeit oder etwas Gleichartiges nicht verwehren können, möglicherweise um den Preis einer Abtrennung von Mitrovica.«

· Südserbien: »Es war ... riskant und höchst einseitig, daß Solana ... kurzerhand die Albaner aufforderte, ihre Waffen niederzulegen.«

· Bosnien-Herzegowina: »Offenkundig ... daß die serbische Seite auf Grund des in Dayton akzeptierten Teilungsplans ... mit 49 Prozent des Territoriums ... zu viel bekommen hatte.«

· Montenegro: »In Montenegro sind bereits zu viele vollendete Tatsachen in Richtung Selbständigkeit geschaffen worden; Montenegros Selbständigkeit ist im übrigen alt und traditionsreich, älter noch als diejenige der Vereinigten Staaten.«

Meiers Begründung könnte direkt einer Denkschrift des Reichsaußenministeriums entstammen: »Schließlich kann es ... nicht im Interesse des Westens liegen, daß sich ein serbisch beherrschter Sperriegel quer über den ganzen Balkan legt und keine Alternativrouten von Norden nach Süden offen läßt.«

Die Vorstöße der DGAP werden von anderen Think Tanks flankiert. Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung hat bereits vor einem halben Jahr, als in Mazedonien noch Frieden herrschte, Druck auf die Regierung in Skopje gefordert: »Solange die noch mehrheitlich mazedonische Bevölkerung die albanischsprachigen Bürger Mazedoniens nicht als gleichberechtigtes Staatsvolk auch verfassungsmäßig anerkennt, wird kein normales Miteinander möglich sein.« Und die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD ließ es sich im März nicht nehmen, Ibrahim Rugova zu einer Reihe von Veranstaltungen einzuladen, obwohl der angeblich Gewaltfreie es standhaft ablehnte (und dies auch zu diesem Anlaß verkündete), sich von den Terroristen zu distanzieren, die zur selben Zeit Tetovo belagerten. Bereits Ende Februar war die Ebert-Stiftung Mitveranstalter einer Konferenz in Brüssel gewesen, auf der der montenegrinische Präsident Milo Djukanovic für eine Abspaltung von Jugoslawien warb. Kurz zuvor hatte die US-Regierung Djukanovic eine Audienz verweigert.

Washington gibt nach

Die Träume von einer territorialen Neuordnung, Fischers »Gesamtlösung«, haben Aussicht auf Erfolg, weil sich die bisher von den USA durchgesetzten Protektoratslösungen nicht als lebensfähig erweisen. Das in Dayton geschaffene Multikulti-Bosnien ist ein Potemkinsches Dorf, in dem weder Serben noch Kroaten und Moslems leben wollen. Der internationale Protektor Wolfgang Petritsch hat de facto die gesamte Gesetzgebung an sich gezogen, da in den Parlamenten weiterhin sogenannte oder tatsächliche Nationalisten das Sagen haben. Mit dem kürzlichen Beschluß der herzegowinischen Kroaten, die Föderation mit den Moslems zu verlassen, ist der Dayton-Schwindel aufgeflogen. Aber auch im Kosovo funktioniert das Protektorat nicht: Der angebliche Fortschritt der Demokratie, als der der Sieg der sogenannten Gemäßigten um Rugova bei den Komunalwahlen im Oktober bejubelt wurde, fand nur in den Laptops der Kommentatoren statt: Seither wurden über 100 Anhänger Rugovas ermordet. Terroristen und Mafiosi, und nicht gewählte Politiker oder UN-Beamte, haben weiterhin die Kontrolle über das Amselfeld.

Während die USA auf den Machtwechsel in Belgrad zunächst mit einer anti-völkischen Politik reagierten – Kouchner wurde als Kosovo-Gouverneur geschaßt, die für Frühjahr geplante Wahl eines Provinzparlaments abgeblasen, die Sezession Montenegros mehrfach scharf abgelehnt – , scheint sich jetzt ein Umdenken anzubahnen. Im neuen »Nato-Brief«, der Publikumszeitschrift des Bündnisses, plädiert ein US-Amerikaner offen für ein Ende von Dayton-Bosnien, der ehemalige Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark hat sich in der »International Herald Tribune« für eine endgültige Abspaltung des Kosovos von Jugoslawien eingesetzt, der frühere Balkan-Beauftragte Richard Holbrooke für die Eigenständigkeit Montenegros.

In der Mazedonien-Krise waren die US-Amerikaner völlig abgemeldet, allein die Europäer haben den Ton angegeben. Wie sehr die EU den deutschen Vorstellungen folgt, zeigt etwa das Verhalten des EU-»Außenministers« Javier Solana. Hatte er bei einer Pressekonferenz in Skopje am 20. März noch jede Verhandlung mit den Terroristen abgelehnt, so wirkte er beim anschließenden Dinner auf den mazedonischen Präsidenten Boris Trajkovski ein, die Offensive gegen die UCK abzublasen – ein klarer Widerspruch zur Position des Nato-Generalsekretärs George Robertson. Zwei Tage vorher hatte das Berliner Außenamt die Devise ausgegeben, »beiden Seiten« müsse klargemacht werden, daß sie sich zurückhalten müßten. Die Zeitung »Dnevnik« aus Skopje kommentierte: »Albanische Extremisten werden versuchen, die auf dem Schlachtfeld verlorene Schlacht am Verhandlungstisch zu gewinnen, mit tatkräftiger Unterstützung des ausländischen Faktors. Die gestrigen Ereignisse (Besuch Solanas, J. E.) und von vor zwei Tagen (Berliner Erklärung, J. E.) zeigen klar, daß wir Zeugen einer Verschwörung sind ... Der Plan sieht Verhandlungen mit den Terroristen vor, unter Vermittlung der internationalen Gemeinschaft.«

Der Plan platzte, weil der russische Präsident Wladimir Putin seinem Amtskollegen Trajkovski nicht nur eine »tschetschenische Lösung« empfohlen, sondern ihm auch die Mittel dafür gegeben hatte: Mit den von ihm kurzfristig überlassenen zehn Kampfhubschraubern war die ansonsten schlecht gerüstete mazedonische Armee in der Lage, trotz des Einspruchs von Solana mit der Offensive gegen die Stellungen der Banditen rund um Tetovo ernst zu machen. Ende März war der Spuk vorüber – fürs erste.

Die Wühlarbeit der EU aber geht weiter. Das am 9. April abgeschlossene »Beistands- und Assoziierungsabkommen« mit Mazedonien ist ein vergiftetes Geschenk: Gegen die läppische Summe von 120 Millionen Euro und das vage Versprechen auf eine »potentielle« Teilnahme an EU-Beitrittsverhandlungen wurde Skopje die Zusage abgepreßt, mit den Albanern

einen Dialog über »alle Forderungen der Minderheit« aufzunehmen. Es dürfe »kein Thema ... ausgeschlossen werden« (»FAZ«). Außenminister Fischer sprach, wen wundert's, von einem »historischen Akt« mit Bedeutung »nicht nur für Mazedonien, sondern für die gesamte Krisenregion«.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 4/2001 über den ökonomischen Hintergrund des albanischen Aufstandes in Mazedonien

Konkret 05/01, S. 19

Matthias K□ nt□ el

Der Pakt

Die akt□ elle de□ tsche Unterst□ t□ □ ng f□ r die UCK hat ein historisches Vorbild: Gro□ albanien gab es bisher n□ r □ on 19 1944

Tosender Beifall für den Kanzler. Zu Tausenden strömten die Kosovo-Albaner im Juli 1999 in Prizren zusammen, um Gerhard Schröder mit »Deutschland Deutschland«-Rufen zu feiern. »Es ist schon beeindruckend und hat mich tief berührt«, bekannte er später, »als ich in Prizren auf der einen Seite deutsche Panzer und deutsche Soldaten mit Maschinenpistolen gesehen habe, und auf der anderen Seite konnte ich miterleben, wie mit ungewöhnlich euphorischem Jubel ein deutscher Bundeskanzler begrüßt worden ist. Ich finde, daß das vor dem Hintergrund der spezifisch deutschen Geschichte in dieser Region eigentlich jeden berühren muß.« Welche Geschichte hatte Schröder hier eigentlich gemeint?

Im September 1943 etablierte die Wehrmacht in Prizren unter dem Beifall der Kosovo-Albaner eine »Zweite Prizren-Liga«, deren einziger Zweck die Tötung und Vertreibung der Serben zur Schaffung des »ethnisch reinen« Großalbaniens war. Im Februar 1944 wurde die albanische SS-Division »Skanderbeg« in Prizren stationiert. Im Oktober 1944 startete die deutsche SS von hier aus ihren letzten Versuch, den Sieg der Alliierten doch noch aufzuhalten. Damals wie heute steht diese Stadt im Zentrum der deutschen Großalbanien-Politik. Damals wie heute werden hier Deutsche umjubelt, während alle Nichtalbaner um ihr Leben fürchten. Seit dem März 2001 spitzt die Situation sich weiter zu: In Verbindung mit der UCK-Offensive gegen Tetovo hat Deutschland erstmals öffentlich die Großalbanien-Idee protegiert. Der Blick auf die Geschichte aber offenbart, daß sich die Anflüge einer neuen deutschen Großalbanien-Politik unvermeidlich in jenen Spuren bewegen, die der Nationalsozialismus geschaffen hat. Gleichzeitig macht er den instrumentellen Charakter der deutschen Vergangenheitspolitik offenbar: Je beherzter die Bundesregierung an die Elemente der nationalsozialistischen Kosovo-Politik anknüpft, desto weniger ist die öffentliche Meinung an Kenntnissen darüber interessiert.

Unwillige und willige Waffenbrüder

Als Antwort auf den deutschen Einmarsch in Prag wurde Albanien am 7. April 1939 von italienischen Truppen besetzt. Dies Land war das mit Abstand ärmste und rückständigste Europas. Zwei Drittel seiner Einwohner war tribalistisch organisiert und der Blutrache treu geblieben. Die miserable Infrastruktur verstärkte die Isolation der von Familienclans regierten Regionen. Von albanischem Nationalbewußtsein konnte unter diesen Umständen keine Rede sein.

1941 überfiel und besiegte Deutschland Jugoslawien. Nach mehrtägigen deutsch-italienischen Verhandlungen teilte man das bis dahin jugoslawische Kosovo in drei Besatzungszonen auf: Bulgarien bekam den östlichen, an Mazedonien grenzenden Gebietsabschnitt zugesprochen. Deutschland sicherte sich die rohstoffreiche Gegend um Mitrovica im Norden der Provinz, während der größte Teil des Kosovos unter italienische Kontrolle gelangte und am 12. August 1941 mit dem italienisch beherrschten Kernalbanien zu »Großalbanien« fusioniert wurde.

Das Verhältnis zwischen italienischen Besatzern und Kosovo-Albaner war von Anfang an gespannt. So ging der Terror kosovo-albanischer Milizen gegen die Serben den faschistischen Besatzungsbehörden oft zu weit: Wiederholt eröffneten die italienischen Streitkräfte das Feuer, um Kosovo-Albaner von Massakern an Serben abzuhalten. Gezielt wurden italienische Truppen in den Städten stationiert, um die Gewalt in Schranken zu halten. Nicht nur aus diesem Grund »haben die Albaner die Italiener niemals respektiert. Den Albanern mißfiel die gesamte italienische Weltanschauung, und sie mochten nicht, was sie als schwache und nichtmaskuline Form der Selbstdarstellung und des Verhaltens bei den Italienern wahrgenommen haben. Viele Albaner glaubten, daß die Italiener Lügner und Heuchler seien«, schreibt der amerikanische Historiker Bernd J. Fischer.

Deutsche Besatzer und Kosovo-Albaner verstanden sich dagegen besser. So gewährte die Nazigeneralität in der deutschen Zone den Kosovo-Albanern ein weitaus höheres Maß an Autonomie, als ihnen in der italienischen zustand. Damit knüpfte die Wehrmacht an die Tradition der österreichischen Kosovo-Besetzung im Ersten Weltkrieg an. 1916 wie 1941 wurden den Kosovo-Albanern autonome Verwaltungen eingeräumt und die Benutzung des Albanischen als Amtssprache erlaubt. Und nicht nur 1941 bis 1944, sondern auch schon 1916 bis 1918 »wurden mit dem Ziel, die serbische Präsenz in der Region zu unterminieren, mehr als 300 albanischsprachige Schulen eröffnet«, so die britische Historikerin Miranda Vickers.

Nach dem Sturz Mussolinis im September 1943 besetzten deutsche Truppen die großalbanische Region, um mit einem Minimum an Wehrmachtsverbünden die Landung des Kriegsgegners an der albanischen Küste zu verhindern. Vor dem Einmarsch der deutschen Truppen wurde das Land mit Flugblättern überschüttet, in welchen Nazideutschland sich als Schutzmacht Albaniens im Kampf gegen seine Feinde – hier Italien und die Anglo-Amerikaner, dort Rußland und die Serben – empfahl. Der Versuch, eine deutschfreundliche Marionettenregierung in Tirana zu etablieren, schlug angesichts des absehbaren alliierten Sieges zunächst fehl. Nun wurde das Kosovo der maßgebliche Hebel der deutschen

Albanienpolitik. »Dort wohnen die rassisch besten und politisch entschlossensten, soldatisch geeignetsten Elemente des albanischen Volkes«, schwärmte Hitlers Balkanbeauftragter Hermann Neubacher im September 1943 in einem Telegramm nach Berlin. »Es besteht die Möglichkeit«, so Neubacher weiter, die »kossowanische Miliz ... in Tirana antreten zu lassen, welche die Freiheitsbewegung in Schwung bringen soll.« Und schon wurden die Kosovo-Albaner mit akuell anmutenden Argumentationsmustern umbuhlt: »Die Deutschen erweckten den Eindruck«, schreibt der Historiker B.J. Fischer, »daß erst jetzt, mit ihrer Ankunft, eine wirkliche Vereinigung des Kosovos mit Albanien erreicht würde. ... Die Deutschen versäumten es nicht, die Albaner darauf hinzuweisen, daß die Alliierten in Sachen Kosovo auffällig schweigsam gewesen sind – ein Hinweis auf deren Absicht, es erneut den Jugoslawen zurückzugeben – und daß die Alliierten weder eine albanische Exilregierung noch ein albanisches Exilkomitee anerkannt und damit die Frage der Existenz eines albanischen Staates in der Nachkriegswelt in der Schwebe gelassen haben.« Die so eingesetzte Kosovo-Karte zog: Noch im September 1943 wurde ein hauptsächlich aus Kosovo-Albanern bestehendes Nationalkomitee installiert und in Tirana die »Unabhängigkeit« Albaniens erklärt. Deutschland freilich blieb das einzige Land, das das »unabhängige« Großalbanien diplomatisch anerkannte.

Mit dem »laschen Besatzungsregime« gegenüber den Serben war es nach Beendigung der italienischen Phase vorbei. Von nun an ließ man den Massakern der kosovo-albanischen Milizen an Serben freien Lauf. Noch im September 1943 wurde mit tatkräftiger deutscher Unterstützung eine »Zweite Prizren-Liga« gebildet, deren erklärtes Ziel »ein ethnisch reines Großalbanien« war. Die blutige Vertreibung der Serben, die die über 12.000 Mitglieder zählende Liga nun ins Werk setzte, fand unter deutscher Aufsicht und deutscher Anleitung statt. Neben der »Zweiten Prizren-Liga« rekrutierte die Wehrmacht ein 600 bis 700 Mann starkes Bataillon, das ausschließlich aus deutschfreundlichen Kosovo-Albaner bestand und als Eliteeinheit nach Tirana geschickt wurde. Ende 1943 wurden weitere 1.200 kosovo-albanische Gendarmen von Mitrovica nach Tirana entsandt.

Im Februar 1944 gab Adolf Hitler, der »für die letzte romantische Ecke Europas sehr viel übrig hatte«, den Befehl, aus »diesem Bergvolk stolzer Waffenträger« (Neubacher) einen eigenständigen SS-Verband, die »SS-Division Skanderbeg«, zu etablieren. Diese 6.500köpfige Division wurde aus den albanischen Einheiten der 13. SS-Bosniaken-Gebirgsdivision sowie aus albanischen Milizen zusammmengestellt. Ihr Standort war Prizren, ihr hauptsächliches Operationsgebiet das Kosovo, ihr erklärter Auftrag der »Schutz« des »ethnisch reinrassigen« Albaniens.

»Schutz« bedeutete: Wer nicht dazugehörte, wurde getötet oder Greueln ausgesetzt und verjagt. »Die Einheiten dieser Division«, schreibt B. J. Fischer, »erwarben sich schnell eine höchst unvorteilhafte Reputation, da sie, besonders in den serbischen Gebieten, das Vergewaltigen, Plündern und Ermorden dem Kämpfen vorzogen.« Die außerordentliche Brutalität der »Skanderbeg-Division« ist vielfach belegt. So tötete sie am 28. Juli 1944 im Dorf Veliko 380 Ortsansässige (darunter 120 Kinder) und steckte 300 Häuser in Brand. Im April 1944 deportierte sie 300 Juden. Zwischen dem 28. Mai und dem 5. Juli »hob die SS-Division auf albanischem Gebiet weitere 510 ›Juden, Kommunisten, Partisanen und verdächtige Personen‹ aus«, berichtet Raul Hilberg. »249 von ihnen wurden abtransportiert.« Auch die Roma der Region Kosovo, die bis September 1943, mit gelben Armbinden gezeichnet, Zwangsarbeit leisten mußten, wurden nach Übernahme des Kosovos durch die Deutschen deportiert und in Konzentrationslager in Jugoslawien, aber auch nach Buchenwald und Mauthausen verschleppt.

Entgegen der später in Tirana gepflegten Legende war das Kosovo auch für Titos Partisanen die mit Abstand unerfreulichste Region. »Die Bewegung im Kosovo ist sehr schwach, fast tot«, heißt es in einem Lagebericht der KP Jugoslawiens vom August 1943. Unter der Herrschaft der Deutschen verschlimmerte sich die Situation. In einem Bericht an das ZK der KP Jugoslawiens von Anfang 1944 erklärte die kleine und isolierte kommunistische Gruppe dieser Provinz, daß hier die albanischen Massen die nationalsozialistischen Besatzer als ihre Befreier und die Deutschen als ihre größten Freunde betrachteten.

Selbst Ende 1944, als die südalbanischen Partisanen die Wehrmacht schon in die Flucht getrieben und Albanien befreit hatten, blieb speziell das Kosovo noch im Lager der Achsenmächte verankert. Keineswegs zufällig unternahm gerade hier die SS ihren letzten Versuch, den unvermeidlichen Sieg der Allierten noch aufzuhalten. Nachdem ihnen der Boden in Tirana zu heiß geworden war, setzten sich die beiden zurückgebliebenen Statthalter Deutschlands im Oktober 1944 nach Prizren ab und unterstützten die Errichtung einer antikommunistischen Regierung im Kosovo unter Führung ihres langjährigen Freundes, des Kollaborateurs Xhafer Deva, und führten ihr große Mengen an Waffen, Munition, Lebensmittelvorräten und vermutlich auch Agenten zu. Die Deva-Truppen sollen um die Jahreswende 1944/45 über mehr als 6.000 Soldaten verfügt haben, ihr örtliches Zentrum war die Drenica-Region. Der Widerstand der Deva-Truppen gegen Titos Partisanenarmee dauerte von November 1944 bis Mai 1945 und konnte erst nach dem Einsatz einer 30.000köpfigen Partisanenarmee zerschlagen werden.

Das Pogrom als Programm

Seit Titos Verfassungsänderung von 1974 konnte von einer Diskriminierung der Kosovo-Albaner keine Rede sein. Im Gegenteil: Diese genossen sämtliche Rechte und kontrollierten das gesamte Kosovo. Dennoch stand für die Nationalisten auch in dieser Situation die Vertreibung und Drangsalierung aller Nichtalbaner ganz oben auf der Tagesordnung. Das Ziel dieser Bewegung ist »ein ›ethnisch reines‹, das heißt von Serben und anderen Slawen ›gesäubertes Gebiet‹, in dem nur Albaner siedeln«, berichtete 1986 »Die Welt«. »Das Ziel der radikalen Nationalisten ist ... ein ›ethnisches Albanien, das West-Mazedonien, Süd-Montenegro, Teile des südlichen Serbiens, Kosovo und Albanien umfaßt«, notierte 1987 die »New York Times«. »Die Flucht der Slawen vor der andauernden Gewalt verwandelt das Kosovo in eben das, was die Nationalisten unter den ethnischen Albanern seit Jahren ... fordern – in eine ›ethnisch reine‹ Region«, kommentierte der britische »Guardian«.

Mit der deutschen Einheit von 1990 kam auch die traditionelle Schutzmacht der Großalbanien-Idee wieder ins Spiel. Noch im selben Jahr erklärten die Kosovo-Nationalisten ihre Provinz für unabhängig. Ibrahim Rugova wurde zum »Präsidenten« und Bujar Bukoshi zum »Regierungschef« eines »unabhängigen Kosova« ernannt. Beide machten aus ihrer weitreichenden Zielsetzung kein Hehl. »Ich persönlich strebe eine Vereinigung mit Albanien an«, erklärte 1991 Rugova. »Die beste Lösung wäre allerdings, alle Albaner könnten in einem Staat zusammenleben, auch die Albaner in Mazedonien müßten daran beteiligt werden.« Bujar Bukoshi, der seine »Exilregierung« nicht zufällig in Deutschland installierte, stand dem nicht nach: »Wir werden alles tun, damit die freie Republik Kosovo und Albanien eines Tages eins werden«, zitierte ihn die »Taz«.

Die ersten Sprengsätze für ein neues Großalbanien gingen im Februar 1996 hoch: Als erste öffentliche Aktion attackierte die UCK fünf serbische Flüchtlingslager zeitgleich mit Bombenanschlägen. So begann, wie ein UCK-Sprecher später erklärte, »der Krieg für die Befreiung der Kosovo-Territorien, die von Serben, Makedonern und Montenegrinern okkupiert sind«. Es ist kein Zufall, daß schon diese erste Aktion die Handschrift der alten SS-Division »Skanderbeg« trug. Viele Führungskader der UCK, so etwa ihr Gründer Adem Jashari, wurden als die Kinder oder Enkel von Angehörigen der alten SS-Division »Skanderbeg« rekrutiert. Gern prahlt auch die rechtsextreme albanische Organisation »Balli Kombetar« (Nationale Front), die 1944 zu den wichtigsten Stützen der Naziherrschaft zählte, mit ihrem Einfluß in der UCK.

Wie der SS-Division »Skanderbeg« geht es auch der UCK nicht um irgendeine Form albanischer Eigenstaatlichkeit, sondern um eine »ethnisch reine« Eigenstaatlichkeit: Alles, was vom völkischen Homogenitätsideal abweicht oder an die ehemalige serbische Herrschaft erinnert, soll zerstört und ausgerottet werden. Ihr Freiheitsbegriff ist am nationalsozialistischen »frei von« orientiert: Frei von Juden, frei von Roma, frei von Türken und mazedonischen Slawen.

Seit Beginn des Nato-Protektorats im Kosovo wurden alte Erinnerungen an das Großalbanien der Jahre 1943/44 wach. Als die deutschen Truppen in Prizren einmarschierten, wurden sie wie alte Wehrmachtsfreunde begrüßt. »Sicher hatten es die Deutschen von der ersten Stunde an leichter als die übrigen Kfor-Truppen«, berichtete der »Spiegel«. »Deren Parteinahme zu Zeiten Hitlers für die Unabhängigkeit der Albaner haben die heute noch lebenden Jahrgänge absichtsvoll zu einer geschichtlich beglaubigten Bruderschaft verewigt und an ihre Enkel weitergereicht. ... Wie anno 1943 ... preisen besonders die UCK-Hierarchen den ›historisch belegten Pakt‹.« In einem »Leitfaden für Bundeswehrkontingente im Kosovo« hat die Bundesregierung diese Verbrüderungen thematisiert. »Es ist nicht auszuschließen«, heißt es darin, »daß Sie von Verwandten oder Freunden ehemaliger Angehöriger der SS-Division ›Skanderbeg‹ ... auf diese geschichtlichen Bezüge angesprochen werden.« Dies habe jedoch mit einer Heroisierung der Naziherrschaft nicht unbedingt zu tun. Genausogut könne, um »Verbundenheit« auszudrücken, »ein deutscher Fußballer genannt werden«.

Ihre Verbundenheit mit der Wehrmacht demonstriert aber auch die Bundeswehr. In präziser Nachahmung eines seit 1941 vom deutschen Sender »Radio Belgrad« gepflegten Rituals wird in Prizren als täglicher Ausklang des deutschen Soldatensenders der Wehrmachtsschlager »Lili Marleen« ausgestrahlt; eine Provokation, die sich die Bundesregierung nur dort erlauben kann, wo einstmals ein Zentrum der Nazikollaboration gewesen war. Und doch hat diese Musikauswahl einen tieferen, wenn auch unbeabsichtigten Sinn: Zeitgleich zur Ausstrahlung der alten Melodie wurde in Prizren an die »Säuberungen« der früheren albanischen SS-Division angeknüpft. In keiner anderen Besatzungszone des Kosovos erhielt die UCK eine größere Pogromfreiheit als in der deutschen. »In Prizren haben es die deutschen Soldaten den albanischen Kämpfern der Kosovo-Befreiungsarmee überlassen, das in der Stadt geltende Recht zu bestimmen, und damit die serbischen Familien ihrem Schicksal überlassen«, kritisierte der in Paris erscheinende »Figaro«. Die Folge: Fast alle 10.000 Serben und Roma aus Prizren wurden vertrieben. Trotzdem strotzt der ehemalige deutsche Kfor-Kommandant Klaus Reinhardt vor Zufriedenheit: »Heute geht es in Prizren und Pristina wie in anderen westlichen Städten zu: Die Discos sind voll, die Leute sitzen auf den Boulevards und freuen sich, daß sie in Frieden leben können.« »Nur in den Zonen«, schränkt Reinhardt ein, »wo die verschiedenen ethnischen Gruppen aufeinanderstoßen, sind die Spannungen noch groß.« Anders formuliert: Frieden gibt es nur, wo die »Fremdvölkischen« endlich wieder verjagt worden sind. Das sieht die UCK genauso.

Matthias Küntzel schrieb in KONKRET 2/2001 über die deutsche Hegemonie in der Europäischen Union

Konkret 05/01, S. 22

Ilka Schröder

hier konkret

Ilka Schröder, 1978 in Westberlin-Neukölln geboren, Enfant terrible der grünen Fraktion im Europaparlament, Traum schlafloser Nächte für ihre gesichtslosen Kollegen und Haßobjekt ihrer völlig unbekannten Kolleginnen, autonom bis zum Anschlag und alles andere als grün hinter den Ohren, hat immerhin geschafft, was zuletzt Ebermann und Ditfurth mit Schily gelungen ist: zwei grüne Promis zu den Sozis wegzuekeln. Für KONKRET äußert sie sich über Schröders Kampf gegen Arbeitslose und das Projekt der Entsolidarisierung

konkret: »Ein Recht auf Faulheit gibt es nicht«, sagt Ihr Namensvetter. Ist der Kampf gegen Arbeitslose ein rotgrünes Projekt?

Schröder: Herr Schröder fordert direkt Sanktionen gegen Arbeitslose. Claudia Roth hält die bestehenden Repressionsmaßnahmen für ausreichend. Das heißt aber, daß sie sich positiv auf die bestehenden Regelungen bezieht. Und damit auch eine Kriminalisierung von Arbeitslosen billigend in Kauf nimmt.

konkret: Früher dachte man ja bisweilen: böse Sozis, gute Grüne.

Schröder: Schon 1999, bezeichnenderweise während des Kosovo-Krieges, haben die Grünen in einem Bundestagsfraktionspapier geschrieben, daß »Rechten von Arbeitslosen auch Pflichten gegenüberstehen müssen«, was nichts anderes hieß und heißt, als Zwangsmaßnahmen gegen Arbeitslose einzufordern. Gerade beim Umgang mit Erwerbslosen gleichen sich die Herangehensweisen von Rot und Grün.

konkret: Ist »Arbeit für alle um jeden Preis« das neue Credo der grünen Mitte?

Schröder: Ja. Und da wird auch nicht zwischen frei wählbaren Jobs, die den Leuten gefallen und die der Gesellschaft etwas bringen, und den Jobs um jeden Preis unterschieden. Das heißt: Repression gegen alle, die nicht mitmachen.

konkret: Die Grünen möchten die Freiwilligendienste stärker ausbauen. Ist das nicht eine Möglichkeit für junge Leute, sich hier selbst zu verwirklichen, ganz ohne Zwang, ganz selbstbestimmt?

Schröder: Freiwilligendienste sollten wie andere Arbeitsstellen bezahlt werden. Aber das ist nicht so. Es handelt sich ausschließlich um Beschäftigungsmaßnahmen im Wortsinne. Die Entlohnung der sogenannten Freiwilligendienste ist auch denkbar gering. Die Gefahr besteht, daß ein Freiwilligengesetz den Boden bereitet, um vom alleinigen Kriegsdienst mit oder ohne Waffe für Männer zu einem Zwangsjahr für alle zu kommen. Wenn das Bundesverfassungsgericht Ende des Jahres die Wehrpflicht für verfassungswidrig erklärten sollte, würde dieser Freiwilligendienst zum Zug kommen. Auf längere Sicht sind Zivildienst und Wehrpflicht schädlich für die Interventionsarmee.

konkret: Viele grüne Parteimitglieder meinen, daß durch die Verpflichtung zu ökologisch sinnvollen Projekten Menschen zumindest ideell wieder eine Perspektive gegeben werden kann.

Schröder: Es ist eine Herabwürdigung und keine Perspektive, wenn man ein paar Mark für eine Stunde Arbeit bezahlt bekommt. Eine Perspektive bekommen die Leute nur dann, wenn sie selbstbestimmt über ihre Zeit entscheiden können. Wenn überhaupt soziales Engagement, dann nicht per Verordnung von oben, sondern freiwillig von unten.

konkret: In der Bundesrepublik jagt im Moment eine rechte Kampagne die andere. Können die Grünen sich nicht zumindest als linksliberale Alternative zu Nationalstolz, Deutschlandliebe und Drohungen gegen Arbeitslose profilieren?

Schröder: Wer sich von dem Nazispruch »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« nicht einmal mehr zu distanzieren traut, kann diese Alternative nicht bieten.

konkret: Die »jungen linken Grünen« haben das Manifest »Joschkas Nachwuchs« vorgelegt. Darin begrüßen sie Konzepte wie die »BürgerInnenarbeit« und fordern, daß »Rüstungsunternehmen ... auch weiterhin bekämpft werden, wenn sie im Einzelfall aus Profitinteressen Elend, Verschmutzung und Zerstörung in Ländern des Südens hervorrufen.«.Trau keinem unter dreißig?

Schröder: Zu Ihrer letzten Bemerkung will ich mich mal nicht äußern. Jedenfalls habe ich einen ganz klaren Dissens mit Leuten, die sich ausschließlich für mehr Arbeitsplätze einsetzen und damit Unternehmen oder den kapitalistischen Verwertungszusammenhang nur im »Einzelfall« kritisieren können. Das Dilemma kann man nur auflösen, indem man klarmacht, daß es eben nicht um Arbeitsplätze um jeden Preis geht. Technologie, die im Sinne von Menschen genutzt wird, beispielsweise Rationalisierung durch Computereinsatz, bedeutet mehr frei verfügbare Zeit und damit auch mehr Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben. Wenn es eine gesellschaftliche Umverteilung gibt, bringen weniger Arbeitsplätze einen Gewinn für alle.

konkret: Mit seiner Kampagne gegen Paul Lafargues »Recht auf Faulheit« hat Schröder die klassische Spaltung in der Arbeiterbewegung aufgegriffen und versucht, sie produktiv für die »Neue Mitte« zu vertiefen. Ist das im Vorgriff auf die Wahlen 2002 schon der Versuch, einen antisozialen gesellschaftlichen Block zusammenzuschmieden?

Schröder: Es ist schon Vorwahlkampfzeit. Es geht der Bundesregierung jedoch nicht nur um die Entsolidarisierung zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen, sondern es geht auch um andere gesellschaftliche Gruppen. Vor allem in der Migrationsdebatte werden Migrantinnen und Migranten immer mehr auf Zwangssprachkurse oder den Schwur auf die FdGO festgelegt. Es geht also nicht nur um den Zwang zur Arbeit, sondern um den Zwang, deutsch zu sein.

Konkret 05/01, S. 24

Shimon Stein, Hermann L. Gremliza, Jürgen Elsässer

»Ich muß das sehr behutsam machen«

KONKRET sprach mit dem neuen israelischen Botschafter in der Bundesrepublik, Shimon Stein, über die deutsche Nationalstolz-Debatte, Israels Stellung in der neuen Weltordnung und die Situation der Juden hierzulande

KONKRET: Herr Botschafter, Sie kommen 50 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee in ein Land, dessen Politiker seit Wochen in einem Wettstreit befangen sind, wer stolz, wer stolzer und wer am stolzesten sein darf, Deutscher zu sein. Für Sie ein seltsamer Einstand?

Stein: Seltsam eigentlich nicht für jemanden, der zwar erst seit zweieinhalb Monaten hier ist, aber auch vorher die Diskussion in Ihrem Lande verfolgt hat. Vor der Diskussion über den Stolz gab es Streit über die Leitkultur, über das Vaterland. Die Deutschen fragen sich, wie unbefangen sie heute, mehr als fünfzigJahre nach Kriegsende, mit sich umgehen können.

Wie unbefangen kann jemand fünfzig Jahre nach dem Ende des Krieges sein, wenn er nach diesen fünfzigJahren noch nicht einmal die NS-Zwangsarbeiter entschädigt, das heißt, wenn er also nicht einmal seine materiellen Schulden bezahlt hat?

Das ist eine Frage, die ich ja nicht beantworten kann. Ich bin ein Beobachter und kann nur diese generellen Bemerkungen machen. Zum Thema Zwangsarbeiter kann ich mir nur wünschen, daß alle rechtlichen Fragen so schnell wie möglich vom Tisch sind, damit denjenigen, die noch immer überleben – ihre Zahl wird kleiner von Tag zu Tag – , zumindest das Minimum so schnell wie möglich ausgezahlt wird.

Wie war es denn, was den Stolz auf die Nation angeht, in Ihrem Elternhaus? Ihre Familie kommt aus der Bukowina, und die hat ja oft den Staat gewechselt.

Es fing an mit der österreichisch-ungarischen Monarchie, dann kam Rumänien, dann die Sowjetunion, heute die Ukraine.

Waren Ihre Eltern erst stolze Rumänen und dann stolze Sowjetbürger?

Die Frage nach dem Stolz ist ja eigentlich nicht die richtige Frage, sie verdeckt nur die richtigen Fragen, die man stellen muß. Meine Mutter ging bis Anfang des Krieges auf eine deutsche Schule. Sie gehörte zur großen Jüdischen Gemeinde in Tschernowsky. Ich habe zu Hause nie gehört, daß man stolz war, Bürger der K.u.k.-Monarchie zu sein. Die Frage hat man nicht gestellt.

Es gibt einen jüdischen Witz, in dem ein Angeklagter vor Gericht gefragt wird, ob er Jude sei. Er sagt: Ja, und ich bin stolz darauf. Wäre ich nicht stolz, wäre ich auch Jude, bin ich schon lieber gleich stolz.

Ja, dieser Antwort kann ich mich anschließen.

Das ist natürlich ein sehr ironischer, sehr sarkastischer Stolz, der mit dem, was der Generalsekretär der CDU meint, nichts zu tun hat.

Ich bin als Jude geboren, ich habe auch keine Absicht, überzutreten oder getauft zu werden. Wir sind, wie wir sind, Judentum ist ein Teil meiner Identität. Ich bin Jude, der in Israel wohnt, ich bin froh, daß ich Israeli bin, daß ich ein Jude bin, der in einem unabhängigen Staat aufgewachsen ist. Meine Eltern, die damals vor der Alternative standen, etwa nach Amerika oder nach Palästina zu gehen, haben sich für Palästina bzw. Israel entschieden. Und ich freue mich über die Entscheidung, die meine Eltern auch für mich getroffen haben.

Wie ein Deutscher sich freuen könnte, wenn seine Eltern zur Nazizeit ins Exil gegangen wären. Neben der Frage, wer der größte deutsche Patriot ist, treibt unsere Politiker, allen voran Ihren Verhandlungspartner Joschka Fischer, zur Zeit die Beschäftigung mit ihren heroischen Jugendzeiten um. Sie sind etwa so alt wie der deutsche Außenminister – was haben Sie eigentlich 1968 gemacht?

1968 war ich in der Armee, als Fallschirmjäger. Ich habe meinen Militärdienst 1966 angefangen, am 16.August.

Das wissen Sie noch?

Ja, ich kann Ihnen auch meine Militärnummer geben: 987123. 1968 hatte ich leider schon den Krieg von 1967 hinter mir, ein Erlebnis, das ich nie loswerde, weil ich dort ein paar Freunde verloren habe. Als hier Teile der 68er gegen Israel und den Zionismus auf die Straße gingen, stand ich mitten im sogenannten Abnutzungskrieg am Suezkanal. Und die Zeiten haben sich ja im Grunde genommen nicht so sehr verändert. Wir haben noch immer ein Problem, den Deutschen – und hier verallgemeinere ich – die Bedingungen, unter denen wir lebten und noch heute leben, klarzumachen. Die Sprache, die Kultur, die Zwänge, unter denen Israelis seit Gründung des Staates Israel leben, sind den Europäern fremd. Deshalb kann man auch die Maßstäbe, die seit dem Zweiten Weltkrieg für Europa gelten, heute nicht auf den Nahen Osten übertragen. So weit sind wir leider im Nahen Osten noch nicht gekommen.

Wir als Israelis und als Juden waren schon seit 47 bereit, auf eine Teilung von Palästina einzugehen. Dazu müssen wir einen Frieden mit unseren Nachbarn erzielen. Wir sind eine lebendige Demokratie. Wir diskutieren miteinander. Leider sind unsere Nachbarn keine Demokratien und werden es auch in absehbarer Zeit nicht sein. Wir haben Schwierigkeiten, das den Deutschen und anderen klarzumachen. Als ich in Gaza und auf dem Golan war, um meine Existenz zu sichern, gekämpft habe, Freunde verloren, da gingen hier Leute auf die Straße, um die Struktur der deutschen Gesellschaft zu verändern. Und manche, um gegen die Zionisten zu protestieren.

Wie, zum Beispiel, Joschka Fischer, der ja 1969 auf dem PLO-Kongreß in Algier der Forderung nach Beseitigung des Staates Israel applaudiert hat.

Nicht nur Joschka Fischer, das war eine ganze Bewegung, darunter sogar ein paar Juden, die für die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt einschließlich der PLO eintraten. Aber wie Joschka Fischer gibt es auch manche andere, die inzwischen reifer geworden sind. Heute ist Joschka Fischer, was die deutsch-israelischen Beziehungen anbelangt, einer der besten Außenminister Deutschlands. Er steht ohne Wenn und Aber zu den besonderen Beziehungen der beiden Staaten. Er bekennt sich zum Existenzrecht Israels und zu Deutschlands moralischer Verpflichtung gegenüber Israel vor dem historischen Hintergrund.

Andererseits sind die deutschen Beziehungen zum Iran, einem der gefährlichsten Gegner Israels, unter der Regierung Schröder/Fischer weit enger als zur Zeit der Regierung Kohl/Kinkel.

Hier gibt es Meinungsunterschiede zwischen uns und Deutschland, uns und der Europäischen Union, was die Analyse der innenpolitischen Lage im Iran und auch die Außenpolitik des Iran angeht. Der Iran ist gegen den Friedensprozeß mit Israel. Der Iran unterstützt militärisch wie politisch den Terror der Hisbollah. Und der Iran ist dabei, sich die Möglichkeit zu verschaffen, auch Israel anzugreifen, mit einer Trägerrakete, die sie Shihab III nennen und die eine Reichweite von 1.200Kilometern hat – das ist genau die Distanz zwischen dem Westen Irans und Israel.

Die Frage ist, wie man eine Veränderung der iranischen Politik erreichen kann. Soll man den Iran isolieren und unter Druck setzen, oder soll man einen Dialog, einen »kritischen Dialog« führen? Hier unterscheiden sich die Amerikaner von der EU. Die EU sucht den Dialog. Wir sind einer anderen Auffassung. Aber wenn die Europäer schon einen kritischen bzw. umfassenden Dialog mit Iran führen, sollten sie wenigstens Maßstäbe nennen, an denen sie das Verhalten der iranischen Politik messen wollen.

Ist die Existenz Israels heute sicherer oder weniger sicher als in den Zeiten vor der großen weltpolitischen Wende?

Wir sind sicher, daß wir Israel verteidigen können. Ob wir gefährdet sind? Ich glaube, daß wir heute mit einer ganzen Reihe von Gefahren zu tun haben, die es vor zehn oder 15 Jahren nicht gab. 53Jahre nach Entstehung des Staates Israel fragen wir noch immer, ob die Araber sich mit der Realität eines jüdischen Staates abgefunden haben. Wir können diese Frage leider auch heute noch nicht eindeutig mit Ja beantworten.

Allein, ohne Partner, ohne Garantiemächte, ohne die Hilfe mächtiger Freunde könnte Israel nicht überleben, weder ökonomisch noch – auf Dauer – militärisch. Bis zur Kapitulation der Sowjetunion stand Israel unter dem Schutz des Westens – so wie die Palästinenser unter dem Schutz der Sowjetunion standen. Heute gibt es den weltpolitischen Feind, gegen den die Amerikaner und ihre Verbündeten Israel verteidigen müßten, nicht mehr. Und damit schwindet das Interesse an der Verteidigung Israels.

Die Garantie war immer eine moralische Garantie, denn Israel war immer entschlossen, sich allein zu verteidigen und nicht die Nato oder die Amerikaner um Truppen zu bitten. Selbstverteidigung war, ist und bleibt unser Motto. Was wir uns wünschen, ist die moralische Garantie des Westens. Ich glaube, daß die Beziehungen zwischen den USA und Israel noch immer fest sind. Sie haben sich nach Ende das Kalten Krieges nicht verändert, sie haben sich eher verstärkt. Beim Besuch von Ariel Sharon in Amerika haben wir gemeinsam eine Entscheidung getroffen, im Bereich der Abwehrsysteme weiter zusammenzuarbeiten. Amerika ist noch immer ein Teil der israelischen Abschreckung und wird es auch für absehbare Zeit bleiben.

Was sich nach dem Kalten Krieg geändert hat, ist die Tatsache, daß die Araber ihren Patron Sowjetunion verloren haben. Heute sind sie auf sich alleine angewiesen und auch auf die Sympathie der USA. Deshalb konnten die Araber auch nicht weiter auf Krieg setzen, um ihre politischen Ziele zu erreichen, sondern mußten ihre Strategie ändern.

Das Ende des Kalten Krieges war auch der Anfang vom Siegeszug des Fundamentalismus.

Der Kalte Krieg war für alle sehr einfach. Wir wußten, wer der Feind ist. Aus der Sicht des Westens war der Feind die Sowjetunion. Man wußte genau, wie man ihn bekämpft. Eine der Folgen des Endes des Kalten Krieges ist, daß wir heute in einer sehr diffusen Lage leben, wo sich eine ganze Reihe von Bedrohungen entwickelt hat. Eine ist der Fundamentalismus.

Wenn Sie Ihre Phantasie bemühen: Wie, glauben Sie, wird es in 20Jahren im Nahen Osten aussehen?

Prophet ist in unserer Zeit kein Job, in dem man Geld verdienen kann. Ich wünsche mir, daß wir dann Frieden mit unseren Nachbarn haben, mit den Palästinensern, mit Syrien, mit Libanon; daß Israel als Teil der Region anerkannt ist; daß die Region den Weg, den die Europäer gegangen sind, beschreiten wird, nämlich zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, zu Kooperation auf regionaler Ebene; daß die Region sich mit den herausragenden Themen auseinandersetzt: Wasser, Flüchtlinge, Umwelt, Abrüstung und Sicherheitskontrolle; daß Demokratie in unserer Region herrscht.

Wird es einen palästinensischen Staat geben?

Das soll Gegenstand von Verhandlungen sein. Wir schließen es nicht aus.

Der Oslo-Prozeß sollte zur Gründung eines palästinensischen Staates führen ...

Nein. Sie werden das auch nicht in einem Papier oder einem Dokument sehen. Das ist die Hoffnung, das war die Hoffnung der Palästinenser. Und ich widerspreche dieser Hoffnung nicht, denn das ist aus palästinensischer Sicht legitim.

Welche anderen Möglichkeiten gäbe es denn, den israelisch-palästinensischen Gegensatz zu entschärfen?

Es kann durchaus auch zu einer Lösung im Rahmen eines unabhängigen Palästinenserstaates kommen. Ich habe nur gesagt, es kann. Und wenn es kommt, soll es ein Ergebnis von Verhandlungen am Verhandlungstisch sein und nicht mit Terror und anderen Mitteln. Das wird nicht gehen. Wenn die Palästinenser morgen die Entscheidung treffen, einen unabhängigen Staat einseitig auszurufen, wird uns das zwingen, Gegenmaßnahmen zu treffen, die weder im palästinensischen Interesse sind noch in unserem.

Normalerweise hält ein Diplomat sich in Fragen der Innenpolitik des Landes, in dem er akkreditiert ist, zurück, weil er sich nicht in die inneren Angelegenheiten einmischen soll. Nun sind für einen israelischen Botschafter in Deutschland einige innere Angelegenheiten der Deutschen auch die inneren Angelegenheiten von Menschen, die heute die Mehrheit der israelischen Staatsbürger bilden.

Das ist eine Herausforderung. Deshalb muß ich immer ganz sorgfältig prüfen, wo und zu welchem Zeitpunkt und zu welchem Thema ich Stellung nehme. Ich muß aufpassen, denn meine Äußerungen könnten von dem einen oder anderen mißverstanden werden. Ich muß das sehr behutsam machen, ich muß als Botschafter des Staates Israel gelten, für die deutsch-israelischen Beziehungen eintreten, und doch immer mit dem Bewußtsein der Vergangenheit.

Diese Vergangenheit hat durchaus eine Gegenwart. Die antisemitischen Straftaten haben eine Rekordmarke erreicht. Das ist eine innere Angelegenheit, von der Sie nicht sagen können, sie gehe Sie nichts an. Ignatz Bubis hat sich immer dagegen verwahrt, auf Israel als seine Heimat angesprochen zu werden. Wenn er gefragt wurde, was er von der Politik Israels halte, hat er geantwortet: Was geht mich das an? Ich bin deutscher Staatsbürger. Als er aber zu entscheiden hatte, wo er begraben sein wollte, da hat er sich doch für Israel entschieden. So sehr Staatsbürger Deutschlands war er dann doch nicht, daß er sein Grab hier mit Hakenkreuzen beschmiert sehen wollte. Sie sind als der Vertreter Israels in gewisser Weise auch der Vertreter der Juden, die in Deutschland leben.

Nicht nur ich, auch meine Kollegen und viele israelische Politiker sehen es so, daß es ein jüdisches Volk gibt. Ein Teil des jüdischen Volkes lebt in Israel, in einem freien Staat. Diejenigen, die dort leben, treffen Entscheidungen über die Zukunft des Staates Israel und tragen dafür die Verantwortung. Darüber hinaus gibt es emotionale, kulturelle und religiöse Bindungen zwischen den Juden, die in Israel leben, und den Juden, die noch in der Diaspora leben, und wir fühlen als Israelis eine gewisse Verantwortung für deren Wohlergehen.

Wir können uns hier in Deutschland nicht in Sachen einmischen, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Juden bestimmen. Die Juden, die hier leben, sind Deutsche. Sie haben die Entscheidung getroffen, hier zu leben, und das müssen wir respektieren. Andererseits machen wir uns Sorgen, wenn die Juden sich hier nicht gut fühlen, wenn sie Antisemitismus und anderem ausgesetzt sind. Deshalb liegt es uns sehr am Herzen, daß diejenigen, die noch nicht in Israel sind, sondern in Deutschland, Amerika oder Frankreich, weiter ihr Leben als Juden führen können. Als jemand, der in Israel lebt, als Zionist, hoffe ich ja, daß alle Juden Israel als ihre Heimat finden. Das hat eine Million Juden aus der Sowjetunion im Laufe der neunzigerJahre gemacht, wir wollen hoffen, daß die, die noch in der ehemaligen Sowjetunion geblieben sind, auch noch nach Israel kommen werden. Das ist unser Ziel.

Und die Juden, die in Deutschland geblieben sind?

Als Zionist wünsche ich mir, daß Juden aus aller Welt Israel als ihre Heimat sehen und sich auch dort niederlassen werden. Aber das ist eine persönliche Entscheidung des jeweiligen Juden, und der muß sich die Frage stellen, wo er sich wohler fühlt, hier, dort oder bei uns. Wir haben die Entscheidung getroffen. Wir hoffen, daß alle anderen letzten Endes diese Entscheidung auch treffen werden.

Mit Shimon Stein sprachen Hermann L.Gremliza und Jürgen Elsässer

Konkret 05/01, S. 26

Yoram Kaniuk, Sylke Tempel, Thomas von der Osten-Sacken

»Wir haben uns selbst betrogen«

Ein Gespräch mit Yoram Kaniuk, Schriftsteller (»Das Verlangen«, München 2001) und prominentes Mitglied der israelischen Friedensbewegung, über das Scheitern des Friedensprozesses im Nahen Osten

Herr Kaniuk, Sie gelten als einer der prominentesten Vertreter der israelischen Friedensbewegung. Aus den Artikeln, die Sie nach dem Ausbruch der Al-Aksa-Intifada veröffentlicht haben, spricht nun vor allem Hoffnungslosigkeit und Enttäuschung. Sie stünden vor den Ruinen Ihrer Träume, schreiben Sie.

Alle in Israel, die ehrlich gegenüber sich selbst sind und nicht wie die extreme Linke Israels Existenzrecht in Frage stellen, indem sie für einen Staat »all seiner Bürger« eintreten, erleben augenblicklich einen großen Veränderungsprozeß. Ich denke, es handelt sich um die schwierigste Situation, in der wir uns je befunden haben. Allein in den letzten beiden Tagen (das Interview fand am 28. März statt, d. Red.) gab es drei Bombenanschläge in Israel, die mit 200 bis 300 Toten hätten enden können, und jeden Tag gibt es neue Tote und Verletzte.

Ich weiß nicht, was ich von der aktuellen Entwicklung halten soll, ich weiß es wirklich nicht, weil ich nicht weiß, was die Palästinenser wollen. Das heißt, ich weiß natürlich, was sie wollen, aber sie haben mich belogen, oder ich war so blöd zu glauben, was sie mir erzählten – sie wollen das ganze Land. Denn vor sechs Monaten hat Barak den Palästinensern 96 Prozent der Westbank und die Teilung Jerusalems angeboten, und Arafat hat das abgelehnt, obwohl der jordanische Außenminister ihm gesagt hat, daß dies das beste Angebot sei, das er je bekommen könne.

Sie sagen, Sie fühlen sich belogen. Wer hat denn wen belogen? Die palästinensischen Intellektuellen und Politiker die israelischen Intellektuellen? Die palästinensischen Intellektuellen sich selbst, als sie sich mit Ihnen trafen? Oder Sie als linke israelische Intellektuelle sich selbst?

Vor allem haben wir uns wohl selbst betrogen, denn Arafat hat kein einziges Mal gelogen. Unabhängig davon, wie korrupt er ist, und unabhängig davon, ob seine Berater aus taktischen Gründen die Unwahrheit gesagt haben, er hat immer gesagt: Dies ist unser Land, und wir wollen es ganz haben. Ich mache ihm da keine Vorwürfe. Wissen Sie, ich glaubte über Jahre hinweg, daß Frieden zwischen uns unmöglich, aber notwendig sei. Ich handelte nach einer Idee, die Albert Camus einmal so formulierte, daß man, auch wenn es keine Hoffnung gibt, so tun müsse, als gäbe es sie. Jetzt weiß ich nicht mehr, was richtig und was falsch ist. Ich weiß nur, daß wir alle die Lage neu überdenken müssen. Und das sage ich in den letzten paar Monaten immer wieder mir und anderen. Jeden Tag rufen mich Leute an, und alle sind sie verwirrt und ratlos. Selbst die Rechten wissen nicht mehr, wie sie weitermachen sollen. Warum sonst sind sie überhaupt bereit, mit der Arbeitspartei eine Koalition einzugehen? Ihre Vorstellung, all die jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten könnten für immer bestehen bleiben, ist so tot wie der Prozeß von Oslo. Jeden Tag explodieren Bomben, oder es gibt andere Anschläge, Israel reagiert darauf mit Gegenschlägen, und die Welt regt sich über Israel auf.

So besteht also ein Dilemma darin, daß alle Israelis, egal ob links oder rechts, nur reagieren statt zu agieren?

Das Dilemma besteht darin, daß alle alten Ideen und Konzepte sich als falsch erwiesen haben. Nein, nicht als falsch, aber sie haben vor der Realität nicht bestanden. Die Wahrheit kam zutage, als Arafat von Barak in Camp David gezwungen wurde, ja oder nein zu sagen. Als Barak erstmals ein solches Angebot unterbreitete, waren die Israelis noch bereit, ihm zuzustimmen, aber dann begann Arafat mit der Intifada, und je weiter Baraks Angebote dann reichten, während gleichzeitig die Intifada sich radikalisierte, desto mehr schwanden seine Chancen.

Aber man hat doch auch vor Camp David gespürt, daß sich ein Wechsel anbahnte. In der Westbank und dem Gazastreifen wuchs die Frustration der Bevölkerung. War es nicht schon seit langem klar, daß es zu neuen Aufständen kommen würde?

Das war klar, aber die Leute wollten an eine Lösung glauben. Als Edwaid Said an die libanesische Grenze kam und einen Stein nach Israel warf, war seine Aussage: Leute, ihr habt den Libanon verlassen, aber ihr seid immer noch in unserem Land. Und das war eine symbolische Aussage. Direkt nachdem der Oslovertrag unterschrieben wurde, haben sich alle palästinensischen Intellektuellen von uns abgewendet und forderten, wie die israelische Rechte, rigoros »alles oder nichts«. Aber wir haben das nicht wirklich verstanden. Ebensowenig wie wir begriffen haben, wie korrupt die palästinensischen Behörden eigentlich sind.

Gibt es nicht innerhalb der palästinensischen Führung heftige Flügelkämpfe zwischen den »Exilierten« und denjenigen, die sich während der ersten Intifada politisiert haben, wie beispielsweise Marwan Barghouti, der jetzt zu einer Art Held geworden ist? Sie vermitteln den Eindruck, als würde Arafat immer noch der uneingeschränkte Führer der Palästinenser sein.

Warum tun die dann nichts und unterstützen Arafat? Warum beschweren sie sich nicht darüber, daß Arafat haufenweise Geld auf Schweizer Konten gehortet hat? Ich kann dieses Geld nicht abheben und in Palästina verteilen. Ich habe meine Kinder nicht in Oxford studieren lassen, wie das Arafats Berater tun. Die Arbeiter aus dem Gazastreifen haben vor der

Intifada fast zwei Milliarden Dollar in Tel Aviv verdient, und jetzt haben sie kein Geld mehr. Auch wenn Israel das Geld, das es den Palästinensern schuldet, gibt, erreicht es nicht die Menschen, es bleibt bei Arafat. Ich kann doch keine Revolution in Palästina machen. Ich kann sie ermutigen, ich kann mit ihnen sprechen. Aber für sie ist Arafat weiterhin der Führer, der »Rais«.

Warum die Palästinenser weiter hinter ihrer Führung stehen, kann ich Ihnen nicht erklären. Was ich Ihnen aber sagen kann, ist, daß wir Israelis nicht wissen, was wir jetzt tun sollen. In den letzten Tagen sind drei oder vier Bomben explodiert, und wenn die morgen oder übermorgen erfolgreich weitermachen und vierzig Kinder sterben, werden die Israelis hingehen und einfach zerstören ... Im Augenblick halten wir uns doch noch extrem zurück, aber das wird nicht ewig so bleiben. Talpioth beispielsweise liegt in der Mitte Jerusalems – Martin Buber lebte in Talpioth – , und dort explodieren jetzt Bomben. Genauso wie im Zentrum von Netanjah oder in Tel Aviv. Und wenn diese Bomben wie 1996 »erfolgreich« explodieren und Dutzende umkommen, dann kann ich nicht voraussagen, was passieren wird. Denn selbst wenn Sharon die Lage etwas entschärft, explodieren wieder Bomben. Was also soll man machen?

Viele Israelis fordern deshalb nach der Gewalt der letzten Tage und Wochen ein härteres militärisches Vorgehen gegen die palästinensischen Behörden.

Ich glaube nicht, daß eine härtere Gangart hilft. Für mich scheint die einzige Lösung, sich zurückzuziehen, die meisten Siedlungen aufzugeben und zu sagen, bitte, ihr könnt einen palästinensischen Staat oder einen islamischen Staat haben, was immer ihr wollt. Aber es gibt eine klare Grenze, und wenn ihr diese Grenze überschreitet, werden wir euch mit allem, was wir haben, angreifen. Diese Trennung hat Barak damals vorgeschlagen. Wir müssen zudem dringend unsere eigenen Probleme in Angriff nehmen, etwa die mit den religiösen Israelis und den Siedlern.

Ist das nicht Teil der Taktik der Intifada, die inneren Spaltungen der israelischen Gesellschaft zu verschärfen und sie vor unlösbare moralische Fragen zu stellen? Ist es den Palästinensern nicht gelungen, die Polarisierung innerhalb der verschiedenen Lager in Israel voranzutreiben?

Das ist völlig richtig. Nehmen wir nur den Rückzug aus dem Libanon. Wir dachten, wir hätten da etwas Wundervolles getan, aber die Syrer sind einfach dageblieben, und niemand redet darüber. Während die Uno bestätigt, daß wir aus dem Libanon abgezogen sind, wird dieser Abzug von den Libanesen und Syrern wegen einiger Farmen nicht anerkannt. Jedenfalls ziehen wir aus dem Libanon ab, und prompt heißt es, die Israelis wären eben schwach, und wenn die Palästinenser so kämpfen würden, wie es die Hisbollah getan hat, dann wird Israel sich auch aus den besetzten Gebieten zurückziehen.

Was immer wir auch machen, vor allem, wenn wir Schwäche zeigen, sie sagen: »Laßt uns noch zehn Jahre warten, und die Juden werden alle zurück nach Polen oder dahin gehen, wo ihre Eltern herkamen.« Im Augenblick wirken wir schwach und gespalten.

Eben, auch innerhalb von Israel spitzen sich die Konflikte zwischen der Rechten und der Linken, den Säkularen und Religiösen, Sepharden und Aschkenasim, Reichen und Armen zu.

Es gibt überall Konflikte, aber diese Probleme werden nicht die Zukunft Israels bestimmen. Worum es geht, ist die Schwäche unserer Überzeugungen. Die Postzionisten, also Leute wie Tom Segev, propagieren die Idee, daß wir nicht Juden, sondern Israelis sind und daß wir in einem Staat leben sollten, der Staat all seiner Bürger ist. Damit wird die moralische Grundlage des Zionismus zerstört. Und um so mehr diese Grundlage zerstört wird, um so weniger Leute werden bereit sein, für die zionistischen Ideale zu kämpfen.

Aber ist es nicht völlig normal, daß eine Gesellschaft ihre Werte überdenkt und auch all die Probleme, die von Anfang an existiert haben? Ist das nicht eher eine moralische Stärke Israels, daß ständig alle Werte in Frage gestellt werden?

Das kann ich so nicht unterschreiben. Weil ich immer noch glaube, daß in diesem Jahrhundert, ich meine in den nächsten 50 bis 60 Jahren, Israel als ein jüdischer Staat existieren muß. Wir Juden brauchen einen Staat, der jüdisch ist.

Das ist die alte Frage nach »jüdischem Staat« oder »Staat für die Juden« – sehen die Postzionisten das nicht genauso, nur daß sie nicht in einem jüdischen Staat leben wollen?

Wir können es ruhig »jüdischen Staat« nennen, weil das nicht »religiöser Staat« bedeutet. Ich bin Jude, aber nicht religiös. Aber wir wollen einen Staat für uns, so wie die Deutschen Deutschland und die Franzosen Frankreich haben, und wenn eine Million Araber in Israel leben will, dann können sie das natürlich tun, aber sie können keine Juden sein. Und das wollen sie auch gar nicht. Aber jetzt zu sagen: Wir sind alle gleich und so weiter, hieße eine arabische Mehrheit zu schaffen, und eine arabische Mehrheit hieße eine muslimische Mehrheit. Wir benötigen weiterhin einen jüdischen Staat, und wenn jemand aus Argentinien oder Rußland kommen will, so soll er oder sie kommen können.

Aber wie vereinbaren Sie dies damit, daß so die nichtjüdischen Minderheiten in Israel niemals hundertprozentig gleichwertige Bürger werden können, weil sie keine Juden sind?

Es gibt da ein Dilemma. Wenn man eine universalistische Demokratie in Israel haben will, dann müßte Israel aufhören zu existieren, denn vom universalistischen Standpunkt aus ist das israelische Recht auf Rückkehr für die Juden in der Welt unmoralisch. Die Realität besteht darin, daß ich in Israel lebe und daß die Existenz Israels auf einem unmoralischen Gesetz beruht, nämlich dem Recht auf Rückkehr, einem Recht, das man den Palästinensern verwehrt. Aber Israel verweigert den Palästinensern dieses Recht mit dem Argument, daß es 22 arabische, jedoch nur einen jüdischen Staat gibt.

Leute, die bei den Verhandlungen von Taba zugegen waren, haben mir erzählt, daß Barak Arafat sagte: Ihr könnt den ganzen Tempelberg haben, aber laßt uns die Klagemauer. Aber Arafat antwortete, es handele sich um Al-Burak, den Ort, an dem Mohammed in den Himmel ritt, und er lehnte ab. Aber warum, wenn Sadat 1977 das letzte Sandkorn im Sinai für heilig erklärte, darf nicht einmal die Klagemauer den Juden heilig sein? Ich frage das als jemand, der nicht religiös ist und dem der Mount of Olives wesentlich mehr bedeutet. Warum sollen die Juden nicht einen Ort in der Welt haben, der ihnen heilig ist und der sie an ihre Vergangenheit erinnert? Arafat hätte alle heiligen Stätten bis auf eine haben können, aber er lehnte ab.

Wenden wir uns den Arabern in Israel zu: Fast eine Million Araber leben in Israel und 250.000 kommmen noch aus Ost-Jerusalem hinzu. Sie haben die höchste Geburtenrate in Israel. Sie werden eines Tages die Mehrheit stellen, egal, was wir tun. Ich sehe keine Lösung: Was immer wir auch machen – sind wir eher demokratisch, werden wir zerstört, sind wir weniger demokratisch, werden wir auch zerstört.

So geht es nicht um die Wahl zwischen einer perfekten und einer schlechten Lösung, sondern um die Wahl des kleineren Übels, darum, diese Zerstörung, die Sie befürchten, abzuwenden.

Es geht um die Frage des Überlebens. Denn ich glaube, es gibt nicht sehr viele Länder in dieser Welt, die bereit wären, fünf Millionen Juden aufzunehmen. Und wir sind eine liberale Demokratie, und wir müssen als solche überleben.

Ist dann nicht der Standpunkt der israelischen Friedensbewegung der richtige: Trennung so schnell wie möglich?

Aber wie sollen wir die Palästinenser loswerden? Und wohin? Wir haben Gaza doch längst aufgegeben, und es hat nichts gebracht. Aber natürlich: Wir müssen uns trotzdem so schnell wie möglich von ihnen trennen.

Was also würden Sie Sharon raten, wenn Sie ihn beraten würden, wie sie vorher Ehud Barak beraten haben?

Sharon hat jetzt eine Regierung, die tun kann, was immer sie mag, weil, wenn etwas schlecht für die Rechte ist, hat er die Unterstützung der Linken, und vice versa. Sharon will als großer Politiker in die Geschichte eingehen, und er ist kein Selbstmörder wie Barak einer war. Wenn Sharon jetzt also eine wirkliche Trennung zwischen Palästinensern und Israelis will, einschließlich der Aufgabe der meisten Siedlungen, kann er das tun, er hat die Mehrheit dafür. Wenn er im Gegenteil die Araber vertreiben oder die Besetzung aufrechterhalten will, hat er auch dafür die Mehrheit. Wenn ich Sharon wäre, würde ich einen Rückzug durchführen, wie Barak das aus dem Libanon gemacht hat, und sagen: Dies sind jetzt die Grenzen Israels, wagt nicht, sie zu verletzen.

Gerade findet das Treffen der Arabischen Liga in Amman statt, bei dem es zwei Lager gibt. Das radikale versucht die Irak-Frage mit der Palästina-Frage zu verknüpfen und befürwortet einen Krieg; dem scheinen vor allem Ägypten, Jordanien und die Golfstaaten entgegenzuwirken. Haben Sie nicht auch den Eindruck, daß die sogenannten moderaten arabischen Regierungen Interesse an einer baldigen Beilegung des Konfliktes haben, auch weil der Einfluß des Irak und anderer radikaler Staaten wächst?

Ich glaube nicht, daß das der Punkt ist. Wichtig ist doch, daß Ägypten ein Pro-Kopf-Einkommen von 1.000 Dollar hat, während es in Israel 17.000 sind. Ägypten hat eine starke Luftwaffe, die die Amerikaner ihnen geliefert haben. Aber Ägypten würde die Existenz dieser Luftwaffe niemals riskieren, um noch einen Krieg zu verlieren und dann ein Pro-Kopf-Einkommen von 200 Dollar zu haben. Sie werden niemals für Arafat kämpfen. Jordanien hat nichts. Syrien hat eine veraltete Armee. Wenn Saddam Hussein davon spricht, Jerusalem befreien zu wollen, dann soll er ruhig kommen; es würden nicht einmal die Räder seiner Panzer übrigbleiben.

Es finden zur Zeit ziemlich einschneidende Veränderungen im Kräftegleichgewicht des Nahen Ostens statt. Die EU spielt eine einflußreichere Rolle, und es war Jacques Chirac, der französische Präsident, der Arafat vor Camp David geraten hat, noch zu warten, um dann mehr herauszuschlagen. Angesichts des Scheiterns der US-amerikanischen Nahostpolitik Clintons und des erklärten Unwillens Bushs, weiter als Vermittler aufzutreten, scheint da einiges im Wandel.

Aber die Europäer sind schon seit langer Zeit anti-israelisch.

Sie wurden nach 1989 aber außenpolitisch stärker.

Wir kümmern uns nicht um euch Europäer. Europa ist für Israel nur ökonomisch von Bedeutung. Die Europäer haben beispielsweise immer gegen uns in der Uno gestimmt und den Arabern geholfen. Saddam Hussein ist nicht von den Israelis hochgepäppelt worden, seine Scud-Raketen und das Giftgas haben nicht wir geliefert. Wenn Europa nun noch

offensichtlicher eine pro-arabische Politik betreibt, was wollen sie damit? Für die Ägypter kämpfen? Ich würde gerne drei oder vier deutsche Regimenter sehen, wie sie im Gazastreifen kämpfen, um Arafat zu unterstützen.

Also, was können die Europäer tun? Sie haben Arafat extrem viel Geld gegeben und jetzt die Hilfszahlungen gekürzt, weil sie mitbekommen haben, wohin dieses Geld fließt. Das Problem sind nicht die arabischen Staaten oder die Europäer, sondern die Palästinenser, und gegen die kann man nicht mit F 16 Bombern vorgehen.

Im Augenblick weiß ich nicht, wie wir mit den Palästinensern koexistieren können, und ich weiß nicht, wie die Palästinenser weitermachen wollen. Das hat nicht besonders viel mit der arabischen Welt zu tun, die die Palästinenser sowieso nie wirklich unterstützt hat. Es ist ein unlösbares Dilemma. Wenn wir Gaza wiedererobern, wird alles noch schlimmer; wenn wir uns ganz zurückziehen, wird es auch schlimm. Und die Palästinenser haben eine Fähigkeit, die wir verloren haben: Sie können Leid ertragen. Sie leben heute unter den Bedingungen, unter denen wir 1948 gelebt haben, und pflanzen ihr Gemüse im Garten und verstehen zu überleben. Sie ertragen viel mehr als wir, und das ist ihre Stärke. Sie können weitermachen, wir nicht.

Mit Yoram Kaniuk sprachen Sylke Tempel und Thomas v. der Osten-Sacken

Konkret 05/01, S. 29

Ralf Schröder

Feiner Geschmack

Die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn hat eine ganz eigene Variante grüner Realpolitik entwickelt

Wer die Realpolitik grüner Minister und Funktionäre schmähen will, hat in aller Regel leichtes Spiel. Man nimmt ihre programmatischen Vorgaben oder die moralischen Ideale zur Hand, vergleicht diese mit dem administrativen Tun, und die Witzfigur ist fertig. Joschka Fischer betreibt die völkische Deregulierung Europas im Namen der Menschenrechte, Jürgen Trittin zwingt sich, die Interessen der Nuklearindustrie unter dem Label Atomkraftneindanke zu verfechten.

Im Düsseldorfer NRW-Umweltministerium residiert seit sechs Jahren Bärbel Höhn. Wie ein Blick in die einschlägigen Archive bestätigt, war sie – abgesehen von einer kurzen Phase vereinsinterner Auseinandersetzungen – nie mit dem Vorwurf konfrontiert, das Pogramm ihrer Partei, ihre Ideale oder ihre politische Herkunft zu verraten. Für linke Kritiker war Höhn eigentlich immer eine Unperson. Das ist einerseits erstaunlich, mag aber andererseits daran liegen, daß ihre Realpolitik einen ganz eigenen Stil pflegt. Während andere grüne Minister ihr schräges Verhalten zu den eigenen Zielen mit dem Zwang der Verhältnisse oder dem Druck der Staatsräson erklären, erweckt Höhn permanent und zielstrebig den Eindruck, sie habe Wichtigeres zu tun, als über Grundsatzfragen nachzudenken. So verschwindet der Opportunismus hinter der schieren Betriebsamkeit, und die kennt ein klares Maß: »Die Hoffnung, linke Politik zu machen, habe ich immer dann, wenn mir die Menschen im überfüllten Nahverkehrszug aufmunternd auf die Schulter klopfen und sagen: Nur weiter so!«

Als die Diplommathematikerin 1990, damals bereits Spitzenkandidatin, erstmals in den Düsseldorfer Landtag einzog, war sie – für grünes Führungspersonal eher ungewöhnlich – ideologisch nicht vorbelastet. Sie habe einfach, so war damals überall zu lesen, im Oberhausener Stadtrat kompetente Umweltarbeit geleistet. Da Höhn außerhalb der üblichen grünen Biotope sozialisiert wurde, blieb ihr der milieutypische Hang zum Geschwafel ziemlich fremd. Wird sie interviewt, sind die Fragen meist länger als die Antworten, und Bücher schreibt sie auch nicht.

Soweit es um Fragen ging, die die eigene Amtsführung nicht berührten, hat sich Höhn parteiintern immer auf die Seite derjenigen gestellt, die als links galten. 1993 sprach sich ein Landesparteitag der NRW-Grünen gegen jede Reglementierung der Zuwanderung aus, und bis heute blieb Höhn deutlich auf Distanz zur Militärpolitik der Parteimehrheit um Fischer. Diese Haltung soll eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben, als anstelle Höhns Renate Künast an die Spitze des neuen Berliner Verbraucherministeriums entsandt wurde. Allerdings wird Höhn, der allseits eine überragende Sachkunde bescheinigt wird, nun als eine mögliche Nachfolgerin von Bundesumweltminister Jürgen Trittin gehandelt, der maximal bis zum Ende der Legislaturperiode im Amt bleiben dürfte.

Betrachtet man Höhns Wirken unter dem Aspekt grüner Regierungsfähigkeit, hätte sie eine solche Beförderung längst verdient. Sie hatte nämlich maßgeblichen Anteil daran, daß der NRW-Probelauf für das größer gesteckte rotgrüne Projekt der Neuen Mitte recht reibungslos über die Bühne ging. Hatte noch das grüne Wahlprogramm 1995 verkündet, die bis dahin allein regierende »SPD blinkt links und biegt rechts ab. Die SPD in NRW ist ja nicht Teil der Lösung, sie ist Teil des Problems«, entdeckte Höhn angesichts der bevorstehenden Ko-

alitionsverhandlungen: »Zu 80 Prozent gibt es mit dem von Rau vorgestellten Regierungsprogramm programmatische Überschneidungen.« Zentrale Forderungen ihres »Sofortprogramms«, etwa die nach Schließung der Abschiebegefängnisse, gaben die Grünen freiwillig auf und konzentrierten sich als Koalitionspartner der SPD in der Folge auf die Verhinderung des gigantischen RWE-Braunkohletagebaus Garzweiler II. Nachdem Ministerin Höhn 1995 das Vorwort für ein kritisches Buch über die Pro-Garzweiler-Connections in NRW geschrieben hatte, drohte die SPD-Landtagsfraktion mit einer förmlichen Mißbilligung, der Höhn aber zuvorkam, indem sie bei Johannes Rau Abbitte leistete. Nach diesem Muster verlief die gesamte Debatte, bis Höhn 1998 die entscheidende wasserrechtliche Genehmigung für den Tagebau erteilte.

Das wichtigste Ergebnis der ersten grünen Regierungsperiode in NRW war aber eine innerparteiliche Bereinigung. Hatten angesichts diverser sozialdemokratischer Zumutungen »Neofundamentalisten« (»Taz«, 1997) wiederholt für einen Ausstieg aus der Koalition plädiert, wurde bei der Vergabe der Listenplätze für die Landtagswahl 2000 nahezu die gesamte linke Prominenz ausmanövriert. Daniel Kreutz, der zu den Opfern der Säuberung zählte, zielte auch auf Bärbel Höhn, als er bei dieser Gelegenheit anmerkte, seine Partei habe die »Inszenierung der grünlackierten FDP längst begonnen«.

Während sie aus einem linken einen normalen Landesverband der Grünen machte, entdeckte Höhn sehr früh auch jene Figur, die sich wie keine andere als Adressat grüner Politik eignet: den Verbraucher. Lange vor Künast erkannte Höhn, welche Potentiale diese Chiffre birgt. Verbraucherpolitik kommt als volksnahe Kritik an den herrschenden Verhältnissen daher, spricht Ungleiche als Gleiche an und schließt damit den Verdacht der Klientelwirtschaft aus, ohne daß der fragwürdige Begriff des Gemeinwohls buchstabiert werden muß. Bei Höhn kommt erschwerend hinzu, daß sie von Beginn an die übelste Variante des Verbraucherschutzes favorisierte. Da sie – für Umweltschützer nicht ungewöhnlich – von der Idee eines kleinräumigen Regionalkapitalismus fasziniert ist und entsprechende Ansätze konsequent subventioniert, nutzt

sie seit Jahren ihren administrativen Apparat zur Stärkung des Ressentiments gegen »fremde« Produkte. Die Schlagzeilen von Presseerklärungen ihres Ministeriums lauten in schöner Regelmäßigkeit: »Sonderuntersuchung von spanischem Obst und Gemüse abgeschlossen«; »Landwirtschaftsminsterin Bärbel Höhn stoppt Verkauf von Eiern sowie Hühner- und Hähnchenfleisch aus Belgien«; »Europa darf im Streit um Hormon-Rindfleisch aus den USA nicht nachgeben«; »EU kneift vor Verbraucherschutz«; »Landwirtschaftministerin Bärbel Höhn fordert vorsorglich zu Schlachtverzicht von belgischen Schweinen auf« usw.

Ein besonders schönes Thema entdeckte Höhn im Frühjahr 2000: »Verbraucherinnen und Verbraucher kaufen lieber deutschen Spargel, weil er für seinen feinen Geschmack berühmt ist. Eine falsche Kennzeichnung verstößt nicht nur gegen geltendes Recht, sondern schadet vor allem den Spargelerzeugern in der Region. Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Produkte aus unserer Region sind für Spargelbauern und Genießer sehr wichtig.« Im Verlauf der Tierseuchenhysterie, die sie selbst maßgeblich inszeniert hat, klagte Höhn Anfang April empört den Bundesgrenzschutz an, den deutschen Verbraucher unzureichend vor illegalen Importen aus den Niederlanden zu schützen. Vor einigen Wochen wurden die Leistungen der Ministerin in der »Taz« gewürdigt. Unter der Schlagzeile »Mutig und renitent« hieß es: »Bärbel Höhn geht keiner Auseinandersetzung aus dem Weg, wenn es um Überzeugungen geht.« Oder um Schweine aus Brüssel.

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 3/2001 über die deutsche Kritik der US-Rüstungspläne

Konkret 05/01, S. 30

Conrad Schuhler

Hand aufs Geld

Die deutsche Wirtschaft hat das Abkommen über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter längst gebrochen – jetzt will sie gar nichts mehr zahlen

Mit seiner Krücke zeigte der alte Mann nach links. »Da haben sie meine Eltern rübergeschleppt. In derselben Nacht noch haben sie sie vergast.« Er schwenkte die Krücke nach rechts. »Mein Bruder und ich und die anderen Jungen wurden auf offenen Lastern da rausgebracht. Nach Auschwitz III, Sklavenarbeit machen im KZ von IG Farben.«

Hier auf der Rampe im Stammlager Auschwitz I wurden die Ankommenden ein erstes Mal sortiert. Wer zu alt oder zu jung oder zu schwach war, kam ins Gas. Wer kräftig genug war, hatte Schwerstarbeit zu leisten, entweder hier oder in einem der 47 Nebenlager, die für SS-Betriebe und für private Unternehmen – neben den IG Farben unter anderen auch Siemens und Krupp – eingerichtet worden waren. Die meisten hielten die Schinderei nur ein paar Monate aus. Waren ihre Kräfte verbraucht, wurden auch sie vergast. Hans Frankenthal, der alte Mann mit der Krücke, hielt länger als zwei Jahre durch, bis zur Befreiung, die er als Krüppel erlebte. Vierzig Jahre dauerte es, bis er sich zum erstenmal wieder nach Auschwitz wagte. Mittlerweile war er schon oft hier, aber wie jedesmal konnte er auch heute nur unter Tränen sprechen. »Die Hölle hier habe ich überlebt, aber die Entschädigung, die werde ich nicht mehr erleben.«

Das war im Oktober 1999. Zwei Monate später war Hans Frankenthal tot. Seitdem sind mehr 120.000 ehemalige Zwangs- und Sklavenarbeiter gestorben. Sie alle haben die Entschädigung nicht mehr erlebt, und es kann wohl sein, daß es den 1,2 Millionen heute noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern so ergehen wird wie ihren über 12 Millionen bereits verstorbenen Leidensgenossen, denen die deutsche Wirtschaft mit Hilfe ihres Staates zeitlebens eine Entschädigung verweigerte. Denn zwar hat die »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« nach dem vernichtenden Urteilsspruch eines New Yorker Bundesgerichts endlich die vom Gesetz geforderten fünf Milliarden DM zusammengebracht – genauer gesagt: Die 17 Gründer der Initiative, allesamt Konzerne, die sich in den USA milliardenschweren Schadensersatzklagen gegenübersahen, haben eine Ausfallbürgschaft für die immer noch fehlenden 1,4 Milliarden DM übernommen – , aber sie weigert sich nach wie vor, diese Mittel für die Bundesstiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« auch freizugeben. Wolfgang Gibowski, Sprecher der Wirtschaftsinitiative: »Wir werden die Hand so lange auf dem Geld halten, bis alle anhängigen Klagen in den USA erledigt sind.« »Streben nach Rechtssicherheit« nennt die deutsche Wirtschaft ihre Blockadestrategie, erst dann mit der ersten Mark herauszurücken, wenn niemand mehr in der Welt irgendwelche Rechtsansprüche aus der NS-Zeit gegen deutsche Unternehmen mit auch nur der geringsten Erfolgsaussicht vorzubringen befugt ist.

Bundeskanzler Schröder hat die Formel von Gibowskis Chef Manfred Gentz übernommen, »sämtliche relevanten Klagen« müßten zunächst abgewiesen sein. Was aber relevant ist, lassen die Vertreter der Wirtschaft offen. Mal wird der »Fall Gerling«, mal der »Fall Hochtief« hochgehalten, die beide im Sommer in Kalifornien entschieden werden sollen, mal werden alle 22 derzeit noch in den USA anhängigen Klagen genannt. Die Taktik besteht darin, die Latte der Rechtssicherheit je nach Bedarf so hoch zu legen, daß man darunter – so Heribert Prantl in der »Süddeutschen Zeitung« – bequem auf seinem Geldsack sitzen bleiben kann. Die Herren Gibowski und Gentz sind wohlpräpariert für diese skrupellose Strategie: Der erste hat sein Handwerk im Presseamt des damaligen Kanzlers Kohl gelernt, der zweite ist im Hauptberuf Finanzvorstand von DaimlerChrysler.

Die Säumigkeit beim Aufbringen der fünf Milliarden und die exzessive Definition von Rechtssicherheit durch die deutsche Wirtschaft haben einen Sturm der Entrüstung entfacht, von PDS und Grünen bis hin in die Spalten der »Financial Times Deutschland«, sonst den Spitzen der Wirtschaft eng verbunden. Kurioserweise, aber womöglich gar nicht unbeabsichtigt, verschwand in den Wogen der Empörung der eigentliche Skandal: Nach dem Berliner Vertrag vom 17. Juli 2000, in dem sich acht Regierungen, die Vertreter der Zwangsarbeiter und die deutsche Wirtschaft auf die Entschädigungszahlungen geeinigt haben, steht der deutschen Wirtschaft überhaupt nicht das Recht zu, die Freigabe ihrer Mittel an die Stiftung von irgendeiner Form von Rechtssicherheit abhängig zu machen, wie eng oder weit auch immer definiert. Laut Berliner Vertrag werden die fünf Milliarden DM der Wirtschaft »zur Stiftung fällig und an diese zahlbar«, sobald eine einzige, unter Punkt 4(e) genannte Bedingung erfüllt ist: daß nämlich die in den USA bei verschiedenen Gerichten anhängigen Klagen »bei einem für beide Seiten akzeptablen Bundesrichter« zusammengefaßt werden. Dies ist seit November 2000 der Fall, wobei es sich nicht um einen, sondern um drei Bundesrichter handelte, da es der deutschen Seite gelungen war, mit dem Entschädigungsfonds von zehn Milliarden DM – fünf von der Wirtschaft, fünf vom Staat Bundesrepublik – nicht nur die Forderungen der Zwangsarbeiter, sondern auch die der von Banken und Versicherungen Geschädigten zu bedienen. Dementsprechend wurden unter Zustimmung von Opfer- und Täterseite drei Klagen für die drei unterschiedlichen Kategorien bei Bundesgerichten auf den Weg gebracht.

Vertragsgemäß hätte die deutsche Wirtschaft ihre fünf Milliarden also bereits im November 2000 in die Stiftung einbringen müssen, deren Auszahlungen nach Paragraph 17 des Stiftungsgesetzes zu beginnen hätten, wenn der Deutsche Bundestag – und nicht: die deutsche Wirtschaft – »ausreichende Rechtssicherheit für deutsche Unternehmen« für gegeben hält. Ohne jede Scheu und ohne jede Beanstandung durch den Gesetzgeber und den Staat kann die Wirtschaft nun seit über einem halben Jahr Berliner Vertrag und Stiftungsgesetz brechen. Und der oberste Chef der Exekutive, der gelernte Jurist Schröder, macht sich den gesetzbrecherischen Standpunkt der Konzerne ausdrücklich zu eigen. Für die Wirtschaft lohnt sich der illegale Kurs: 1. US-Gerichte werden provoziert, Einzelklagen ehemaliger Zwangsarbeiter stattzugeben, da der Stiftung die zugesagten Gelder »nicht zur Verfügung stehen«, wie die New Yorker Bundesrichterin Kram zutreffend monierte; sie stehen bis heute nicht zur Verfügung, US-Gerichte werden dies also weiter beanstanden, und die deutsche Wirtschaft kann weiter beklagen, daß leider immer noch keine Rechtssicherheit bestünde, weshalb man bedauerlicherweise noch nichts zahlen könne, was einem angesichts des hohen Alters der Opfer natürlich besonders weh tue. 2. Die fünf Milliarden haben seit November 2000 immerhin schon Zinsen in Höhe von 125 Millionen DM abgeworfen, jeden Monat kommen über 20 Millionen dazu; man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Millionenbeträge eher in den Kampffonds der Wirtschaft fließen als in die Entschädigung der Opfer. 3. Mit ihrer Usurpation der Definition von Rechtsfrieden haben die Konzernvertreter Marken gesetzt, an die sie Öffentlichkeit und Bundestag binden wollen, womit der Beginn der Zahlungen auf lange, wenn nicht auf alle Zeit blockiert wäre.

Tatsächlich ist jedoch im Berliner Vertrag »Rechtssicherheit« eindeutig anders definiert, als es die deutsche Wirtschaft jetzt behauptet. Gegen die auch im Stiftungsgesetz so formulierte »ausreichende Rechtssicherheit« setzt die Wirtschaft die »absolute Rechtssicherheit«, was nichts anderes meint als ihre absolute Zahlungsunwilligkeit. Die Differenzen zwischen Vertragstext und Interpretation durch die deutsche Lobby konzentrieren sich auf drei Punkte:

· Im Vertrag wird festgelegt, daß die Zahlungen der Stiftung zu beginnen haben, »sobald alle vor Gerichten in den Vereinigten Staaten anhängigen Klagen gegen deutsche Unternehmen ... einschließlich derjenigen, die in den Anlagen C und D aufgeführt sind, von den Gerichten bindend abgewiesen worden sind«. In den Anlagen C und D sind 66 Klagen aufgeführt, die Liste der Beklagten liest sich wie das Who's who von Industrie, Banken und Versicherungen der Bundesrepublik Deutschland. Die Opferanwälte erklären, daß zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses über diese 66 Klagen hinaus noch einige andere Fälle existierten, die alle zusammen unter den Begriff »anhängige Klagen« gefaßt wurden. Die deutsche Wirtschaft hingegen will es so verstehen, »daß alle Klagen, einschließlich derjenigen, die möglicherweise erst nach Unterzeichnung der Berliner Verträge anhängig gemacht würden, abgewiesen sein müssen«. Wäre dies zutreffend, dann wäre es am einfachsten, die deutsche Wirtschaft kaufte sich eine Handvoll ehemaliger Zwangsarbeiter, die in regelmäßigen Abständen neue Klagen einreichte, womit die Wirtschaft jede Sorge los wäre, jemals auch nur eine Mark an Entschädigung zahlen zu müssen.

· Als Holocaust-Opfer den US-Elektronikkonzern IBM wegen dessen Kollaboration mit dem Naziregime verklagten, waren die deutschen Konzerne sofort auf dem Plan und erklärten, dies verhindere den Rechtsfrieden, da der Entschädigungsfonds auch für die ausländischen Mutterkonzerne deutscher Töchter gelte. Dies wird jedoch im Stiftungsgesetz explizit aufgehoben für den Fall, daß die Muttergesellschaften selbst und nicht ihre deutschen Töchter in die NS-Unrechtsmaßnahmen verstrickt waren.

· Der Berliner Vertrag trägt der US-Regierung auf, gegenüber den US-Gerichten eine Erklärung (*statement of interest*) abzugeben, derzufolge eine Abweisung von Schadensersatzklagen gegen deutsche Unternehmen im nationalen Interesse sei. Eine entsprechende Erklärung hat die Regierung der USA erstmals im November 2000 und dann bei allen weiteren Verfahren abgegeben. Nun behauptet die deutsche Wirtschaft, man brauche ein »gestärktes *statement of interest*«. DaimlerChrysler-Vorstand Gentz schrieb an Graf Lambsdorff, den Sonderbeauftragten der Bundesregierung, man müsse gegenüber Washington jetzt »Härte und Konsequenz« zeigen, sonst »passiert in Amerika wirklich gar nichts«. Mit der neuen US-Regierung, so die Botschaft, könne man vielleicht zu einem besseren Ergebnis kommen. Tatsächlich geht es nur um einen weiteren Versuch, Zeit zu gewinnen, Geld zu sparen und den Opfern ihre Entschädigung vorzuenthalten. Denn eindeutiger kann keine Erklärung sein als die der Clinton-Regierung, deren Kernsatz stets lautet: »Zusammengefaßt: Wegen des starken Interesses der Vereinigten Staaten am Erfolg der Entschädigungsstiftung und weil dieser Erfolg die Abweisung dieser Klagen voraussetzt, empfiehlt die Regierung der Vereinigten Staaten, die Klagen abzuweisen.«

Die Dreistigkeit der deutschen Seite stützt sich auf ihre von Anfang an eingenommene Position, von Rechts wegen stünde den Zwangsarbeitern überhaupt nichts zu, weswegen es sich bei den in Aussicht gestellten Entschädigungszahlungen der deutschen Unternehmen um eine freiwillige humanitäre Leistung der Sonderklasse handele, die man, wenn keine »umfassende und dauerhafte Rechtssicherheit geschaffen wird«, auch bleiben lassen könne und werde. In der Präambel ihrer »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« haben Siemens, Deutsche Bank und Co. ihre historische Rolle und Verantwortung so beschrieben: »Deutsche Unternehmen waren besonders im Rahmen der Kriegswirtschaft in das NS-Regime und damit auch in das von ihm ausgelöste Unrecht eingebunden. Dabei gingen nationalsozialistische Verfolgung und Zwangsarbeit vom NS-Staat aus ... Rechtsansprüche gegen deutsche Unternehmen im Hinblick auf Zwangsarbeit oder Schäden wegen der Verfolgung während der NS-Zeit bestehen nicht ... Am Ende dieses Jahrhunderts sind deutsche

Unternehmen nochmals bereit, als Geste der Versöhnung Mittel in eine humanitäre Stiftung ›Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‹ einzubringen.«

Eingebunden in ein Unrecht, das ein ferner NS-Staat zu verantworten hat – eigentlich, sagen die Konzerne den Zwangsarbeitern, waren auch wir eher Opfer. In Wahrheit war das Großkapital wesentliche Stütze und erster Nutznießer des Naziregimes. Am 24. März 1933, Adolf Hitler war nicht einmal zwei Monate Reichskanzler, schrieb Gustav Krupp von Bohlen und Halbach als Präsident des Reichsverbands der Deutschen Industrie an den Naziführer: »Die Deutsche Industrie, die sich als einen wichtigen und unentbehrlichen Faktor für den nationalen Aufbau betrachtet, ist bereit, an dieser Aufgabe tatkräftig mitzuwirken, und ... wird alles tun, um der Reichsregierung bei ihrem schweren Werke zu helfen.« Die Hilfe lohnte sich. Während der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sank, stiegen die Gewinne der Kapitalgesellschaften von 1933 bis 1938 um das Zwanzigfache.

Als dann die deutschen Arbeiter in Uniformen gesteckt und an immer mehr Fronten geschickt wurden, rissen sich die Firmen um die Zwangsarbeiter. Sie mußten die Zuteilung bei der SS schriftlich beantragen, mit ausführlicher Begründung. Rund 14 Millionen Sklaven- und Zwangsarbeiter hielten die deutsche Wirtschaft damals in Gang. Im Sommer 1944 stellten die Zwangsarbeiter 46 Prozent der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, in der Industrie waren es 40 Prozent. Der US-Historiker Peter Hayes dokumentierte, daß im letzten Kriegsjahr, als den Wirtschaftsführern die bevorstehende Niederlage des »Dritten Reiches« klar war, die Nachfrage nach Zwangsarbeitern noch zunahm. Die Unternehmer wollten ihre Produktionsanlagen unter die Erde schaffen, um sie vor den Luftangriffen der Alliierten zu schützen – während der Bombardements ein lebensgefährliches Unterfangen. Hayes' Fazit: »Man kaufte sich Chancen für die eigene Zukunft mit dem Leben anderer in der Gegenwart.«

Die »Geste der Versöhnung« entpuppt sich als Versuch, möglichst billig von einer unfaßbaren historischen Schuld freizukommen, die ohne Entschädigungsstiftung auch rechtlich einzuklagen wäre und dann viel teurer käme. In mehreren wissenschaftlichen Gutachten wurde errechnet, daß den Zwangsarbeitern von den Unternehmen allein an vorenthaltenem Lohn rund 180 Milliarden DM nachzuzahlen wären, Ansprüche, die einklagbar und auch vererbbar sind. Der Ausschluß dieser und weiterer Ansprüche ist der Dreh- und Angelpunkt des beschlossenen Stiftungsgesetzes, das festlegt: »Leistungen aus Mitteln der öffentlichen Hand einschließlich der Sozialversicherung sowie deutscher Unternehmen für erlittenes nationalsozialistisches Unrecht .... können nur nach diesem Gesetz beantragt werden. Etwaige weitergehende Ansprüche im Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht sind ausgeschlossen.«

Den 44 deutschen Industrieunternehmen und 22 Banken und Versicherungen, die in den USA auf Schadensersatz verklagt wurden, ist sehr wohl klar, daß sie dabei sind, mit der Stiftung das Schnäppchen des Jahrtausends zu machen. Zwei Schweizer Banken sahen sich in ihren US-Verfahren zu einem Vergleich mit den Opfern genötigt, der sie 2,5 Milliarden DM kostete. Allein die »Arisierungs«-Verbrechen oder zum Beispiel die Beteiligung der Deutschen Bank beim Ausbau des Vernichtungslagers Auschwitz wären die deutschen Banken sehr viel teurer zu stehen gekommen, von den Industriebetrieben wie Bayer, Hoechst, BASF, Siemens, Krupp und anderen mit eigenen Sklavenarbeiterlagern ganz zu schweigen. Die Chefs wüßten, versichert der Pressemann eines der größten deutschen Maschinenbauunternehmen off the record, so billig sei die ganze Entschädigungskiste sonst nicht aus der Welt zu schaffen. Sein Kollege bei Beiersdorf findet, »daß die Summen so riesengroß ja nicht sind«. Doch ist der Deal auch noch so lukrativ, die Großen wollen ihren eigenen Beitrag minimieren. Haniel, sagt deren stellvertretender Leiter der Abteilung Information, sei nicht bereit, die Leistung aufzustocken; sollten doch erst mal die zahlen, die bisher noch nichts geleistet haben. Der MAN-Sprecher gibt die Parole aus: »Man muß die Säumigen solange wie möglich bedrängen.« Den in den USA beklagten Unternehmen, die fast ausnahmslos zu den hundert größten hierzulande gehören, ist nämlich der Trick eingefallen, die gesamte deutsche Wirtschaft in Haftung zu nehmen für ihre Entschädigungszahlungen, ob die Firmen Zwangsarbeiter beschäftigt hatten oder nicht. An 230.000 Unternehmer hatte sich die »Stiftungsinitiative« in ihrem ersten Brief gewandt und um ein Promille des Umsatzes auf ihr Konto gebeten. Als sich Ende 2000 erst rund 5.500 beteiligt hatten und das Ziel der fünf Milliarden weit verfehlt wurde, setzten die Konzerne den Bundespräsidenten in Gang, der die Säumigen in einem Brief zum neuen Jahrtausend mahnte, »daß historische Verantwortung mehr bedeutet als persönliche Schuld oder Verstrickung und auch mehr als buchhalterisches Kalkül«.

Doch da es nun an ihr eigenes Geld gehen soll, entdecken die angesprochenen »Mittelständler« umstandslos die korrekten historischen Zusammenhänge. Haribo läßt mitteilen: »In der Frage der Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter sind unserer Meinung nach die Schuldigen und Verantwortlichen gefragt, die Hitler an die Macht gebracht haben und Zwangsarbeiter beschäftigt haben ... Nach dem Motto ›Haltet den Dieb‹ wird auf ein paar mittelständische Betriebe moralischer Druck ausgeübt und Imageschädigung betrieben. Die Verantwortlichen für Krieg, Vertreibung, Zwangsarbeit geraten aus dem Blickwinkel des sogenannten öffentlichen Interesses.«

Um welch schamlose Heuchelei es sich bei der Klage der Großen über die »säumigen Zahler« handelt, erweist sich auch darin, daß sie selbst ihren eigenen Kriterien nicht nachkommen. Jeder Großkonzern besitzt Dutzende, oft weit über hundert Töchter, die in der Regel keine Zahlungen an die Stiftungsinitiative leisten. Die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG, ein

Unternehmen mit mehr als 3.300 Beschäftigten und einem Umsatz von 1,2 Milliarden DM, bezahlt keinen Pfennig, obwohl die Firma im Nazireich ein eigenes Zwangsarbeiter-Kommando aus dem KZ Neuengamme bezog. Die HDW verweist auf ihren Mutterkonzern Babcock-Borsig, die würden für sie mitzahlen. Nur: Sowohl Babcock als auch Borsig hatten ebenfalls Sklavenarbeiter ausgebeutet, unter anderen aus dem KZ Buchenwald.

Besonders eindrucksvoll wird dieses Schwindelverfahren von e.on, dem drittgrößten Industrieunternehmen Deutschlands, praktiziert. Fragt man zum Beispiel die Braunschweigische Kohlen-Bergwerke AG, die in braunen Zeiten 2.000 Zwangsarbeiter aus dem Lager Alversdorf einsetzte, warum sie sich nicht an der Stiftung beteiligt, dann behaupten die BKB, ihre Mutter PreußenElektra würde für sie mit aufkommen. Die PreußenElektra war indes nie Mitglied der Stiftungsinitiative und ist mittlerweile in der e.on aufgegangen. Doch auch e.on ist nicht Mitglied der Initiative. Ihre Töchter Isar-Amperwerke, Viterra/Raab Karcher und Stinnes AG, die Zwangsarbeiter aus dem KZ Dachau zur Verfügung beziehungsweise eigene Zwangsarbeiterlager in Harburg und Hamburg hatten, zahlen ebenfalls nichts. Andere Töchter wie Bayernwerk, Veba oder Viag leisten Beiträge. Die Logik des Konzerns lautet: Würden alle Töchter und die Mutter zahlen, würden wir ja mehrfach zur Kasse gebeten. So wäre es, und es wäre richtig so, denn die Abteilungen des Konzerns haben ja auch mehrfach mit Zwangs- und Sklavenarbeit Profit gemacht, ein »Crime against Humanity«, wie der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg 1945/46 diese Form der Ausbeutung bezeichnet hat.

So haben die deutschen Großkonzerne wahrhaftig alles getan, um billig davonzukommen, und ihre Waffe »Rechtssicherheit« gibt ihnen die Chance, vielleicht völlig ungeschoren zu bleiben. Opferverbände und wohlmeinende Politiker legen sich deshalb dafür ins Zeug, den Beginn der Auszahlungen vom Prozeß der Feststellung der Rechtssicherheit zu trennen. Täte man dies, ohne daß die deutsche Wirtschaft zuvor ihre fünf Milliarden DM an die Stiftung freigegeben hätte, muß man damit rechnen, daß die deutsche Wirtschaft ihren Kampf um das Gut der Rechtssicherheit so lange fortführt, bis der letzte ehemalige Zwangsarbeiter gestorben ist.

Conrad Schuhler schrieb in KONKRET 4/2000 über die CDU-Wirtschaftsprüfer

Konkret 05/01, S. 33

Otto Köhler

Das Fenster ist offen

Norman G. Finkelsteins Buch über die »Holocaust-Industrie« ist zu einem den Deutschen äußerst gelegenen Zeitpunkt erschienen. Sie könnten nämlich, wenn sie denn wollten, unverzüglich mit der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter beginnen

Das Verdienst an der Popularisierung Norman G. Finkelsteins kommt ohne Zweifel Michael Naumann zu, bis vor kurzem Kulturkommissar in Gerhard Schröders Kriegskabinett. 1997 war Finkelstein noch ein wenig bekannter kleiner Lehrbeauftragter für politische Wissenschaften am Hunter College; er lebte in eher ärmlichen Verhältnissen. Und der nunmehrige »Zeit«-Herausgeber saß ebenfalls in New York, leitete dort den in deutschen Besitz übergegangenen Großverlag Henry Holt and Company – seine Gegner sagten ihm nach, daß er in den USA einen »german blitzkrieg« eröffnet habe. Da erschien in der »New Left Review« von Finkelsteins Hand zu dem Buch, das die Deutschen damals belästigte, ein umfangreicher Verriß mit dem Titel »Daniel Jonah Goldhagen's ›Crazy‹ Thesis: A Critique of *Hitler's Willing Executioners«*.

Goldhagen irre – wunderschön. Der Aufsatz gegen den Mann, der den Deutschen eliminatorischen Antisemitismus vorwarf, wurde etwas aufgeblasen und mit einem Aufsatz der deutschen Historikerin und Jäckel-Schülerin Ruth Bettina Birn angereichert (die übrigens Goldhagens Unwissenschaftlichkeit einwandfrei damit bewies, daß sein Buch »weder eine Bibliographie noch eine Liste der Archivquellen enthält«; beides aber findet sich in der deutschen Ausgabe von 1996 hinter dem umfangreichen Anmerkungsapparat auf den Seiten 687 bis 708). Und so entstand 1998 bei Henry Holt and Company das Finkelstein-Buch mit dem Titel *A Nation on Trial – The Goldhagen Thesis And Historical Truth.*

Das war ein publizistischer Fortschritt. Ende 1939, als Henry Holt and Company noch nicht in deutscher Hand war, hatte der Verlag ein Manuskript über die Verfolgung der Juden in Deutschland abgelehnt. Der Grund, laut Ablehnungsschreiben: »Der Ausbruch des Krieges hat die Bedingungen beträchtlich verändert, und ... das Interesse an Büchern, die sich mit der Judenverfolgung in Deutschland beschäftigen, ist erlahmt.«

Heute wehrt Michael Naumann aus seinem Herausgeberbüro bei der »Zeit« bescheiden ab, nein, nicht er habe Finkelstein entdeckt. Er bittet: »Machen Sie's mal kurz. Schreiben Sie einfach mit, und dann wissen Sie es hinterher genau.« Also: Eine Lektorin, wie Finkelstein ein »Kind von Überlebenden«, habe ihm den Aufsatz gebracht. Aber er wußte, wen er da verlegte? Naumann: »Ja, natürlich.« – Und Sie haben die Entscheidung getroffen? – »Ich bitt' Sie.« – Daß es gegen Goldhagen ging, war Ihnen nicht unangenehm? Naumann ahnt: »Sie wollen mir etwas in den Mund legen!« – Natürlich, sage ich, deshalb frage ich Sie ja, aber bevor ich noch etwas hineinlegen kann, kommt es schon heraus: »Es ging darum: War die Argumentation von *A Nation on Trial* in sich schlüssig, und waren die Nachweise – ich glaube, Sie wollen eine Art Sippenhaftung entwickeln, habe ich das Gefühl ...« – Sind Sie mit ihm verheiratet, unterbreche ich. – »Nein«, sagt er.

Finkelsteins schlüssige Nachweise – die »Historical Truth« gegen Goldhagen – waren ungeheuer nützlich für das wiederauferstandene und endlich wieder (»Nie wieder Auschwitz«) in einen Krieg drängende deutsche Volk. »In the opinion, not of bad men, but of the best men, no belief which is contrary to truth can be really usefull« – dieses Wahrwort von John Stuart Mill wurde dem Buch als Leitspruch vorangestellt. Und es ist ja auch nützlich, wahr und schlüssig, was Finkelstein gegen Badman Goldhagen in seinem von Naumann verlegten Werk schreibt: Die Deutschen seien eigentlich gar nicht antisemitisch gewesen, vor Hitler habe es nur »episodische Gewaltausbrüche gegen Juden« gegeben und keinerlei »bösartige antisemitische Ausschreitungen«. Und als Hitler schließlich regierte, war die Antwort – so etwas Hinreißendes muß man sich im Original ansehen: »the German people's overwhelming condemnation of Nazi anti-Semitic violence«.

Aber es gab beim deutschen Volk nicht nur eine überwältigende Mißbilligung des Naziterrors gegen die Juden, sondern Finkelstein stellt darüber hinaus einen »wissenschaftlichen Konsens« fest, demzufolge sich die »weitaus meisten gewöhnlichen Deutschen« tatsächlich »der Gewalt der Nationalsozialisten widersetzt und den Völkermord mißbilligt« haben. Er verfügt über die korrekten Termini: Die Machtübertragung an Hitler 1933 nennt er eine »seizure of power«, eine »Machtergreifung«. Und war nicht Stalin – ? Nein, bei Finkelstein ist's der Antipode: »Hitlers durch und durch rassistisches Argument ist nur eine schwächliche Version des Rooseveltschen.« Konnte man von einem unbekannten Juden – mit braunen Augen, wie später eine deutsche Zeitung feststellte – Schlüssigeres erwarten? Der Mann war ausbaufähig.

Im Mai 2000 bekommt der Verleger Ernst Piper das Leseexemplar der Finkelstein-Novität von der für die deutschen Rechte zuständigen Agentur. Am 10. Juli wird er gemahnt: »Hatten Sie Gelegenheit, sich mit diesem kontroversen Buch auseinanderzusetzen? Der Autor ist zur Zeit in London, wo er in den wichtigsten Nachrichtenprogrammen im Radio auftreten wird sowie im Fernsehen. Auch die deutschen Medien sind hinter Herrn Finkelstein her, weil seine Thesen und Beobachtungen natürlich viel Anlaß zur Debatte geben. Ich bitte Sie daher, uns möglichst rasch zu sagen, ob Sie eine deutsche Ausgabe in Erwägung ziehen oder nicht.« Am nächsten Tag folgt schon die dringliche Mahnung: »Man sollte hier wirklich nicht zu lange warten.«

Es ist höchste Zeit. Finkelstein ist nun wirklich ein Geschenk des Himmels. Schon im Jahr zuvor stand im »Manager-Magazin«, was ein hoher Wirtschaftsführer der Dresdner Bank noch am Ende des Jahrhunderts befürchtet: »Die 55 Jahre verspätete Umsetzung des Morgenthau-Plans, Deutschland in ein Agrarland zurückzuverwandeln, stünde unmittelbar bevor ...« Das Wirtschaftsmagazin aus dem »Spiegel«-Verlag notierte, was bei deutschen Topmanagern hinter vorgehaltener Hand aus dem Mund kam: »›Mafia‹, ›Erpressung‹, ›Gangster‹ rufen, schimpfen, flüstern deutsche Wirtschaftsführer.« Warum? Gerhard Schröder hatte sich entschlossen, eine Stiftung für ehemalige Zwangsarbeiter ins Leben zu rufen, um die deutsche Wirtschaft vor ungerechtfertigten – das sind sie alle – Angriffen aus dem Ausland zu schützen.

Ernst Piper, der inzwischen einen Sammelband *(Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein)* herausgebracht hat, erinnert sich: »Am 13. Juli hatte ich das Buch dann gelesen und abgesagt.« Aber da war womöglich schon vereinbart, daß Finkelstein bei Piper erscheint. Denn Piper ist nicht mehr Piper. Piper war einmal der Verlag, der die Zeit des Nationalsozialismus kritisch aufarbeitete. Jaspers und die Mitscherlichs erschienen dort, auch Hannah Arendt und später die *Enzyklopädie des Holocaust.*

Ernst Piper, der verkaufen mußte und seit einigen Jahren den Pendo-Verlag betreibt: »Die neuen Inhaber des Verlages, ein schwedischer Medienkonzern, scheinen einem anderen Kurs zu folgen. Erst wurde Ernst Nolte, dessen *Europäischer Bürgerkrieg* mein Vater und ich abgelehnt hatten, mit seinem bizarren Spätwerk *Historische Existenz* in den Verlag zurückgeholt, einem Buch, über das die ›FAZ‹ schrieb: ›Für Ernst Nolte bilden die Faschisten die Gerechtigkeitsliga des Abendlands.‹ Im Jahr darauf durfte Horst Möller den ›roten Holocaust‹ verkünden. Und nun komplettiert der radikale Antizionist Norman Finkelstein das Trio infernale.«

Noch funktioniert nicht alles. Die deutschen Medien finden zu keinem einheitlichen Lob für Finkelstein, der die jüdischen Organisationen, die – typisch – seit über fünf Jahrzehnten für eine Entschädigung der Zwangsarbeiter kämpfen, als Erpresser qualifiziert. »Zeit«-Herausgeber Naumann äußert seine Unzufriedenheit mit dem Presseecho, das Finkelstein auch im eigenen Blatt gefunden hat. Der Berliner Historiker Reinhard Rürup wollte sich dort nicht lang mit einem Buch voller »grotesker Übertreibungen aufhalten, das lohnt sich nicht«. Auch »Zeit«-Historiker Volker Ullrich äußerte sich despektierlich über den braven Finkelstein, und selbst Hans Mommsen fand in der »Süddeutschen Zeitung«: »Die Erwartung des Verlags, dem Buch, das zum mindesten indirekt an antisemitische Ressentiments appelliert, die in der deutschen Gesellschaft noch immer reaktivierbar sind, einen massenhaften Absatz zu sichern, scheint in Erfüllung zu gehen.«

1998 noch hatte Mommsen – da ging es gegen den Urfeind Goldhagen – der deutschen Ausgabe von *A Nation on Trial* eine Einleitung beigegeben, in der er Finkelstein als »pointiertesten Kritiker des Zionismus« lobte; der Claassen-Verlag, der die deutsche Fassung des Buchs *(Eine Nation auf dem Prüfstand)* mit Mommsens Empfehlung herausgebracht hatte, sprach gar von Finkelstein als einem »Spezialisten für Israelfragen« – seit der Endlösung der Judenfrage benutzt man das eigentliche Wort nicht mehr. Claassen gehört inzwischen Ullstein/Propyläen in München und weiß nun von nichts mehr: Wir haben keinen Finkelstein, wir haben das IBM-Buch von Edwin Black, sagt man dort, aber tatsächlich läßt sich dieses durchaus seriöse Buch (*IBM und der Holocaust*) wie der willige Finkelstein zugunsten der deutschen Wirtschaft instrumentalisieren, nämlich so: Ohne die US-Firma IBM hätte Hitler die Juden gar nicht zu fassen gekriegt; gegen ihre Hollerithkarten ist die IG Auschwitz ein Pappenstiel.

»Für die deutsche Auseinandersetzung mit der Erinnerungsarbeit für den Holocaust trägt dieses Buch nichts bei«, sagt Mommsen heute über das neue Werk seines pointierten Autors von gestern und hat recht: »Es sei denn, daß es die Ressentiments derer schürt, die immer schon behauptet hatten, hinter der Zentralität, die das Erinnern an den Holocaust im historisch-politischen Bewußtsein der Deutschen hat, seien ›jüdische Geschäftsinteressen‹ versteckt. Eine kritische Erörterung der gegenwärtigen Entschädigungsdebatte wird dadurch nicht erleichtert.«

Was heißt kritische Erörterung? Sicher ist: Als Abwehrzauberer der deutschen Wirtschaft ist Finkelstein unbezahlbar. Während seine Auftritte in Deutschland vom »Ereigniskanal« Phoenix übertragen wurden, blieb der Mann, von dem Finkelstein das wenige über die innerjüdischen Auseinandersetzungen in den USA abgeschrieben hat, was in seinem Buch ernsthaft zu bedenken ist, unbeachtet: Peter Novick *(Nach dem Holocaust)*. Anders als Finkelstein meint Novick (im »Tagesspiegel«): »Ich war zunächst besorgt darüber, daß manche Leute mein Buch in Deutschland instrumentalisieren könnten. Es gibt ja in Deutschland Kräfte – nicht unbedingt antisemitische – , die genug haben vom Holocaust.« Zum Beispiel schloß die »Frankfurter Allgemeine« eine Besprechung von Finkelsteins Buch mit der Bemerkung, es komme einem nach Finkelsteins Polemik so vor, »als würde plötzlich ein Fenster geöffnet«.

Seit Martin Walsers Friedenspreisrede ist das Fenster weit offen. Man trägt seinen Antisemitismus wieder öffentlich in diesem Land. Drohbriefe gegen Juden schreiben wir nicht länger anonym, sondern mit Absender. Schon kurz nach ihrem Erscheinen stand die Finkelsteinschrift an erster Stelle der amazon-Verkaufsliste, Novicks gründliches Buch bewegte sich irgendwo zwischen der hundertzwanzigsten und hundertdreißigsten Stelle. Inzwischen ist Finkelstein aus dem Nichts auf die zweite Stelle der »Spiegel«-Bestsellerliste gesprungen – bald wird es die erste sein, dort, wo er auf der »Welt«-Liste schon steht. Novick dagegen wird die Sellerliste nie erreichen. Und genau das ist der Unterschied zwischen der wüsten

Agitation Finkelsteins und Novicks Erwägungen, wie man der jüdischen Opfer eher gerecht wird und ob es wirklich richtig ist, den Holocaust zu einem – wie es die eine oder andere der höchst unterschiedlichen jüdischen Organisationen in den USA betreibt – Religionsersatz zu machen.

Wenn die Juden die Opfer der Nazis vergäßen, sagt Novick, würden sie Hitler einen »posthumen« Sieg verschaffen. Ein »noch größerer posthumer Sieg für Hitler« aber sei es, »wenn wir seine Definition der Juden als verächtliche Parias übernähmen, indem wir den Holocaust zum Symbol der jüdischen Erfahrung erklären«. Finkelstein dagegen entschuldigt sich am Ende der deutschen Ausgabe seines Buchs in einem dort nachgedruckten Interview mit dem »Rheinischen Merkur« für seine Eltern – »Auf meinen Schultern sitzen immer noch meine Mutter und mein Vater« – , die »die Deutschen haßten«, obwohl das »Beste in meinen Eltern« sagen würde: »Geh auf die Leute zu, sei großzügig.«

Er ist auf die Leute zugegangen, und die nutzen es gut. Selbst bei jüdischen Wissenschaftlern, die sonst ihren Verstand beisammen haben, löst der immer deutlichere Unwille der Deutschen, auch nur einen Teil ihrer Schulden zu zahlen, peinliche Demutsgesten aus. Raul Hilberg – er sollte sich erinnern: 29 Jahre hat es gedauert, bis sein Standardwerk *Die Vernichtung der europäischen Juden* in einer allgemein zugänglichen deutschen Ausgabe erschien – , ausgerechnet Hilberg sprang aus welchem Ressentiment oder aus welcher Verzweiflung auch immer Finkelstein bei und ließ sich in einem Interview mit der »Berliner Zeitung« zu einer Judenschau verleiten, die geeignet ist, das höchste Entzücken der deutschen Industrie hervorzurufen. Er, der von nun an als »Roul Hilsberg« auch für die »Junge Freiheit« eine »anerkannte Autorität der Holocaust-Forschung« ist, sagte: »Die Jewish Community in den USA ist die erfolgreichste und wohlhabendste der Welt. Es gab schon vor etwa zehn Jahren 18 amerikanische Milliardäre, die Juden waren, und jetzt sind es weit mehr. Dazu gehört Edgar Bronfman, der Präsident des World Jewish Congress und einer der Hauptaktionäre des Seagram-Konzerns. Diese Leute könnten die Armut unter Holocaust-Überlebenden innerhalb einer Woche beseitigen.«

Das ist das Lied des Bürgermeisters von Korschenbroich, der vor einigen Jahren meinte, man müsse einen reichen Juden totschlagen, um die Haushaltsprobleme zu lösen. Am selben Tag, an dem die Zahlungen an die jüdischen und nichtjüdischen Zwangsarbeiter auf einen neuen, noch unbekannten Nimmerleinstag verschoben werden, wird bekannt, daß der einstige SS- und Metro-Führer Otto Beisheim (Privatvermögen 1998 auf 6,8 Milliarden Dollar, nicht DM, geschätzt) am ehemaligen Potsdamer Platz in Berlin neben Daimler und Sony sein eigenes Machtsymbol für eine knappe Milliarde Mark errichten läßt. Er alleine hätte aus seiner privaten Portokasse für die 1,4 Milliarden aufkommen können, die der Stiftungsinitative »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« da noch immer fehlten.

»Norman Finkelsteins Buch *The Holocaust Industry* erschien just, als die Verhandlungen über die Entschädigung nationalsozialistischer Zwangsarbeiter zum Abschluß kamen«, schreibt Ernst Piper zu Beginn seines Sammelbandes. »Zu diesem Zeitpunkt durfte die These, jüdische Organisationen mißbrauchten Entschädigungsgelder, mit einem Maximum an Aufmerksamkeit rechnen.« Und Finkelsteins deutsche Ausgabe erscheint in seinem Ex-Verlag ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da nun endlich die ersten Zahlungen für die Zwangsarbeiter geleistet werden könnten. Bevor der Piper-Verlag diese Entlastungsoffensive startete, war auf der Website der Versöhnungsinitiative noch zu lesen: »Unabdingbare Voraussetzung für die Gründung der Stiftung und die Bereitstellung der Mittel ist, daß für die Unternehmen umfassende und dauerhafte Rechtssicherheit geschaffen wird, d. h. daß sie vor gerichtlicher Inanspruchnahme geschützt sind.« Und dann folgte ein Satz, der über viele Wochen im Internet zu lesen war: »Dies (die Rechtssicherheit, O.K.) wurde inzwischen erreicht: in Deutschland durch das von Bundestag und Bundesrat beschlossene Gesetz. In den USA durch die inzwischen abgeschlossenen Verhandlungen über ein Statement of Interest, das wesentlicher Bestandteil eines Regierungsabkommens ist.« Diese Passage war im Februar, als Finkelstein nach Deutschland kam, plötzlich von der Siftungs-Website verschwunden.

Literatur:

Edwin Black: *IBM und der Holocaust. Die Verstrickung des Weltkonzerns in die Verbrechen der Nazis*. Propyläen Verlag München 2001, 702 Seiten, 59,90 Mark

Norman G. Finkelstein: *Die Holocaust-Industrie: Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird.* Piper Verlag, München 2001, 234 Seiten, 38 Mark

Peter Novick: *»Nach dem Holocaust.« Der Umgang mit dem Massenmord*. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2001, 350 Seiten, 44 Mark

Ernst Piper (Hg): *Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein*. Pendo Verlag, Zürich 2001, 212 Seiten, 24,90 Mark

Mark Spoerer: *Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz*. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2001, 336 S. 44 Mark

Petra Steinberger (Hg): *Die Finkelstein-Debatte*. Piper Verlag, München 2001, 202 Seiten, 28 Mark

Rolf Surmann (Hg): *Das Finkelstein-Alibi. »Holocaust-Industrie« und Tätergesellschaft*. Papyrossa Verlag, Köln 2001, 174 Seiten, 28 Mark

Ulrike Winkler (Hg.): *Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte*. Papyrossa Verlag, Köln 2001, 274 Seiten, 29,80 Mark

---

Otto Köhler schrieb in KONKRET 4/2001 über die Südosteuropa-Gesellschaft

Konkret 05/01, S. 36

Günther Jacob

Verbrechen an der Wehrmacht

Vorbild Österreich: ÖVP und FPÖ machen vor, wovon auch deutsche Geschichtsrevisionisten schon lange träumen

Nach einem im vergangenen Oktober von der ÖVP/FPÖ-Koalition verabschiedeten und seit dem 1. Januar 2001 wirksamen »Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz« erhalten rund 25.000 Österreicher eine Entschädigung von jährlich umgerechnet 360 bis 840 DM als steuerfreien Zuschuß zur Rente für die nichtintendierten Folgen ihrer nazistischen Gefolgschaft. Während in Deutschland und Österreich Soldaten der Anti-Hitler-Koalition, die in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, grundsätzlich von allen Entschädigungsverfahren ausgenommen wurden – man argumentiert in diesem Fall gerade umgekehrt, der Einsatz von Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit sei nach dem Völkerrecht erlaubt gewesen – und während die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter auch von Österreich bis zur Ablehnung der letzten Sammelklage keinen Schilling erhalten werden, fließen diese Gelder schon jetzt ganz unbürokratisch an »Hitlers Soldaten«.

Mit der demonstrativen Entschädigung für ehemalige Landser und Waffen-SS-Leute, die als Kriegsgefangene auch zur Beseitigung der von ihnen angerichteten materiellen Zerstörungen herangezogen wurden und somit nach heutiger Lesart eben auch »Zwangsarbeiter« waren, wird in der ehemaligen Ostmark eine revanchistische Forderung Wirklichkeit, die in Deutschland vorerst nur »in der Luft liegt«. Ein Nebeneffekt dieser Maßnahme ist, daß sie die ökonomisch und politisch relevante »Kriegsopferentschädigung« unterschlägt, die in beiden Ländern bereits in den fünfziger Jahren einsetzte.

Tatsächlich handelt es sich bei den jetzt ausgezahlten Beträgen um einen in erster Linie symbolischen Aufschlag auf die Rente. Hatte sich die Tätergeneration in den fünfziger Jahren die Gelder praktischerweise selbst ausgezahlt, bedanken sich die Nachkommen heute für diese Vorsorge, die auch ihnen zugute kam, indem sie den Alten durch demonstrative Relativierung der ohnehin auf einen »Schlußstrich« zielenden Gesetze zur »NS-Zwangsarbeiterentschädigung« signalisieren, was sie von den letztlich wohl unvermeidlichen Zahlungen an die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter wirklich halten.

Die zeitliche und wortlautgleiche Verknüpfung des »Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes« mit den Gesetzen zur Entschädigung von ehemaligen NS-Zwangsarbeitern sowie zur Entschädigung sogenannter Arisierungen ist es, worauf man in Österreich den allergrößten Wert legt. Der FPÖ-Politiker Gudenus nannte die Zwangsarbeiterentschädigung öffentlich ein »Schutzgeld, das wir zahlen müssen. Wir sind in einer Situation, wo man Großmächten gegenüber klein beigeben muß.« Schüssel, der das so nicht sagen kann, meinte dasselbe, als er bei der Verkündung des Gesetzes von einer »spiegelgleichen Lösung« sprach und erläuterte: »Die Regierung hat bewußt bis zum Abschluß der Frage der Entschädigungszahlungen für ehemalige NS-Zwangsarbeiter gewartet.« Endlich würden »die Verdienste der Kriegsgeneration gewürdigt«, sekundierte ihm seine Vizekanzlerin Riess Passer (FPÖ).

In den Genuß der neuen Entschädigungsregelung kommen österreichische Staatsbürger, die »im Verlauf des Zweiten Weltkrieges in einem mittelost- oder osteuropäischen Staat in Kriegsgefangenschaft gewesen sind oder sich auf Grund politischer oder drohender politischer Verfolgung im Sinne des Opferfürsorgegesetzes von 1947 außerhalb Österreichs aufgehalten haben und aus politischen oder militärischen Gründen von einer ausländischen Macht festgenommen und nach Beginn des Zweiten Weltkrieges in einem mittelost- oder osteuropäischen Staat angehalten wurden oder während der Besetzung Österreichs durch die alliierten Mächte von einer ausländischen Macht aus politischen oder militärischen Gründen in Österreich festgenommen und in mittelost- oder osteuropäischen Staaten angehalten wurden«.

Im Gesetz namentlich erwähnt werden »Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, ehemalige Sowjetunion, ehemalige Tschechoslowakei, ehemaliges Jugoslawien«. Man interessiert sich also nicht so sehr für Wehrmachtssoldaten, die beispielsweise in Afrika gefangengenommen wurden oder als Piloten oder Matrosen in Gefangenschaft der Amerikaner und Briten gerieten. Es geht allein um jene, die damals an den Hauptfronten des Vernichtungskrieges, im Osten und auf dem Balkan, standen und die im Falle der Gefangenschaft deswegen auch härter angefaßt wurden als andere. Des weiteren geht es um von den Alliierten nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation festgenommene Personen sowie besonders um jene, die von den Westalliierten vereinbarungsgemäß in den sowjetischen Sektor abgeschoben oder an die Tito-Partisanen übergeben wurden.

Obwohl Kanzler Schüssel auf Pressekonferenzen anderes erklärte, wird das Geld auch an verurteilte Kriegsverbrecher, schwer belastete Angehörige der SS oder der Waffen-SS gezahlt, denn die aus Rücksicht auf »Auslandsstimmen« in den Gesetzestext eingebauten Ausschließungsgründe beschränken sich auf »nicht tilgbare Verurteilungen«, womit die große Mehrheit fein raus ist, denn die wurde bereits in den Fünfzigern generalamnestiert.

Mit diesem Gesetz hat die ÖVP/FPÖ-Koalition wahr gemacht, was sie bereits in ihrer Koalitionsvereinbarung angekündigt hatte: »Die Bundesregierung wird um sachgerechte Lösungen in den Fragen aller im Zuge des Zweiten Weltkrieges zur

Zwangsarbeit gezwungenen Personen, der österreichischen Kriegsgefangenen sowie der in der Folge der Benesch-Dekrete und Avnoj-Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung bemüht sein.«

Die österreichische Variante des praktischen Geschichtsrevisionismus hat inzwischen bei bundesdeutschen »Kriegsopfer«- und »Spätheimkehrer«-Verbänden den Eindruck verstärkt, daß die Zeit reif sei, um ähnliches auch in Deutschland offen zu fordern. Die »FAZ« lancierte am 22. Februar 2001 die Meldung, einige dieser Verbände hätten inzwischen »mit Wien Kontakt aufgenommen, um eine Handhabe dafür zu finden, der deutschen Bundesregierung das österreichische Vorbild nahezubringen«. Immer lauter würde der Ruf nach »Gerechtigkeit und Gleichbehandlung mit ausländischen Zwangsarbeitern« für die »noch lebenden ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die bei den Siegermächten Zwangsarbeit leisteten«.

Verstärkt in Umlauf gebracht wird das Thema in Deutschland seit Herbst letzten Jahres vor allem auf den Leserbriefseiten deutscher Tageszeitungen (»Auch deutsche Soldaten waren Zwangsarbeiter«; »Späte Zeugnisse aus Lager 504« usw.), außerdem mittels Anträgen an den parlamentarischen Petitionsausschuß sowie durch TV-Serien wie den Dreiteiler »Soldaten hinter Stacheldraht«, der im letzten November parallel zur Knopp-Serie »Holokaust« lief und von 4,58 Millionen Zuschauern gesehen wurde.

Nach dem historischen Übergang vom »Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus« zur »humanitären Intervention« und nach der erfolgreichen Kampagne gegen die sogenannte Wehrmachtsausstellung war in der deutschen Gesellschaft ein neuer »Raum« entstanden, in dem die Erzählungen der Tätergeneration und die Neubewertung der Vergangenheit durch Kinder und Enkel neu ausgehandelt werden konnten (die 68er-Debatte ist Teil dieses Verfahrens). Aus den vielen Stille-Post-Geschichten – verpackt vor allem in TV-Geschichtsdokumentationen und eine weiter anschwellende »Zeitzeugen«-Literatur (s. KONKRET 2-4, 7, 9/1999) – ist so nach und nach die offen ausgesprochene Überzeugung geworden, daß man im Sinne einer »objektiven Geschichtsbetrachtung« auch die »andere Seite« nicht vergessen sollte. Diese sehr praktische geschichtsrevisionistische Gleichsetzung von NS-Opfern und -Tätern besagt letztlich, was bislang nur Neonazis verkündeten: »Unsere Großväter sind keine Mörder.« Frei nach Martin Broszat wird die Grenzziehung zwischen Tätern und Opfern in Frage gestellt – auch die Täter waren Opfer – und der Nationalsozialismus unter der Rubrik »Zeitgeschichte im Wandel« in die »Geschichtlichkeit der Gesamtsituation« eingebettet.

Doch wie gesagt: Neu daran sind weder die Zahlungen noch die Haltungen. In Österreich existiert seit 1949 ein »Kriegsopferversorgungsgesetz« und seit 1958 ein »Spätheimkehrergesetz«. In Westdeutschland existieren vergleichbare Gesetze seit 1950 bzw. 1952, in denen die »Versorgung« der nun »Kriegsopfer« und »Kriegsgeschädigte« genannten Ex-Herrenmenschen geregelt ist. Das gilt auch für die »Kriegsopferrente« für Witwen und Waisen sowie für die »Kriegsgefangenenentschädigung«, die auf »kriegsursächliche, von einer ausländischen Macht verhängte Freiheitsbeschränkungen für die Zeit ab 1. Januar 1947 gewährt« wird und die u.a. von »Aussiedlern« noch bis zum 31. Dezember 1993 beantragt werden konnte. Nur in der DDR gab es nichts Vergleichbares, weshalb sofort nach der Wiedervereinigung der »Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen« von einem Skandal sprach. Die »Ausklammerung der Kriegsopferversorgung im Staatsvertrag« sei »ein schwerer sozialpolitischer Fehler«.

Neu an den heutigen Forderungen nach Entschädigung für die Tätergeneration ist, daß Alte und Junge, um sie überhaupt erheben zu können, nicht mehr geradeheraus Holocaust und NS-Zwangsarbeit in Abrede stellen müssen. Die Relativierung geht jetzt andersrum. Man hat sich sozusagen vorgearbeitet. In den achtziger und neunziger Jahren dominierte noch die scheinbar »defensive« Forderung, ohne Ausgrenzung aller Opfer zu gedenken – der Juden, Zwangsarbeiter, russischen Kriegsgefangenen und KZ-Häftlinge, aber eben auch der deutschen Vertriebenen, Flüchtlinge, Opfer des Bombenkrieges, gefallenen Soldaten, Kriegsgefangenen sowie der »Opfer, die zuvor Täter waren«. Erst seit dieser Anspruch durchgesetzt ist, kann auch *öffentlich* gefragt werden – etwa unter Berufung auf Finkelstein – , ob die zuerst genannten Opfer nicht vielleicht ihre Ansprüche überziehen. Damit setzt sich auch mehr und mehr durch, was die Alten ihren Nachkommen stets gepredigt haben. Bilder des Holocaust und des Vernichtungskrieges waren für sie immer schon ein guter Anknüpfungspunkt zur Darstellung der eigenen Leiden: »Fünf Jahre in Lagern, Hunger, Kälte, Krankheiten. Nischt zu essen, nischt zum Anziehn«, das kannten sie doch aus der eigenen Kriegsgefangenschaft. Die Nachkommen, ob sie nun pflichtbewußt daran erinnern, daß die Deutschen leider »angefangen« haben, oder ob sie dies bestreiten, haben sich diese »private« Perspektive zu eigen gemacht und setzen sie nun nach und nach in Politik um.

Günther Jacob schrieb in KONKRET 4/2001 über antideutsche Antisemiten in Österreich

Konkret 05/01, S. 38

Er in Riess

Vom Evergreen um Nebenger usch

ber den echselhaften Stellen ert der sterreichischen Neutralit t

Am 15. Oktober 1955 wurde das wiederaufgebaute Burgtheater mit Franz Grillparzers »König Ottokars Glück und Ende« feierlich eröffnet. Die Hauptrollen gaben Ewald Balser und Attila Hörbiger. Im Jahre 1278 hatte der Habsburger Rudolf I. den böhmischen Herrscher Ottokar in der angeblich größten Ritterschlacht der Geschichte geschlagen und damit die 800jährige Herrschaft des Hauses Habsburg begründet. Die Zweite Republik feierte die Wiedererlangung der Souveränität durch den Staatsvertrag im Mai 1955 mit dem Gründungsmythos des Kaiserhauses und nicht etwa mit einem republikanischen oder antinazistischen Stück.

Elf Tage nach der Eröffnung des Burgtheaters verkündete das Parlament mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und KPÖ »aus freien Stücken« die »immerwährende Neutralität«. Das Verfassungsgesetz sieht die Neutralität des Staates »zum Zwecke der Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen« vor, Österreich wird zur Sicherung dieses Zwecks »in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen«.

Wer mit einem Übermaß an Geschichte geschlagen ist, will diesem Fluch entrinnen, koste es, was es wolle. Eine Strategie erwies sich dabei als besonders erfolgreich: die Ausdehnung des politischen Pragmatismus von der diplomatischen Flexibilität bis hin zur entfalteten Willkür, so lange, bis die Endstufe, die gänzliche staatspolitische Prinzipienlosigkeit, erreicht ist. Diese Strategie wurde in den letzten Jahrzehnten von österreichischen Regierungen vervollkommnet. Unterstützend wirkte dabei die Einführung einer eigenen Zeitrechnung. Dieser zufolge umfaßt »immerwährend« nicht einmal fünfzig Jahre, »in aller Zukunft« wird mit ein paar zusätzlichen Jahren veranschlagt, erst »ewiglich« würde ein Menschenleben einschreiben. Solcherart wird der Geschichte, der österreichischen Zeitrechnung zufolge, ein menschliches Maß aufgezwungen – was immerhin einen zivilisatorischen Wert darstellt.

Tatsächlich war die Neutralität, da kommunismusverdächtig, anfangs gar nicht populär. Die SPÖ bekämpfte sie voll Ingrimm, »staatspolitisch neutral, aber ideologisch eine Speerspitze des Westens«, hieß die Losung. Die ÖVP bekannte sich zwar zur Neutralität, setzte ihre Hoffnungen aber in die österreichische Zeitrechnung. Die FPÖ, wenige Tage nach der Proklamation der immerwährenden Neutralität gegründet, war und ist ihr erklärter Feind. Ziel der FPÖ war immer schon der Beitritt zur Nato. Die KPÖ baute auf den weltweiten Siegeszug des Kommunismus und unterstützte die Neutralität ebenso wie später die Grünen, die in der Neutralität einen Garanten für den ungestörten Anbau von Biokartoffeln sehen.

In den sechziger und siebziger Jahren machte Österreich zwischen den Blöcken des Kalten Krieges blendende Geschäfte. Binnen dreier Jahrzehnte stieg das Land von einem Armenhaus zu einem wohlhabenden Staat mit Sozialversicherung, Müllverbrennung und Gratisschulfahrt auf. Aus Stolz über das Erreichte proklamierte man sich selbst zur Kulturnation. Auch der Stellenwert der Neutralität änderte sich. Sie hatte ihre Alltags-, mehr noch: ihre Geschäftstauglichkeit bewiesen. Dafür wurde sie von der Kulturnation vom störenden Nebengeräusch zur geschätzten Begleitmelodie befördert. Wann immer Österreich sich in der Welt zu Gehör meldete, wurde der Schlager der Neutralität angestimmt. Bald nahm er den Weg aller Erfolgsschlager, er wurde zum Evergreen und trat seinen Siegeszug rund um den Globus an. Unerheblich, daß die Neutralität im konkreten Handeln nur als Karikatur erkennbar war. So als der halbstaatliche Steyr-Konzern Bürgerkriegspanzer nach Chile liefern wollte; so als die Voest-Werke während des 1. Golfkrieges mit der Berufung auf die Neutralität beide Kriegsseiten, den Irak und den Iran, mit Kanonen belieferten; so als Nato-Horchposten auf österreichischem Territorium die sozialistischen Staaten ausspähten; so als die SPÖ, die sich in den siebziger Jahren als Hüterin der Neutralität aufspielte, im Nahostkonflikt einseitig die arabische Seite unterstützte.

Mit dem Fall des Kommunismus verlor Österreich nicht nur seine Brückenfunktion zwischen Ost und West, sondern auch einen geschützten Exportmarkt. Die Eliten reagierten prompt: In die liebliche Weise von der verdienstvollen Neutralität mischten sich Störlaute. Das hinter der Hand vorgetragene Nato-Beitrittsgeraune verstärkte sich mit dem EU-Beitritt und wurde mit den jugoslawischen Kriegen unüberhörbar. Wie immer waren es Intellektuelle, die im Wettstreit um den Rang des eifrigsten Bellizisten die Nase vorn hatten. In diesem Fall war es der Philosoph Rudolf Burger. Alles andere als ein sofortiger Nato-Beitritt sei Heuchelei, schrieb er. Die Wenderegierung des Jahres 2000 griff Burgers Vorschlag auf. Die Neutralität sei überholt, verkünden FPÖ und ÖVP, der Beitritt zur Nato erklärtes Ziel – wenn auch über den Umweg der Westeuropäischen Verteidigungsunion. Da aber Verfassungsgesetze nur mit Zweidrittelmehrheit abgeschafft werden können und die Koalition davon noch ein gutes Stück entfernt ist, hängt es von der Sozialdemokratie ab, die Neutralität zu verteidigen. In Wien werden bereits Wetten abgeschlossen, wie lang die sich bei diesem Schutzherren noch halten wird.

»Österreich neu regieren« heißt das Motto der neuen Regierung, und sie tut dies, indem sie tief in der Vergangenheit wühlt und Margaret Thatchers und Ronald Reagans sozialpolitische Konzepte an die Donau holt. Studiengebühren werden eingeführt, Gratisschulbücher und die Steuerfreiheit von Invaliditätsrenten abgeschafft, Gesundheit und Lebensrisiken

werden privatisiert, das Frauenministerium wird abgeschafft, die entsprechenden Agenden wandern ins Sozialministerium, in dem der zuständige FPÖ-Minister sofort eine Abteilung für Männerangelegenheiten einrichtet und die Fristenlösung in Frage stellt. Jeder ist seines Glückes Schmied, und wessen Eisen schon erkaltet ist, der soll gefälligst schauen, wo er bleibt.

Die Attacken auf die Sozialgesetzgebung kommen überfallartig und aus mehreren Richtungen gleichzeitig. Die verheerende Wirkung der Angriffe wird durch die stümperhafte gesetzliche Vorgangsweise noch potenziert. Niemand vermag den Überblick über die Flut an neuen Regelungen zu behalten, wie ein Sperrfeuer prasseln die Gesetze und Verordnungen auf die Menschen ein. Spitzenbeamte widersprechen öffentlich ihren Ministern, und der Kanzler weiß nicht, wovon die Vizekanzlerin redet.

Viele Menschen sehnen sich nach den goldenen Jahren der sozialen Sicherheit. Durch die Sozialdemokratie dem politischen Kampf entwöhnt, summen sie den einstigen Erfolgsschlager, der ertönte, als die Welt noch in Ordnung war. Hoch klingt das Lied von der immerwährenden Neutralität. Was damals augenzwinkernde Heuchelei war, ist heute sentimentaler Verklärung gewichen.

Daß eine staatspolitische Neutralität auch unter den neuen Gegebenheiten eine kluge Option wäre; daß Friedenseinsätze des Bundesheers im Rahmen von Uno-Mandaten dem Land nicht zur Schande gereichen würden; daß der Beitritt zur Nato für einen Staat, der von Nato-Mitgliedern umgeben ist, unnötig ist; daß ausreichend Sachverstand abrufbar wäre, der eine neutrale Außenpolitik eines EU-Staates begründen könnte, interessierte die vergangenen Regierungen wenig und die neue gar nicht. Die zieht lieber die österreichischen Uno-Soldaten aus Zypern zurück, wo sie über dreißig Jahre hervorragende Arbeit leisteten. Im allgemeinen Sparwahn kommt auch die Neutralität unter die Räder. Nicht mehr lang, und das störende Nebengeräusch wird verschwunden sein.

Erwin Riess schrieb in KONKRET 4/2001 über den antisemitischen Wahlkampf in Wien

Konkret 05/01, S. 39

Ale□ ej Pavlov

Ten Years After

Zehn Jahre nach dem Ende der So□ jetunion □ ieht KONKRET Bilan□ : Was Kapitalismus aus und mit den Menschen macht, untersucht unser Autor Ale□ ej Pavlov am Beispiel der Millionenstadt Nishnij No□ gorod. Die Serie behandelt das Alltagsleben von der Wiege bis □ ur Bahre, im ersten Teil die Situation der Neugeborenen und Sch□ angeren

Die Russen sehen nicht nur aus wie Menschen (was jene klugen Köpfe schon immer wußten, die hinter der richtigen Zeitung stecken). Die Russen kommen auch unter Bedingungen auf die Welt, die menschlichen täuschend ähnlich sind.

So sind überall im Lande Einrichtungen zu finden, die durchaus die Merkmale eines Entbindungsheims aufweisen: Ärzte, Betten, medizinische Ausrüstung und ein imposantes Schild an der Tür. Doch wer es sich leisten kann, bringt seine Kinder lieber im Ausland zur Welt. Wer auf die einheimischen Verhältnisse angewiesen ist, bekommt neben den Kindern auch noch unvergeßliche Erinnerungen. Zum Beispiel Tatjana Korotkowa: Sie teilt ein zugiges Zimmer mit neun weiteren Patientinnen, die Wände sind klebrig, der Fußboden ist es auch. Immer wieder muß sie eigenhändig Quecksilber aus zerbrochenen Thermometern vom Fußboden aufwischen, die Krankenschwestern haben schlicht keinen Bock darauf. Oder Irina Piterskaja: Zum Waschen bekommt sie einen eisernen Trog, in dem sie sich mit einem Schlauch begießen darf. Anschließend muß sie sich mit einem dünnen grauen Badetuch (Größe 20 mal 60 Zentimeter) abtupfen. Oder Natalia Kaschirina: Verpflegung erhält sie von ihrem Mann. Der liefert die Hausmannskost unter dem Fenster ihres Krankenzimmers an, sie zieht den Topf mit einer Leine in den ersten Stock. Wenn sie zu schwach dafür ist, bekommt sie auf Kosten des Hauses zwei Eßlöffel wäßriges Sauerkraut zum Abendessen. Das ist gar nicht so schlecht: Die allgegenwärtigen Küchenschaben, die sich ja auch keine Ruhe gönnen, kriegen noch weniger.

Verspüren Sie beim Lesen dieser Zeilen einen Würgreiz? Bitte beruhigen Sie sich. Was soll denn erst die Frau fühlen, die diese Zustände miterlebt, etwa auf dem Operationstisch? Besonders wenn sie wie Natalia Kaschirina selbst Gynäkologin ist und aus der Zeit ihres Praktikums weiß, daß die Patientinnen nach der Entbindung oft ohne Anästhesie genäht werden mußten, weil es keine Medikamente gab. Man kann sich vorstellen, was sie bei ihrer eigenen Niederkunft gedacht hat.

Doch diese Mißstände werden jetzt Zug um Zug abgeschafft – durch die Abschaffung der medizinischen Versorgung. Die Zahl der Krankenhausbetten pro zehntausend Einwohner ist im Bezirk Nishnij Nowgorod von 135 im Jahr 1991 auf 122 im Jahr 1998 gesunken, und die Entbindungsheime bilden hier keine Ausnahmen. Zum Beispiel das oben geschilderte Heim Nr. 5: Ursprünglich für 55 Patientinnen gedacht, mußte es zuletzt 85 unterbringen. Jetzt wird es zum erstenmal seit 1949 saniert, danach sollen 70 Betten übrigbleiben. Eine Sanierung ist allerdings eher die Ausnahme. Im Zweifelsfall investiert die Stadtbehörde lieber in die Anschaffung von Bidets für Beamtinnen des gehobenen Dienstes. Einige Entbindungsheime stattete man zwar in den letzten Jahren mit neuer medizinischer Ausrüstung aus, aber ausschließlich wenn man diese von der Schweiz geschenkt bekam.

Dabei lebt man in Nishnij noch vergleichsweise gut. Während die Metropole mit ihren 1,4 Millionen Einwohnern immerhin sieben Entbindungsheime hat, muß Saransk, die Haupstadt des benachbarten Mordowiens mit 340.000 Einwohnern, mit bloß einem auskommen. Ein weiteres mußte im Mai letzten Jahres von Bürgermeister Iwan Nenjukow wegen Baufälligkeit geschlossen werden.

Vor diesem Hintergrund ist der starke Geburtenrückgang nur logisch. Das Spitzenniveau des Jahres 1987 (15,1 Geburten pro Jahr auf tausend Einwohner) hat sich bis 1997 halbiert, Tendenz weiter fallend. (Dies enspricht der Entwicklung in ganz Rußland: Im Landesdurchschnitt sank die Quote von 17,2 im Jahr 1987 auf 8,3 im Jahr 1998). Der Rückgang beschleunigt sich seit 1991, nachdem die Sowjetunion zerfallen war. Als Gründe nennen die Experten unter anderen die allgemeine soziale und wirtschaftliche Instabilität, die Krise der Familie (61 Scheidungen pro 100 Ehen) und die überdurchschnittliche Mortalität der Männer im arbeitsfähigen Alter (im Bezirk Nishnij Nowgorod sterben in dieser Gruppe fünfmal mehr Männer als Frauen).

Während sich die Natalität in Siebenmeilenschritten dem Niveau der westlichen Industrieländer nähert, ist bei der Sterblichkeit das Gegenteil der Fall – hier sind offenbar die Entwicklungsländer Vorbild für Rußland. Starben 1990 noch jährlich 10,4 von tausend Einwohnern, so waren es 1998 mit 12,9 bereits ein Viertel mehr. Besonders schnell war das Wachstum zwischen 1991 bis 1994. 60 Prozent sterben an Kreislaufkrankheiten, ein Siebtel an Krebs, ein Prozent an Tuberkulose – einer Krankheit, die vor 20 Jahren ausgerottet schien.

In Rußland kreuzten sich die Kurven der sinkenden Geburtenanzahl und der steigenden Sterblichkeit 1992, im Jahr des Anfangs der ökonomischen Schocktherapie. Seitdem nimmt die Einwohnerzahl ab. Der jährliche Rückgang (ohne Migration) betrug im Bezirk Nishnij Nowgorod im letzten Jahr 37.500, umgerechnet ein Prozent. Das erinnert an den phönizischen Gott Moloch, dem jede karthagische Familie ihren Erstling opfern mußte. Die Demographen bevorzugen allerdings den Namen »das russische Kreuz«. Wenn man Experten glauben darf, wird Rußland dieses Kreuz noch mehrere Jahrzehnte tragen müssen. Das Bevölkerungswachstum kommt nach ihren Berechnungen zum Erliegen, wenn der Anteil

von Kindern und Jugendlichen (bis 18 Jahre) unter 20 Prozent der Gesamtpopulation sinkt. Im Bezirk Nishnij Nowgorod war das bereits 1997 der Fall, und der Rückgang hält an. Die Quote in der Föderation insgesamt liegt noch knapp darüber.

Doch der Bevölkerungsschwund ist nur ein Teil des Problems. Noch beeindruckender ist der Gesundheitszustand der Mütter und Kinder. Im unserem Bezirk haben lediglich vier Prozent der schwangeren Frauen keine Krankheiten; in elf Kreisen (Rayons) sind praktisch alle Schwangeren krank. An der Spitze liegen Blutarmut (52 Prozent) und Nierenleiden (20 Prozent). In den zwei größten Städten, Nishnij Nowgorod und Dzershinsk, wo 48 Prozent aller Entbindungen im Bezirk stattfinden, verläuft nur ein Zehntel davon normal. Die Erkrankungen der Neugeborenen haben sich zwischen 1993 und 1999 verdoppelt. 1999 brachte auch einen Rekord der Statistik der behinderten Kinder im Bezirk. Verglichen mit dem Vorjahr hat sich die Zahl der Neugeborenen mit körperlichen und geistigen Behinderungen verdoppelt, der mit psychischen Störungen vervierfacht und der mit Sprachstörungen verachtfacht. Insgesamt waren im letzten Jahr 41 Prozent der Neugeborenen krank, 15 Prozent mußten sofort auf die Intensivstation. Im Kreis Scharanga starben 1998 mehr als sechs Prozent der Säuglinge.

Wäre all dies vor 1991 passiert, hätten die westlichen Zeitungen vermutlich geschrieben: Der Sozialismus frißt seine Kinder.

Alexej Pavlov lebt und arbeitet in Nishnij Nowgorod

Konkret 05/01, S. 40

Robert Kurz

Wenn die Luft ausgeht

Beeinflußt der rasante Rückgang der Börsenkurse die Realökonomie?

Seit nahezu 20 Jahren steht das kapitalistische Weltsystem zunehmend im Bann der Börsenentwicklung. Daß es sich dabei nicht bloß um die Wiederholung des immer gleichen und einen kapitalistischen Normalzustand handelt, sondern um eine qualitativ neue Situation, geht schon aus den Begleitumständen hervor: Der Aktienhandel ist zum Volkssport und zur Popkultur geworden, das Börsengeschehen erfüllt den Ereignishorizont der bürgerlichen Welt, und der Börsenjargon hat sich zum Jugendslang gemausert. Parallel dazu bestimmt der postmoderne Kult von Virtualität, Beliebigkeit und Anti-Essentialismus die intellektuellen Moden. Politökonomisch reformuliert, bedeutet das nichts anderes als das Paradigma einer virtuellen Kapitalverwertung, die auf der Höhe des historisch erreichten Akkumulationsniveaus ohne zusätzliche Arbeitssubstanz möglich sein soll – längst schon vorgedacht von der subjektiven Wertlehre, die (ähnlich wie de Saussure in der Linguistik die Sprachbestandteile) den ökonomischen Prozeß auf reine Relationen (Grenznutzen) ohne substantiellen Gehalt reduziert hat.

Börsenmythos und Postmoderne bilden aber nur die Kehrseite der unüberwundenen bürgerlichen Arbeitsreligion, wie sie sich auf je unterschiedliche Weise im Liberalismus, in der alten Arbeiterbewegung und im Antisemitismus manifestiert hat, wobei sich die negative Substanz der abstrakten Arbeit als positive Ontologie darstellt. Offiziell wie scheinoppositionell bleibt diese Ontologie der als Selbstzweck gesetzten Arbeit auch im Kasinokapitalismus präsent: in der arbeitssüchtigen Hipness der substantiell unproduktiven Start-Up-Klitschen wie in der dumpfen Drohung der Regierenden (»Es gibt kein Recht auf Faulheit«), in den Slogans der deutschen Antisemiten und Rassisten (»Arbeit für Deutsche zuerst«) wie im gewerkschaftlichen Jammern nach produktiven Kapitalinvestitionen und einer Tobin-Besteuerung von Spekulationsgewinnen etc.

Der Virtualismus des Beliebigkeitsdenkens und der Substantialismus des positiven Arbeitswahns reflektieren nur ebenso komplementär wie bewußtlos den inneren Selbstwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise: daß nämlich das Kapital die menschliche Arbeitssubstanz zunehmend durch Verwissenschaftlichung und Rationalisierung überflüssig macht, auf diese Weise aber seinen eigenen Verwertungsprozeß »entsubstantialisiert« und zum Stehen bringt, anders ausgedrückt: daß es die Produktivkräfte einerseits derart schrankenlos entwickelt, als wäre nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft das Limit, während es andererseits diese Produktionskraft einbannen will in die Zahlungsfähigkeit, die durch denselben Prozeß gesamtgesellschaftlich schrumpft.

Dieser innere Widerspruch ist kein statischer, sondern bewegt sich in einer aufsteigenden historischen Dynamik. Dabei mußte der immer heftiger in Erscheinung tretende Selbstwiderspruch zunehmend durch das Kreditsystem kompensiert werden – zu Beginn des 20. Jahrhunderts von Lenin und Rudolf Hilferding zwar begrifflich verkürzt, aber deskriptiv zutreffend reflektiert im Begriff des *Finanzkapitals* und seiner wachsenden Dominanz. Das zinstragende Kapital, weit davon entfernt, die »gute« Arbeit und reelle Warenproduktion zu sabotieren (wie Proudhonisten, Gesellianer, Antisemiten und in gewisser Weise auch Keynesianer behaupten), ermöglichte vielmehr das Hinausschieben der inneren Schranke durch den Vorgriff auf zukünftige Kapitalverwertung, um den aktuellen Verwertungsprozeß am Laufen zu halten.

Die Grundlage dafür ist eine kapitalistisch reelle, solange das zinstragende Kapital seinerseits aus substantiellen Verwertungsprozessen stammt und lediglich von seinen Eigentümern aktuell nicht kapitalproduktiv reinvestiert, sondern an andere Akteure (Staat, Unternehmen, Konsumenten) ausgeliehen wird. Die Schranke tritt dabei nur dann wieder in Erscheinung, wenn die Schuldner das geliehene Geld ihrerseits mangels produktiver Anwendung nicht mit Zins zurückzahlen können. Erst in diesem Fall erweist sich der Kredit als »fiktives Kapital« (das also keineswegs, wie es etwa bei Michael Heinrich erscheint, mit dem zinstragenden Kapital einfach gleichzusetzen ist). Noch einmal etwas anderes ist es aber, wenn von vornherein mit Geld operiert wird, das selber schon gar nicht mehr aus reellen Verwertungsprozessen stammt, sondern aus dem Nichts »geschöpft« wird, also bereits seinem Ursprung nach »fiktives Kapital« darstellt.

Das ist der Fall, wenn der Staat sich von seiner Notenbank Kredit geben läßt, den diese einfach per Dekret in die Welt setzt – mit dem bekannten Resultat der Inflation. Analog verhält es sich mit dem endogenen Prozeß der Börsenkapitalisierung, durch den eine »asset inflation« (Vermögensinflation) vermittels Kurssteigerungen entstehen kann, die weit über reelle zukünftige Gewinnerwartungen hinausgehen. Es wird nun gern behauptet, dabei handle es sich um ein Nullsummenspiel, weil Käufe und Verkäufe einander ausgleichen. Das trifft zwar für die einzelnen Kauf- und Verkaufsakte zu, ist aber in bezug auf das Gesamtvolumen trotzdem eine Milchmädchenrechnung. Denn bei einer spekulativen Hausse wird mit permanent steigenden Kursen natürlich auch das Buchvermögen derjenigen Aktienbesitzer aufgebläht, die nicht verkaufen. Dasselbe gilt umgekehrt bei einer Baisse oder einem Crash.

Der fiktive Geldreichtum steigt also durch eine spekulative Blase absolut, was nur die Kehrseite davon ist, daß das Produktionskapital sich nicht mehr ausreichend verwerten kann (Überakkumulation). Die Finanzblase hat zunächst

scheinbar nichts mit der realen Kapitalreproduktion zu tun, solange das »fiktive Kapital« weitgehend im Finanzüberbau verbleibt. Dann rechnen sich eben Leute reich, die sich wieder arm rechnen müssen, sobald die Blase platzt. Trotzdem folgte, im Unterschied zu frühkapitalistischen Blasen bei der Gründerzeitkrise Ende des 19. Jahrhunderts und noch viel heftiger bei der Weltwirtschaftskrise, auf den Finanzcrash eine realökonomische Depression. Denn in demselben Maße, wie der kapitalistische Selbstwiderspruch zunehmend durch kreditäre Vorwegnahme zukünftiger Gewinne als »Überbrückungshilfe« kompensiert werden muß, schlägt der Zusammenbruch des »fiktiven Kapitals« ebenso zunehmend auf die Realökonomie zurück, weil dann die verfügbare Kreditmasse abrupt sinkt und eine Konkurswelle ausgelöst wird.

Noch viel mehr muß das der Fall sein, wenn sich die Realökonomie bereits über längere Zeit hinweg und in großem Maßstab direkt aus dem »fiktiven Kapital« genährt hat, dieses also nicht mehr im Finanzüberbau verblieben ist, sondern damit reale Investitionen und Konsum bezahlt wurden. Genau dieses »Recycling« (eine ökonomische Münchhausiade) hat in unvergleichlich größerem Umfang als in der Vergangenheit seit Mitte der achtziger Jahre stattgefunden und bildet den Kern der sogenannten New Economy. Unternehmen wie Konsumenten konnten sich mit Geld, das seinerseits schon der Finanzblase entstammte, verschulden und damit auf Einkaufstour gehen, scheinbar gedeckt durch die aufgeblähten Buchvermögen. Es wurden also riesige, sogar transkontinentale Produktionsprozesse generiert, für die es gar keinen reellen kapitalistischen Ausgangspunkt gab.

Dabei rückten nach Japan in den achtziger Jahren die USA in den neunziger Jahren ins Zentrum – nicht weil es sich um den bösen angelsächsischen Raffkapitalismus handelt, sondern weil das globale Geldkapital aus eigenem Überlebensinteresse vor allem die Börsen der letzten Weltmacht fütterte. So ist heute die Weltkonjunktur in einem beispiellosen Ausmaß vom US-Konsum und dieser vom »fiktiven Kapital« der Börsenkapitalisierung abhängig. Der Absturz von Nasdaq und Neuem Markt und der sich andeutende Absturz der Standardwerte drohen daher (mit einer durch Reproduktionszyklen bedingten Zeitverzögerung von 6 bis 24 Monaten) das Weltkapital auf den Boden seiner »substantiellen Tatsachen« zurückzuholen. Geldpolitische Gegenmaßnahmen (Zinssenkung, Re-Keynesianisierung) sind prekär geworden, weil sie bei dem erreichten Stand der wechselseitigen Abhängigkeit von Realkonjunktur und Börsenkapitalisierung derart stark ausfallen müßten, daß sie auf eine Rückkehr der Inflation und damit erst recht eine Zerrüttung des globalen Finanzsystems hinauslaufen könnten.

Robert Kurz kommentierte in KONKRET 11/2000 den zehnten Todestag der DDR

Konkret 05/01, S. 41

Hermann L. Gremliza

Börse macht böse

Fragen Sie Ihren Analytiker, nicht Ihren Analysten: Das folgende Stück wurde bereits im September 2000 für die DGB-Funktionärszeitschrift »Einblick« geschrieben

Eine Hamburger Dame, die seit zwei Jahrzehnten ein honoriges und also schlechtgehendes Kleingewerbe betreibt, pflegt Anrufern, die um einen Termin bitten, um ihre fabelhaften Wege zu schnellem Reichtum zu erläutern, mit der Warnung zu verabschieden, daß das schmale Gäßchen, in dem sich ihr Büro befindet, keinen Parkplatz für einen Rolls Royce biete, und auf die Frage »Wieso Rolls?«, die Rückfrage »Ja fahren Sie keinen Rolls?« und die Antwort »Nein, ich fahre Opel« den Bescheid zu geben: »*Sie* fahren Opel und wollen *mir* erzählen, wie man reich wird?«

Auf tausend Experten, die – als Anlageberater in der Zweigstelle, Ratgeberautor in der Talkshow, Akquisiteur am Telefonbuch oder Redakteur bei einer Wirtschaftszeitung – davon leben, anderen zu erzählen, wie man es durch die Spekulation mit Aktien zum Millionär bringt, kommt, grob geschätzt, ein Aktienkäufer, der ein paar Mark gewinnt. Und gerade der hat keinen Berater gebraucht. Des Rätsels Lösung ist einfach: Wer mehr Geld hat, als er zum täglichen Leben braucht, kann am Aktienmarkt etwas dazugewinnen. Wer nichts hat oder nur Geborgtes, wird es los, er sparte Geld und Sorgen, wenn er es gleich versöffe.

Seit der Menschheit die Hoffnung auf ein Leben jenseits des Kapitalismus abhanden gekommen ist, hat die Industrie der Träume und Illusionen einen ungeheuren Aufschwung genommen. Täglich füllt sie die Seiten und Kanäle mit Tips für den kleinen Opelfahrer, wie er zwischen Probezeit und Frühverrentung auch einmal ganz groß rauskommen kann. Der ordentliche Kleinbürger findet entsprechenden Rat bei den Online-Börsen der Medienkonzerne, der alternative Raffer auf der Seite »Reich & glücklich: anlegen mit der ›Taz‹«.

Und wie das Märchen vom Tellerwäscher, der es zum Millionär bringt, nur dann seine für die Herrschaft segensreiche, nämlich verblödende Wirkung tut, wenn es dann und wann einmal wahr wird, muß es auch ein paarmal wahr werden, daß ein Kleinaktionär an der Börse aus zehntausend Mark zwanzigtausend macht. Allerdings sind beim Lotto, wo der Staat der Gesamtheit der Spieler zwei Drittel ihres Einsatzes abnimmt, um den Rest als Anreiz fürs nächste Mal an ein paar hundert Glückliche auszuwerfen, die Chancen größer. Zumal der veranstaltende Fiskus sich wenigstens aus der Ziehung der Gewinnzahlen heraushält, während der Veranstalter des Börsenspiels, das Kapital, die Kurse »pflegt«, das heißt: selbst bestimmt.

Wer sich freilich die Welt lieber so vorstellt, daß im Aufsichtsrat und im Vorstand der Deutschen Bank zwei Dutzend Sozialarbeiter sitzen, deren ganzes Sinnen und Trachten darauf gerichtet ist, die Armen reicher zu machen, weshalb sie sich in Geduld üben, bis der Kursgewinn der Siemens- oder SAP-Aktie statt in ihrem Safe auf dem Girokonto des Lagerarbeiters Karl-Heinz A. aus O. landet, sollte sich über die Spesen, die sein Aberglauben kostet, nicht beschweren. Leider tut er es doch. Denn im Kopf und im Herzen, wenn man das so nennen will, ist der Kleinaktionär keine Miniaturausgabe des Großaktionärs, sondern ein losgelassener Prämiensparer, der hinter den Tiefs der Kurse, die zu den Hochs gehören wie der Wind zur Hose, nichts als die Kräfte der Finsternis walten sieht: das – selbstverständlich: fremdländische – Finanzkapital, nämlich recht eigentlich: die Amis, die Wall Street, also die Juden.

Weil es aber die Bestimmung des Kleinaktionärs ist, daß er das Geld, das er nicht den Herstellern von Autos und Kühltruhen herausrückt, auf der Börse loswird, weil er kaufen muß, wenn die Kurse steigen (und die Profis verkaufen), und verkaufen, wenn die Kurse fallen (weil die Profis schon verkauft haben), macht ihn seine Tätigkeit als Spekulant böse. Und so wächst die Aggressivität in der Gesellschaft mit der Zahl ihrer Kleinaktionäre.

Noch tobt sich der Haß, wenn der Kurs einer der neuen »Volksaktien« einbricht, vorzüglich auf den Leserbriefseiten aus: Über Lügen wird sich da beschwert, über Betrug und Verrat, wenn nichts anderes hergestellt wird als die Voraussetzung für Gewinn, nämlich: Verlust. Was der eine gewinnt, muß ein anderer verlieren. Der andere heißt nur sehr selten Hilmar Kopper. Leider besteht so gar keine Hoffnung, daß der, an dem die Volksgemeinschaft der Kleinaktionäre ihre Wut auslassen wird, wenn sie sich beim nächsten größeren Crash um ihre Ersparnisse beraubt fühlt, auch einmal so heißt.

Konkret 05/01, S. 42

Georg Fülberth

Mitte und Rand

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 5. Folge: Der Wahlausgang

Wenn dieses Heft erscheint, sind die März-Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen schon so lange her, daß sich kaum noch jemand dafür interessiert. Das Übliche ist längst gesagt, nämlich dies: Endlich ist das Volk schlau geworden. Es gibt sich nicht mehr damit ab, nur Gemeindevertretungen (Hessen) oder Landtage zu wählen, sondern stimmt gleich ohne Umweg für die Regierung, welche ohnehin schon dran ist. CDU und SPD sind da nur noch interessant, weil es sich um die Parteien der Ministerpräsidenten Beck, Koch und Teufel handelt. Nur die Sozialdemokratie hat in allen drei Ländern hinzugewonnen, denn der Kanzler ist ihr Vorsitzender.

Die Freude über die Einbrüche der »Republikaner« ist bei CDU und SPD ungeheuchelt. Dort besorgte sich die Union zusätzliche Stimmen, und die Sozialdemokraten können darauf verweisen, daß ihr Sommerloch-Antifaschismus von 2000 sich gelohnt hat. Die Anstrengung hätte allerdings wohl weniger gebracht ohne Laurenz Meyer, der den verunsicherten Wahl-Nazis zeigte, wo sie diesmal ihre Stimme deponieren konnten. Und als Jürgen Trittin zum erstenmal seit seinem Ausscheiden aus dem Kommunistischen Bund einen vernünftigen Satz aussprach, diente er ungewollt als Wegweiser. Ist das Dialektik? Wahrscheinlich nicht. Die bisherige Rep-Klientel hätte auch ohne den grünen Minister gewußt, wo es langgeht. Immerhin bleibt ihm ein doppeltes Verdienst: Er half seiner Partei wieder einmal als Sündenbock aus, und er verifizierte die – aber auch schon etwas ältere – Behauptung, daß es kein wahres Leben im falschen gebe.

Es ist also derzeit nicht viel los in der Mitte. Nutzen wir deshalb die Ruhe, um uns Randerscheinungen zuzuwenden. Zum Beispiel dem Abschneiden der PDS bei den hessischen Kommunalwahlen. Wer, wie der Schreiber dieser bescheidenen Zeilen, ein unbeirrbarer Fan dieser Partei und ihrer jeweiligen Vorsitzenden seit 1946 ist, hat diesmal wenig Freude gehabt.

Sie bekam mehr Mandate, aber nur, weil die Fünfprozentklausel bei den hessischen Kommunalwahlen nicht mehr gilt. Aus demselben Grund gab es dort, wo sie antrat, meist ein paar Promille mehr: Die abschreckende Wirkung der Sperre entfiel. Landesweit erhielt die Partei des Demokratischen Sozialismus aber lediglich einen Anteil von 0,5 vom Hundert. Das kommt davon, daß sie nur in wenigen Orten kandidiert hat. In der Fläche fehlen die Leute, welche Listen einreichen können. Diether Dehms Versuch, sich von Berlin nach Frankfurt/M. kumulieren und panaschieren zu lassen, mißlang. Jetzt sieht es so aus, als stünden drei Wege offen:

Erstens die Beschränkung auf eine reine Ostpartei. Zweitens verstärkte Beinarbeit im Westen. Damit ist einst die DKP nicht weitergekommen. Vielleicht hätte die PDS bessere Bedingungen, zumindest dann, wenn sie nicht zugleich anderer Leute Politik mitverkaufen muß. Da liegt aber ein Problem, denn: Drittens versucht es die Berliner Führung lieber mit Luftnummern, um die Medien zu interessieren. Hierher gehören »Grundlinien« eines neuen Programms, das jüngst vom Vorstand verabschiedet wurde und mit dem der nächste Parteitag befaßt werden soll. Da ist viel von »Freiheitswerten« die Rede.

Das einzige moralische Kriterium bei der Beurteilung von Opportunismus ist der Erfolg. Gelingt es der PDS mit solchen Manövern, nächstes Jahr mehr als fünf Prozent zu bekommen, soll es mir recht sein. Es gibt allerdings Störfaktoren: Mitglieder und Delegierte.

Als der Vorstand auf dem Parteitag in Münster 2000 in einem Leitantrag für Einzelfallprüfung bei Kampfeinsätzen mit Uno-Mandat eintrat, verlangte er eine Selbstverständlichkeit (auf dieser Basis hatte Gysi dem Angriff auf Jugoslawien widersprochen). Er wollte damit keinen Krieg vorbereiten, sondern die Regierungsfähigkeit der PDS demonstrieren. Davon versprach er sich auch Wählerzuspruch. Anders als die ausgebufften Stimmbürger/innen in Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verstanden die Parteitagsdelegierten diesen Zusammenhang nicht und ließen den Antrag durchfallen: Mediendebakel und zeitweiliges Absinken der Umfragezahlen. Paßt der Vorstand nicht auf, könnte ihm auf dem nächsten Parteitag dasselbe mit den »Freiheitswerten« passieren. Vielleicht aber hat Gabriele Zimmer ein ähnlich genaues Feeling für ihre Partei wie ihr Vorgänger für den Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker.

Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum könnten Sensoren sein und insofern zur Rettung beitragen. Ob dasselbe auch für die dritte linke Strömung gilt, die sich mittlerweile im Westen bemerkbar macht, ist noch nicht klar. Aus realpolitischer Sicht sind die folgenden ungebetenen Ratschläge zu erteilen: Der Betriebszweck einer Parlamentspartei ist die Stimmenmaximierung. Prinzipielle Opposition kann in ihr nur subaltern sein. Will letztere hegemonial werden, macht sie entweder sich selbst kaputt oder die Partei oder beides. Auf jeden Fall bleibt der Vorwurf an ihr hängen, den sie jetzt da und dort hinter vorgehaltener Hand gegen die Führung erhebt: Diese fahre die PDS an die Wand. Deshalb, Genossinnen und Genossen: Bedenkt, wo ihr seid, und haltet die Hausordnung ein. Die Hamburgische Erscheinung diente nach Münster 2000 bereits als Alibi für das Karl-Liebknecht-Haus, als es seinen eigenen Osten nicht mehr verstand.

Von den Grünen kann gelernt werden. Bei den März-Wahlen haben sie kräftig verloren, und wieder einmal wird von Untergang geredet. Wir Durchblicker wissen das besser: Die Kommunalwahlen in Hessen und die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz waren in diesen Regionen die ersten ihrer Art nach dem Regierungseintritt 1998 und dem Krieg 1999. Daraufhin gab es hier dieselben Verluste wie früher anderswo auch. Es besteht kein Anlaß zu der Annahme, von da aus müsse es noch weiter abwärtsgehen. Sehr richtig rechnete der hessische Landessprecher der Grünen, Dr. Kleinert, seinen Leuten vor: Bei der Landtagswahl Anfang 1999 – nach dem Regierungseintritt, vor dem Krieg – habe man verloren. Im Vergleich dazu sei jetzt, 2000, keine weitere Einbuße zu beklagen.

Kanzler Schröder wird in den nächsten Monaten einiges tun, um seiner Partnerpartei ein bißchen mehr Platz zu lassen. Wird sie zu schwach, würde er erpreßbar durch die FDP. Kommt es ein bißchen schlimmer, bleibt immer noch die Erneuerung in der Opposition. Christian Ströbele, Rebecca Harms, Claudia Roth, ja sogar Kerstin Müller, die sich im Wendland sehen ließen, sowie Antje Radcke werden dann als Reserve auftreten, welche den Karren aus dem Dreck zieht.

Als 1990 die Westabteilung der Grünen aus dem Bundestag verschwand, war das noch lange nicht das Ende. Man kam wieder. Auch der – unwahrscheinliche – Wiederholungsfall würde nicht viel schlimmer. Die Brüder und Schwestern in Frankreich und Österreich gedeihen gut. Seit dem Aufstieg der Intelligenz zur Massenschicht gibt es eine Basis, die politisch zu fast allem imstande ist und sich nicht par ordre de Jutta wegdekretieren läßt.

Schade, daß die Grünen noch nicht an der Börse sind. Ich würde jetzt, bei Baisse, kaufen.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 4/2001 über die Zukunft der Grünen

Konkret 05/01, S. 43

Gert Ockert

In diesem Sinne - Von Stern- und Röhrenguckern

Der Kapitalismus bricht jeden Tag ein bißchen zusammen. Er ist die permanente Katastrophe. Daraus zieht er seine Stärke. Die allerunvernünftigste Wirtschaftsform muß dauernd was kaputtschlagen, um am Leben zu bleiben. Wenn, wie zur Zeit, eine seiner zyklischen Krisen waltet, geht es dem Kapitalismus am besten. Seine unvergleichliche rasende Produktivität wird, mit den Experten zu reden, die auch nur Volkswirte sind: »reguliert«. Danach geht's auf zu neuen Ufern, neuen Opfern. Und dann wird man wieder Analysten brauchen.

Seit der »Neue Markt« in Scherben liegt, werden diese Orakelpriester, die maßgeblich den kurzen Boom der Dot.coms erschwindelt haben, gern verflucht. Am lautesten in jenen Blättern, die noch im Sommer 2000, als sogar Analysten kalte Füße bekamen, eine weiterwährende Hausse der Branche ausriefen. Die Blamage der Kurspropheten ist auch eine des Wirtschaftsteils, der sich offenbar selber nie liest. Wohl: Wer nichts ist, wird Analyst. Aber vorzugsweise immer noch Journalist.

Zu Beginn des vergangenen Jahres träumte jeder Tropf vom Topf am Ende des Regenbogens, und darum vergaßen alle die paar Naturgesetze der Börse. Das war die große Stunde der Analysten. Sie behaupteten, sie könnten in die Zukunft sehen, und etwas anderes wollte niemand hören. Sie stellten ihre Horoskope, und wie es bei Horoskopen so ist: Jeder kann darin lesen, was ihm gefällt. Doch bestimmt nie solche Sätze: Geschäfte machen mit Aktien nur die, die mit Aktien keine Geschäfte machen. Alle anderen schreiben Verluste. Wer sein Erspartes in Depots verwandelt, der könnte es genausogut zum Lottokiosk tragen.

Doch weil alle ahnten, was die »Experten« nicht sagten, daß nämlich für kleine Anleger der Wertpapierkauf ein Handel mit Tombolalosen ist, traten die Analysten auf wie der Kerl mit dem todsicheren Tip. Es wurde nach Kräften gezockt, Spielverderber waren unerwünscht. Heute die Analysten für die Geldgeilheit zu peitschen, die einen gestern trieb, mag erleichtern. Sinnvoll ist es nicht. Sobald die nächste Hausse ansteht – und sie wird spätestens im Herbst anstehen, das walte Alan Greenspan – , wird die derzeit verbitterte Gemeinde ohnedies wieder jedem Schwätzer, der bei 3Sat genau jene »Prognose« abgibt, die ihm und seiner Hausbank in den Kram paßt, aus der Hand fressen. Denn wiewohl der Kapitalismus keinen Plan hat – seine Gläubigen möchten schon wissen, wohin die Reise geht. Mag das Ziel auch in den Sternen stehen. Oder in der Röhre, in die heute abertausend Abgezockte gucken.

Konkret 05/01, S. 43

Justus Wertmüller

In diesem Sinne - Sieg im Öko-Jihad

Wer auf das schreckliche Wandervogellied »He, ho, spann den Wagen an« sich einen neuen Text macht und auf Bahngleisen hockend mit Gesinnungskumpanen absingt, ist nicht bei Trost. Mit solchen selbstgestrickten Gesellen paktiert man nicht, man meidet sie, weil sie die Heimat schützen, weil sie für örtliche Großgrundbesitzer den Deppen machen und weil sie als ehrenamtliches Team tagelang das gewaltfreie Spiel ohne Grenzen mit ihrem für den Einsatz wenigstens angemessen vergüteten Partner, der Polizei, aufgeführt haben.

Trotzdem sind wieder sogenannte Linksradikale ins Wendland gefahren, wg. Äkschn und weil sich ja vielleicht doch etwas zuspitzen könnte, gesellschaftlich. Mit dem Steuerzahler, der nach der Lektüre des großen Konz das Finanzamt um 13,98 DM behumst, vergleichbar, freuen sich ansonsten eher dem revolutionären Fortschritt zugeneigte Leute zusammen mit der bundesrepublikanischen Spaßgesellschaft über die hohen Kosten eines Polizeieinsatzes und die Verspätung des Castor-Transports und verbuchen beides unter Sieg. Was für ein Sieg. Die Polizeiführung zollt den Demonstranten Lob für tadellose moralische Haltung, die Landesbischöfin reiht sich nebst 80 Deeskalationspfarrern in die Bewegung ein, die Fernsehgemeinde fiebert mit ihren Vorortberichterstattern mit, und als wahrhafte Helden lassen sich drei Märtyrer feiern, die in den Öko-Jihad als letztes Mittel das Beinah-Selbstmordattentat per Einbetonierung eingeführt haben.

Zwar raunzte der Innenminister pflichtgemäß etwas von schweren Straftaten, aber das gehört zum Ritual, und keiner nimmt es ernst. Was wirklich gespielt wird, zeigte die Medienwelt schon eine Woche nach dem Castor. Schröders Antrittsbesuch bei Bush war Anlaß, das Hohelied der Ökologie zu singen und im umweltfeindlichen Amerika einen imperialistischen Gegner zu präsentieren, gegen den es zusammenzustehen gilt.

Man mag die Grünen wegen des Verrats am Atomausstieg noch so sehr kritisieren, alle Versuche, diese Partei mit der ihr eigenen Ideologie links zu überholen, landen rechts: Wer das Bündnis mit veganen Zivilisationskritikern sucht oder mit Antiimperialisten neuen Schlags, die nicht nur für die Befreiung irgendwelcher Völker, sondern auch für das Vieh und seine Tierrechte kämpfen, darf sich nicht wundern, daß, wie geschehen, die einschlägigen Nazinetzwerke gleichzeitig zum Castorprotest und zum Endkampf für ein freies Palästina aufrufen.

Konkret 05/01, S. 43

Rayk Wieland

In diesem Sinne - Sinnbild unserer Zeit

Es sind ja nicht die wenigsten Dinge im Erdkreis, die interessant werden, wenn sie endlich abtreten, aufhören, zugrunde gehen. So erwacht eines Tags die Kindheit, um die sich kein Kind je kümmerte, im sich umtuenden Erwachsenen, so empfangen Tierarten, die aussterben, späte Zärtlichkeiten, so erstrahlt der DDR-Sozialismus mild glänzend im Dunst der Geschichte, und so rühren einen die beiden seit 2000 Jahren weit hinten in der afghanischen Wüste herumstehenden Buddha-Statuen an, die bärtige Talibankämpfer nun der ungläubigen Menschheit per Beschuß zurückgegeben und gleich wieder weggenommen haben. Wahrnehmung durch Zerstörung – seltsam, daß keiner der Kommentatoren das Durch-und-durch-Poetische dieser Konstellation, das Regietheaterhafte dieser Inszenierung oder meinetwegen das Moderne dieses Zugriffs auch nur im Ansatz zu erkennen vermochte, obwohl sich das Verfahren spätestens seit der Entdeckung der Indianer durch die (ebenfalls bärtigen) Europäer herumgesprochen haben sollte.

»Kein Wort ist hart genug«, maulte von vielen einer, Martin Warnke, in der »Zeit«, »um zu geißeln, was derzeit in Afghanistan geschieht. Die ungebildeten, blindwütigen, rohen Taliban zerstören Zeugnisse der Weltkultur und laden auf ewig Schande auf sich, indem sie über tausendjährige Bilder, Zeugnisse einer hohen fremden Kultur, vernichten. Unserem globalisierten Denken wird das Äußerste abverlangt, wenn es solche barbarischen Akte verstehen will.«

Das Äußerste ist das Innerste. Das Ensemble der Raketen auf Götzenstandbilder abfeuernden Krieger: ein Sinnbild unserer Zeit. Es zeigt die Lektüre von Analphabeten, und die Lektüre von Analphabeten ist Pop. Ohne Zerstörung kein Pop. Pop, das sind zerstörte Biographien, zerstörte Hotelzimmer, zerstörte Frisuren, zerstörte Instrumente, zerstörte Harmonien. Es gibt keinen Grund, warum zerstörte Buddha-Statuen kein Pop sein sollten. Die Verbindung zwischen Pop und Buddhismus war eh nur eine lose. Die Verbindung zwischen Pop und grünem Afghanen war von Anfang an fester.

Wie kaltherzig wirkt dagegen die bürokratischere Version des Statuen-Abtragens und -Umlegens mit Werkzeugen, Kränen und Gerüsten, wie sie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus praktiziert wurde. Die Unesco protestierte damals nicht, ergo handelte es sich bei den liquidierten Stücken nicht um »Zeugnisse der Weltkultur«. Was hat der Buddhismus, was der Marxismus nicht hat?

Konkret 05/01, S. 44

Kunst & Gewerbe

Investigative Journale 1

»Energie Porträts – Unternehmermagazin der ENBW-Energie AG«, März 2001:

Ein guter Unternehmer ist die treibende Kraft seines Landes – aus der Politik aber hält er sich gefälligst raus. Der Unternehmer – mission impossible? Die neue Magazinreihe »EnergiePorträts« stellt Menschen vor, die diesen unmöglichen Auftrag jeden Tag (meistens sehr früh am Morgen) aufs Neue übernehmen ... Das Motto ...: Mit Energie was unternehmen. Peter L. Schwenkow ist Vorstandsvorsitzender der Deutschen Entertainment AG. Er ... begann seine Karriere als Chauffeur. Vielleicht wählte er deshalb das Cockpit seines geliebten Oldtimers, um über seine Mission zu reden. Interview: Hellmuth Karasek ...

- Wie waren Ihre ersten Jahre als Unternehmer?

- Na ja, ich habe meine Version von Karl Marx praktiziert: Mehrwert schaffen durch Selbstausbeutung ... Wir haben eigentlich im Büro gelebt.

- Daneben gab es nichts?

- Nichts, nichts, null Komma null.

- Sie waren aber glücklich?

- Total. Das Ziel war gesteckt. Ich wollte der größte Veranstalter in Berlin werden ... Das wahre Privileg an meinem Job ist, daß ich so viel für mein Ego und meine Popularität tun kann und daß ich dabei zum Schluß das Geld auch noch behalten darf.

- Das ist eine schöne Kombination ... Was würden Sie denn als die unternehmerische Moral Ihres Lebens betrachten?

- Nach meiner Erkenntnis vollzieht sich das Leben eines Unternehmers in biblischen Zyklen. Die ersten sieben Jahre sind die mageren Jahre ... Wenn Sie die mit Anstand durchhalten, kommen die sieben fetten Jahre ... dann kommen ... die sieben ganz fetten Jahre ... Sie dürfen nicht übermütig werden, aber Sie müssen auch für Ihre Visionen kämpfen. Und wenn Sie das hinkriegen, dann kommen die gigafetten Jahre.

- Da sind Sie jetzt?

- Ja.

- ... Wie kam Ihre Liebe zu Autos und speziell zu Oldtimern zustande?

- Ich fand Benzingeruch immer toll ... Und ich glaube, daß das Auto eines der wichtigsten Kulturgüter der Deutschen ist. Der Herr Wankel, der Herr Diesel und der Herr Daimler, das waren alles Deutsche, und ein gut Teil der Positionierung Deutschlands in der Welt und der Industriellen Revolution überhaupt hat mit dem Automobil zu tun.

Investigative Journale 2

DDP, 2. April:

Die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) ehrt den Chefredakteur des Magazins »Focus«, Helmut Markwort, mit dem Preis »Das Goldene Signal« ... Eine Persönlichkeit werde damit ausgezeichnet, teilte der Verband mit, die »sich in besonderem Maße für Marktwirtschaft und Wettbewerb in der Medienbranche eingesetzt und sich dabei durch außergewöhnliche Leistungen positioniert hat«.

Toleranz 1

Christoph Dieckmann, »Zeit«, 29. März:

Vielleicht geht es nur darum bei der Stolz-Debatte: daß ein Gewisses, eine Herkunft, über unserem Leben stehen möge. Daß man bleiben möchte, woher man ist. Daß man, auch geistig, im Eigenen wohnen will. Es geht um kein Verdienst. Es geht um ein Glücksverlangen: Heimat. Linke, die das Bedürfnis nach Heimat denunzieren, arbeiten der Rechten zu. Dasselbe tun Konservative, die Nationalität rassisch definieren und »linkem Gesockse« das Deutschtum bestreiten. Ehren wir Deutschland, indem wir seinen Namen nicht den Dumpfen überlassen.

Toleranz 2

»Taz«, 4. April:

»Dicke schwitzen wie Schweine ... Neger, die sind dunkel, im Dunkeln läßt sich munkeln ...« Marius Müller-Westernhagen wird heute abend im Rathaus von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde das Verdienstkreuz am Bande verliehen, vor allem wegen »seines kompromißlosen Bekenntnisses zur gesellschaftspolitischen Verantwortung« und weil er »in seinen Liedtexten sich immer wieder für Toleranz und Integration stark gemacht« habe.

Toleranz, links 2 3 4

»Frankfurter Rundschau«, 31. März:

Ein Herz für kalte Krieger / Rammstein sind wieder da. Die teutonischen Hardrocker passen bestens zur Lage der Nation. Heinz-Rudolf Kunze schreibt, warum.

... Rammstein: Das ist vor allem ein Spektakel. Die Inszenierung, das Optische und die Effekte – all das spielt bei ihnen eine viel größere Rolle als bei Songschreibern wie mir. Die Kluft zwischen dem Gesamtwerk und dem, was als nackter Text auf dem Papier steht, ist gewaltig. Eine Linie, die Rammstein auch auf ihrem neuen Album »Mutter« fortsetzen.

Das wird wieder all die Kritiker auf den Plan rufen, die Rammstein als Ausbund des Bösen in der deutschen Rockmusik sehen. Ich kann die Vorwürfe schon hören: ... brachiale Poetik, die im Feldwebelton daherkommt – das ist alles richtig. Aber diese Kritik überschätzt die Bedeutung der Worte bei Rammstein. Worte dienen den Rammsteinern als Klang-Bausteine eines Songs, kaum mehr. Sänger Till Lindemann singt sie mit tiefer Stimme und seinem markanten, Reichsparteitags-gerollten »R« – diese Sprache ist auf Laute und Betonungen reduziert, auf die performativen Komponenten des Sprechens ... es mißtrauen viele Songschreiber mittlerweile dem Pathos von großen Erzählungen, die die Welt erklären. »The more I know, the less I understand« hat Paul Weller, unser britischer Kollege, mal gesagt. Mir geht es ganz ähnlich. Rammstein geben dem Ganzen wieder eine Struktur, auch wenn sie die Welt dabei in ein sehr strenges Korsett pressen ... Immerhin haben sie eine Eindeutigkeit, mit der sie leben können ... Endzeit-Romantik ist angesagt, ebenso Schwere, Tiefe und Mystik – und ein starkes Durchsetzungsvermögen, gepaart mit der entsprechenden Härte ... Rammstein hatten die gleiche Merchandising-Firma wie wir, also war ich neugierig ... Hinter der Bühne lernte ich dann eine Gruppe ganz leiser, zivilisierter junger Männer kennen ... Weil sie so martialisch auftreten, nehmen manche Leute Rammstein nicht ab, daß sie nur die Düsternis der Welt beschreiben wollen. Sie würden rechtes Gedankengut hoffähig machen – eine Sichtweise, die das Gehabe der Gruppe oft genug unterstützt: Mal benutzen sie Bilder von Leni Riefenstahls Nazi-Propagandafilmen ... mal gemahnt ihre Bühnenshow an die bombastischen Licht-Inszenierungen des NS-Reichsbauministers Albert Speer. Das halte ich für eine Diskussion, die in erster Linie von nachdenklichen Journalisten geführt wird. In der Kunstwelt von Rammstein spielt sie keine Rolle ... Ich kann

in den Texten oder Gesten keine Aufforderung zu politisch motivierter Gewalt entdecken ... einige US-Radiostationen boykottierten die letzte Rammstein-Single »Links 2 3 4«, weil sie ihnen zu sehr nach brauner Marschmusik klang. Aber auch solche Interpretationen deutscher Musik sind nicht neu ... Dagegen gibt es in der Musik keinen Schutz. Aber Künstler haften nicht für ihre Kinder, also für ihre Stücke.

Kunze unterstützt die von Udo Lindenberg ins Leben gerufene Aktion »Rock gegen rechte Gewalt«.

Gegengeschäft 1

»Stern«, 18. März:

Benjamin v. Stuckrad-Barres Aufnahme der Woche: ... »Guten Tag, mein Namen ist Salm. Ich habe diese Haus gekauft.« Der alte Mann in Filzpantoffeln steht im Türrahmen seiner Mietwohnung, guckt durch eine panzerglasdicke, horngefaßte Kassenbrille fragend in das für die Jahreszeit untypisch gesundgebräunte Gesicht der Frau aus offensichtlich gutem Haus und sagt nur: »Ach?« ... Ex-MTV-Chefin Christiane zu Salm hat einige Häuser in Berlin-Mitte gekauft, und bevor die renoviert werden, ... müssen sie – klingt nach meuchelndem Makler – entmietet werden ... »Wir wollen das hier alles ganz schön machen«, verspricht Frau Salm ... Sie habe sich gleich in dieses Haus mit all den Winkeln verliebt, hatte Salm versucht, den Mann zu becircen ... als er merkt, daß Salms Interesse nicht geheuchelt ist, wird er zugewandter ... Ein Werbespot des Mieterschutzbundes könnte so enden ... Jetzt hat sie ihn soweit, daß er ihr sogar seine eigene Wohnung zeigen würde, aber jetzt geht sie erst mal Bilder kaufen. Und den Anwalt anrufen, fragen, wie es mit der Entmietung vorangeht.

Gegengeschäft 2

»Welt am Sonntag«, 1. April:

Christiane zu Salm, Chefin des Senders TM3, freut sich auf »die Sendung von Benjamin Stuckrad-Barre auf MTV ... Zu besichtigen ist, wie Dichtung und Entertainment zueinanderfinden, ohne sich gegenseitig totzuschlagen. Barre unterhält seine Leser und liest für diejenigen, die nur unterhalten werden wollen. Aus Bücherwürmern und Leseratten werden Partyfreunde und umgekehrt. Wem das alles zu laut und zu postmodern ist, der darf sich am Freitag sein neues Buch Transkripte (Kiepenheuer & Witsch) im Buchladen nebenan abholen. Der Text wird zur Party. Und auf Partys kann man sich freuen. Solange mir niemand meinen Botho Strauß verbietet.«

Ein Lehrstück

Berliner Schaubühne, 25. März, Schaubühnen-Leiter Thomas Ostermeier im Gespräch mit dem Historiker Eric J. Hobsbawm:

Ostermeier: Georg Büchners Revolutionsdrama, das ich gerade inszeniere, handelt von der erotischen Faszination des Umsturzes. Warum ist die Idee der Revolte so attraktiv?

Hobsbawm: In der Französischen Revolution ein erotisches Phänomen zu sehen, das ist eine Interpretation im Geist der 68er ... Man sollte Erotik nicht mit politischem Handeln verwechseln ... Die Linke hat vor allem die Aufgabe, Kritik zu üben an der bestehenden Gesellschaft, die auf Dauer nicht überlebensfähig ist ...

Ostermeier: Das ist ein ziemlich unerotischer Job, den die Linke da hat – immer nur Kritik üben.

Kommune 1

»Welt am Sonntag«, 1. April:

Das Motto sagte eigentlich schon alles: »Die Kommune 1 lebt! Make Love – Not War«. Wer sich dem anpassen wollte, kam bei der dritten Party von Werberin Iris Hamborg, Boa-Vista-Chef ... Ulli Dunker sowie dem Designer und Herrenmode-Experten Tom Reimersum um eine Verkleidung nicht herum ... Rund 200 »falsche« Blumenkinder, Widerstandskämpfer und Rocker strömten am vergangenen Wochenende ins Café »Schöne Aussichten« ... Für das leibliche Wohl sorgten unter anderem die Suppe »Roter September«, »Gesprengtes Bio-Huhn mit bißfestem Mao-Korn« und jede Menge »antikapitalistischer Winzerprodukte«.

Kommune 2

»Welt am Sonntag«, 26. März:

Schlammschlacht der Jolo-Geiseln – Werner Wallert klagt an

»WAMS«: Wie geht es Ihnen heute?

Wallert: ... Jolo beschäftigt uns noch immer in sehr leidvoller Weise. Konkret geht es um das Buch der französischen Geisel Stéphane Loisy. Loisy hat einige große Unwahrheiten geschrieben ... Ich hätte im Camp nicht gearbeitet ... ich soll mich geweigert haben, für die Gruppe zu kochen ... Es sind völlig absurde Vorwürfe. Loisy veranstaltet einen verbalen Amoklauf. Damit widerspricht er natürlich meinem Buch. Ich wollte mit meinem Buch (Horror im Tropenparadies) ... keine Schmutzwäsche waschen und nicht aufzählen, wie Stéphane Loisy das Lagerleben erschwert hat. Nun hat er das genaue Gegenteil getan, unterstellt uns Dinge, die er gemacht hat, und nicht wir.

»WAMS«: Welche Vorwürfe sind nun falsch?

Wallert: Ich habe nie Nudeln geklaut. Das ist völliger Unsinn. Das Gegenteil ist der Fall. Erst später erfuhren wir zum Beispiel, daß unser zweiter Sohn Dirk Nudeln ins Camp geschickt hat. Wir haben nie welche davon gegessen. Die haben Stéphane und Sonia aufgegessen. Wir haben dies nie publik gemacht, haben uns fast ein Jahr zurückgehalten ...

»WAMS«: Und wie war das mit dem Kochen?

Wallert: Ich habe anderthalb Monate jeden Morgen das heiße Wasser für den Tee und Kaffee gemacht. Das mag jetzt vielleicht lächerlich klingen, war es aber nicht, denn man muß auch die Umstände beachten, unter denen wir im Dschungel festsaßen. Heißes Wasser machen bedeutete auf der Feuerstelle offenes Feuer machen. Das ist eine echte Aufgabe. Stéphane Loisy hat nie gekocht.

Meins, wie er singt und lacht

»Spex«, April 2001, zur entschärften Version von Jan Delays RAF-Stück »Söhne Stammheims«:

Es fehlen: Raspe, Mainz, ein paar Menschen, die ihre Leben opferten ...

Taliban in Königsberg

»Welt am Sonntag«, 25. März:

Königsberg – Stadt der Sehnsucht / Die Hauptstadt der russischen Exklave entdeckt 56 Jahre nach Kriegsende ihre preußische Vergangenheit. Es scheint, als bauten Tausende Russen 600 km östlich von Berlin täglich an einer deutschen Stadt – die sie »Kenigsberg« nennen. An diesem Wochenende besucht eine Gruppe von sieben deutschen Schriftstellern die alte Preußenstadt. Auf Einladung des deutsch-russischen Hauses Kaliningrad und der Bertelsmann AG wollen die Autoren mit ihren russischen Kollegen über ihre Königsberg-Befindlichkeiten reden. Ein Hauptthema: die systematische Zerstörung der Stadt durch die russischen Besatzer nach dem Krieg.

Die Hamburger Schriftstellerin Karen Duve fühlt sich beim Anblick der Betonwüste an die Zerstörungen in Afghanistan erinnert: »Das ist wie mit den Taliban und den Buddha-Statuen.« Auch die Ingeborg-Bachmann-Preisträgerin Kathrin Schmidt ist über das Stadtbild bestürzt ... Der 25jährige Germanist ... Alexej ist in Kaliningrad geboren und wie die meisten seiner Generation fordert er nun eine Identität ein, eine Art Recht auf Heimatkunde. Dieses meint er in einer Beschäftigung mit dem alten Königsberg zu finden, das im Inferno des Zweiten Weltkriegs untergegangen war – und danach von den Besatzern noch bis zur Unkenntlichkeit ausradiert wurde. Es ist die Konsequenz, mit der die Geschichte der Stadt zerstört wurde; in ihr wurzelt das Bedürfnis der jüngeren Kaliningrader nach Königsberg. Überall werden die letzten Reste deutscher Kultur freigelegt und gehegt ... BMW betreibt in der Stadt ein Montagewerk.

Konkret 05/01, S. 47

Günther Jacob

Selbsthistorisierung

Kulturkolumne

Im öffentlichen Streit der letzten Monate über die linksradikale, gar marxistisch-leninistische Vergangenheit etlicher rotgrüner Politiker gefiel es besonders den konservativen Medien, Parallelen zwischen dem schlechten Erinnerungsvermögen der 68er und dem angeblichen Schweigen der NS-Tätergeneration zu ziehen. Als Christian Ströbele mehrfach versuchte, Außenminister Fischers Aktivitäten in der Frankfurter Spontigruppe »Revolutionärer Kampf« mit den Umständen der Zeit zu erklären, fragte zum Beispiel die »FAZ« im ironisch mit »Spätheimkehrer« überschriebenen Titelkommentar: »Merkt Ströbele gar nicht, daß seine Argumente aufs Haar denen gleichen, die viele Söhne noch 1968 von ihren Vätern zu hören bekamen?« Ein paar Tage später folgte ein Kommentar zu einer Talkrunde, deren Thema jene Fotos waren, die den auf einen Polizisten einschlagenden Fischer zeigen: »So wie Kraushaar in dieser Sendung stritten zuletzt aufgebrachte ältere Herren über die Fotos der Wehrmachtsausstellung: Die Fotos zeigten doch nur die Hälfte der Wahrheit.«

Das Motiv dieses skandalösen Vergleichs zwischen dem großen Morden der Wehrmacht und der politisch erfolglosen 68er-Bewegung durch jene, die alles getan haben, um die Ausstellung über den Vernichtungskrieg zu Fall zu bringen, erschöpft sich jedoch nicht in der Relativierungsabsicht und in der billigen Retourkutsche. Die denunziatorischen Gleichheitszeichen zwischen den »älteren Herren« und ihren »Söhnen« verdecken vielmehr das wirkliche Thema: Die historisierende Entschuldigung mit den »Umständen« in den Reden der Ströbeles und Kraushaars zeugen von direkten Bezugnahmen auf die Erlebnisspuren der Alten. Diese Bezugnahmen mehren sich, seit das vereinte Deutschland seine volle Souveränität durchsetzen konnte und seit das Bekenntnis zum »natürlichen Gewicht einer europäischen Großmacht« ganz selbstverständlich zum Bürgerstolz gehört. Sie unterscheiden sich daher von früheren Formen der Tradierung durch ihr größeres Maß an Bewußtheit.

Von Gerd Koenen, einem ehemaliger Funktionär des 1984 aufgelösten Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), der sich später als Polenexperte und Totalitarismusforscher einen gewissen Namen machte, ist in diesen Tagen bei Kiepenheuer & Witsch *Das Rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977* erschienen. Einmal mehr geht es hier um die Studentenbewegung, vor allem aber um »die Welt der DKP, Trotzkisten, K-Gruppen und MG« sowie um die Frankfurter Sponti-Szene**.**

Interessant an diesem Text ist vor allem das, was der Autor darin ungewollt mitteilt. Koenen möchte dem über die »Jugendsünden von 1968« debattierenden Publikum plausibel machen, warum manche, bevor sie ihr ganz persönliches »Ich habe verstanden« schwören konnten, zuvor mehr als ein Jahrzehnt lang dem Kommunismus zum Durchbruch verhelfen wollten. Schon bald nach der Auflösung des KBW war dem Autor das eigene Ethos der Revolution, das ihm dereinst Halt und Wichtigkeit verliehen hatte, zum Rätsel geworden. Nach weiteren 15 Jahren einer rundum erfolgreichen, inzwischen um die DDR und ein Balkanprotektorat erweiterten deutschen Demokratie wollte er dieser seinen Respekt erst recht nicht mehr versagen.

So weit, so normal. Ein Mensch hat den Eindruck, auf das falsche Pferd gesetzt zu haben, und korrigiert eine Entscheidung. Koenen könnte es dabei belassen. Aber in dem Moment, da diese Konstellation im Rahmen einer vermeintlich autobiographischen Vergangenheitsfiktion nachträglich schlüssig gemacht werden soll, geraten die familiären Bindungen verstärkt ins Spiel. Aus der Korrektur einer Entscheidung wird eine Geschichte über den heimkehrenden Sohn: »Widmen möchte ich dieses Buch meinen Eltern – meinem Vater, der starb, als unsere Entfremdung am größten war, an der er seinen und ich meinen Anteil hatte; und meiner Mutter, die aus allen guten und schlechten Zeiten mit Menschlichkeit und Humor das Beste gemacht hat.«

Nicht zufällig deckt sich diese »Erinnerung« Koenens mit der seines früheren Chefs, dem »Zeitzeugen« Joscha Schmierer, der im Januar in der »FAZ« ebenfalls eine rührende Familiengeschichte zu erzählen wußte: »Mich hat meine Mutter, Kriegerwitwe auch sie, freundlich im Gefängnis besucht, als ich 1975 einsaß wegen schwerem Landfriedensbruch.«

Kriegerwitwen, Naziväter und ML-Maoisten – vor dem Gesetz der Familie gibt es nur gute und schlechte Zeiten. Gab es am Anfang hier vor allem versteckte Botschaften, wozu nicht zuletzt der befreiungsnationalistisch begründete aggressive linke Antizionismus zu zählen ist, so geht man heute ganz direkt auf die Alten zu und bekennt sich zu den eigenen emotionalen und materiellen Verpflichtungen gegenüber der Tätergeneration. Dabei blendet Koenen, der die aktuellen erinnerungskulturellen Diskurse natürlich mitgelesen hat, das Thema der »subtilen Gemeinsamkeiten zwischen den Generationen« keineswegs aus – »die Jungen konnten die Radikalität ihrer Kritiken kaum bis ins Persönliche durchhalten« – , sondern gibt dem Thema, darin vergleichbar mit Hannes Heer, eine Wendung gegen eine von den Jungen angeblich beanspruchte »moralische Überlegenheit«. Auch das Stichwort »linker Antizionismus« taucht bei Koenen auf, allerdings ohne die eigenen Annäherungen an antisemitische Verschwörungstheorien (die Fernsehserie »Holocaust« wurde in der

»Kommunistischen Volkszeitung« des KBW vom 29.1.1979 als »zionistische Propaganda« abgetan) und die eigene Gleichsetzung von Israel und Nazideutschland (»Von Provokation zu Provokation – der Zionismus wird genauso enden wie der Faschismus«, »KVZ«, 23.5.1977) zu erwähnen.

Sich auf Hermann Lübbe berufend, erkennt Koenen im Rückblick, daß es zu Adenauers »katholisch-pragmatischer« Integrationspolitik gegenüber den »alten Nazis« keine Alternative gab. Überraschender als dieses längst zum Konsens gehörende Urteil ist allerdings die daran anknüpfende Forderung, die Nation solle auch ehemaligen Maoisten gegenüber Pragmatismus walten lassen. Man habe sich zwar »schuldig gemacht« durch die Unterstützung des »Steinzeitkommunismus« in Kambodscha, aber dieser Irrtum sei später ausgeglichen worden durch Hilfslieferungen an die polnische Solidarnosc und gutes Einvernehmen »mit den sowjetischen Dissidenten«.

Koenens legitimatorische Selbstzeugnisse über »gebrochene Biographien« und »vergeudete Lebensenergien«, über die 20jährige Nichtkommunizierbarkeit des eigenen »Totalitarismus« nach dessen blamablem Scheitern sowie über die eigenen Opfer und die wenig zimperlichen Gegner enthalten eine ganze Reihe von Anspielungen auf die Erfahrungen der »Kriegsgeneration«. Besonders deutlich wird das, wo sich bei Koenen zwischen beflissener Selbstkritik und seinen alten »Jugendidealen« ein Riß auftut und wo deshalb seine selbstauferlegte demokratische Reeducation auf Grenzen stößt. Denn allen wohlfeilen Schuldbekenntnissen zum Trotz kann oder will der Autor die emotionale Qualität der damaligen Erlebnisse nicht völlig unter Kontrolle bringen. Er muß es auch nicht, nachdem sein Buch den Eltern gewidmet ist.

Es ist interessant zu sehen, wie Koenen, sowie es direkt um den KBW geht, in den alten Stil verfällt und wie dadurch der narrative Hauptplot an Stringenz verliert. Besonders bezeichnend ist sein Stolz auf die damaligen Aufbauleistungen – auf die »flächendeckende« Auflage der »KVZ«, auf den in dieser Zeit noch ganz ungewöhnlichen Einsatz von Linotype-Lichtsatzgeräten und auf den hohen Frauenanteil im KBW von »deutlich über 40 Prozent«. Gerade jene Geschichten, die seine besondere Kompetenz als Erzähler beweisen sollen, enthalten somit einen irreduziblen Rest nicht relativierbarer emotionaler Begeisterung für seine »besten Jahre«. Der Vater hätte dafür sicher Verständnis gehabt.

Konkret 05/01, S. 48

Michael Scharang

Heutzutag ein Linker sein

Links zu sein ist wesentlich mehr, als eine politische Meinung zu haben. Ein Essay

Ich stehe vor einem Rätsel. Die Linke, höre ich, sei am Ende, sie existiere nicht mehr. Für den Augenblick, ja, für die nächste Zeit sei nicht mit ihr zu rechnen, sagen vornehmlich Linke. Sie sagen nicht, sie hätten ihre politische Ansicht geändert. Nein, sie sind nach wie vor Linke, als solche jedoch nicht mehr existent. Es ist, als wären die Linken Gespenster geworden: nicht mehr am Leben und doch vorhanden.

Ich stehe vor einem Rätsel, denn ich selbst weiß mich seit meiner Jugend als Linker, und wenn ich mir die Welt anschaue, meine kleine und die große, dann sehe ich mehr Gründe denn je, ein Linker zu sein. Diese Gewißheit verbindet sich bei mir allerdings mit der Eigenschaft, daß Politik mich nur mäßig und Fragen der politischen Organisation gar nicht interessieren. Ich mache mir das durchaus zum Vorwurf, und nicht immer ohne Folgen. Ich wurde einmal Mitglied einer Partei, der KPÖ, das war im Jahr 1973, und ich blieb Mitglied bis 1978.

Das erste und einzige Mal, daß ich an Politik mit Freude Anteil nahm, war 1968, und zwar in jener Phase der 68er-Bewegung, in der sie sich als antiautoritär verstand. Sie endete, als jene Rabauken Rädelsführer wurden, welche auf große Aktion setzten. Schluß war's mit dem Theoretisieren, dem Lesen, den Debatten. Zuletzt hatte jeder Chaot seine eigene Partei und sein eigenes Weltgenesungsrezept. In der KPÖ, hoffte ich, würde es anders sein.

Dort herrschte tatsächlich nicht Chaos, sondern Disziplin. Es war eine klösterliche Welt der Sitzungen und Beschlüsse, streng abgeschirmt von der Wirklichkeit. Verstieß man gegen einen Beschluß, das heißt, blieb man geistig selbständig, gab es Tadel. Ich habe noch im Ohr, was Elfriede Jelinek und Lutz Holzinger in solcher Situation zu sagen pflegten: Hätten die die Macht, wären wir die ersten Opfer. Einer der Gründe, warum ich die Partei verließ, war, daß mein Ausschluß beantragt wurde. Ich hatte mich in einem Aufsatz über Thomas Mann und Robert Musil auf Musils Seite gestellt, und das galt, beschied man mir, als maoistische Abweichung. Wenn der Mensch sein Schicksal in die Hand nimmt, nur um sich selbst als Schicksal aufzuspielen, beginnt der Machtrausch des Spießers.

Heutzutag ein Linker zu sein hat weniger denn je mit linken politischen Organisationen zu tun. Denn diese gleichen zur Zeit Veteranenvereinen, die der guten alten Zeit nachtrauern. In Österreich veranstalten sie Bittprozessionen, damit ihnen die Neutralität, da sie keine Bedeutung mehr hat, nicht verlorengehe, organisieren sie Erntedankfeste, damit die Sozialpartnerschaft, diese Geheimregierung, erhalten und die parlamentarische Demokratie eine Farce bleibe, rufen sie zu Dankgottesdiensten auf für ihre öffentlich-rechtliche Anstalt, den ORF, dessen kunstferne Kulturnähe sie liebgewonnen haben.

Die linken politischen Organisationen verkamen, weil sie sich nicht auf die soziale Frage konzentrieren, die zu beantworten sie entstanden sind, zu Kaffeekränzchen, deren geistige Erfüllung das Kabarett ist. Dort fällt alle fünf Minuten das Wort »Kärnten«, und die Klientel wiehert wie die des Jörg Haider beim Wort »Franzos«. Links-und Rechtspopulismus sind eine unauflösbare Einheit geworden.

Marx und Brecht haben die Linke, ohne viel Resonanz, darauf aufmerksam gemacht, daß es neben den von Menschen gemachten Revolutionen auch objektiv revolutionäre Prozesse gibt. Zum Beispiel die Industrialisierung. Zum Beispiel, daß jede Produktion Warenproduktion ist, auch die Schaffung von Kunstwerken. Oder aber, in der heutigen Zeit, die Vereinigung Europas. Oder die Internationalisierung der Märkte. Alles Unternehmungen des Kapitals. Und doch Vergesellschaftungsprozesse, deren objektiv fortschrittlicher Charakter nur von rückwärtsgerichteten Predigern, linken und rechten, geleugnet wird. Die Linke scheint dem Fortschritt nicht zu verzeihen, daß er mitunter seinen Weg geht, ohne sie vorher gefragt zu haben.

Links zu sein ist wesentlich mehr, als eine politische Meinung zu haben. Links sein ist eine Art des Denkens, gewiß auch des Lebens, unabhängig von den jeweiligen Herrschaftsverhältnissen, unabhängig aber auch, behaupte ich, von geschichtlichen Brüchen wie dem Ende des Realen Sozialismus. Denken, das sich von Herrschaft einschüchtern oder, schlimmer noch, imponieren läßt oder das einer Herrschaft nachtrauert, ist von trauriger Gestalt.

Auch sollte Denken niemals von lebendiger Erfahrung abgeschnitten sein. Als mich in der Gymnasialzeit die Frage nach der Gerechtigkeit auf dieser Welt beschäftigte, brauchte ich nur das Leben meines Vaters zu betrachten. Es bestand aus sehr viel Arbeit und sehr wenig Lohn.

Andrerseits hatte Vater schon schlechtere Zeiten erlebt als die Nachkriegsjahre – und schlimmere. Während der Nazizeit war er dreimal im Gefängnis gewesen: Verdacht auf Sabotage in der Kriegsindustrie. Er war froh, daß er noch lebte. Er klagte nie. Er war der klassische sozialdemokratische Arbeiter. Derart schicksalsergeben wollte ich nicht sein. Ich wußte vom Kommunismus zwar nichts, hielt ihn aber für radikal, und deshalb dachte ich, ich wäre, würde Politik mich interessieren, gewiß Kommunist. Doch mich interessierten Literatur, Musik und Klettern.

Ab 1960 zum Studium in Wien, verfiel ich, was die Literatur betrifft, Robert Musil und Karl Kraus, was die Theorie anlangt, Adorno. Über dessen Schriften zur Neuen Musik fand ich zu Marx und Hegel, in dieser Reihenfolge. Für mich ist die mindeste Voraussetzung, heute ein Linker zu sein, nicht hinter Adornos Kritische Theorie zurückfallen. Diese ist die Kritik der Kritik, das Denken über das Denken. Es verschont nichts, auch einen selbst nicht, und gilt deshalb als erbarmungslos. Wohl weil es sich der Menschen erbarmt. Die Alternative ist: aufs Denken verzichten.

Adorno, gewiß ein Linker, konzentriert seine Kritik auf die Fetische der Linken, Aufklärung und Theorie. Diesen Begriffen zu lauschen und ihnen zu huldigen ist für die Linke zum Ritual geworden. Auch wenn sie es nicht hören will, muß man ihr sagen, daß Aufklärung vom bürgerlich-revolutionären Beginn an immer bezweckte, die alte Herrschaft zu bekämpfen, um dann die neue zu rechtfertigen. Ein Aufklärer zu sein auch gegen das, was Aufklärung bisher war, ist für mich Grund genug, Linker zu sein.

Ein weiterer Grund: Theorie zu rehabilitieren. Sie ist von niemandem so geschändet worden wie von der Linken. Wo die Kommunisten regierten, schufen sie riesige Apparate zu dem alleinigen Zweck, selbst die kleinste politische Entscheidung theoretisch pompös zu ummanteln. Damit redete man sich ein, eine Gesellschaft auf der Höhe der philosophischen Einsicht und der wissenschaftlichen Erkenntnis zu sein. Das Gegenteil war der Fall. Theorie hatte keinen anderen Zweck mehr, als Praxis zu rechtfertigen. Das war das verdiente Ende der Idee von der Einheit von Theorie und Praxis. Denn diese Idee ist falsch. Es gibt diese Einheit nicht.

Theorie ist davor zu retten, als Ratgeber für die Praxis zu dienen. Die Sozialdemokratie wird man dafür nicht gewinnen. Der Konservative kann sich im Eingedenken an die Altvorderen, welche in einer Revolution politische Gleichheit und Freiheit erkämpft haben, an den unabhängigen Staatsbürger leichter gewöhnen als der Sozialdemokrat, für den der vollwertige Mensch erst mit dem Parteigänger beginnt. Immer noch.

Der Konservative erweckt dadurch, daß kritischer Geist ihn nicht unbedingt interessiert, den Eindruck, er stehe diesem Geist zumindest nicht fern. Die Kritik, die an ihm geübt wird, registriert er gelassen. Er will ja nur bestmöglich leben. Und überleben. Den Bürger gab es vor dem Kapitalismus, und es wird ihn danach geben. Der Bürger ist die Ratte, die jedes sinkende Schiff verläßt und sich auf einem anderen nicht nur in Sicherheit bringt, sondern dort gleich nach dem Steuer greift. Das Interesse des Bürgers am kritischen Geist erschöpft sich darin, von diesem zu erfahren, wann das Schiff sinken könnte.

Das Sympathische an der Sozialdemokratie ist ihre Resistenz gegen Diktaturen, faschistische wie kommunistische. Das Unsympathische an ihr ist, daß sie seit ihrer Gründung eine Alternative zum Kapitalismus zu sein verspricht – was niemand von ihr verlangt – , letztlich aber nur eine verschämte Spielart des Konservativismus ist. Sie macht Versprechen, die einzulösen sie niemals vorhat. Ihre Anhänger, die sich daran gewöhnt haben, daß Politik Phrase ist, haben deshalb keine Chance, sich in einem bürgerlichen Staat, in dem die verschiedenen Gruppen um die Durchsetzung ihrer Interessen streiten, sich ihrerseits zu behaupten. Die politische Entmündigung der lohnabhängigen Bevölkerung ist das Verdienst der Sozialdemokratie.

Schonungslose Kritik, derentwegen es sich lohnt, auch heute ein Linker zu sein – schonungslos sowohl in der Attacke gegen monströse Figuren als auch in der Analyse absurder Strukturen und lächerlicher Hierarchien – , schonungslose Kritik sieht sich zur Zeit abgeschmettert von bestehenden linken Parteien, seien es sozialdemokratische oder kommunistische. Das alte Gejammer von der heimatlosen Linken ist dennoch jämmerlich. Eine Linke, die eine Heimat hat, ist keine.

Das Gegenstück zum Linken ist nicht der Rechte, sondern der Konservative. Der Konservative wähnt sich als Erbe der bürgerlichen Revolution, insofern ist er liberal, und als Kind des Industriekapitalismus, insofern ist er Weltbürger. Er verachtet das Hetzerische des Reaktionärs und das Fanatische des Faschisten. Doch wenn die beiden Aufwind bekommen, versteht er es durchaus, sich mit ihnen zu arrangieren. Mehr als die politische Macht schätzt er seinen Besitz. So ist er heute der Inbegriff des Pragmatismus. Dieser wiederum ist die theorielose Theorie, dieses ins Unendliche wachsende Sammelsurium von guten Ratschlägen der ins Unendliche wachsenden Einzelwissenschaften.

Diese theorielose Theorie ist nicht zu verachten. Sie verwissenschaftlicht die Welt, indem sie möglichst alle Daten erhebt. Damit bewirkt sie eine Entideologisierung. Die Daten über einen Sachverhalt sagen bei weitem nicht alles über diesen aus. Doch solide Fakten erschweren dem Ideologen, sich nach Belieben auszutoben und mit seinen Ressentiments die Gesellschaft zu vergiften.

Die Verachtung des Ideologischen teilt der Linke mit dem Konservativen. So gibt es für den Linken kein schlimmeres Greuel als den linken Ideologen, diesen Sektierer, dessen Kirche Arbeitskreis oder Projekt oder Kulturarbeit heißt. Für die linke Künstlerin, den linken Künstler wiederum ist das schlimmste Greuel der Kulturlinke, eine Betriebsnudel und Stammtischexistenz, die alle fortschrittlichen Phrasen drischt, die des Fortschritts spotten.

Der Konservative ist der Erbe der bürgerlichen Revolution. Und der Linke, ist er der Erbe der sozialistischen Revolution? Ja, als ihr Kritiker. Die bürgerliche Revolution hatte es insofern leicht, als sie zur ökonomischen Herrschaft, die das

Bürgertum bereits hatte, die politische als längst fällig herbeizwang. Von einer ähnlichen Konstellation konnte bei der Revolution in Rußland nicht die Rede sein.

Marx dachte nie an eine Revolution in Rußland, weshalb man den russischen Revolutionären bis heute vorwirft, sie hätten den falschen Zeitpunkt gewählt. Dazu hat Horkheimer das Nötige gesagt. In den Begriff Revolution hineinhörend, fragte er, ob es etwas Widersinnigeres gebe, als ausgerechnet vom Revolutionär zu fordern, er möge den richtigen Zeitpunkt abwarten. Warum das revolutionäre Rußland und dann die Sowjetunion sich so und nicht anders entwickelten, wurde oftmals erklärt. Interventionskriege, die Antwort darauf: Kriegskommunismus. Dann Stalin, Stalins Verbrechen. Und schon wieder Krieg. Diesmal der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion. Die bewährte Antwort darauf: Kriegskommunismus. Ratlos schien erst der Frieden zu machen. Damit hatte man im Realen Sozialismus keine Erfahrung. Und also ging es mit ihm bergab bis zu seinem Ende. Es ging mit ihm Rudolf Burger zufolge zu Ende »nach streng marxistischer Logik: Es war die ›Fesselung der Produktivkräfte‹, welche die kommunistischen Produktionsverhältnisse zum Einsturz brachten, der Zusammenbruch war endogen verursacht, es bedurfte keiner durch einen großen Krieg gefällten Entscheidung«.

Was aber fesselte die Produktivkräfte? Die Theorie. Ein falsche linke Theorie. Der Konservative und sein Kapitalismus brauchen keine Theorie mehr, sie haben mittlerweile sehr viel Erfahrung, Erfahrung auch mit Niederlagen, Fehlschlägen, Katastrophen. Der Linke hat nur die Theorie. Denn von dem, was künftig sein soll, kann es keine Erfahrung geben. Um dennoch ein wenig Sicherheit in das völlig Neue und somit Unsichere zu bringen, bequemte Marx sich zu einem Bild von Geschichte, welche einen Beginn und ein Ende hat. Letzteres sollte der Kommunismus sein. Diese, wie Adorno sagt, Vergottung von Geschichte, führte die Linke in eine religiöse Erstarrung. Der gläubige Katholik, der einerseits einen Weinhandel betreibt und auf Kunden wartet, andrerseits auf das Jüngste Gericht wartet und für seine Sünden einen Ablaßhandel betreibt, ist eine erfreuliche Erscheinung gegenüber dem gläubigen Proletarier, dem die Partei versichert, er stehe auf der Seite der Geschichte und die Geschichte ihrerseits stehe auf seiner Seite.

Die Linke, einerseits heftige Spötterin über den falschen Trost, den der Glaube spendet, zögerte nicht, die Geschichte als Ersatzreligion zu mobilisieren. Dieser Ersatzglaube aber lähmt die Menschen. Dazu kommt und paßt, daß die Linke wegen ih- rer sogenannten historisch-materialistischen Weltanschauung, die in Wirklichkeit ahistorisch-idealistisch ist, sich herausgehoben fühlt aus der Geschichte und insofern auserwählt. Sie fühlt sich moralisch überlegen. Deshalb unterliegt sie politisch.

Der Konservative braucht keine Theorie. Wem die Welt gehört, dem genügen als Ornament an seinem Besitzstand ein wenig ideologischer Kitsch, den ihm die Medien, und ein bißchen affirmatives Gequatsche, das ihm die Universitäten ins Haus liefern. Wem wie dem Linken die Welt nicht gehört, wer wie der Linke die Welt, wie sie ist, gar nicht haben, sie hingegen verändern will, für den ist Theorie die Welt.

Das Bestehende zu besitzen, zu verwalten, umsichtig, aber keineswegs sorgsam, denn Gewinn zu machen hat seinen Preis, das ist das Lebenselement des Konservativen. Anders als die Phrase suggeriert, steht ihm der Sinn nicht nur nach Bewahren. Er schreitet durchaus fort, wobei sein Ausgangspunkt das bereits gesicherte Terrain ist. Aber auch den nächsten Schritt setzt er erst, wenn das Terrain dafür gesichert scheint.

Das Gegenwort zu diesem Fortschreiten ist der Fortschritt. Es ist das Wort des Linken. Fortschreiten ist das Sichere, Fortschritt das Unsichere, buchstäblich der Schritt ins Ungewisse. Das Bestehende ist ein beliebter linker Begriff, beliebt auch bei mir, weil er dazu verlockt, sich nicht abzufinden mit dem, was besteht. Die Welt, wie sie ist, und die Welt, wie sie sein könnte – nur aus dieser Spannung entsteht Denken. Verzichtet der Konservative aufs Denken, schläft er um so ruhiger. Verzichtet der Linke darauf, ist das sein Ende.

Seit der Bürger zum Klassenfeind erklärt wurde, galt auch dessen Revolution nichts mehr. Wer aber hinter frühere Revolutionen zurückfällt, kann die eigene, auch wenn sie vorerst zu gelingen scheint, gleich begraben. Es gibt nach der Antike eine große, neue Idee, die der Gleichheit. Die Idee der Freiheit segelt nur im Windschatten der Gleichheit. In die Welt gesetzt hat die Idee der Gleichheit das Christentum, gerichtet war die Botschaft an die Sklaven. Sie lautet, alle Menschen seien vor Gott gleich. Diese Idee ist der Motor der nachantiken Geschichte. Da fortan die Feudalherren sich auf Gott beriefen, holte der Bürger Gott auf die Erde, nannte ihn Gesetz und verkündete, daß nun alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien.

Erst durch die politische Gleichheit wurde Freiheit ein konkretes Gut. Vornehmlich für den Bürger, welcher die politische Gleichheit erkämpft hatte. Für soziale Gleichheit interessierte er sich nicht, gründete seine wirtschaftliche Macht doch auch auf Ausbeutung anderer. Aber zu meinen, man könne sich über die Errungenschaften der politischen Gleichheit und der bürgerlichen Freiheit hinwegsetzen, führte zur Selbstauslöschung der Linken überall dort, wo sie an der Macht war.

In der Idee der Gleichheit vor Gott ist jede Gleichheit enthalten, auch die soziale. Diese anzustreben, gilt heute noch als derart absurd und unvorstellbar wie früher für den Aristokraten die Vorstellung, er könnte einmal vor dem Gesetz allen anderen gleichgestellt sein. Politische Gleichheit war vor zweihundert Jahren denkbar und realisierbar, und sie führte

keineswegs zu Gleichmacherei. Soziale Gleichheit ist heute denkbar und realisierbar, und sie wird weder zu Gleichmacherei führen, noch wird sie die Menschen glücklicher machen. Doch sie wird weniger Unglück über sie bringen.

Mein Denken als Linker, also mein politisches Denken, geht davon aus, daß der Mensch nur ein Leben hat. Ob er in diesem Leben sein Glück findet, geht nur ihn etwas an. Ob er an diesem Leben ohne seine Schuld leidet, betrifft auch die anderen. Wenn sie meinen, das betreffe sie nicht, und wenn sie den anderen nicht achten, werden sie ihre Selbstachtung verlieren. Für mich ist ein wichtiger Grund, Linker zu sein, der egoistische Grund, die Selbstachtung nicht zu verlieren.

Michael Scharang schrieb in KONKRET 10/2000 über den österreichischen Kulturbetrieb

Konkret 05/01, S. 51

Peter O. Chotjewitz

Buch des Monats

Klaus Schönberger (Hg.): Va banque. Bankraub – Theorie, Praxis, Geschichte. Libertäre Assoziation, Hamburg 2000, 328 Seiten, 34 Mark

Der ominöse Hinweis Brechts auf das Verhältnis zwischen Schränker und Bänker enthält nicht die ganze Wahrheit, denn wiewohl der Bänker schon im mündelsicheren Geschäft mehr Schaden anrichtet als der Bankräuber, ist letzterer erheblich unterhaltsamer – mit der Folge, daß mir auf Anhieb kein Film über einen Bankier einfällt, während es eine Menge schöner Filme über das Ausrauben von Banken gibt.

Der Unterschied zwischen Schränker und Bänker ist nicht ethischer Natur, was sich in dem Klischee abbildet, daß Bankräuber auf dem Campingplatz am Hockenheimring Urlaub machen und abends Bratwürste grillen und Bier aus Stubbies trinken, während Bankdirektoren Sekt trinken im Rubirosa mit höheren Töchtern, die Kunst sammeln und im Sommer nach Bayreuth oder Salzburg fahren. Es fragt sich also, warum für die Darstellung des Wirklichen mittels Literatur, TV-Film etc. die Sitten und Gebräuche der sozial und intellektuell Minderbemittelten bevorzugt werden, während die Emanationen der gebildeten Kreise höchstens den Unterhaltungsansprüchen von Iris Radisch und Elke Schmitter genügen.

Wären Sozialschädlichkeit und Einsichtsfähigkeit dramaturgisch interessante Gestaltungselemente, so müßten die Betrüger, Diebe, Hochstapler, erpresserischen Menschenräuber, Bankräuber etc., die mich auf zweiunddreißig TV-Kanälen heimsuchen, allesamt aus den besseren Kreisen stammen. Tun sie aber nicht. Warum also das Interesse am Banküberfall, wenn sein Urheber zu 99 Prozent aus der Unterschicht stammt?

Vermutlich entspricht der stupide Blick des Flimmerkistenbenutzers dem des amüsierten Besuchers im Zoo, wo auch immer eine Menge Lebewesen lauter ulkige Sachen machen, die nur deshalb unterhaltsam sind, weil sie uns irgendwie an unser eigenes Verhalten erinnern, egal ob der Pavian mit eregiertem Glied den Kotau seiner Damen entgegennimmt oder der Gentleman den Postwagen abkuppelt, in dem die dreißig Millionen Pfund Sterling lagern. Der Zoo erfüllt Desiderate, die von ungehemmter, unverstellter juckender stinkender Triebhaftigkeit handeln, während der Gangster unsere Träume von einer einfacheren, weil deregulierten Ökonomie aus dem Stammesgehirn widerspiegelt. Einem Bettler legte Durruti seine Pistole in die Hand und fragte: »Was willst du mit einer Mark? Da drüben ist eine Bank.« Das Aperçu des großen Anarchisten existiert in etlichen Variationen. Reporter: »Sagen Sie, Murphy, warum überfallen Sie immer Banken?« Bankräuber: »Because that's where the money is.«

Das ist jedoch nicht alles. Je nach politischer Ausrichtung der Trivialität des Denkens wird der Griff nach der Geldbörse des Nachbarn oder dem Geldschrank in der Bank nebenan begrüßt oder verurteilt, aber immer als Akt des Aufruhrs mit politischer Tendenz propagiert oder empfunden. In bürgerlichen Blättern, wo die Linke nicht weiß, was die Rechte tut, wird man, vorzüglich im Literaturteil, zuweilen die bange Frage lesen: »Wo bleibt die subversive Literatur?« Würde man die verantwortungslose Redakteurin so einfältiger Fragen drauf hinweisen, daß ein subversives Gedicht ein solches wäre, das von den Frühlingsgefühlen handelt, die der Poet hat, der seinen Lebensunterhalt mit gelegentlichen Überfällen auf die Tageskasse im Supermarkt finanziert, wäre sie vermutlich erstaunt.

Im Grunde müßten Eigentumsdelikte wie Mund- und Bankraub (natürlich auch Betrug und Unterschlagung, erpresserischer Menschenraub, Geldfälschung etc.) mit einer gebührenfreien Verwarnung geahndet werden. Selbst die Gewaltanwendung, die mit einigen Delikten fast zwangsläufig einhergeht, hat das *Opfer* sich in der Regel selber zuzuschreiben. So sehr der gewaltfreie Banküberfall im Prinzip zu begrüßen ist: Man ist als Bandit nie ganz sicher vor freiwilligen Helden des Status quo mit und ohne Uniform.

Durruti übergab der mexikanischen Arbeiterbewegung eines Tages eine größere Summe zur Finanzierung einer Schule für libertäre Arbeiterbildung, mit der Bemerkung: »Dieses Geld habe ich der Bourgeoisie abgenommen. Es wäre nicht logisch zu denken, sie hätte es mir auf einfache Anfrage gegeben.« Das Problem des Eigentumsdeliktes ist damit definiert: Objektiv haben die einen mehr Geld, als sie brauchen, die anderen weniger. Subjektiv haben diejenigen, die objektiv mehr haben, als sie brauchen, nicht genug, um etwas abzugeben, die anderen aber nicht genug, um darauf zu verzichten. Das Eigentumsdelikt verweist stets auf ein Verteilungsproblem.

Kommen wir zur Sache. Zu begrüßen ist die Publikation einer Anthologie, die im wesentlichen vom Bankraub handelt und sich auch als Geschenk für den Patenonkel eignet, der zweimal im Jahr zum Golfen nach Madeira fliegt. Das Buch ist zwar ein Paperback, aber ansonsten liebevoll und mit viel Geschmack gemacht, auf gemsfarbenem Papier gedruckt, lesefreundlich umbrochen, mit Glossen verziert, auch für den kleinen Toilettenbesuch zwischendurch geeignet, mit hübschen Fotos aufgelockert und somit ein richtiger Schnickschnack, wie er sich für ein so hohes Thema geziemt. Eine

echte Alternative zur Bibel auf dem Nachtkästchen im Dorinth-Hotel für Vertreter der mittleren Spesenklasse, die schon alle Pornos des hoteleigenen Pay-TV kennen.

Auf 328 kurzweiligen Seiten hat Herausgeber Klaus Schönberger 16 Autorinnen und Autoren versammelt, die im wesentlichen allen Fragen nachgehen, die mich interessieren: Was trägt man zum Bankraub? Wie sieht eine Bank von innen aus? Sind moderne Sicherungssysteme eine Gefahr für die Branche? Welchen Charme hat der bargeldlose Bankraub? Der Bankraub im Film, in der Belletristik. Ganze Abschnitte sind der Finanzierung subversiver Umtriebe gewidmet, Stichwort: Stalin, Durutti, die Tupamaros, der 2. Juni, die Roten Brigaden. Dazwischen gibt es kleine Biographien und Episoden. Deutlich wird, daß es sich um ein komplexes Phänomen handelt, das politisch nur schwer einzuordnen ist. Der Bankraub ist weder so systemkonform, wie seine Gegner, noch so revolutionär, wie seine Apologeten behaupten, und selten verwerflich.

Auffällig ist, daß nicht alle Armen mit niedrigem Intelligenzquotienten und schwerer Jugend Bankräuber werden. Offensichtlich ist er wie der erpresserische Menschenraub und andere kriminelle Großprojekte ein arbeitsteiliges Delikt, das Spezialwissen und Kreativität, aber auch Glück, Mut, Planungssicherheit, Entscheidungsfreude, Teamfähigkeit und andere Tugenden erfordert. Vor allem Bankeinbrüche sind oftmals langwierige Unternehmen, die erhebliche technische und logistische Probleme aufwerfen, während Überfälle fordistisches Timing nahelegen, das empirisch erarbeitet werden muß. Bestes Beispiel: Die 45-Sekunden-Bande. Hilfreich ist auch die Kenntnis der einschlägigen kriminologischen Literatur, wo Fluchtwege etc. beschrieben werden.

Das Resümee könnte lauten: Das Negativ-Image des Bankräubers ist selten gerechtfertigt. Zweitens: Opas Bankräuber ist tot. Drittens: Um die Zukunft der Schwerkriminalität ist mir nicht bang, auch wenn das große Geld weiterhin dem White-collar-Ganoven gehört.

Konkret 05/01, S. 52

Gerhard Scheit

Bejahen, was ist

Wie der slowenische Philosoph Slavoj Zizek das christliche Erbe verteidigt

Slavoj Zizek wird allerorten als »Philosophie-Entertainer« angepriesen – so auch auf dem Klappentext seines neuen Buchs *Das fragile Absolute*. Zizek verspricht antiautoritäre Leichtigkeit im Umgang mit schweren abendländischen Autoritäten; Zirkulation zwischen intellektuellen Milieus, die sonst voneinander abgegrenzt werden – Gedankenaustausch also zwischen Heidegger und Marx, Adorno und Foucault, Cineasten und Leninisten, Christen und Juden etc. Anders als der einschlägige Poststrukturalismus spricht Zizek offenbar auch keine eigene Sprache, keinen Jargon, sondern leiht von überallher seine Begriffe – wenn auch die Bevorzugung der Lacanschen deutlich ist. Die Philosophie bewußt in eine Talkshow zu überführen wäre angesichts des heute akademisch approbierten Denkens – das eben kaum mehr als den Schein wahrt, noch keine Talkshow zu sein – vielleicht wirklich begrüßenswert, würde sich nicht umgekehrt oft genug herausstellen, daß der unterhaltsame Schwadroneur bloß ein raffinierterer Professor, sein Entertainment die zeitgemäße Vermittlungsform des alten dogmatischen Denkens ist.

Zizek läßt über den dogmatischen Inhalt seiner im Gestus alles relativierenden Rede erst gar keinen Zweifel aufkommen – der Untertitel seines Buchs lautet: *Warum es sich lohnt, das christliche Erbe zu verteidigen*. Gerade dieses dogmatische Anliegen verträgt sich ausgezeichnet mit dem undogmatischen Charakter der Vermittlung, die ganz in den avancierten Formen der Reklame aufgeht. Alle Werbung führt zur Ware, jeder Weg nach Rom. Aber der größte Umweg, der gewagteste, am weitesten vom Ziel sich entfernende Weg ist der beste – für die Reklame wie für ihren philosophischen Reflex. Denn er allein vermittelt das Gefühl, jederzeit eben auch ganz woandershin gelangen und hinlangen zu können; vermittelt also das Bewußtsein, Subjekt zu sein, Herr im eigenen (Waren-)Haus. Darum zeigt die Werbung gerne zuerst die Ware des Konkurrenten, um sie sogleich im Gebrauch als mindere hinzustellen – und ohne Tricks geht es dabei nicht ab. Deshalb beginnt Zizeks Buch mit einer Kritik der Ontologie aus marxistischer Perspektive – und setzt dabei Heidegger und Adorno gleich: als »Versuche, die den irren kapitalistischen Tanz der sich selbst steigernden Produktivität als Ausdruck eines fundamentaleren transzendental-ontologischen Prinzips begreifen (›Wille zur Macht‹, ›instrumentelle Vernunft‹)«. Unterschlagen wird, daß innerhalb der Kritischen Theorie selbst ein geradezu extrem ausgeprägtes Spannungsverhältnis zwischen dem kritischen Begriff von Tauschabstraktion bzw. Wert im Sinne von Marx und einem an Nietzsche und Schopenhauer orientierten ontologischen Machtbegriff existiert – ein Spannungsverhältnis, in dem durchaus die singuläre Position dieser »Schule« gesehen werden kann. Ihre Gleichsetzung mit Heidegger, bei dem jede Spur einer solchen Spannung fehlt, ermöglicht es Zizek, seinerseits die marxistische Position gegenüber Horkheimer und Adorno einzunehmen – aber das wiederum nur, um diese Position letztlich einer neuerlichen Ontologisierung zu opfern: »Vom üblichen marxistischen Standpunkt aus mystifiziert die Suche nach einem transzendental-ontologischen Prinzip die konkrete sozioökonomische Struktur, die die kapitalistische Produktivität aufrechterhält, andererseits verkennt dieser marxistische Ansatz, daß der kapitalistische Exzeß sich nicht auf der ontischen Ebene einer bestimmten Gesellschaftsorganisation erklären läßt.« Auf welcher Ebene läßt er sich aber dann erklären? Auf der ontologischen natürlich, womit wir wieder bei Heidegger wären. Allein dadurch, daß Zizek die Ebene marxistischer Begriffe zur »ontischen« degradiert, also auf das bloß »Seiende« begrenzt, hat er seinen eigenen Standpunkt bereits wieder auf der – je nachdem: »tieferen« oder »höheren« – Ebene des »Seins« bezogen.

Gesellschaftstheoretisch heißt das: Zizek differenziert nur zum Schein, damit am Ende alles in eins fällt: Marxismus und Ontologie; »Realer Sozialismus« und »Kapitalismus«; Vernichtungslager und Gulag. Auch wenn er zwischen der Situation der Opfer des NS-Terrors und der Stalinschen Säuberung zunächst sehr klar unterscheidet, führt das nicht zu einer präzisen Differenzierung beider Staatsformen. Die Moral auch dieser Geschichte entspricht vielmehr ganz dem Dogma von Courtois' *Schwarzbuch des Kommunismus*: daß die Sowjets schlimmer als die Nazis waren. (Durch fehlerhafte Übersetzung ist übrigens in diesem Zusammenhang von »Moslems« statt von »Muselmännern« die Rede – so hießen diejenigen KZ-Häftlinge, die sich, wie Jean Améry schrieb, aufgegeben hatten und von den anderen aufgegeben wurden.) »Während der passive Moslem durch den physischen Terror lediglich (!) auf seine apathische vegetative Existenz reduziert wird, muß sich das Opfer des Schauprozesses an der Zurschaustellung seiner Degradierung beteiligen und seine Würde aktiv verwirken.«

Der »Kommunismus«, womit Zizek, ganz nach der geläufigen Sprachregelung, die Gesellschaft meint, die aus der Oktoberrevolution hervorging, sei im übrigen demselben Produktivitätstrieb gefolgt und damit nichts anderes als Kapitalismus gewesen. Aus diesem Horizont auszubrechen, »ohne in die Falle einer Rückkehr zur eminent vormodernen Vorstellung einer ausgeglichenen, (selbst)beherrschten Gesellschaft zu gehen«, das ist nun das ontologische Versprechen, das Zizek macht, und mit ihm verkauft er seine christliche Ware.

Es handelt sich demnach um den frühen Heidegger, zu dem Zizek über marxistische Umwege gelangt, um die Philosophie von *Sein und Zeit*, ja, mehr noch, um den ganz frühen, den katholischen Heidegger, der Abraham a Sancta Clara hymnisch

feierte. Was damals »Entschlossenheit« im »Dasein« und »Heilung« der »Volksnot« hieß, das wird jetzt »Ausbruch« aus dem »kapitalistischen Horizont« oder »authentischer Akt« genannt. Darum die Aversionen gegen Habermas, der doch eher die Rationalisierung der deutschen Ontologie betreibt und mit seiner »kommunikativen Vernunft« westliche Kompatibilität herstellt; darum auch eine gewisse, auf den ersten Blick überraschende Oppositionsstellung zu Derrida, der sich für Zizeks Verhältnisse zu sehr an der Heideggerschen »Kehre« orientiert und mittlerweile ein kritisches Einverständnis mit dem »kapitalistischen Horizont« bekundet (so gerade in seinem Marx-Buch).

Das »radikal Andere« jedoch, das Zizek jenseits dieses Horizonts beschwört, knüpft an den ›antikapitalistischen‹ Protest der rechten Opposition in der Weimarer Republik an; das »Durchbrechen« jenes »Teufelskreises von Gesetz und Überschreitung«, den er dem »Kapitalismus« mit Lacanschen Begriffen zugrunde legt, ist dem ›nationalrevolutionären‹ Impuls in der frühen, präfaschistischen Phase deutscher Ontologie nachgebildet – nur daß vom Nationalen auf den ersten Blick nicht viel übrigbleibt. Distanz suchend zu Heideggers postfaschistischer Philosophie, geht Zizek den Weg eben noch weiter zurück – bis zum Katholizismus. Die »frohe Botschaft«, die er im Christentum wahrnimmt, lautet paradoxerweise, »daß es *möglich ist, die große Kette des Seins zu zerreißen*, die Last der Vergangenheit zu suspendieren, die Stricke durchzuschneiden, die uns an unsere Taten der Vergangenheit fesseln, ›reinen Tisch zu machen‹ und wieder bei Null anzufangen ...«.

Dabei meint Zizek mit dem »subversiven Kern« des Christentums nun nicht – nach einer beliebten Konstruktion – ein reines Urchristentum, das mit der späteren kirchlichen Entwicklung nichts zu tun habe, sondern ganz im Gegenteil: das Christentum als Kirche, einschließlich des heutigen Papstes, der sich doch als Kalter Krieger und Antimarxist einen Namen gemacht hat. Ein bestimmter Katholizismus, der sich bei Althusser noch staatskommunistisch versteckt hielt, wird also wieder selbstbewußt und bekennend: Das *Neue Testament* gilt Zizek als Verkündigung eines »theoretischen Antihumanismus«, und er zitiert hierzu die Stelle, wonach die Jünger Jesu sich dadurch auszeichnen, daß sie ihr Leben gering achten (Lukas 14,26). Heideggers Opfer-Philosophie (»Das Opfer ist der Abschied vom Seienden auf dem Gang zur Wahrung der Gunst des Seins«) ist damit auf ihren religiösen Ausgangspunkt zurückgeführt, das »Sein« wieder christlich personifiziert.

So wird also der Papst an die Spitze der Seins-Herde zurückberufen. Aber das wirkt unter heutigen Bedingungen nur überzeugend, wenn dafür konkurrierende Waren – unter dem Motto »Gut, daß wir verglichen haben« oder »Weil ich es mir wert bin« – als minderwertig vorgeführt werden. Im konkreten Fall ist das etwa der Dalai Lama: Im Gegensatz zu ihm »erinnert uns« nämlich der Papst daran, »daß eine richtige ethische Einstellung ihren Preis *hat* – sein hartnäckiges Festhalten an ›alten Werten‹, seine Mißachtung der ›realistischen‹ Erfordernisse unserer Zeit, selbst wenn die Gegenargumente offensichtlich zu sein scheinen (...), machen ihn zu einer authentischen ethischen Gestalt.«

Aus der Beschwörung des »Ausbruchs« und des »radikal Anderen« springt also wieder die Bejahung dessen heraus, was ohnehin ist: der alte ontologische Trick, den Zizek nur mit Lacanschen Begriffen wiederholt. Wer die Gesetze der kapitalisierten Gesellschaft teilnahmslos hinnimmt, so halb und halb akzeptiert, mehr oder wenig kritisch sieht, bestätigt sie; wer sich jedoch ganz und rückhaltlos mit ihnen identifiziert, der ist radikal im Sinne Zizeks und durchbricht den »kapitalistischen Horizont«. Das Subjekt sei »nur insoweit wirklich in das Gewebe der Macht« verstrickt, »als es sich nicht völlig damit identifiziert, sondern eine gewisse Distanz dazu wahrt«, das »System des Gesetzes« aber werde »genau dadurch unterminiert ... daß man sich vorbehaltlos damit identifiziert«.

Das ist nun eine durchaus mögliche Umschreibung des Selbstbewußtseins »nationalsozialistischer Revolution«. Zizek bemerkt es selbst: Wenn er einen »authentischen Akt« fordert, in dem sich der »Kern der Identität« des Subjekts »neu definieren« könne (analog zur Kreuzigung Christi, die ein »neues Subjekt« hervorbringe), muß er sich zugleich fragen: »... ist dann nicht der Nationalsozialismus ein Akt par excellence?« Von dieser fatalen Nähe sieht er sich aber durch das faschismustheoretische Dogma des traditionellen Marxismus freigesprochen, das er lediglich mit psychoanalytischen Begriffen aufputzt: Der Nationalsozialismus habe nämlich den sozialen Gegensatz der Klassen geleugnet oder verschoben, indem er die Ursache der sozialen Gegensätze externalisierte und auf die Figur des Juden projizierte. »Diese sogenannte ›Nationalsozialistische Revolution‹ ist der exemplarische Fall einer Pseudo-Veränderung, einer frenetischen Aktivität, bei der sich so viele Dinge veränderten, ›immer etwas geschah‹, daß sich genau das, was wirklich zählt, *nicht* veränderte und im Grunde alles ›beim Alten blieb‹.«

Demnach wäre also die Vernichtung der europäischen Juden etwas gewesen, das nicht zählt, das nichts veränderte? Für Zizek bilden Nationalsozialismus und Holocaust nur ein Manöver im Klassenkampf, der danach weitergehen konnte wie zuvor. Er bemerkt gar nicht, daß sich der psychoanalytische Begriff der Projektion (den Adorno und Horkheimer für den Antisemitismus entdeckt haben) einer solchen Funktionalisierung schlechterdings entzieht, indem er darauf verweist, daß die Fetischform des Kapitalverhältnisses vollkommen die Politik durchdringen kann. Wer ist denn das Subjekt, das den Klassenkampf vermeidet bzw. verschiebt? Und was bedeutet es für die Konstitution der Klassen, daß diese Verschiebung erfolgreich gelang und nur von außen zerstört werden konnte?

Solche Fragen vermeidet Zizek, der doch sonst in seinem Text nicht genug Fragen stellen kann. Der Nationalsozialismus darf offenkundig nicht als Basis der heutigen Verhältnisse in Betracht kommen, die deutsche Volks- und Projektionsgesellschaft nicht als Ursprung einer Realität, in der sich die Fragen von Moral und Klassenkampf neu stellen. Was das konkret heißt, zeigt sich in der Stellungnahme zu Jugoslawien, zum Judentum und zu Israel. Zizek gehört zu denen, die am westlichen Militärbündnis kritisieren, daß es zu wenig konsequent war im Angriffskrieg gegen Jugoslawien – und fordert im Prinzip nichts anderes als eine Bewaffnung der Albaner. Serbien wiederum wird im Gegensatz zu den anderen ehemaligen Republiken Jugoslawiens ein Nationalismus unterstellt, der von vornherein keinerlei »demokratische Politik« erlaube.

Was Judentum und Shoah betrifft, ist die Konsequenz in jeder Hinsicht weitreichender. Die Apologie des Christentums bedeutet zwangsläufig eine Abwertung des Judentums. Zizek versucht es möglichst dezent zu tun: Zunächst betont er als durchaus positiv, daß die jüdische Religion im Gegensatz zur christlichen es ermögliche, Schuld bzw. Schuldgefühle zu vermeiden. Aber da das Judentum damit die »Über-Ich-Dialektik« umgehe, existiere eben nur im Christentum die Möglichkeit eines radikalen Ausbruchs »aus dem Über-Ich-Teufelskreis des Gesetzes und seine Überschreitung durch die Liebe«. Einen solchen Ausbruch sieht Zizek dann ausgerechnet bei Freud, in seinem späten Buch über Moses: »Indem er sich nicht den bedrängten Juden anschloß und mit ihnen gemeinsam ihr Erbe verteidigte, sondern indem er sein eigenes Volk angriff und versuchte, ihm den wertvollsten Teil des Erbes, die Gründerfigur Moses wegzunehmen«, sei es ihm gelungen, »die unbewußte Grundlage des Antisemitismus zu unterminieren«. Abgesehen davon, daß Freud »sein Volk« keineswegs angriff, behauptet Zizek damit, daß die unbewußte Grundlage des Antisemitismus im Judentum zu suchen sei – und das bedeutet in Wahrheit den schärfsten Angriff auf das Judentum.

Es verwundert kaum, daß der Philosoph sich in dieser Hinsicht der Position Martin Walsers annähert: Er verdächtigt irgendwelche ungenannten Kräfte, den Holocaust zu instrumentalisieren, indem sie seine »Erhöhung zum eigentlich ›Erhabenen‹« betrieben – zu einer »unantastbaren Ausnahme, die sich jedem normalen ›politischen Diskurs‹« entziehe. Das kann, so Zizek, »auch ein politischer Akt äußerster zynischer Manipulation sein, eine politische Intervention, mit der eine gewisse Form hierarchischer politischer Verhältnisse legitimiert werden soll«. Allein dadurch, daß er von »Zionismus« (als einer besonderen Form des Imperialismus) spricht, weist er den von ihm ausgemachten Repräsentanten der ›Entpolitisierung des Holocaust‹ – also offenbar den Juden, die er nicht beim Namen nennt – eine bestimmte und bestimmende Rolle in jenen »hierarchischen politischen Verhältnissen« zu: »Ungeachtet der unleugbaren Aufrichtigkeit mancher ihrer Vertreter, ist der ›objektive‹ ideologisch-politische Gehalt der Entpolitisierung des Holocausts, seine Erhebung zum abgründigen absoluten Bösen ein politischer Akt zwischen den aggressiven Zionisten und den westlichen rechten Antisemiten auf Kosten des *heutigen* radikalen politischen Potentials.«

Worin Zizek dieses heutige radikale Potential sieht, bleibt offen. Wer sollte den »konformistischen liberalen Halunken«, die ihre »scheinheilige Befriedigung in ihrer Verteidigung der bestehenden Ordnung« finden, den Garaus bereiten? Auch der Papst dürfte für Zizek nicht eigentlich der neue Erlöser sein, der dem Potential zum Durchbruch verhelfen könnte, sondern nur eine Art Übergangsfigur, ein Stellvertreter, solange ein neues Subjekt sich nirgends blicken läßt. Denn wie jeder Konsument weiß: Die Ware hält das Versprechen der Werbung nicht.

Slavoj Zizek: *Das fragile Absolute. Warum es sich lohnt, das christliche Erbe zu verteidigen*. Verlag Volk & Welt, Berlin 2000, 223 Seiten, 38 Mark

---

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 3/2001 über Micha Brumliks »Deutscher Geist und Judenhaß«

Konkret 05/01, S. 54

Jan Pehrke

Gemeinschaftskunde

Für den US-Philosophen Richard Rorty gibt es nach dem Ende der großen utopischen Erzählungen keinen archimedischen Punkt jenseits der realexistierenden Gesellschaft mehr. Deshalb macht er die Gemeinschaft zur Bezugsgröße seines Denkens. Ohne Chauvinismus geht das natürlich nicht ab

Richard Rorty ist gegenwärtig einer der angesagtesten Philosophen. Wer heutzutage einen geistigen Überbau benötigt und sein Mittelklasse-Ich nicht den Anfechtungen der Gender-Theorien und anderer Hervorbringungen der »Cultural Studies« aussetzen will, greift zu seinen Büchern. Ein untrügerisches Indiz für seine Hipness war es, daß der Musiker Green Garthside von Scritti Politti, der im sogenannten Popsommer 1982 »I'm in love with Jacques Derrida« sang und damit »die Franzosen« in die Populärkultur einspeiste, unlängst in einem Interview kundtat, ein begeisterter Rorty-Leser zu sein. Diesen Coolness-Faktor hat sich der Denker unter anderem durch seine Distanzierung vom akademischen Philosophiebetrieb und sein Bekenntnis zu einer eher literarischen Kultur erarbeitet. Das erlaubt es ihm dann, seine Leser durch saloppe Formulierungen und Schrullen wie der, manchmal nur die weibliche Form eines Substantivs zu benutzen (»die liberale Ironikerin«), bei Laune zu halten.

Inhaltlich beruht Rortys Anziehungskraft darauf, wesentliche Theoriebewegungen der postmodernen Philosophen in der Nachfolge Nietzsches und Heideggers mitzuvollziehen, ohne ihnen aber in ihrer denkerischen und politischen Radikalität zu folgen. Statt dessen schließt er sie mit amerikanischen Pragmatisten wie John Dewey kurz und entwickelt so eine bekömmliche Rundum- und Startup-Philosophie. Diese gestattet es, sich mit Wonne ins »anything goes«-Spiel zu stürzen und darüber noch ein anständiger Mensch zu werden: *Kontingenz, Ironie und Solidarität* lautet programmatisch der Titel eines seiner Hauptwerke.

Wie »die Franzosen« glaubt er an das Ende der großen Erzählungen und lehnt die monumentalen Denkgebäude der abendländischen Metaphysik-Tradition ab. Rationalitätsgestützte Begründungen mögen, meint Rorty, vielleicht zu Kants Zeiten vonnöten gewesen sein, als es galt, dem neuen Denken gegenüber der Religion Legitimität zu verschaffen, heutzutage sind sie verzichtbar. Wahrheit wird nicht gefunden, sondern gemacht. Rorty pflichtet Derridas Satz »Es gibt nichts außerhalb des Textes« bei und hält deshalb auch Kants Versuch für gescheitert, wenn schon nicht dem Ding an sich, dann doch per Introspektion zumindest der Machart von Gewißheiten auf die Spur zu kommen.

Wenn es aber weder draußen in der Welt noch drinnen im Ich, weder droben noch in ferner Zukunft einen Orientierungspunkt gibt, dann bleibt Rorty zufolge nach der Devise »Come on in« nur noch das Wir der Gemeinschaft übrig. »*Wir* müssen da anfangen, wo *wir* sind«, verkündet er und legt los. Wahrheit ist für ihn, was eine Gesellschaft dafür hält. Zur Konzeption von Gerechtigkeit zitiert er John Rawls, der sie als »unsere Übereinstimmung mit uns selbst und unseren Hoffnungen« definiert. Und Moral und Solidarität gründet der Pragmatist auf die »Wir-Intentionen«, das empathische Gespür für die Ähnlichkeit des anderen mit einem selbst. Durch eine »Schule der Empfindsamkeit« mit den großen Werken der Literatur als Lehrmeistern soll sich dieser Kreis des »Wir« nach Rortys Zukunftsvision immer weiter ausdehnen.

Auch linkes oder liberales Engagement – für Richard Rorty dasselbe – braucht seiner Meinung nach den Teamgeist des »Wir« zur Grundlage. »Eine Gefühlsbindung an das eigene Land ... ist notwendig, wenn das politische Denken phantasievoll und fruchtbar sein soll. Und dazu kommt es wohl nur, wenn der Stolz die Scham überwiegt«, schreibt er in *Stolz auf unser Land* (im Original heißt das Buch etwas weniger verfänglich *Achieving our Country*). Die Zustände in den Ghettos US-amerikanischer Großstädte beispielsweise lassen sich nach Rortys Ansicht am aussichtsreichsten durch einen Diskurs verändern, der betont, wie empörend es ist, »wenn ein *Amerikaner* ohne Hoffnung lebt«. Das *Stolz*-Buch verfolgt den Zweck, den Bruch zwischen den Linken und der Nation zu kitten, der sich 1964 aufgetan hatte. Nach der Zustimmung der Demokratischen Partei zum Vietnam-Krieg und nach ihrer Weigerung, afro-amerikanische Delegierte zu nominieren, hatten damals viele Enttäuschte den Schoß der Nation verlassen und die »Neue Linke« gegründet. Diese Entwicklung, welche die Linke Rortys Meinung nach in eine bloße Zuschauerrolle gedrängt und damit politikunfähig gemacht hat, bedauert der Philosoph, trotz allen Verständnisses für die Beweggründe. Er schreibt: »Es gibt vieles, das diesen Stolz dämpfen und zügeln sollte; doch nichts, was eine Nation getan hat, sollte es einer konstitutionellen Demokratie verwehren, ihre Selbstachtung wiederzuerlangen.« Diesen Satz hätte Friedrich Merz »als unverdächtiges Zeugnis« gut in seiner Bundestagsrede zu den Trittin-Äußerungen verwenden können.

»Deutsche Verhältnisse« waren auch Gegenstand einer Diskussion um Moral, die Rorty mit dem Philosophen Karl-Otto Apel führte. In Argumentationsnot geraten, warf der Pragmatist den Rettungsanker: »It's just common sense, I am just an American.« – »Kann ich auch einfach so sagen: ›I'm just a German‹, erwiderte Apel«, augenscheinlich im Wissen darum, daß des Deutschen liebste Gemeinschaft einst die Volksgemeinschaft gewesen war. Was Rorty darauf antwortete, teilt Walter Reese-Schäfer in seiner Rorty-Einführung leider nicht mehr mit. Vermutlich hätte dieser mit einem solchen Statement gar keine größeren Probleme gehabt. In *Wahrheit und Fortschritt* lehnt er es jedenfalls ab, den Holocaust als eine

Zäsur aufzufassen, nach der über die Natur des Menschen und seine Geschichte anders philosophiert werden müßte. Einschnitte dieser Art existieren für Rorty nicht. Ein solches Denken würde vom Begriff der Sünde ausgehen, schreibt er in *Stolz*.

Vor Chauvinismus sieht der »Null-Problem«-Philosoph seinen Ethnozentrismus dadurch gefeit, daß er die Gemeinschaft als etwas Offenes begreift, bestrebt, immer mehr »Außenstehende« zu integrieren. In *Hinter den Spiegeln*, einem neuen Band mit Beiträgen zu seinem Denken, äußert sich jedoch bereits ein unverkrampfteres Verhältnis zum Chauvinismus. Unterschiede zwischen »Menschenrechtschauvinismus« und »in gute Gründe« eingebetteten »Stolz auf eine Menschenrechtskultur« vermag er nicht zu sehen. »Ich bin sicher, daß ich im Augenblick den einen oder den anderen dieser beiden psychischen Zustände empfinde, weiß aber nicht, welchen von beiden«, teilt er in einer Entgegnung auf Matthias Kettner mit. Eines weiß er dagegen genau: Das »Vermögen, sich wirkliche und mögliche Demütigung« vorzustellen und der »Wunsch, sie zu verhindern«, sind lokal begrenzt, auf Europa und die USA, und abhängig von »der Macht der reichen europäischen und amerikanischen Demokratien, ihre Sitten auf andere Teile der Welt zu übertragen«. Der Kritik des indischen Philosophen Ashis Nandy, in der westlichen Auffassung von Naturwissenschaft sei Gewalt im Innersten schon angelegt, hält Rorty den Hinweis auf den Zusammenhang von technischem Fortschritt, Leistungsfähigkeit und Toleranz entgegen.

Diese Selbstgerechtigkeit führt ihn dann auch dazu, im Kalten Krieg »einen gerechtfertigten Kreuzzug gegen ein Reich des Bösen« zu sehen. Daß der CIA den glorreichen Kampf der Ritter, die auf dem Feld der Kultur kämpften, in erheblichem Maß gesponsert hat, ficht Rorty dabei nicht weiter an. Als einen »liberalen Kalten Krieger« bezeichnet er sich – eine Selbstbeschreibung, die seinen Studenten wie der »Titel eines besonders geschmacklosen Horrorfilms« vorgekommen sei, gesteht er, läßt seinen Chauvinismus gleichwohl aber geschichtsphilosophische Dimensionen annehmen. Für ihn hat das soziale und politische Denken der westlichen Welt die letzte Begriffsrevolution, die es noch brauchte, hinter sich. Weshalb er auch Fukuyamas These vom Ende der Geschichte zustimmt, die dem Kapitalismus Ewigkeitsstatus verleiht.

Der Rekurs auf die Gemeinschaft ist in der politischen Philosophie der Gegenwart weit verbreitet. Er legitimiert sich in der Regel auf dieselbe Weise wie bei Rorty mit Verweisen auf die Unmöglichkeit objektiver Wahrheitsbegründung, die Aporien der Erkenntnistheorie und das Ende der großen politischen Utopien. Habermas hat die Kommunikationsgemeinschaft zum politischen Subjekt auserkoren. Der Kommunitarismus rechter Spielart baut die Gemeinschaft zum Antipoden der dem Liberalismus zugeschriebenen, unheilvollen Individualisierungstendenzen auf. Der linksliberale Kommunitarist Michael Walzer sieht die Gesellschaftskritik nach ihrem nutzlosen Verweilen auf einem imaginären Außenposten erst in der innerweltlichen Ausrichtung auf ein »Wir« ihre ganze Kraft entfalten. Und die Zahl derjenigen Intellektuellen hierzulande, die die metaphysische Obdachlosigkeit unter deutsche Dächer treibt, wächst stetig.

Auf der Suche nach einem Denken, das diesen Diskurs verwirft, ohne hinter seine philosophischen Grundlagen zurückzufallen, kommt man an »den Franzosen« nicht vorbei. Einzig Foucault, Derrida, Deleuze und Lyotard scheinen den Intellektuellen noch als eine Figur aufzufassen, die sich als Außenstehender begreift und die Dinge vom Rand her betrachtet. Daher lehnte es Foucault in einer Antwort auf Rorty auch ab, sich am Gemeinschaftswerk zu beteiligen. »Ich beziehe mich auf kein ›Wir‹, auf kein Wir, dessen Konsens, dessen Werte, dessen Tradition den Rahmen eines Gedankens konstruieren ... kann. Mir scheint, daß das ›Wir‹ einer Frage nicht vorangehen darf ...« Ebensowenig wollte Lyotard in der Gemeinschaftsküche mit verbraten werden und bestand auf der Inkommensurabilität, einer »Multiplizität einer Welt aus Namen« und einer »Vielfalt der Kulturen«. Rorty hingegen verschließt sich der Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft aus verschiedenen, bloß nebeneinanderher lebenden ethnischen Gruppen. Der »Come together«-Denker ist bestrebt, alle Spaltpilze zu neutralisieren, und plädiert deshalb dafür, die bösen Worte »Klassenunterschiede« und »bürgerliche Ideologie« nicht mehr in den Mund zu nehmen, sondern statt dessen lieber von »Habgier« und »Eigennutz« zu reden. Vom Patriarchat schweigt er gleich ganz und subsumiert verbale oder körperliche Attacken auf Frauen und Homosexuelle unter »Sadismus«, womit er Strukturmerkmale der Gesellschaft zu diffusen und nicht weiter verortbaren Charakterschwächen verniedlicht. Diejenigen, die sich dem Konsensterror seiner Gemeinschaftskunde nicht beugen möchten, bereiten seiner Meinung nach philosophische Vernichtungsfeldzüge vor: »Es gibt etwas, was Kojève, Strauss, Adorno, Nietzsche und Heidegger mit Lenin und Mao verbindet, nämlich der Drang, etwas auszumerzen: Sie wollen die Bourgeoisie als Klasse abschaffen oder zumindest die bürgerliche Kultur ausrotten«, schreibt er in *Wahrheit und Fortschritt*.

Statt ständig mit Derrida über »die Differenz« oder »den anderen« zu philosophieren und diesen Kategorien sogar jenen Platz im Denken anzuweisen, den einst die Arbeiterklasse innehatte, sollte die universitäre Linke lieber einmal die wachsende Ungleichheit im Land thematisieren. Sie würde nur das Spiel der Rechten spielen, wenn sie weiter das kulturelle und nicht das soziale Feld zum Hauptaustragungsort politischer Auseinandersetzungen wählt, meint Rorty.

Rortys Gemeinschaftsphilosophie trägt nicht nur chauvinistische Züge, ihr alle Unterschiede nivellierender Geist hat auch eine Tendenz zum totalitären Einheitsdenken. Und wer Fukuyamas These vom Ende der Geschichte teilt, der steckt zudem tief in einem metaphysischen Denken, für das es noch »Big Sinn« und einen historischen Logos gibt. Nichts anderes stellt

der Glaube an ein Happy-End der Menschheitsgeschichte in Gestalt eines immerwährenden Kapitalismus nämlich nach Derridas Fukuyama-Dekonstruktion dar.

Ein Positives ist der Rorty-Lektüre allerdings abzugewinnen. Sie zwingt, darüber nachzudenken, welche philosophischen Grundlagen linkes Denken überhaupt noch haben kann. Schließlich ist der Marxismus ja mal als kritische Philosophie angetreten. Mit dem Vorwurf, die meisten der sich heute zum Marxismus Bekennenden würden darunter wenig mehr verstehen, als daß die Reichen immer noch die Armen ausbeuten, liegt Rorty jedenfalls nicht voll daneben.

Richard Rorty: *Kontingenz, Ironie und Solidarität.* Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1999, 323 Seiten, 24,80 Mark

ders.: *Wahrheit und Fortschritt.* Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2000, 514 Seiten, 78 Mark

ders.: *Stolz auf unser Land. Die amerikanische Linke und der Patriotismus.* Suhrkamp, Frankfurt a. M. 1999, 166 Seiten, 39,80 Mark

ders.: *Hinter den Spiegeln.* Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2001, 400 Seiten, 26,90 Mark

---

Jan Pehrke schrieb in KONKRET 3/2001 über den Kennedy-Film »Thirteen Days«

Konkret 05/01, S. 56

Martin Büsser

Buch & Deckel

Eric Hobsbawm: Ungewöhnliche Menschen. Über Widerstand, Rebellion und Jazz. Hanser, München 2001, 424 Seiten, 42,80 Mark
Michel Foucault: Das Leben der infamen Menschen. Merve Verlag, Berlin 2001, 76 Seiten, 15 Mark

Als Michel Foucault 1977 *Das Leben der infamen Menschen* schrieb, einen kurzen Essay, der als Einleitung zu einer nie entstandenen Textsammlung gedacht war, galt sein Interesse jenen Menschen, deren Spuren aus der Geschichtsschreibung getilgt werden sollten. Beinahe zeitgleich zur deutschen Neuveröffentlichung des kleinen Foucault-Textes ist eine Essaysammlung von Eric Hobsbawm erschienen, die ein ähnliches Interesse verfolgt. »Dieses Buch«, beginnt das Vorwort, »handelt von Menschen, deren Namen gewöhnlich niemand kennt, ausgenommen ihre eigenen Familien und Nachbarn und in modernen Staaten die Melde- und Standesämter.« Foucault wie Hobsbawm haben dabei maßlos übertrieben und das Interesse der Leser über niedere, verschwörungstheoretische Instinkte zu wecken versucht. Foucault interessierte sich für die Lebensgeschichten von sogenannten Geisteskranken und Verbrechern, fasziniert von deren »Zusammenstoß mit der Macht« und dem Versuch seitens der Machtinstanzen, die Existenzen der »Infamen« zu tilgen. Weil aber bürokratische Einrichtungen wie Gefängnisse und Psychiatrien auch noch den kleinsten unregelmäßigen Atemzug ihrer Insassen verbuchen, sind die »Infamen« keineswegs »unscheinbar« gemacht worden, wie Foucault behauptet, sondern auf ihre Weise ebenso verschriftet wie das Leben von Staatsmännern, Schauspielern und Tennisspielern.

Noch dreister steht das Vorwort von Hobsbawms *Ungewöhnliche Menschen* im Kontrast zu den Portraits, die ihm folgen. Ob Hobsbawm sich nun über Edward P. Thompson und dessen Theorie von der Entstehung der Arbeiterklasse ausläßt oder Duke Ellington und Billie Holliday portraitiert – von Menschen, die nur deren Familien und Standesämter noch kennen, kann da nirgends die Rede sein. »Ungewöhnlich« sind die Menschen, deren Lebensweg Hobsbawm nachgeht, sehr wohl, allerdings keineswegs vergessen, zumindest weniger vergessen als irgendwelche ketzerischen Jesuiten, denen Foucault seinerzeit nachspürte. Im Gegensatz zu Foucaults strittiger Vorstellung, daß bereits ein eingekerkerter Dieb oder abtrünniger Mönch die Macht an sich in Frage stellt, versammeln Hobsbawms Essays nämlich Lebensgeschichten, die mit voller Absicht und bestem Wissen gegen die herrschende Ordnung gerichtet waren. Vom Portrait der ersten Maschinenstürmer bis zur Frage, warum Schuhmacher zur Avantgarde einer kämpferischen Arbeiterbewegung wurden (eine Antwort: sie konnten lesen und hatten auch die Zeit dazu), von einer Analyse der Frauen- und Männerdarstellungen im künstlerischen Bildervorrat der politischen Linken bis zu einer Chronik des Jazz seit 1960 geht Hobsbawm den eigenwilligen Weg, politischen Widerstand in Zusammenhang mit dem Saxophon John Coltranes zu setzen. Böse Zungen können mit Recht behaupten, daß hier einfach nur Essays, Vorworte und Zeitungsartikel unter dem willkürlichen Untertitel *Über Widerstand, Rebellion und Jazz* versammelt wurden, Zweitverwertung also, die da eine thematisch ganz schön wackelige Klammer bekam.

Aber gerade diese offenkundige Willkür macht doch auch Sinn: Sowenig die Musik von Count Basie mit Schuhmacher-Protesten im 19. Jahrhundert gemeinsam haben mag, so sehr vermittelt dieses seltsame Nebeneinander, daß Kunst und Politik verschiedene Mittel zu gemeinsamen Zwecken sein können. Mit sympathischer Gelassenheit schert sich der inzwischen 82jährige Hobsbawm nicht darum, ob Widerstand und Kunst oder gar Widerstand und »Kulturindustrie« (als die Adorno den Jazz womöglich bis heute bezeichnen würde) einander ausschließen. Ihn interessiert vielmehr die individuelle Geste des Protests, die ganz persönliche Motivation, von der auch Foucault schreibt, wenn er im *Leben der infamen Menschen* davor warnt, daß die Mächtigen nichts unversucht lassen werden, ihre Gegner auf »›Affären‹ und ›Fälle‹« zu reduzieren.

Konkret 05/01, S. 56

Marc Fabian Erdl

Buch & Deckel

Wolfgang Kraushaar: 1968 als M□ thos, Chiffre und Z□ sur. Hamburger Edition, Hamburg 2000, 370 Seiten, 48 Mark
Wolfgang Kraushaar: Linke Geisterfahrer. Denkanst□ □ e f□ r eine antitotalit□ re Linke. Neue Kritik, Frankfurt/Main 2001, 284 Seiten, 38 Mark

»So fühlt man Absicht, und man ist verstimmt.«

Goethe

Seit Jahren bewirbt Wolfgang Kraushaar sich um die Deutungshoheit über die Geschichte der Protestbewegungen in der untergegangenen Bundesrepublik Deutschland. Sein neuestes Werk mit dem wichtigtuerischen Titel *Mythos, Chiffre und Zäsur,* eine Sammlung bereits veröffentlichter Texte, tut Wichtigstes: Es »beschreibt einen Ursprungsmythos, dechiffriert ein Emblem und analysiert die historische Bedeutung der 68er-Bewegung im Kontext der internationalen Ereignisse«.

Kraushaar empfiehlt sich als Zeitzeuge. Aber schon in der Studentenbewegung war er, was er bis heute geblieben ist: ein Zuspät- und Zukurzgekommener. Als Sozialwissenschaftler in Reemtsmas Hamburger Institut hat er die von seriösen Antikommunisten längst aufgegebene Totalitarismus-»Theorie« wiederbelebt, die ihm erklärt, warum mit den Achtundsechzigern und ihm nicht alles nach Wunsch gegangen ist. Schuld an allem war erstens die Stasi und waren zweitens die andern, darunter vor allem die Linken, deren Verhalten der Psychologe Kraushaar sich mit »psychischer Selbstdressur« erklären muß*:* »Als Domina wäre Ulrike Meinhof ebenso gut wie Gudrun Ensslin in Frage gekommen.«

Noch geist- und würdeloser geht es in dem Band *Linke Geisterfahrer* zu, in dem der Wissenschaftssimulant sich für nichts zu blöd ist, auch nicht dafür: »Der Antikommunismus, den Daniel Cohn-Bendit bereits 1968 für sich in Anspruch zu nehmen sich nicht scheute, war jedenfalls seinerzeit eine kulturelle Leistung, die erst viel zu spät gewürdigt worden ist, eine Leistung, die im übrigen keine Anpassung gegenüber den in der Bevölkerung vorhandenen stereotypen Vorurteilsmustern bedeutete, sondern in erster Linie an die Adresse der Linken selbst gerichtet war.« So wird es gewesen sein. Zum Dank dafür hat Cohn-Bendit – Hallo Partner, danke schön! – eine primatolle Einleitung für den Sammelband geschrieben.

Wer sich nicht zu Kraushaars Antitotalitarismus bekennt, wird gestrichen, ob er Habermas oder Goldhagen heißt, Karl Heinz Roth oder Oskar Negt. Die Sache ist nämlich die: Von »einem erklärten Gegner der Totalitarismustheorie läßt sich keine angemessene Darstellung ihrer Genese und ihres historischen Kontextes erwarten«. Das kann nur Kraushaar: »Nie war die Moderne monströser als im Janusgesicht des nazistischen und kommunistischen Regimes.« Aber leider: »Die Abwehrkräfte, die durch das Reizwort ›Totalitarismus‹ evoziert werden, sind im vereinten Deutschland ... immer noch zu stark. Das zeigt sich nicht nur retrospektiv in der Auseinandersetzung um die Deutung von Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus, sondern auch in den anhaltenden Konflikten um aktuelle Fragen wie der nach der Legitimität von Militärinterventionen im Bosnien- oder im Kosovo-Krieg.«

Was bei Reemtsmas unterm Sofa mittlerweile als Wissenschaft durchgeht ...

Konkret 05/01, S. 58

L□ d□ ig Se□ farth

Eine K□ nst der Konflikte

Z□ eierlei A□ antgarde: A□ sstell□ ngen in Hanno□ er □ nd Hamb□ rg besch□ ftigen sich mit dem italienischen F□ t□ rism□ r□ ssischen A□ antgarde

Immer wenn von moderner Kunst die Rede ist, muß offensichtlich noch einmal definiert werden, was moderne Kunst überhaupt ist. Der Umweg übers Grundsätzliche scheint unvermeidlich, egal, ob es um den Zöllner Rousseau geht (siehe KONKRET 4/01), um den italienischen Futurismus oder um die russische Avantgarde. Die Moderne treibt die Kunst in die Selbstreflexion, welche wiederum Marcel Duchamp mit seinen Ready mades lediglich auf die Spitze trieb.

Es gibt die Meinung, moderne Kunst definiere sich durch die Arbeit an ihrem eigenen Begriff. Daran gemessen, habe es beispielsweise in der DDR keine zeitgemäße Kunst gegeben. Daß hier zwei Paar Schuhe an derselben Elle gemessen werden, ist das geringere Problem. Das größere besteht darin, daß solche Auffassungen die einsinnigste und ödeste Interpretation der ästhetischen Moderne beerben, die je ersonnen wurde. Sie stammt aus den USA und wurde in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem durch den dortigen Kritikerpapst Clement Greenberg verbreitet. Das zum »Modernismus« verdorrte Gerippe der modernen Kunst nimmt bei ihm einen linearen Verlauf von jeder Gegenständlichkeit und Raumillusion weg zu einem Bild, das nur noch auf sich selbst verweist. Diese »Road to Flatness« ist nicht nur eine programmierte Sackgasse, die irgendwann bei einem »letzten Bild« endet. Sie läßt auch so ziemlich alles auf der Strecke, was mit menschlichen Konflikten, äußeren Umständen und allen spontanen, aber manchmal folgenreichen Zufälligkeiten des Daseins zu tun haben könnte. »Die Moderne« wird zu einer Art Hegelschem Weltgeist, dessen künstlerischem Entfaltungsweg auch die Künstler selbst schicksalhaft unterworfen scheinen. Prädestinierte Weihestätte hierfür ist der aseptische »White Cube«, der von allen äußeren Einflüssen abgeschirmte und von jedem Schmutz des Alltags gereinigte Ausstellungsraum, den der irische Künstler und Kritiker Patrick Ireland alias Brian O'Doherty einer berühmt geworden, brillanten ironischen Kritik unterzogen hat.

Auch wenn man der Idee der äußeren »Reinheit« nicht folgt, hat sich, nach anfänglicher Ablehnung, schnell die Auffassung verbreitet, daß die moderne Kunst doch etwas Gutes und moralisch Reines sei, wofür ja auch spricht, daß sie von den Mächten des Bösen, von den Nazis oder vom Stalinismus, aufs brutalste verfolgt wurde. Daß die Dinge so einfach nicht liegen, wissen wir längst. In Italien glitten Teile der avantgardistischen Moderne nahtlos ins Gefolge Mussolinis über. Vor einigen Jahren versuchte der französische Kunsthistoriker Jean Clair, mit der vermeintlichen Unschuld der modernen Kunst endgültig aufzuräumen. In seiner umstrittenen Schrift *Die Verantwortung des K□nstlers. Avantgarde zwischen Terror und Vernunft* wirft er vielen modernen Künstlern vor, ihre moralischen Pflichten nicht wahrgenommen und sich zu Parteigängern totalitärer Regimes gemacht zu haben. Auch ästhetisch sieht er Kontinuitäten. So hätten sich die Nazis einer Rhetorik bemächtigt, die in der expressionistischen Kunst vorbereitet war. Die Zackigkeit der SS-Runen beerbe deren »modernen« Zackenstil.

Ist aber alles für jede Ideologie verwendbar? Ich glaube nicht. Die moderne Kunst läßt sich leicht beerdigen, wenn man nicht anhand konkreter Kunstwerke, sondern auf der Basis eines diffusen, moralisch begründeten Konstrukts argumentiert. Nicht Linearität und historische Folgerichtigkeit, sondern Vielfalt, auch die innere Vielfalt der Werke, ist die wesentliche Errungenschaft einer Kunst, die man gemeinhin »modern« nennt. Wenn diese Kunst im wesentlichen das ist, was in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstand, würde ich als ihr zentrales und zugleich anschaulichstes Kriterium ansehen, daß sie auf einer Ästhetik des formalen Konflikts basiert.

Eine Art Programmbild der Moderne könnte demnach, schon mit seinem Titel, Franz Marcs 1914 entstandenes Gemälde »Kämpfende Formen« sein. Marcs populärere blaue oder rote Pferde ebnen den Formenkampf zwar weitgehend ein; als optischer Stolperstein bleibt aber immerhin die ungewohnte Gegenstandsfarbe. Moderne Kunst will die gewohnte Wahrnehmung irritieren, was der russische Schriftsteller Viktor Sklovskij 1915 unübertreffbar anschaulich formuliert hat: »Um für uns die Wahrnehmung des Lebens wiederherzustellen, die Dinge fühlbar, den Stein steinig zu machen, gibt es das, was wir Kunst nennen. Das Ziel der Kunst ist, uns ein Empfinden für das Ding zu geben, ein Empfinden, das Sehen und nicht nur Wiedererkennen ist. Dabei benutzt die Kunst zwei Kunstgriffe: die Verfremdung der Dinge und die Kompliziertheit der Form, um die Wahrnehmung zu erschweren und ihre Dauer zu verlängern. Denn in der Kunst ist der Wahrnehmungsprozeß ein Ziel in sich und muß verlängert werden. Die Kunst ist ein Mittel, das Werden eines Dings zu erleben, das schon Gewordene ist für die Kunst unwichtig.«

Kaum eine Künstlergruppe war vom Prozeßhaften, von der Bewegung, von der Geschwindigkeit so fasziniert wie die italienischen Futuristen. »Carrà, Boccioni und Severini werden zu einem Meilenstein der modernen Malerei werden«, prophezeite der begeisterte Franz Marc anläßlich der Futuristen-Schau 1912 in Köln. Der Futurismus war also früh in Deutschland zu sehen, in jüngerer Zeit allerdings gar nicht mehr. Die letzte größere Ausstellung fand 1974 in Düsseldorf statt. Nun hat sich das Sprengel Museum Hannover der berühmtesten italienischen Künstlergruppe der Moderne

angenommen, und das so umfangreich wie hierzulande noch nie. Umberto Boccionis Bild »Der Lärm der Straße dringt ins Haus« gehört ohnehin zu den Prunkstücken der Hannoveraner Sammlung. Interessant an der Ausstellung ist aber vor allem die Vielfalt. Auch weniger geläufige Namen wie Ardengo Soffici, Mario Sironi oder Fortunato Depero sind mit zahlreichen Werken präsent. Daß etwa Depero hierzulande kaum bekannt ist, erscheint geradezu unverständlich angesichts seines scharfkantigen, grellfarbigen Stils, der fast schon an die amerikanische Pop-art erinnert. Vielfältig vorgeführt werden auch die typographischen Experimente. Die beiden Canguillo-Brüder gestalteten räumlich choreographierte Buchstabensalate, die, heute am Computer in Bewegung gesetzt, ohne Kenntnis der Vorbilder immer noch als innovativ durchgehen würden. Den vergleichbaren Experimenten der Dadaisten oder am Bauhaus ging das zeitlich deutlich voraus.

Die Futuristen waren keineswegs eine einheitliche Formation, sondern eher ein Feld unterschiedlicher Gruppierungen in verschiedenen Städten, zwischen denen es häufig Konflikte gab. Der Literat und intellektuelle Kopf des Futurismus, Filippo Tommaso Marinetti, fuhr in Mailand zusammen mit Boccioni einen strengen Hardliner-Kurs, den Carrà oder Severini scharf kritisierten. Sie wehrten sich sowohl gegen die Proselytenmacherei als auch gegen die Propagandamethoden Marinettis. Beide traten Ende 1915 beziehungsweise 1916 aus der Gruppe aus. Andere durften gar nicht erst hinein. So enthusiastisch Marinetti und Boccioni die Technik literarisch beziehungsweise malerisch feierten, so ablehnend war man zunächst denjenigen gegenüber, die technische Medien direkt für die Kunst einsetzten. Den »Fotodynamismus« der Brüder Bragaglia in Rom kanzelte Boccioni als ebenso unvereinbar mit den Zielen des Futurismus ab wie die Bemühungen der Brüder Ginanni-Corradini aus Florenz. Sie hatten 1909 ein chromatisches Klavier für eine »Farbenmusik« gebaut sowie 1911 und 1912 mehrere abstrakte Kurzfilme gedreht. Dem Maler Boccioni ging es wohl auch um die Vorherrschaft seines eigenen Mediums. Nachdem er und Marinetti sich um 1914 zunehmend entfremdet hatten, nahm dieser auch Fotografen und Filmemacher auf und wurde selbst im Filmbereich aktiv. So schrieb Marinetti das Drehbuch für den allerdings nie realisierten Streifen »Velocità«.

Futuristische Filme werden in der Ausstellung nicht vorgeführt; sie sind leider auch fast alle verschollen. Die wenigen gezeigten Fotos können mit den Gemälden und Zeichnungen kaum mithalten, geben damit Boccionis ablehnender Haltung ästhetisch beinahe recht. Die Darstellung der Bewegung in den futuristischen Gemälden und Zeichnungen ist deshalb so überzeugend, weil sie keineswegs ein »Rausch der Geschwindigkeit« ist, wie eine Rezension der Ausstellung titelt, sondern eine ziemlich strenge rhythmische Gliederung des Bildfeldes, die den Eindruck von Bewegung suggeriert, und das besonders sinnfällig, wenn der Gegenstand sich in die abstrakte Struktur auflöst, aber noch erahnbar bleibt: so bei einer Reihe von 1913/14 entstandenen Werken Giacomo Ballàs, die laut Bildtitel schnell fahrende Autos darstellen.

Nicht nur der urbane Verkehr, auch der innere Aufruhr der Seele kommt zu bewegtem Ausdruck. Boccionis Tetralogie der Seelenzustände (»Stati di Animo«) von 1911 steht mit einem Bein noch im Symbolismus, die rhythmische Durchgliederung der Bilder ist jedoch genauso konsequent wie bei Ballàs Technik-Darstellungen.

Weil die Ausstellung sich auf die Frühphase des Futurismus konzentriert, ist das spätere Abgleiten einiger seiner Vertreter, vor allem Marinettis, ins Fahrwasser Mussolinis nicht expilizit thematisiert. Ursprünglich war eine gemeinsame Doppelausstellung mit dem Museum am Ostwall in Dortmund geplant. Der dort vorgesehene zweite Teil mit der späteren Phase des Futurismus kam jedoch aus finanziellen Gründen nicht zustande.

Protofaschistische Tendenzen klingen im bedenklichen Tonfall auch der ersten futuristischen Manifeste durchaus an. Immerhin kannten sich Marinetti und Mussolini bereits vor dem Ersten Weltkrieg. Den futuristischen Bildern der zehner Jahre spätere Verirrungen abzulesen scheint hingegen kaum möglich. Die figurative »Aeropittura« der dreißiger Jahre, etwa Gerardo Dottoris monumentale Pilotenbilder, haben formal kaum etwas gemein mit den rhythmisch geteilten oder gebrochenen Formen, die wir zwei Jahrzehnte früher bei Ballà oder Boccioni finden. Manchen Faschisten mögen diese Bilder gefallen haben, vor allem aber wirkten sie auf andere Künstler, so auf die sich herausbildende Avantgarde-Bewegung in Rußland.

Das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe zeigt die russische Avantgarde, und das »mit voller Kraft«. Der verglichen mit Hannover sehr viel größere behandelte Zeitraum reicht von 1910 bis 1934, also bis in die Zeit des stalinistischen Terrors hinein.

Anders als der italienische Futurismus war die russische Avantgarde in den letzten Jahren mehrmals in Deutschland zu sehen. Dennoch bietet die Hamburger Schau kein bloßes Déja-vu. Sie zeigt Mode, Architektur, Theater oder Geschirrentwürfe, für die sich auch Kandinsky nicht zu schade war. Der sowohl von vielen Künstlern als auch von politischer Seite erhobene Anspruch, mit der Kunst zur Gestaltung der im Aufbau befindlichen sozialistischen Gesellschaft beizutragen, kann auch nur deutlich werden, wenn die Vielfalt der zu gestaltenden Lebensbereiche vorgeführt wird. Das ist immer noch nicht selbstverständlich. Immerhin wurden erst vor gut zwei Jahren, in der Hamburger Kunsthalle, »Chagall, Kandinsky, Malewitsch und die russische Avantgarde« fast ausschließlich im Medium des Tafelbildes vorgeführt.

Auch das Museum für Kunst und Gewerbe zeigt Malerei. So die drei »letzten« Bilder, die Alexander Rodtschenko 1921 malte: einfarbig blau, gelb, rot. Rodtschenko selbst wandte sich vom Leinwandbild ab, der Fotografie und Fotomontage zu. Seine die Malerei »beendende« Idee des völlig monochromen Bildes wurde allerdings fast vierzig Jahre später wieder aufgegriffen: von Yves Klein.

Zu sehen ist in der Ausstellung allerdings auch Malerei, die sich vom Tafelbild völlig löst. Es handelt sich um ein interessantes Beispiel politischer Agitation in der ersten Zeit nach der Oktoberrevolution. ROSTA, die russische Telegrafen-Agentur, war damals das zentrale Informationsorgan, das alle Zeitungen mit Informationen versorgte. Sie beauftragte Literaten und Künstler zwischen 1919 und 1921 mit der Herstellung riesiger Papierbilderbögen. Diese sogenannten ROSTA-Fenster wurden in leeren Schaufenstervitrinen in bis zu 47 Städten ausgehängt. Die am Stil traditioneller Volksbilderbögen orientierten farbigen Zeichnungen, die mit Hilfe von Schablonen eine Auflage von 150 Stück erreichen konnten, machten Propaganda gegen den politischen Gegner oder informierten über Tagesnachrichten. Da Papier in Rußland knapp war und es an drucktechnischen Anlagen mangelte, waren die Bilderbögen das schnellste und effizienteste Mittel zur Verbreitung neuester Meldungen. Die Leitung des an den ROSTA-Fenster beteiligten Künstlerkollektivs hatte der Dichter Wladimir Majakowski, der sich später erinnerte: »Uns forderte man Maschinentempo ab: Es ist vorgekommen, daß eine telegrafische Meldung von einem Frontsieg 40 Minuten oder eine Stunde später schon als farbiges Plakat auf der Straße hing. ›Farbig‹ ist zuviel gesagt, denn es gab fast keine Farben; wir nahmen eine jede und vermischten sie mit Speichel ...«

Die Avantgarde-Künstler, die sich nach der Revolution bereitwillig am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beteiligen wollten, strebten nach Massenwirksamkeit, doch wirklich volkstümlich wurden Suprematismus und Konstruktivismus nie. Warwara Stepanovas Kreationen proletarischer Mode gingen ebenso selten in Serie wie konstruktivistisches Geschirr oder Stoffentwürfe mit Industriemotiven. Das »Volk« fühlte sich in der ästhetischen Moderne nicht heimisch. Die immer noch verbreitete Vorstellung einer heroischen Aufbruchsphase der Avantgarde geht an der tatsächlichen Schwierigkeit der Verhältnisse vorbei. Politische Widerstände gab es von Anfang an, auch wenn es erst Ende der zwanziger Jahre zum entscheidenden Bruch kam, der in den dreißiger Jahren in die stalinistischen Säuberungen mündete. Doch schon Lenin war kein besonderer Freund moderner Kunst.

Wie sich die politische Entwicklung bis in die dreißiger Jahre hinein auch in künstlerischen Biographien niederschlägt, macht das Beispiel des 1899 geborenen Alexander Deineka deutlich. Noch als Student an der einflußreichsten Gestaltungsschule WChUTEMAS in Moskau half Deineka beim Kopieren und bei der Herstellung von Schablonen und Schrift der ROSTA-Fenster. Mitte der zwanziger Jahre schuf er Bilder und Grafiken, in denen er, gemäß der damaligen politischen Linie, Menschen in einer von Technik geprägten Umgebung darstellte. Individuelle Züge spielten keine Rolle, sondern Deineka wollte Werte wie Disziplin, Kollektivität, Organisiertheit zum Ausdruck bringen. Dabei folgte er einer technokratisch geprägten Auffassung des »neuen Menschen«, der seinen Körper wie eine Maschine beherrscht und so zum nützlichen Rädchen in der kollektiven Staatsmaschinerie wird. Ästhetisch arbeitete Deineka dabei mit Raumbrüchen, raffinierter Typographie und anderen, durchaus modernen Gestaltungsmitteln.

Nach 1929 veränderte sich die offizielle Linie. Anstelle der Rädchen im Getriebe wurde nun der »lebendige Mensch« propagiert. Das ist auch das Ende moderner Gestaltungsmittel. An die Stelle einer, wenn auch gemäßigten, Orientierung an konstruktivistischen Kompositionsprinzipien tritt ein zeitloser, auf antike Vorbilder bezogener Klassizismus. Deineka folgt nun dieser Linie. Er distanziert sich von seinen früheren Bildern und stellt die Frage, »wozu eine Maschinenlandschaft gut ist, wenn sich in ihr ein mißgestaltetes Wesen schwächlich und unfrei vorkommt«. Auch in den zwanziger Jahren war Deineka ein Parteigänger der offiziellen Doktrin gewesen. In den collageartigen Brüchen seiner »Maschinenästhetik« wird allerdings, vielleicht sogar gegen seine eigene Intention, der entfremdete Charakter eines technokratischen Gesellschaftsmodells deutlich. Dies sieht er rückblickend nicht als Qualität, sondern bezichtigt sich selbst eines künstlerischen Irrwegs. Mit Teilen seines Werkes war Deineka ein moderner Künstler, der jedoch das formale Konfliktpotential seiner eigenen Kunst nicht anerkannte. Er folgte schließlich der neuen »Leitkultur« der dreißiger Jahre, die sich gegen alles »Mechanische«, »Logische« und »Abstrakte« richtete. Die ästhetischen Brüche der Moderne wurden zugunsten eines Klischees der Natürlichkeit verabschiedet. Die Moderne ist tot, wenn es keine ästhetischen und inhaltlichen Widersprüche mehr gibt, wenn Formen nicht mehr kämpfen dürfen.

Doch die totalitären Regimes der dreißiger Jahre unterdrückten nicht nur ästhetisches Konfliktpotential. Sie begruben auch die Hoffnung, die viele Künstler lange an den Kommunismus und einige an den Faschismus knüpften. Die zwischen Hoffnung, Skepsis und Resignation pendelnde Spannung zwischen Realität und Utopie ist aber auch der Widerspruch, der die ästhetische Spannung, den formalen Konflikt moderner Kunstwerke wesentlich mit erzeugt.

Vielleicht war es schon immer eine unsinnige Idee, die Moderne irgendwann für beendet zu erklären. Denn mit ihr verliert man auch die Möglichkeit, formale Konflikte als inhaltliche zu lesen. Wenn die sogenannte Postmoderne wirklich »anything goes« bedeutet, ist ihr Konfliktverlust vielleicht ähnlich zu bewerten wie das Abgleiten der Moderne unter Stalin oder Mussolini. War in die moderne Konfliktästhetik die Hoffnung auf eine bessere, sozialistische Gesellschaft

eingeschrieben, so dem postmodernen Anything goes der Geist des Neoliberalismus. Dieser tendiert zur Einebnung aller ästhetischen und kulturellen Konflikte zugunsten der Ökonomie. Das ästhetische Ende der Moderne zu proklamieren scheint der falsche Weg angesichts der »unmodernen« Verhältnisse, welche die sogenannte Globalisierung heute mit sich bringt. Interessanter ist die in letzter Zeit verstärkt diskutierte Frage, ob es in unterschiedlichen Kulturen nicht auch verschiedene »Modernen« gibt. Das ist schon innerhalb Europas so. Die Vielfalt der in Hannover und Hamburg ausgestellten Avantgarde-Kunst sollte vielleicht dazu anregen, von »der« Moderne gar nicht mehr zu sprechen

»Mit voller Kraft. Russische Avantgarde 1910-1934« läuft im Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe noch bis zum 10. Juni. »Der Lärm der Straße. Italienischer Futurismus 1909-1918« läuft im Sprengel Museum Hannover noch bis zum 24. Juni. Zu beiden Ausstellungen sind umfangreiche Kataloge erschienen.

Ludwig Seyfarth ist Kunsthistoriker und lebt als freier Autor in Hamburg

Konkret 05/01, S. 61

Jens Hoffmann

Jenseits von Eisenman

Über drei Bücher zur Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden – Literatur, die sich die neudeutsche »Erinnerungskultur« nicht so leicht einverleiben wird

Paul Steinberg: Chronik aus einer dunklen Welt. Carl Hanser Verlag, München/Wien 1998, 166 Seiten, 34 Mark

Die *Chronik aus einer dunklen Welt* gehört zu jenen Berichten aus den deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern, in denen nicht die Beschreibung der Lagerwelt, sondern die Reflexion über die Verfassung des ehemals inhaftierten Individuums im Vordergrund steht. Erst mit einem Abstand von mehr als fünfzig Jahren war Paul Steinberg in der Lage, Gedanken über seine Gefangenschaft in Drancy, Auschwitz-Monowitz und Buchenwald zu veröffentlichen. Vorangegangene Reaktualisierungs- und Schreibversuche stellten eine solche Bedrohung für ihn dar, daß er sich in den sechziger Jahren gezwungen sah, dieses Erinnern »in eine Konservierungsbüchse« einzuschließen. Noch im »Parenthese II« überschriebenen Kapitel der *Chronik* notiert der Autor: »Meine Gemütsverfassung hat mich für meine Nächsten unerträglich gemacht, das Auf und Ab ist eine Funktion der Seiten, die ich schreibe.« Steinberg ist sich klar darüber, daß das Schreiben die Aufhebung seines »zerbrechlichen und mit so viel Sorgfalt zuwege gebrachten Gleichgewichts« zur Folge haben wird. Er erkennt aber, daß die Störung des Gleichgewichts notwendig ist, um »Rechenschaft von einer Welt abzulegen, aus der ich seit fünfzig Jahren möglicherweise immer noch nicht herausgetreten bin«.

In der ersten Parenthese des Buches skizziert Steinberg den Umfang der *Chronik* mit einigen atemlosen Sätzen: »Bericht geben von der Angst ... Den Weg verfolgen, die Erniedrigung von Menschen vor ihrer Vernichtung. Der Tod der Gefühle, der Tod des Denkens, dann der Tod des Menschen. Der Abfall der Kurve bis zum Nullpunkt. Der Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt. Dann für einige, zu denen auch ich das Glück habe zu gehören, die fortschreitende Anpassung, der Wiederaufstieg und die Verwandlung in eine Abart des Menschen, nicht mehr *Homo sapiens*, sondern ›Mensch des Vernichtungslagers‹.«

Steinberg stellt sich der konservierten Vergangenheit. Er betrachtet sein Verhalten in den verschiedenen Lagern und setzt sich auch mit dem Porträt auseinander, das Primo Levi in *Ist das ein Mensch?* von ihm gezeichnet hat. Im Rückblick auf den Arbeitsprozeß kann der Autor sagen: »Ja, das Schreiben hat mir gutgetan.«

Paul Steinberg starb am 20. Dezember 1999 in Paris.

Wladyslaw Szpilman: Das wunderbare Überleben. Econ Verlag, Düsseldorf/München 1998, 232 Seiten, 14,90 Mark

Als die nazideutsche Armee Polen angriff, war Wladyslaw Szpilman Pianist beim polnischen Rundfunk. In dem 1945 geschriebenen Bericht über die Folgen der deutschen Besatzung erinnert sich Szpilman an sein während der Bombardierung übertragenes Studiokonzert als »die letzte Sendung lebendiger Musik vor dem Warschauer Hörfunkmikrophon«. Im Winter 1941 arbeitet er als Pianist in einem Ghetto-Café. Es kränkt ihn, daß ein Gast um die Unterbrechung des Spiels bittet, weil er den Klang einiger Zwanzigdollarmünzen prüfen möchte. Anfang 1943, nachdem seine Familienangehörigen deportiert und ermordet worden sind, sitzt der aus dem Ghetto geflohene, von Freunden versteckte Szpilman erneut an einem Klavier: »Die steifen Finger bewegten sich nur widerstrebend über die Tasten, der Klang irritierte wie etwas ganz Fremdes, für die Nerven schwer Erträgliches.« Mit großer Präzision beschreibt Szpilman die Bedingungen, unter denen aus einer geliebten Tätigkeit allmählich etwas Unerträgliches wird.

Der Anhang, der dem sehr empfehlenswerten Bericht für die deutsche Übersetzung hinzugefügt worden ist, verdient aus anderen Gründen Aufmerksamkeit. Er enthält Tagebuchnotizen des Wehrmachtsoffiziers Wilm Hosenfeld und einen Essay von Wolf Biermann, der eine »Brücke« bauen will zwischen Szpilman und Hosenfeld. Im Dezember 1944 hatte dieser jenen in einem verlassenen Haus überrascht. Hosenfeld verhaftete oder tötete Szpilman nicht, sondern half ihm – nachdem er sein Klavierspiel begutachtet hatte – mit Lebensmitteln und einer Bettdecke. Gegen die Erinnerung an Hosenfelds Taten ist nichts einzuwenden. Nach der Lektüre seiner Tagebuchnotizen besteht aber kein Anlaß, ihn als »rettenden Engel ... in blütenweißer Uniform« (Biermann) zu präsentieren und sein national-katholisches Gegründel als »sensationell« anzupreisen. Hosenfeld schreibt in gewöhnlicher NS-Manier vom »Staatsvolk«, vom »geschlossenen Siedlungsraum«, vom »Kampf um Nahrungsfreiheit« und »Volksboden«. Krieg und Massenmord finden statt, weil »den Menschen ... einmal vor Augen geführt werden (sollte), wohin sie in ihrer Gottlosigkeit kommen«. Außerdem wütet seiner Ansicht nach das Übel der »geschlechtlichen Zügellosigkeit« unter den Deutschen und bereitet den »völkischen Niedergang« vor. Das deutsche »Wir« aber wird von Hosenfeld gerettet, denn »wir sind alle mitschuldig«.

Deutsche Kollektive und die ihnen zuarbeitenden Intellektuellen entwickeln eine erstaunliche Zähigkeit, wenn es darum geht, die Unterlassung von Verbrechen gegen die Menschheit als antinazistische Heldentat zu feiern.

Nanda van der Zee: »Um Schlimmeres zu verhindern ...« – Die Ermordung der niederländischen Juden: Kollaboration und Widerstand. Carl Hanser Verlag, Wien/München 1999, 344 Seiten, 45 Mark

Ausgangspunkt von Nanda van der Zees Untersuchung ist die Frage, warum es den Deutschen in den Niederlanden gelingen konnte, 75 Prozent der jüdischen Bevölkerung zu ermorden. Die Autorin analysiert die niederländische Flüchtlingspolitik, rekonstruiert das Verhalten der Königin, der Exilregierung und der staatlichen Instanzen während der Besatzungszeit und betrachtet schließlich aus dieser Perspektive das Nachkriegs-Selbstporträt der angeblich »stets toleranten, humanen Niederlande«.

Van der Zee weist nach, daß Humanität und Toleranz auf staatlicher Seite gerade dann unauffindbar blieben, als die jüdischen Flüchtlinge und die jüdische Bevölkerung bedroht waren. So wurde etwa vor der Besatzungszeit die Einwanderungspolitik im selben Maß verschärft, wie die Lebensgefahr für die Flüchtlinge aus Deutschland zunahm. Als wichtigsten Beitrag zur Deportation der Jüdinnen und Juden wertet die Autorin die Entscheidung der Regierung, die Flüchtlinge 1939 in dem auf Kosten jüdischer Organisationen errichteten Lager Westerbork zusammenzulegen und sie auch zu Beginn der Besatzungszeit dort festzuhalten. Von Westerbork aus fuhren dann ab Juli 1942 die Deportationszüge in die deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager.

Nachdem die Königsfamilie und die Regierung im Mai 1940 nach London geflohen waren, arrangierten sich die niederländischen Behörden schnell mit der von Arthur Seyß-Inquart angeführten Zivilverwaltung. So zeichnete etwa der Oberste Gerichtshof nach der Entlassung seines jüdischen Vorsitzenden die Einführung des »Ariernachweises« ab und billigte damit einen wesentlichen Schritt zur Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Abgefunden mit den antisemitischen Maßnahmen in den besetzten Niederlanden hatten sich Königin Wilhemina und die Exilregierung. In den von Radio Oranje aus London übertragenen Ansprachen der Königin wurde die Situation der Jüdinnen und Juden nur in Nebensätzen erwähnt. Zu Protesten kam es von dort aus lediglich, als ehemalige niederländische Soldaten zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht werden sollten. Die am Verrat an der jüdischen Bevölkerung beteiligte staatliche Elite blieb auch nach Kriegsende in Amt und Würden. Daß ausgerechnet diese Elite einen Kollaborationsprozeß gegen die Vorsitzenden des von den Deutschen installierten »Judenrates« anstrengte, wurde nur von wenigen als Zumutung und »als ein Vorführen jüdischer Sündenböcke zwecks Vertuschung der eigenen Schuld« bewertet.

Jens Hoffmann schrieb in KONKRET 1/2001 über den Dokumentarfilm »Kindertransport«

Konkret 05/01, S. 62

Georg Seeßlen

Wie das Fernsehen einmal schwarz sah

In »Bamboozled« zeigt Spike Lee den Rassismus als mörderisches und offenes System

Spike Lee ist einer der Großen unter den Filmemachern dieser Zeit. Nicht nur weil seine Filme schön und intelligent sind, das sowieso. Sondern auch weil er dazu bereit ist, immer wieder etwas zu riskieren. Seine Filme sind keine Statements und keine Überzeugungstaten, sie funktionieren am ehesten wie kritische Suchmaschinen in einer kapitalistischen Gesellschaft, die sich den Rassismus und alles, was aus ihm wurde, einverleibt hat. Lee spielt mit den Formen des Mainstream-Erzählkinos und verläßt sie in entscheidenden Momenten wieder. Er übernimmt Strategien des modernen Kinos aus Europa und wendet sie in einer ganz eigenen Form an. Sein Kino macht Spaß und ist immer ungemütlich. Es sperrt sich nicht und macht es niemandem leicht. Auch »Bamboozled« (unter dem gefährlich nichtssagenden, gleichwohl aber treffenden Titel »It's Showtime« in Deutschland im Verleih) ist ein Film mit vollem Risiko.

Zwischen allen Genres, zwischen allen »sicheren« Positionen, in einem diskursiven Kreisen eher als in einem satirisch-ideologischen Marsch durch die Bilder und die Institutionen entwirft der Film ein kaleidoskopisches Bild vom Rassismus der Gegenwart. Der Weg ging nicht geradeaus, vom Sklavenstaat des vormodernen Südens in die postmoderne Bildermaschine des Nordens. Er führte hinein und hinaus; die Bilder und die Maschinisten entwickelten ihre eigenen Widersprüche, die Verhältnisse von Schuld, Solidarität und Ausbeutung rotieren wie in allen Geschichten von Ausbeutung und Unterdrückung.

Anfangen tut die Sache als böse komische und direkte Mediensatire: Pierre Delacroix (Damon Wayans), Dela genannt, der sein Harvard-Englisch und seine Karriere vor sich her spreizt, ist der einzige schwarze Autor bei einem TV-Sender, dessen Serien gerade einen dramatischen Quotenrutsch erleben. Warum Dela sich so spreizen muß, erkennen wir an dem kleinen alltäglichen Rassismus, dem noch dieser Erfolgreiche ausgesetzt ist. Seine betont fröhlichen Grüße am Morgen werden von den Kolleginnen und Kollegen, wenn überhaupt, nur mit mürrischen Gesten erwidert, und über die Krisensitzung hat man ihn nicht informiert, so daß es dem Boß Dunwitty (Michael Rapaport) ein Leichtes ist, ihn vor der versammelten Mannschaft zu demütigen. Kaum ist man unter sich, herrscht ein ganz anderer Ton: zwischen professioneller Bewunderung, verschwörerischer Kumpelhaftigkeit und der wer weiß wie ernstgemeinten rassistischen Provokation. Dunwitty ist mit einer Afroamerikanerin verheiratet, und, klar, er kennt die Schwarzen besser als die sich selbst, wie er großkotzig betont. Blackness-Bilder zieren sein Büro. Was Delacroix anbelangt, liegt er ja nicht vollkommen daneben, jedenfalls sieht man dem die Mühen an, zugleich Afroamerikaner und erfolgsorientierter Bürger zu sein. Nur im Traum-Flash haut er seinem Boß eine rein, der die »Nigga«-Sprüche nicht lassen kann. Wenn Delacroix nicht mit einem Einfall für eine neue Serie aufwarten kann, ist er es jedenfalls, der als erster seinen Job verlieren wird.

Nachdem er vergeblich versucht hat, für ein »realistisches« Format zu werben, kommt ihm die wahrhaft zündende Idee. Wie wäre es, wenn man die alten Weisen der rassistischen Unterhaltung wieder aufnähme, die Minstrel Shows, in denen früher schwarz geschminkte (»blackface«) Weiße auftraten, die zum Gaudium des Publikums die doofen Neger abgaben, arbeitsscheu, kindisch, in unübersichtlichen Familienverhältnissen, kurzum: den Sklaven, der »von Natur« ist, was sein »Besitzer« aus ihm zu machen versucht. Die Traditionen von Minstrel und Blackface setzten sich auch in den Medien fort, als Radio- und Fernsehshows wie »Amos 'n' Andy«, in den Stereotyp-Rollen der Filme, von Uncle Tom über die gute Mammy bis zum »Coon«. Vielleicht nicht mehr ganz so glubschäugig, dicklippig und blackfaced wie einst, aber unübersehbar sind diese Bilder noch da. Merkwürdig entfernt von der Wirklichkeit nun, und doch nicht unschuldig geworden.

Die zweite Geschichte ist die des Steptänzers Manray (Slavion Glover) und seines Freundes Womack (Tommy Davidson), der auch der Manager seiner Straßenauftritte ist. Dela, der des Morgens an ihrer Performance vorbeizugehen pflegt und ihnen einen Dollar zusteckt, entdeckt in ihnen die idealen Darsteller seiner Serie: Mantan und Sleep'n'Eat sollen sie heißen. Der Boß ist begeistert, er »beölt sich« sichtlich, wie man so sagt. Und so geht eine Show in Produktion, die alle rassistischen Klischees aufeinandertürmt, in Baumwollfeldern spielt, fröhlich-dumme, tanzende Schwarze im weißen Blick zeigt und von Nigga-Cartoons eingeleitet wird, bei denen sogar selbst Delacroix schlecht zu werden droht. Für sich und für die anderen sieht Dela in der Show zuerst eine satirische Übertreibung, noch spielt er mit dem Gedanken, durch einen skandalösen Flop aus seinem Vertrag herauszukommen. Aber »Mantan: The New Millennium Minstrel Show« wird zu einem Riesenerfolg. Afroamerikaner, die ihr Gesicht schwärzen, um dem Blackface-Modell zu entsprechen, spielen die Klischees vor einem Publikum, das sich lustvoll-regressiv selber in Blackface-Masken amüsiert. Nein, das ist nicht politisch gemeint, das ist Satire, pures Entertainment!

Da gibt es noch eine Geschichte, die nach *race, culture* und *class* auch noch *gender* in die Konstruktion einfügt: die von Delas Assistentin Sloan (Jada Pinkett-Smith), die einmal eine kurze Affäre mit ihm hatte, sich in Manray verliebt und sich mit ihrem Bruder Julius alias Big Black (Mos Def) streitet, der Mitglied der militanten Rapp-Gruppe der Mau Mau ist. Und

dann gibt es noch die Geschichte von Dela und seinem Vater, der als Comedy Man in kleinen Clubs auftritt. Dela will nicht so enden wie er. Als Seele ohne Erfolg und Reichtum.

Als Mantan oder Manray, so genau weiß er das selber nicht mehr, die Mitglieder der Tanzgruppe in seinen Choreographie-Proben anschnauzt, weil sie »seine« Nummer kaputtmachen, erkennt ihn sein Freund als neuen Sklavenmeister. Unterdrückung und Ausbeutung sind nur einerseits eine Frage der Hautfarbe. Jetzt könnte alles noch einmal in ein mehr oder minder erbauliches Lehrstück münden, in dem alle abermals ihre Lektion gelernt haben könnten und zur politischen Korrektheit und zu Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit und zu einem Film zurückkehren, den der korrektere Teil des Fernsehprogramms zumindest für das Abendprogramm akzeptieren könnte. Aber es ist schon genial, wie Spike Lee seinem Film und seinem Diskurs diese liberale Lösung vermasselt: Manray hat gerade sein rebellisches Abschiedsstück gegeben und vor laufender Kamera erklärt, wie er nicht mehr den Nigger spielen will, den Tanz eines eher hellhäutigen nach nichts weniger als cotton pickin' aussehenden Städters will schon niemand mehr sehen. Dieses Coming-out ist deshalb so gefährlich, weil es nun alle die mehr oder weniger multikulturellen, unterhaltungs- und regressionssüchtigen Zuschauer, einschließlich der Maschinisten und Manipulateure, mit ihren schwarz angemalten Gesichtern mit einem Schlag allein läßt. Jetzt müßte man sich selber sehen, fragen, was man da eigentlich getan hat. Der Schlag trifft einen auch beim Film-Zuschauen in die Magengrube.

Und dann entführen ihn die Mau Maus und lassen ihn tanzen unter Pistolenkugeln, klar, daß sie da mit den falschen Mitteln am falschen Menschen das Richtige tun wollen, und am Ende erschießen sie ihr Opfer und filmen diese Vollstreckung.

Damit nicht genug. Das Studio der Mau Maus wird von der Polizei umstellt, und die Gruppe wird niedergeschossen, alle sind tot, bis auf das einzige nichtafrikanische Mitglied. Und, immer noch weiter: Sloan kommt mit der Pistole in Delacroix' Wohnung. Der sitzt schon ziemlich fertig vor dem Fernseher, das Gesicht zum Blackface geschminkt. Sie zwingt ihn, ihr Videotape anzusehen, das sie ihm schon vorher erfolglos angeboten hat: Verkettung der rassistischen Klischees der Demütigung über die Jahrzehnte hinweg. Bei dem Gemenge löst sich der melodramatische Schuß und tötet Delacroix.

Diese Blutbäder am Ende sind zugleich grotesk und wahrhaftig. Spike Lee gehört zu den wenigen Filmemachern, die eine Farce so inszenieren können, daß es einem das Herz herumdreht, und Herzherumdreh-Szenen so, daß man die Farce darin erkennt. Daß sein Kino ein Kino der Erkenntnis ist, für das er immer auch wieder Mittel der Verfremdung einsetzt, bei denen sich Brecht vermutlich auf die Schenkel klatschen würde, heißt nicht, daß es nicht auch ein Kino der Gefühle ist. Aber wie wir nicht lachen können in diesem Film, ohne darüber nachzudenken, mit wem und über wen wir da gerade lachen, so können wir auch den Schluß als exzessive Tragödie nicht ohne das politische Lehrstück sehen.

Wer oder was ist schwarz? Diese Frage ist so leicht nicht mehr zu beantworten. Aber genausowenig ist sie zu ignorieren, nur weil es zur Zeit der New Millennium Minstrel Show auch schwarze Gewinner und weiße Verlierer gibt. Rassismus hört auch nicht auf, wenn man, wie Delacroix einmal fordert, die Widersprüche auf allen Seiten der Straßen und Barrikaden sieht. Die Identifikation als »Schwarzer« oder »Weißer« reicht gelegentlich aus, um umgebracht zu werden; sie reicht nicht aus, ein autonomes Subjekt zu begründen. Wer nur schwarz oder weiß ist, ist vermutlich nicht einmal das richtig. Aber wer glaubt, sich durch Erfolg, durch die Liebe, durch die Kunst, durch die Politik, durch das Entertainment von seiner »Hautfarbe« verabschieden zu können, liegt auch falsch.

Gibt Spike Lee, nach einem Ende, das man wahlweise zynisch oder realistisch, surreal oder tragisch nennen kann, so etwas wie eine Lösung? In einer Gesellschaft, die in ihrer Struktur rassistisch ist, ist weder die individuelle Entscheidung noch die Mode der Transition eine Lösung. Die »Rasse« als Identifikationsmerkmal ist weder »authentisch« (insofern kann auch »back to the roots« allenfalls in eine neue Mythologie führen), noch ist sie beliebig als Maske zu verwenden. Die schwarze Maske funktioniert, anders als die Maske in der antiken Tragödie, als Verbreitung der Sklaverei, und in der Leeschen Aufnahmetechnik auch wieder als Demaskierung. Daß es einfach »schön« ist, ein Nigger zu sein, wie der Einpeitscher der Show verkündet, ist ebenfalls eine zweischneidige Angelegenheit. Man kann den Rassismus zehnmal umkehren, und er ist immer noch ein Rassismus.

Pierre Delacroix ist ja keineswegs der Quisling und Judas, der Frankenstein eines Blackface-Monsters, in das sich plötzlich alle für einen regressiv-befreienden Augenblick verwandeln wie sie anderswo in der Maske von »Scream« andere verbotene Impulse äußern. Im Minstrel haben die weißen Zuschauer schon immer ihre Verachtung und ihre Sehnsucht zugleich ausgedrückt, und die amerikanische populäre Kultur, von der wir alle mehr oder weniger zehren, die uns immer mal wieder zum Kotzen erscheint und uns das Leben rettet, ist im Grunde nichts anderes als eine in tausend Fragmente und Facettenspiegel zerlegte Minstrel Show, das Einschreiben der Farbe Schwarz in die weiße Ökonomie und Politik. Blackfacing wird zu einem politischen Spiel, parallel zum *wigga*: Michael Jacksons whitefacing und blackfaced Republicans.

Die Ikonographie der Minstrels verfolgt Lee bis in das Spielzeug, von dem Delacroix schließlich mehr oder weniger besessen ist, Puppen, Blechkram, Bildwelten, vor allem von einem, der Nigger-Spardose, die einen »Mohrenkopf« darstellt, der sich mit einer raschen Handbewegung das Geld in den Rachen schiebt, sobald man eine Münze auf seine

blecherne Hand legt. Sloan hat ihm das Ding geschenkt, als Zeichen. Die zwei verrückten Klischees von Blackness und Geldgier drehen sich für Delacorix schließlich um: Das Ding kann einfach nicht mehr aufhören, er kann es nicht mehr kontrollieren. Vielleicht wäre das die Lektion, die er hätte lernen können. Der Rassismus als offenes politisches System (Marktwirtschaftskapitalismus, der verspricht, man könne sich, hinüber und herüber, die Zeichen der Transition kaufen), ist in einem geschlossenen ästhetischen System nicht aufzuheben.

Es gibt vier Arten, schwarz (oder weiß oder sonst was) zu sein: durch die »Natur« der Erscheinung, durch die Geschichte, durch die eigene Entscheidung, durch die Zuschreibung der anderen. In »Bamboozled« sehen wir, wie »durcheinander« diese Identifikationen einer Hautfarbe sind. Alle Transitionen sind zugleich möglich und zum Scheitern verurteilt. Von Delacroix sagt seine Assistentin und frühere Geliebte, er sei zwar ein »Neger«, aber nicht »schwarz«. Im Zuschauerraum der New Millennium Minstrel Show wollen sich alle als »Nigger« sehen (jede/r behauptet, er/sie sei in Wahrheit der/die Schwarze, ein sizilianischer Nigger ist nicht weniger absurd als eine afroamerikanische Kleinbürgerin aus der Suburbia, die sich mittels Blackface gern in eine Niggerin verwandelt hätte). Als die Mau Maus von den Polizisten erschossen werden, wird der einzige Nichtschwarze verschont und verhaftet. Verzweifelt und vergeblich fleht er darum, auch erschossen zu werden, wenigstens so soll die Transition gelingen. Aber nichts da, auch eine »politische« Verwandlung funktioniert nur in einem bestimmten Kontext und wird wieder aufgehoben durch den Blick der anderen. Der vierfache Blick des Rassismus treibt jeden einzelnen Menschen in die Falle.

Nur das Kino kann dieses tödliche Prisma wiedergeben. Jedenfalls wenn es so schön und intelligent ist wie das von Spike Lee.

»It's Showtime« (»Bamboozled«) läuft ab 10. Mai im Kino

Georg Seeßlen schrieb in KONKRET 4/2001 über die Tübinger Henri-Rousseau-Ausstellung

Konkret 05/01, S. 64

Philip Hogh

Melodie & Rhythmus

Superpunk: Wasser marsch!; L´age d´or/Zomba

Popmusik hat leider keine emanzipatorische Wirkung, auch wenn ihr das immer wieder bescheinigt wird. Vielmehr haben ihre Vertreter es sich dort bequem gemacht, wo sie vorgaben, nie hingewollt zu haben. Früher zeigte man mit dem Besuch des Hamburger Golden Pudel Clubs, daß man nicht dazugehören will heute läßt man sich im Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg von dessen Intendanten bei einer sogenannten Pudel-Gala, hippe Elektronik inklusive, applaudieren: Endstation Elternhaus.

Die Band Superpunk ist zwar Teil der Szene um den Pudel Club, strebt jedoch nicht an, sich ein Stück vom Kuchen zu sichern. Ihr zweites Album, »Wasser Marsch!«, ist sowohl musikalisch als auch textlich angenehm altmodisch um nicht zu sagen: antiquiert und vertritt das, wofür der Pudel Club vielleicht mal stand. Über einer Mischung aus Beat und Northern Soul versteht es Sänger Carsten Friedrichs, beim Namen zu nennen, was verachtenswert ist: der Fabrikant, der sich weigert, die Zwangsarbeiter zu entschädigen, der Chef, der einem Mikrochips einbauen will, die Männer mit ihren schlechten Manieren.

Der gesellschaftskritische Anspruch mag an Ton Steine Scherben erinnern und bleibt ebenso wie bei diesen weitestgehend an der Oberfläche obgleich Superpunk wissen, daß »die herrschende Klasse zu schlagen streng verboten ist«. Auch wenn sie das Besondere mit mehr Witz und Ironie zu beschreiben wissen als Ton Steine Scherben den Rückbezug des Besonderen aufs Allgemeine bleiben sie schuldig.

Superpunk schaffen nicht, was keiner erwartet hat: »Keine Macht für Niemand« ins 21. Jahrhundert zu übertragen. Dafür haben sie ein swingendes, sehr englisches, an The Jam erinnerndes Album aufgenommen, das durch seine Direktheit nicht so ganz in den poplinken Mainstream hineinpassen will und gerade deswegen zu gefallen weiß. Politisch wird »Wasser Marsch!« natürlich genausowenig bewirken wie jedes andere Album vor ihm. Der Unterschied ist nur, daß Superpunk von diesem Unvermögen wissen.

Konkret 05/01, S. 64

René Martens

Melodie & Rhythmus

Diverse: Clicks & Cuts 2; Mille Plateaux/Efa

Ungefähr vor einem Jahr begann sie einen plötzlich zu langweilen, die elektronische Experimentalmusik, die Anfang der neunziger Jahre an den Rändern von Techno entstanden war. Mit der Qualität hatte das nichts zu tun, im Gegenteil. Das Problem war, daß viele Platten wirkten, als seien sie einer kunstfremden, eher wissenschaftlichen Art von Anstrengung entsprungen. Sie warfen die Frage auf, ob künstlerischer Fortschritt auch kontraproduktiv sein kann, weil sich der geneigte Rezipient irgendwann sagt: Ach du Scheiße, schon wieder was Innovatives!

Auch einige Musiker aus Japan, Dänemark, Finnland, den USA und Köln, die auf diesem Sampler des Labels Mille Plateaux vertreten sind, weckten solche Reaktionen. Doch dank der zweiten Folge der Reihe »Clicks & Cuts« (drei CDs, vier LPs) gerät die obige Frage erst einmal wieder in den Hintergrund. Das Label selbst sagt, dieses Werk dokumentiere »den Cut-Copy-Paste-Funk einer neuen Generation«. Auf den ersten Blick haben wir es hier mit einem Monstrum von Begriff zu tun, auf den zweiten wirkt er sehr anschaulich, denn jeder, der mit einem Computer arbeitet, kann somit nachvollziehen, wie manche dieser Tracks entstanden sind.

Funk, wenn auch in einem sehr abstrakten Sinne, ist ein gutes Stichwort, um zu beschreiben, was diese Musik positiv abhebt von ähnlichen Platten. »Clicks & Cuts 2« – der Titel steht für Avantgarde, die mal elektrisiert, mal behaglich klingt. So behaglich es eben geht, wenn man bedenkt, daß ein wesentlicher Bestandteil dieser oft fitzelhaft wirkenden Musik digitaler Abfall oder Störgeräusche aller Art sind. Wir haben es hier, kurz gesagt, mit sinnlicher Avantgarde zu tun, einer neuen Art von Gebrauchsmusik im besten Sinne. Das trifft auch für die extremsten Stücke zu, für die Projekte namens Cyclo. und DAT Politics verantwortlich sind.

Interessant ist nicht zuletzt, daß sich auf instrumentalen Elektronik-Platten sonst oft Titel finden, die sloganhaft wirken, einen gewissen Witz andeuten sollen oder ähnliches, wohingegen hier kaum jemand interessiert ist an einer Message, die über Clicks und Cuts hinausgeht: Die Stücke heißen unter anderem »Circa 1666«, »ri2.2« oder »c5.1«.

Konkret 05/01, S. 64

Klaus Smit

Melodie & Rhythmus

Mouse On Mars: Idiology; Sonig/Our Choice/Zomba

Schluß damit: »Die Musik enthält so viele Informationen!« Und auch damit: »Musik aus der Zukunft.« Dann schon lieber das: Musik als Widerspiegelung sozialer Verhältnisse und als Versuch, diese neu zu ordnen beziehungsweise Alternativen zu den bestehenden zu entwerfen. Als Aufforderung, die Dinge nicht so zu verstehen, wie diejenigen, die mit der entsprechenden Definitionsmacht ausgestattet sind, es gerne hätten. Musik als Ausdruck eines Nichteinverstandenseins. Mouse On Mars können das.

Das Köln/Düsseldorfer Duo, bestehend aus Jan St. Werner und Andi Thoma, versteht es wie kaum jemand sonst, sowohl Harmonien als auch Brüche in ihrer Musik so zu verbinden, daß weder das eine noch das andere vorhersehbar oder linear ableitbar erscheint. Aber beides ist da, hat seine jeweilige Berechtigung, ohne gleichzeitig die Grenzen des anderen zu markieren. So wie sie mit den Wörtern für ihre Stücke spielen und durch das Verändern eines einzelnen Buchstabens die Grenzen beziehungsweise die Bedeutung des gesamten Wortes in Frage stellen und verwischen, gelingt ihnen in »spitzwinkeligem elektronischem Gedengel« (Platten-Info) mit jedem Stück sowohl die Anspielung auf Vergangenes als auch die Schaffung eines noch nicht durch irgendwelche Zuweisungen verkorksten Neuen. Daß das Ganze dabei immer noch extrem erfrischend und tanzbar ist und zu den seltsam verqueren, piepigen, schraddeligen Sounds dieser Musik kleine digitalisierte, niedrig aufgelöste Wesen vorm inneren Auge im Takt herumspringen, tut der Sache überhaupt keinen Abbruch. Im Gegenteil, es erhöht die Zugänglichkeit, macht die Stücke in mehreren Kontexten verwendbar. Da ist dann auch das Kombinieren der verschiedenen Elemente nicht ein Herzeigen der eigenen Fingerfertigkeiten und des eigenen Wissens, sondern das Aufzeigen der Optionen, die man so hat, jetzt und hier, in dem einen wie in dem anderen Feld. Und die Zusammenarbeit mit anderen Musikern wie dem großartigen Harald »Sack« Ziegler (Trompete, Waldhorn), dem Briten Herbert (Klavier) und F. X. Randomiz (jede Menge elektronisches Gefrickel) ist dann schlichtweg eine Erweiterung dieser Optionen durch Kollektivität und keine Bereicherung an deren symbolischem Mehrwert. Gleichzeitig ist die häufige Verwendung von Gesang, die es in der Geschichte der Band bisher nur auf der Single »Cache Cœur Naïf« gab, der Versuch, das gleiche noch einmal anders zu buchstabieren. Und so enthält »Idiology« nicht Informationen, sie ist Information.

Konkret 05/01, S. 65

Marit Hofmann

FilmTheater

Rosetta

Buch und Regie: Luc und Jean-Pierre Dardenne; mit Emilie Dequenne, Fabrizio Rongione; Belgien 1999 (Peripher); 90 Minuten, ab 3. Mai im Kino

Kino ist Luxus. Rosetta würde nie einen Gedanken daran verschwenden, sie denkt nur an das Allernötigste: Essen, Unterkunft und eine feste Anstellung. Der Kinobesucher fühlt sich unfreiwillig in die Rolle des Voyeurs versetzt und verfolgt mit zunehmendem Unbehagen den Kampf des Mädchens ums Überleben.

Wenn Rosetta von dem verrotteten Campingplatz in der belgischen Provinz, auf dem sie mit ihrer alkoholabhängigen Mutter haust, durch den Wald in die zivilisierte Welt aufbricht, wenn sie auf dem Weg ihre derben Gummistiefel gegen Straßenschuhe tauscht, wirkt sie wie ein gehetztes Tier. Eine hektische Handkamera zeichnet aus ungebührlicher Nähe auf, wie sie sich mit Händen und Füßen dagegen wehrt, nach ihrer Probezeit als Hilfsarbeiterin entlassen zu werden. »Sie will Teil der Gesellschaft sein, wird aber immer wieder rausgedrängt«, sagen die Gebrüder Dardenne, die beiden Regisseure. »Arbeit zu haben oder nicht ist der Krieg, den die Leute heute führen.«

Wie Rosettas Mutter, ein Opfer dieses Krieges, die ganze Wut ihrer Tochter auf sich zieht, weil sie so gar nichts Kämpferisches mehr an sich hat, fordert Rosetta die Empörung des saturierten Zuschauers heraus: Warum denunziert sie den hilfsbereiten Gelegenheitsjobber Riquet bei seinem Chef, ja, bringt ihn um ein Haar sogar um, nur um seine miese Stelle als Waffelverkäufer einzunehmen? Das Leben – eine Handelsbeziehung. Folgerichtig erntet nur der Chef, der Rosetta Arbeit gibt, ihre Loyalität. Pflichtgemäß meldet sie sich von der Arbeit ab, als sie ein einziges Mal verhindert ist – das ist der Tag, an dem sie sich umbringen will. Die Gebrüder Dardenne hüten sich davor, den Kinobesucher mit dem, was er da sieht, zu versöhnen. Und sie tun gut daran.

Konkret 05/01, S. 65

René Martens

FilmTheater

Almost Famous

Buch und Regie: Cameron Crowe; mit Patrick Fugit, Russell Hammond, USA 2000 (Columbia Tristar); ab 3.5. im Kino

1973 war das letzte Jahr, in dem großen Rockbands noch etwas Rebellisches anhaftete, denn schon kurz darauf wurden viele von ihnen zu jenen fetten Dinosauriern, gegen die später Punk antreten sollte. Deshalb hat Cameron Crowe (»Jerry Maguire«) jetzt einen Film über diese Zeit gemacht – mit der fiktiven Band Stillwater, bestehend aus zwei Schauspielern und zwei echten Musikern, als Fixpunkt des Geschehens. Der Protagonist von »Almost Famous« ist indes der 15jährige William Miller (Fugit), der die Gruppe für den »Rolling Stone« auf Tour begleitet – eine stark autobiographisch gefärbte Geschichte, angelehnt an die Erfahrungen, die Crowe als junger Journalist unter anderem mit Led Zeppelin gemacht hat. Miller, aus dessen Perspektive der Film erzählt wird, beschert das chaotische Treiben on the road die intensivsten Momente seines Lebens, aber er erfährt auch, wie abstoßend der Lifestyle der reisenden Rock'n'Roll-Kommunen sein kann. Das zeigt sich spätestens bei einer Pokerpartie, bei der Stillwater ihre Musen, vulgo: Groupies, als »Einsatz« ins Spiel bringen.

Gleich zu Beginn des Films sieht man eine Schublade mit Backstage-Pässen, Setlisten und ähnlichen Artefakten. Damit macht der Regisseur von vornherein klar, daß es ihm darum geht, Geschichte detailgenau zu rekonstruieren. An anderen Stellen wirkt es, als habe er Fotos von Plattencovern in bewegte Bilder umgesetzt. Hier treibt Crowe, der für Filme stets besessen recherchiert, seine Akribie auf die Spitze. Er verleiht »Almost Famous« damit eine unaufdringliche Authentizität, zu der auch die Bühnen-Perfomances von Stillwater beitragen.

Als Protagonisten seines Films hatte der Regisseur ursprünglich den legendären Rockkritiker Lester Bangs vorgesehen, der nun als Williams Mentor im Hintergrund fungiert. Einmal ruft der Junge Bangs an, als er mit seinem Artikel nicht mehr weiterweiß: »Zum Glück bist du zu Hause.« – »Ich bin immer zu Hause. Ich bin nicht cool.« Diese Antwort erinnert daran, daß man 1973 mit einer Anti-Coolness-Strategie noch gegen das Business opponieren konnte, während die Entertainment-Industrie ja heute fast jede Art von Anti-Coolness im Schnelldurchgang vereinnahmt.

»Almost Famous« ist, neben diversen Büchern, ein weiteres Symptom für den Wunsch vieler Thirty- und Fourtysomethings unter den Kulturarbeitern, ihre Pop-Sozialisation aufzuarbeiten. Ob die gleichaltrigen Rezipienten das auch wollen, steht noch dahin: In den USA ist der Film gefloppt.

Konkret 05/01, S. 65

Jan Pehrke

FilmTheater

Z□ sammen

Regie: Lukas Moodysson; mit Gustaf Hammarsten, Lisa Lindgren, Michael Nyqvist; Schweden 2000 (Concorde); 106 Minuten; seit 12.4. im Kino

Der Besuch einer Ausstellung schwedischer Politkunst der sechziger und siebziger Jahre hat dem 1969 geborenen Lukas Moodysson das Bewußtsein eines Verlustes eingegeben und ihn zu einer 68er-Spurensuche angeregt. Ein existentielles Interesse liegt also seiner Beschäftigung mit der Vergangenheit zugrunde. Die flaneurhafte Indifferenz eines Christian Petzold, den eine pure Drolligkeit wie das Marmelade einkochende RAF-Mitglied zur »Inneren Sicherheit« inspirierte, geht Moodysson völlig ab. Entsprechend ernst, schonungslos und erschöpfend fällt sein Film dann auch aus.

Der schwedische Regisseur (»Raus aus Amal«) packt einen ziemlich repräsentativen Querschnitt des Studentenbewegungspersonals in eine Wohngemeinschaft mit Namen »Zusammen«: einen Softie, einen Polit-Freak, zwei Ökos, eine zum Lesbentum konvertierte Frau, einen Schwulen und zwei konturlosere Gestalten. Er hat sie mit präzisen Holzhammerschlägen zu Idealtypen modelliert und zeigt dabei ein feines Gespür für die jeweiligen Schwachstellen der Figuren. So enthält sich Moodysson bei der Zeichnung des sanftmütigen, stets verständnisvollen Göran zwar jeglicher Ironie, stellt ihn aber unbarmherzig als Versager auf sexuellem Gebiet dar. Und den von seiner Partei in die Fabrik beorderten Eric läßt er sich nicht nur an der Produktionswirklichkeit, sondern auch an einem Ödipuskomplex abarbeiten.

Bewegung kommt in die Parallelgesellschaft, als sie mit Görans Schwester, die von ihrem Mann mißhandelt wurde, und ihren Kindern drei Außenweltlern Asyl gewährt. Damit setzt ein schleichender Normalisierungsprozeß ein. Die Kleinen erreichen – nur Coca-Cola bleibt tabu – eine Lockerung des Fleisch- und des TV-Bilderverbots. Das bewegt die beiden Hardcore-Ökos zum Auszug. Wenig später verläßt Eric die Kommune. Frustriert von der Erfolglosigkeit seiner hausinternen und -externen politischen Missionsarbeit, schließt er sich der Baader-Meinhof-Gruppe an. Da bildet sich dann in »Zusammen« fast schon so etwas wie der Kern einer Zivilgesellschaft heraus. Auf eine solche Interpretation legt Moodysson es jedoch nicht an. Er spricht zwar von seiner Abneigung gegenüber dem Theoretisieren und dem »Fundamentalismus«, gesteht aber gleichwohl seine Sympathie für die Figur des Eric. Von Ambivalenzen dieser Art ist der ganze Film durchdrungen. Er ist gleichzeitig grob und genau, einfühlsam und hart, naiv und komplex. Als gütiger Skeptiker sieht und verzeiht Lukas Moodysson alles. Und da er seinen Blick niemals über den Kreis seiner Personen hinaus materialistisch auf die politischen und sozialen Bedingungen des Umbruchs hin weitet, bleibt ihm nur, die Schwächen und Stärken seiner Charaktere absolut zu nehmen. Aus dieser nüchternen und ernüchterten Perspektive verkleinert sich 68 merklich. Es erscheint als etwas Äußerliches, die Gegenwart nur wenig Durchdringendes. Machtlos gegen das Menschliche/Allzumenschliche kann es gerade mal die Abgründe der Existenz einhegen, indem es ein gemeinschaftsbildendes Ideal stiftet: das Kollektiv. Das hat Moodysson gesucht und gefunden und bildnerisch in der Schlußsequenz umgesetzt, ebenso anrührend wie angreifbar.

Konkret 05/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

Einsam im Dustern, wie das Försterhaus am Waldesrand, steht das Kanzleramt am Darmausgang der Bourgeoisie. Als kleiner Junge schon soll Gerhard Schröder, Sohn einer armen aber ehrlichen Kriegerwitwe, die in der Gegend putzen ging, gebettelt haben: »Ich will da rein!« Und wie er groß war, da ward sein Flehen erhört. Anstatt nun aber Ruhe zu geben, lief er mit seiner Geschichte von der Reinigungskraft, dem toten Soldaten und dem Sohn, der, was er werden wollte, geworden ist, von Hinz zu Kunz und von Benz zu Stenz, am liebsten aber zur »Bild«-Zeitung, die stets getreulich weiterträgt, »was der Kanzler sagt«:

57 lange Jahre wußte Kanzler Gerhard Schröder nicht genau, wo sein Vater Fritz begraben liegt. Er kannte nur die dürren Fakten, die die deutsche Wehrmacht einst seiner Mutter Erika (87) mitgeteilt hatte. Danach fiel der Obergefreite Fritz Schröder am 4. Oktober 1944 in Rumänien, drei Wochen nach seinem 32. Geburtstag.

Seine Witwe Erika, allein mit zwei kleinen Kindern – neben Sohn Gerhard auch die vier Jahre ältere Gunhild – , hatte anderes zu tun, als nach dem Grab ihres Mannes zu forschen. Sie ging putzen, versuchte ihre Familie mit Hilfsarbeiten über Wasser zu halten.

Doch Gerhard Schröders Schwester Gunhild ließ das Schicksal ihres Vaters keine Ruhe. Die 61-Jährige, die als Spielhallenaufsicht arbeitet

also im gleichen Metier wie ihr Bruder

und heute bei ihrer Mutter Erika in Paderborn (Westfalen) lebt, forschte nach – und erhielt jetzt endlich Nachricht von der deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht: Die sterblichen Überreste von Fritz Schröder liegen in einem kleinen Sammelgrab in dem Karpatendorf Ceanu Mare. Gerhard Schröder reagierte bewegt auf die Nachricht: »Ich bin froh und berührt, endlich erfahren zu haben, wo genau das Grab meines Vaters liegt. Ich werde es bald besuchen – in der Privatheit, die mir dann hoffentlich zugestanden wird«, sagte er gestern zu »Bild«.

Auf die Frage, ob er seinen Vater vermißt habe, antwortete der SPD-Politiker in einem Interview mit »Bild am Sonntag«: »Ich weiß nicht. Psychologen würden jetzt natürlich sagen, vaterlos aufzuwachsen könne seelische Schäden nach sich ziehen. Das habe ich so nie empfunden.«

Dabei hatte Fritz Schröder, im Zivilberuf Hilfsarbeiter auf der Kirmes,

was, wie wir schon wissen, in der Familie liegt,

sich noch so auf den Stammhalter gefreut,

ohne zu ahnen, daß der einmal auf dem Balkan seinen eigenen Mordszirkus anfangen und ein paar tausend serbische Väter totschießen lassen würde, ohne allerdings die Mütter und Kinder zu verschonen, denen er auf diese Weise das Putzen und Spielhallenbeaufsichtigen erspart hat.

In die Privatheit an Vaters Grab wird der Sohn vom toten Fritz, der kein alter werden durfte, außer den Reportern der Illustrierten »Spiegel«, »Stern«, »Super Illu« und »Focus« allenfalls noch den Peter Boenisch einladen, den er jüngst zum »Vorsitzenden des Petersburger Dialogs« ernannt hat, als welcher dieser, der Aufsichtsrat von Springer, dem russischen Präsidenten via »Bild«-Zeitung mitgeteilt hat, wo der Grubenhund der Pressefreiheit begraben liegt:

Unverzichtbar sind das freie Wort und freie Medien.

Ihnen verdankt die Menschheit das Wissen, daß der Kanzler froh und berührt war, aber keine seelischen Schäden empfunden hat. Am selben Tag, an dem Boenischs Unverzichtbarkeitserklärung die amerikanische

Unabhängigkeitserklärung bewältigte, informierte »Bild« über das Letzte im Krieg mit den Südstaaten:

Verdacht in England / Hat Saddam uns die Tierseuche geschickt? – Die Maul- und Klauenseuche bedroht ganz Europa, verursacht Milliardenkosten, schwächt die Landwirtschaft. War es ein Viren-Anschlag? Die Fakten: MKS brach zuerst in England aus. Die Briten sind einer der größten Feinde des Despoten. Bei dem aggressiven Erreger handelt es sich um eine Variante, die in Asien grassiert. Die Viren könnten von irakischen Experten leicht nach England eingeschleust worden sein. Zwei Monate vor dem Seuchenausbruch verschwand aus einem geheimen Chemielabor der britischen Armee ein Teströhrchen mit MKS-Viren. Stecken Saddams Spione dahinter?

Lauter dürre Fakten. Wie von der deutschen Wehrmacht gemeldet. Sollen die schon das ganze freie Wort gewesen sein, das die freien Medien unverzichtbar macht? Einen drauf lassen würde der »Bild«-Leser, brächte ihm sein freies Medium nicht fünf Zentimeter neben den dürren Fakten ein paar saftigere, in Bild und freiem Wort:

Schauen Sie mal, wie sich unser Spind-Luder durch London nuckelte. Katie Price – letzte Woche wurde sie von den deutschen Jungs zu ihrem Lieblings-Spindluder gewählt, jetzt machte die Ultra-Blondine eine Ich-freu-mich-Sauf-Tour durch das Londoner West End. In Komiß-Top und Komiß-Hosen – oben der Busen raus, unten der himmelblaue G-String.

Unverzichtbar sind das freie Wort und freie Medien. Leider wird das soziale Verdienst, das die freien Medien des Hauses Springer sich täglich mit der Versorgung von Millionen Wichsern erwerben, durch unappetitliche Berichte geschmälert – wie die des Kanzlers aus seinem Familienleben und die aus der Privatheit des Kanzlerfreundes Peter Boenisch, der, man glaubt es nicht, stolz darauf ist, daß es ihn gibt:

Ich bin stolz auf zwei Menschen, zu denen ich nachweislich nichts beitragen konnte: Meinen Vater, der für seine Familie arbeitete und sie beschützte. Und meine Mutter, eine Russin, die mir den Rat gab: »Werde ein guter Deutscher, bleibe ein anständiger Mensch und vergiß nie, daß du Halbrusse bist.« Sie konnte sich für diese weise Empfehlung keinen besseren und schwierigeren Tag aussuchen als den 2. September 1939, ein Tag nach dem Überfall auf Polen, mit dem der Zweite Weltkrieg begann. In den Tagen der Schande und Scham über die Verbrechen der Nazis, die nicht nur, wie es beschönigend hieß, »in deutschem Namen«, sondern eben auch von Deutschen begangen wurden, war es eine wichtige psychische Stütze für alle Überlebenden, daß sie auf irgend etwas stolz sein konnten. Für die einen war es der Wiederaufbau aus Trümmern, für die anderen unsere Dichter und Komponisten, für die dritten unsere Erfinder und Sportler und für die meisten das schöne und so arg ramponierte Land.

Für den guten Deutschen Boenisch waren der Grund, stolz zu sein, die Aufnahme des Judennasenzeichners vom »Völkischen Beobachter« in die Redaktion von Springers »Welt«, die Romane des Dichters Konsalik in Springers Illustrierten, Springer selber als Erfinder der »Bild«-Zeitung, Max Schmeling, Sylt und die Lüge, daß die Verbrechen der Nazis nicht von den Deutschen, die ihrem Führer gefolgt waren wie der Karikaturist Hicks, der Heinz Konsalik, der Fritz Schröder und der Axel Springer, begangen worden sind, sondern bloß »von Deutschen«, und also nicht, wie man als Leser von Konsalik gedacht hatte, vom Juden.

Unverzichtbar auch das freie Wort in der »Bild«-Schlagzeile:

Ulrikes Mörder: Seine perversen Liebesbriefe.

Man war auf vieles gefaßt. Würden die Briefe noch ekliger sein als die tägliche Kolumne der Katja Keßler oder die Kommentare des Peter Boenisch? Ulrikes Mörder schrieb:

Hallo Sandra! Wenn du mir antworten willst, dann zeige sie mir bitte alleine. Jetzt schreibe ich dir die gründe, weshalb ich mit dir gehen will. 1. Du siehst wirklich süß, sexy, einfach perfekt für mich aus. 2. Weil ich dich liebe. 3. Weil ich schon zu lange keine Freundin hatte. Und jetzt schreibe ich dir meine Hobbys auf: meine Hobbys sind: Harley Davidson, Trucks, Cross, Tiere, Bundeswehr, Fliegen.

Schumi, Tölen, Uniformen – Ulrikes perverser Mörder scheint einer jener ganz normalen Männer gewesen zu sein, denen die Redaktion auf derselben Seite, eine Handbreit darunter, in freiem Wort und freierem Bild zur Hand geht:

Noch drei Tage bis zum Kuscheln mit Katie. Martin Jungnickl (21), der berühmteste Hauptgefreite der Bundeswehr, schnürte gestern sein Wäschepaket fürs freie Wochenende. Katie Price (23, Foto) band um diese Zeit gerade die Schleife an ihrem Slip zu und legte sich wieder ins kuschelige Bett. Schönheitsschlaf, bevor die »Bild«-Party am 3. April in der Regensburger Prinz-Leopold-Kaserne losgeht. Sollen wir Katie ein Geheimnis verraten? Soldat Jungnickl, der unter der Woche um 6 Uhr früh raus muß, schläft auch gerne lange ...

Ich ergebe mich. Boenisch hat recht. Unverzichtbar sind das freie Wort und freie Medien, der Gefreite Jungnickl und die vom himmelblauen G-String freigelegte Gegend, die nicht nur Gedanken an den Bundeskanzler weckt.